



Arbeiterkampf

Jg. 3 Nr. 28 Mai '73

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

50 Pf.

Frankreich:

Das ist nur ein Anfang



Vom 10. - 14. April tagte in Hannover der Parteitag der SPD, das höchste Gremium dieser Partei. Das geschieht alle zwei Jahre. Wie kaum anders zu erwarten, brachte dieser Parteitag in der Sache wenig - besser: fast gar nichts - „wenn gleich dies die bürgerliche Berichterstattung mit z.T. spektakulären Schlagzeilen („Hausmakler sollen verschwinden“) zu verdecken suchte. Dafür gab es dann personelle Umstellungen im Parteivorstand, die ihrerseits Anlaß boten für große Aufmacher in Presse, Rundfunk und Fernsehen. Tatsächlich wurden einige rechte Flügelmitglieder aus der dritten Reihe der Partei-Führung nicht wieder in den Vorstand gewählt (z.B. Egon Franke, Annemarie Renner). Statt ihrer zogen einige „Parteilinke“, „Halb-Linker“ und „Links von der Partei-Mitte Stehende“ dort ein. Die jetzt - insgesamt acht Mann hoch - im 32-köpfigen Parteivorstand mitbestimmen dürfen.

Unter großem Lamento beschwor die rechtshürgerliche Presse einen „Rück nach links“ in der SPD. Unter Schlagzeilen wie „Der Weg ins Kollektiv“ wurde die „Gefahr“ einer „grundsätzlichen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse“ gewittert. Die SPD „Skopis und Falschschaff gegenüber dem Eigentum an Produktionsmitteln“ unterstellt; wurde behauptet, die SPD strebe „zweifelslos einen neuen Wirtschaftstypus“ an, „der nur noch wenig mit der herkömmlichen Marktwirtschaft ... zu tun haben wird.“ Die SPD wolle den „Weg in die Kollektivierung und vollständige Bürokratisierung der Gesellschaft“ beschreiten, außerdem „allmählich die Gesamtsteuerung der Gesellschaft überneh-

strategische Fragen waren so von vornherein ausgeschlossen. Ebenso ausgeschlossen waren Diskussionen und Beschlüsse, die eine Änderung der Regierungspolitik zur Folge gehabt hätten. „Festlegungen im Wahlprogramm“ und „Verhandlungen mit der FDP“ würden dies verbieten, behaupteten die SPD-Führer. Prinzipien innerorganisatorischer Demokratie und wohl auch die Statuten der SPD fordern eigentlich, daß der Parteitag „immerhin höchstes Gremium der Partei“ an überhaupt keine „Beschlüsse“ und „Verhandlungen“ irgendwelcher Parteigrößen gebunden ist, sondern vollkommen autonom seine Entscheidungen treffen kann. Allerdings konnte schon aufgrund des

politisch verknöchert konservativer Flügel, wie Egon Franke, etc. Durch diesen Personenaustausch versucht sich die SPD noch besser bestimmten nach links tendierenden Strömungen im Volk „anzupassen“.

„Anpassen“ ... natürlich um diese Strömung besser „integrieren“ zu können - wie Partei-Chef Brandt nicht müde wird zu betonen - „integrieren“ in den bürgerlichen Staat.

„Die SPD ist die größte integrationsfähige Partei Deutschlands“, resümierte Brandt im Anschluß an den Parteitag. Damit schätzte er ein, daß es die SPD noch ohne weiteres schafft, linke Strömungen im Volk und in den eigenen Reihen politisch zu binden, ohne die Politik ändern zu müssen. Gleichzeitig deutet das ständige Beharren der „integrationsfähigen Funktion“ der SPD durch die Parteiführung darauf hin, daß sie in Zukunft noch stärker als bisher bemüht sein wird, nach links tendierende Strömungen aufzufangen. Für dieses Geschäft taugt das „linke“ Gequatsche eines Steffen und Roth natürlich weit besser, als das stockkonservative Gequatsche eines Egon Franke.

Parteitag dient der Image-Pflege

Parteitag dient der Image-Pflege

Der SPD-Parteitag hatte überhaupt nicht die Funktion einer breiten, grundsätzlichen politischen Debatte und Auseinandersetzung. Seine Aufgabe war in erster Linie die einer Propaganda-Schau für diese Partei, um eben die „neue Geschlossenheit“ etc. dem Volk vorzuführen, vorsichtig garniert mit einigen schüchternen halbblinken Schnacks, serviert für „kritische Beobachter“, um denselben die Bestätigung von „neuen Kräften innerhalb der SPD“ zu liefern.

Die auf Propaganda-Effekt getrimmten SPD-Obersten klagten denn auch über den gleichzeitigen Drucker-Streik vom 10./11.4. Die nicht erscheinenden Zeitungen drohten die gewünschte Publicity erheblich einzuschränken.

So schrieb die sozialdemokratisch orientierte „Hamburger Morgenpost“ am 10.4. unter der Schlagzeile: „Die Genossen kommen nicht recht in Fahrt“:

„Nicht die Jusos und die mit Spannung erwarteten Auseinandersetzungen zwischen ihnen und den „Kandalerbettern“ waren gestern kurz vor der Eröffnung des SPD-Parteitages das Hauptthema der Diskussion in der Stadthalle von Hannover: Thema Nr. 1 war der Streik der Setzer und Drucker, der nicht nur die Journalisten lähmt, sondern auch den Parteitag nur stockend aus dem Startlöcher bringt.“

Dem Image einer Partei, die vorgeht, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, hätte eine Solidaritätsadresse an die streikenden Kollegen besser zu Gesicht gestanden. Stattdessen wird über den berechtigten Kampf der Drucker und Setzer geböbeln. Das eben ist die Logik der SPD.

„Der Parteitag kann beschließen was er will“

Einen bemerkenswerten Beitrag

Forts. Seite 4

Die „lebendige Diskussion“

In keiner politischen Frage, keinem sog. „Sachproblem“ hat der Parteitag nennenswerte Veränderungen der bisherigen SPD-Politik gebracht. Schon gar nicht einen Linksruck - auch nicht den klitzekleinsten. - Vielmehr war es so - und das ist typisch für sozialdemokratische Parteitage - daß die anstehenden „großen Sachfragen“ (wie es in der bürgerlichen Presse bezeichnet wurde, also in diesem Fall „Vermögensbildung“ und „Bodenrecht“, schon vorher konzeptionell von der SPD-Führung festgelegt waren. Der Parteitag hatte lediglich noch die Funktion eines Akklamationsorgans. Die Funktion erfüllte er ohne weiteres.

Mit dem Beschluß der SPD-Führung, „Das „Godesberger Programm“ steht nicht zur Disposition“, wurde eine mögliche Diskussion ohnehin auf taktischen und organisatorischen „Klein-Kram“ beschränkt, der dann auf dem Parteitag auch ausgiebig und genüßlich breitgewälzt wurde (es lagen etwa 1000 Anträge vor). Programmatisch

Wenn dieser Parteitag auch keine politischen Änderungen brachte, so doch einige personelle in der neuen Zusammensetzung des Parteivorstandes, durch Hineinnahme einiger sog. „Parteilinker“. Das wird von der sozialdemokratischen Presse als „kleiner Linksruck auf dem Boden des „Godesberger Programms“ interpretiert, was natürlich Unfug ist. Was hat sich denn schon geändert?

Der „neue“ Parteivorstand

Die Parteiführung der SPD hat sich durch die leichten Personaländerungen nur etwas flexibler gemacht, gegenüber kritischen Teilen der Bevölkerung. Dem diente auch die Abhaffung einiger

Der Wahlsieg der französischen Regierung beginnt sich bereits kurze Zeit nach der Wahl als ein Pyrrhussieg zu entwickeln. Im Parlament hat die Regierung die Schlacht erneut für sich entchieden; aber in der Bevölkerung hat der Kampf erst angefangen. Gegenwärtig zeigen vor allem zehntausende von Schülern und Studenten in Frankreich, daß der Sieg der Regierung vom 11. März kein Nachlassen im Kampf für grundlegende Änderungen im Land bedeuten kann. Sie finden damit eine große Sympathie in der werktätigen Bevölkerung. In mehreren Betrieben haben die Arbeiter ihrerseits den Kampf verschärft.

Eine Hauptparole, mit der die gegenwärtigen Schüler- und Studentenbewegung ihren Kampfwillen gegen die Regierung zum Ausdruck bringt, ist: „Heiß, heiß - der Frühling wird heiß!“, und die Losung der großen Streiks und Demonstrationen vom Mai 1968: „Das ist nur ein Anfang - der Kampf geht weiter!“. Andererseits erinnert die bürgerliche Presse selbst an die Kämpfe des Mai 68 und zieht Vergleiche zur gegenwärtigen Bewegung. Eine große französische Zeitung kommentiert die momentanen stattfindenden Kämpfe gar schon in einer dicken Balkenüberschrift mit der hysterischen Frage: „Krieg oder Generalmobilmachung?“ Von einem „neuen Mai“ kann aber (zumindest vorerst) noch nicht die Rede sein. Dennoch ist unverkennbar, daß die Kampfbereitschaft der Arbeiter, Schüler und Studenten nach dem Scheitern der parlamentarischen Illusion von PCF (Kommunistische Partei Frankreich) und PS (Sozialistische Partei) einen neuen Aufschwung nimmt.

Der Kampf geht weiter

„Vereinigt wie im Mai“

Chemie-Tarifrunde

OBERSTES GEBOT DER GEWERKSCHAFTSFÜHRER

Als erster Bezirk hat Nordrhein in der diesjährigen Chemietarifrunde eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 9,9 % abgeschlossen.

Nach den niedrigen Abschlüssen in der Metallindustrie (8,5 %) und in der ÖTV sind die Preise unverändert weiter gestiegen (8,8 % bis März), und das Märchen, „einen Stabilitätsbeitrag durch maßvolle Lohnerhöhungen zu leisten“, kann die Gewerkschaftsführung keinem Kollegen mehr verkaufen. In vielen Betrieben herrscht große Unzufriedenheit mit der Tarifpolitik der Gewerkschaftsführung. So streikten bei BASF in Ludwigshafen zum erstenmal nach dem 2. Weltkrieg 10 000 Kollegen spontan gegen das 8 %-Angebot der Unternehmern. Auch in der Kalle-Chemie in Bad Hönningen (Rheinland-Pfalz) gab es Arbeitsniederlegungen. Wegen der zunehmenden Unruhe nicht nur in den Chemiebetrieben (siehe Streiks in der Metall-, Stahl- und Druckindustrie) haben Kapitalisten, SPD-Regierung und Gewerkschaftsführung „stillschweigend“ die Lohnleitlinien angehoben. Die Gefahr, wegen zu niedriger Abschlüsse einen „heißen Herber“ auch in der Chemie zu provozieren, ist ihnen zu groß. Von einem plötzlichen „Gefühlswechsel“ der Gewerkschaftsführer in dem Sinne, mehr für die Kollegen herauszuholen, kann keine Rede sein – denn gleichzeitig versucht dieselbe Gewerkschaftsführung, die aktiven linken Arbeiterkern in den Betrieben „auszuheben“, die der Motor für die gestiegene Kampfbereitschaft der Belegschaften sind. Insbesondere die Hamburger Verwaltungsstelle der IG Chemie inszeniert zu diesem Zweck eine Treibjagd auf Kommunisten, wie sie es seit den 50iger Jahren nicht mehr gegeben hat.

Die Verwaltungsstelle der IG Chemie Hamburg geht dabei schon so weit, die Tarifrunde vollends zu „vergessen“ und sich ausschließlich der „Kommunistenjagd“ zu widmen! Bisher ist vor den Hamburger Chemiebetrieben nicht ein einziges Informationsblatt der IG Chemie zur Tarifrunde verteilt worden. Angeblich sei ja auch kein Geld da! Andererseits werden aber keine Kosten gescheut, wenn es gegen „links“ geht.

So verteilte die Gewerkschaftsführung anlässlich der Hamburger Delegiertenversammlung Ende März 73 ein 9-Seiten-Pamphlet gegen die „linken Spalter“, das an Demagogie und Verhetzung der Springer-Prese in nichts nachsteht und in verschiedenen Passagen die Argumentation direkt aus „Mein Kampf“ von Adolf Hitler kopiert. (Wir geben darauf im weiteren ein.) Eine Kurzfassung dieser Schrift wurde allen Hamburger Vertrauensleuten zugestellt.

len zugestellt.

Selbst im Reisekatalog von „Feierabend“ malt die Gewerkschaftsführung die Gefahr des „Kommunismus“, der „die Gewerkschaften spalten will“, an die Wand und fordert alle Kollegen zur „aktiven“ Gegenwehr auf!

Der folgende Teil gibt den aktuellen Stand der Auseinandersetzungen zwischen der Hamburger-Chemie-Gewerkschaftsspitze und den SPD-Betriebsgruppen auf der einen Seite und der Mehrheit der Vertrauensleute bei „Reichhold“ und „Beiersdorf“ auf der anderen Seite kurz wieder, weist auf die planmäßige Vorbereitung seitens der Gewerkschaftsführung hin und versucht, Lehren für die weitere Arbeit zu ziehen.

Reichhold Vertrauensleute bleiben am Ball

Was war dem vorausgegangen?

Am Abend des 6.3. – nach der Vertrauensleute-Vollversammlung der Hamburger Chemie-Betriebe, auf der es gerade über die Frage der innergewerkschaftlichen Demokratie heftige Diskussionen gegeben hatte – fiel die Entscheidung: der „Reichhold“-Vertrauensleutekörper wird von der Verwaltungsstelle Hamburg aufgelöst. (Wir berichten im ARBEITERKAMPF Nr. 27 im Artikel „Vertrauensleutekörper zerschlagen“ davon.)

Die „Reichhold“-Vertrauensleute hatten die diesjährige Tarifrunde gut vorbereitet. So diskutierten sie sehr ausführlich über Art und Höhe der Forderungen und Fragen der Durchsetzbarkeit. Einmütig verabschiedete man die Forderung von 200; DM für alle und stellte gleichzeitig drei wichtige Anträge an die Hamburger Vertrauensleutekonferenz. So sollte z.B. nach Meinung der Reichhold-Vertrauensleute nach Abschluss der Tarifrunde eine zweite Vertrauensleutekonferenz einberufen werden, um die Mängel und Fehler unserer Arbeit zu diskutieren und ein Fazit aus dieser Tarifrunde zu ziehen.

Natürlich beließ die Verwaltungsstelle es nicht nur bei dem formalen Beschluß – Auflösung –, sondern verschickte gleichzeitig an alle gewerkschaftlich Organisierten bei „Reichhold“ eine 5-seitige Lügenchrift ge-

gen die nun „ehemaligen“ Vertrauensleute. Von den Gewerkschaftsführern war beabsichtigt, die Informationslücke der Masse der Kollegen zu nutzen, um sie gegen die fortschrittlichen Vertrauensleute aufzubringen!

Was war zu tun?

Abwarten? Ein Schritt zurück? Oder jetzt erst recht? Ein Teil der Vertrauensleute ging in die Offensive. Zuerst sammelten sie Unterschriften für eine Mitgliederversammlung, auf der die Neuwahlen eingeleitet werden sollten. Dann ließen sie die „Vorwürfe“ der Verwaltungsstelle gegen ihre Arbeit nicht im Raum stehen, sondern schrieben die „Stellungnahme ehemaliger Vertrauensleute“. „Vor allem aber“, sagten sie sich, „kommt es jetzt darauf an, so viel Öffentlichkeit wie möglich herzustellen. Sowohl bei unseren eigenen Kollegen, als auch in den anderen Betrieben.“

Der Erfolg spricht für diese Kollegen. Mehr als 1/3 der Organisierten

stimmten mit ihren Unterschriften für Neuwahlen und verurteilten den Schritt der Verwaltungsstelle! Der Großteil des alten Vertrauensleutekörpers unterzeichnete die Stellungnahme!

Die dann am 14.4. stattgefunden Mitgliederversammlung unterstrich noch einmal den deutlichen Vertrauensschwund zwischen den Kollegen und der Gewerkschaftsführung:

Zu dieser gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung kamen entgegen der üblichen Praxis gleich zwei Gewerkschaftssekretäre, die sich offenbar ausführlich auf eine Auseinandersetzung mit den Kommunisten vorbereitet hatten. Eingeleitet wurde die Versammlung von Sekretär Philipp von Kodolitsch, der eine 1 1/4-stündige Hetzrede hielt gegen „die Politik des Vertrauenskörpers, die identisch ist mit der Politik des KB“. Hierbei ging der Sekretär ausführlich auf die Prozesse des KB ein. Er zitierte nicht nur aus dem „Chemiearbeiter“, sondern gleichfalls aus dem ARBEITERKAMPF und UNSER WEG, der theoretischen Zeitung des KB.

Die Kommunisten waren offenbar auf diesen massiven und gut vorbereiteten Angriff nicht gefaßt. Sie reagierten eher eingeschüchtert und vermieden die politische Auseinandersetzung mit dem Gewerkschaftssekretär.

Zur Einschüchterung der Kommunisten beigetragen hat sicher auch die Tatsache, daß Kodolitsch frisch die Namen von einem halben Dutzend Betriebsräten, Jugendvertretern und „ehemaligen“ Vertrauensleuten nannte und sie als Mitglieder des KB bezeichnete. Kodolitsch wurde schließlich von einem Arbeiter in seinen antikomunistischen Tiraden unterbrochen. Er könne „kommunistische Zeitungen selber lesen“. Dagegen wolle er „hier über die weitere Gewerkschaftsarbeit bei Reichhold sprechen“.

Im Verlauf der Auseinandersetzung wiesen die Vertrauensleute den Vorwurf, sie würden die „Gewerkschaften spalten“ zurück. Stattdessen wurde nachgewiesen, daß es die Gewerkschaftsführer selber sind, die jede sinnvolle Gewerkschaftsarbeit im Betrieb torpedieren. Dies nütze ausschließlich den Kapitalisten. In diesem Zusam-

menhang wurde auf verschiedene Erfahrungen hingewiesen – so z.B. auf die Verhinderung von schon vorbereiteten Flugblättern des Vertrauenskörpers zu Müstlinen im Betrieb.

Nachdem einmütig verlangt die Versammlung die sofortige Einleitung von Vertrauensleute-Neuwahlen. Dumm dreist trat Sekretär Herrling mit dem Argument dagegen auf, daß einige Kollegen den Beschwerde-Ausschuß der IG Chemie angerufen hätten, um gegen die Auflösung des Reichhold-Vertrauensleutekörpers zu protestieren. In dieser Situation könne man nicht – so Herrling – eine Neuwahl stattfinden lassen, „weil wir hier nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen dürfen“.

Unter der festen Bedingung, daß innerhalb der nächsten sechs Wochen Neuwahlen von der Verwaltungsstelle eingeleitet werden, zogen die Kollegen ihre Beschwerde an den Hauptvorstand zurück.

Solidarität bei Beiersdorf

Inzwischen sind die „Reichhold-Ereignisse“ von den Vertrauensleuten bei Beiersdorf aufgegriffen worden.

Auf ihrer Sitzung am 11. April entzündete sich gerade an diesem Punkt die Auseinandersetzung.

Auf Einladung des VLK-Vorstandes waren vier Vertrauensleute von Reichhold anwesend, um über die Vorgänge zu berichten. Die anwesenden zwei Gewerkschaftssekretäre und die SPD-Betriebsgruppe wußten allerdings dies überbetriebliche Diskussion vorerst zu verhindern. Mit den formalen Gründen, „die Vertrauensleute seien nur für ihren Betrieb zuständig“ (Satzung), außerdem „zu Loyalität gegenüber der Verwaltungssstelle verpflichtet“ (!) und „können, da die Vertrauensleute von Reich-

Ganschow, Harder und Co, eine Niederlage.“

Bei zwei Enthaltungen entschieden sich 24 für und 21 gegen die Sondersitzung, d.h. eine „gemeinsame und offene“ (!) Mitglieder-Versammlung für alle Interessierten Reichhold- und Beiersdorf-Kollegen. (Reichhold hat etwa 700, Beiersdorf etwa 5 000 Beschäftigte.)

Zündstoff Nr. 2 war die Bekanntgabe des erneuten Verbots der Vertrauensleute-Zeitung „Geiern, Heute, Morgen“ durch die Verwaltungsstelle, wegen angeblicher „KB-Tendenzen“ (Ganschow, BR-Voritzender). Ausschlaggebend war vor allem die Veröffentlichung des Abstimmungsergebnisses der Tarifkommission über die diesjährige Tarifforderung.

Auch diese Ausgabe der Vertrauensleute-Zeitung lag bereits fix und fertig gedruckt vor, durfte aber nicht verteilt werden.

Diese Verbote der Zeitung durch die Gewerkschaftsführer – besonders während der Tarifrunde – zielen deutlich auf eine Demobilisierung der Kollegen und Isolierung der Vertrauensleute im Betrieb.

Die Gewerkschaftsführer verhindern so die kontinuierliche Information der Masse der Kollegen, um hinterher deren Uninformiertheit über die gewerkschaftlichen und betrieblichen Probleme demagogisch auszunutzen für ihre Hetze gegen Kommunisten und fortschrittliche Vertrauensleute.

Die folgenden Auseinandersetzungen im Vertrauensleutekörper führen zur weiteren Isolierung der rechten SPD-Betriebsgruppe, wesentlich identisch mit dem Betriebsrat. Deren Führer versuchen einer weitgehenden Enttarnung dadurch zu entgehen, daß sie „plötzlich“, 14 Mann hoch, – „aus Protest gegen die andauernden Unter-

und Vorbereitung der Tarifrunde wurde wenig diskutiert. Der Vorstand hatte die Versammlung unter das Motto „die Linken in der Hamburger IG Chemie ausschalten“ gestellt.

Heinz Flügge, Mitglied des Verwaltungsteilvorstandes und des Bezirksvorstandes, stellte den Antrag „Betr.: Verzicht zur Spaltung der Gewerkschaftsbewegung“.

„In der Vorbereitung zu einer äußerst schwierigen Tarifrunde in der Chemischen Industrie und angesichts einer offensichtlich zu hartem Widerstand entschlossenen Unternehmerrschafft fallen uns zunehmend Leute in den Rücken, die vorgeben, Arbeitnehmerinteressen zu vertreten“, leitete H. Flügge seinen Antrag ein.

Gemeint sind „die anonymen Verfasser radikaler und militanter Schriften“. Diese arbeiten mit Lügen und Diffamierungen, um die Reihen der Arbeitnehmer zu spalten“, seien dabei mit „schönlich finanziellen Mitteln unklarer Herkunft ausgestattet“ und taktierten „deutlich zugunsten der Unternehmer und reaktionärer politischer Kreise“, wobei sich „einzelne Arbeitnehmer von dubiosen Hintermännern leider zu Zutritt und Demunziantentum mißbrauchen lassen“.

Wie im folgenden noch deutlicher wird, richten sich diese Verleumdungen insbesondere gegen den KB und seine Branchenzeitung, den „Chemiearbeiter“. Neu an Flügges Antrag ist nicht, daß der Gewerkschaftsführung die Berichte im „Chemiearbeiter“ nicht passen und daher als „Zutritter und Demunziantentum“ „gebrandmarkt“ werden.

Neu ist an dem beschlossenen Antrag, wie sie selbst unter dem Mantel der „Einheit“ das Geschäft der Spaltung betreiben:

Alle „Kollegen und Kollegen in den Betrieben“ werden verstoßt auf-

gefordert, Sympathisanten und Mitglieder des KB bzw. Vordächler bei der Verwaltungsstelle zwecks „Anschluß jener Mitglieder“ zu denunzieren. Selbstverständlich dabei ist, daß solche Kollegen dann auch vom Kapitalisten aus dem Betrieb gefeuert würden.

Durch dieses Vorgehen der Gewerkschaftsführer erhalten die arbeiterfeindlichen Kräfte im Betrieb quasi einen Blanko-Scheck zur Ausschaltung ihrer unliebsamen Kollegen, was von den Gewerkschaftsführern ausdrücklich und bewusst einkalkuliert wird.

Als Grundlage zum Antrag hatte der Verwaltungsteilvorstand in der Versammlung ein 9-seitiges Papier verteilt, das als „Informations- und Diskussionshilfe zur Tätigkeit radikaler politischer Sektoren in Hamburger Chemie-Betrieben“ ausgegeben wurde. Auf die „Argumente“ in diesem Papier soll im folgenden näher eingegangen werden.

„Mittante und radikale politische Sektoren“, die sich unter anderem am KPD/ML (Marxisten-Leninisten), KB (Kommunistischer Bund), SSG (Sozialistische Studentengruppe), e. c. a. nennen, versuchen „unter meist identischer Führung schwerpunktmäßig den Kampf gegen Vertretungsorgane der Arbeitnehmer zu organisieren: Gegen Vertrauensleutekörper, Betriebsräte, Gewerkschaft...“

Tatsächlich weiß die Gewerkschaftsführung natürlich sehr genau, daß sie es in den Betrieben und gewerkschaftlichen Vertretungsorganen mit linken Arbeitern und Angestellten zu tun hat, unter denen sich Sympathisanten und Mitglieder des KB, nicht jedoch der KPD/ML oder SSG befinden. („Tendenzen des KB“, wie es M. Ganschow auf der letzten Vertrauensleute-Sitzung bei Beiersdorf ausdrückte...) Andererseits möchte die Gewerkschaftsführung natürlich den Eindruck erwecken, es ginge um eine Unzahl verschiedener Gruppen, die „sich untereinander um des Kaisers Ideologischen Bart streiten“, deren „unverständliches Geklingel für Sektierer aller Schattierungen typisch ist“ und „einsame Gruppenmitglieder unfähig zu Kompromissen oder zum Zuhören in der Diskussion macht“ (S. 3 und 4).

Dabei ist die KPD/ML nur bei Beiersdorf mit ihrer Zeitung „Roter Bei-



hold Protest beim Beschwerde-Ausschuß eingereicht haben, nicht in ein schwebendes Verfahren „eingreifen“ (Holz, Vorsitzender der Hamburger Verwaltungsstelle).

Als daraufhin ein Kollege eine „Stellungnahme von Mitgliedern aus dem Forschungszentrum“, mit über 50 Unterschriften auf den Tisch legte, in der energiegelad die Maßnahme der Verwaltungsstelle protestiert und die sofortige öffentliche Klärung beantragt wird, konnte selbst SPD-Betriebsrat Klaus nicht umhin, über eine Sondersitzung zu den Vorläufen bei der Reichhold-Albert-Chemie AG abstimmen zu lassen.

Vorsichtshalber wurde 1/3 der anwesenden Kollegen, weil über 20, von vornherein von der Abstimmung ausgeschlossen! Es durften nur offiziell gewählte Vertrauensleute abstimmen. Trotzdem erlitten die Herren Holz,

stellungen“ – mit zur Schau getragener Empörung die Versammlung verließen. Sie ließen nur einen, den Versammlungsleiter, zurück, der kurz darauf die Versammlung eigenmächtig schloß, als die Kollegen Solidaritätsschreiben an die BASF-Kollegen und die streikenden Drucker verabschieden wollten.

Wie am nächsten Tag im Betrieb bekannt wurde, tagten nach der Vertrauensleute-Sitzung Sekretär Holz und Mitglieder der Vertrauensleute-Leitung. Holz deutete hier die Auflösung des Beiersdorf-Vertrauenskörpers an. Ebenfalls soll die beschlossene Mitgliederversammlung für Reichhold und Beiersdorf verhindert werden.

Haut den Lukas

Am 31. März fand die Delegiertenversammlung der Hamburger IG Chemie Verwaltungsstelle statt. Über Stand

Neue Welle von Gewerkschaftsausschlüssen beginnt.

Seit geraumer Zeit wird in unseren Gewerkschaften immer häufiger zum Mittel der Ausschlüsse gegriffen. Betroffen sind davon fast ausschließlich die linken Opponenten der Politik der Gewerkschaftsführer. Im ARBEITERKAMPF Nr. 23 schrieben wir dazu: „Die Ausschluss-Taktik der Gewerkschaftsführung demonstriert deren gewisses Vorgehen, das eindeutig politisch bestimmt ist.“ (Seite 21) Wir bezogen uns damals bei der Beschreibung der Ausschluss-Taktik der Gewerkschaftsführung besonders auf die Erfahrungen, die im Zusammenhang mit den Betriebswahlen gemacht wurden. Inzwischen haben sich die Fälle gehäuft, in denen die politischen Motive der Gewerkschaftsführer bei der Auswahl derer, die aus den Gewerkschaften entfernt werden, verständlich zutage treten.

Bekannt sind inzwischen die Ausschlüsse der Kollegen Mettke und Reiser aus der IG Druck und Papier in Westberlin. Diese beiden Redakteure des „berliner EXTRA“ wurden noch mit der „Begründung“, sie hätten gegen die Satzung verstoßen, ausgeschlossen, als sie Solidaritätsaktionen für Kollegen einleiteten, die von der Stillelegung der „Offizin“-Druckerei betroffen waren.

Deutlicher wird die politische Stoßrichtung der Ausschlüsse im Falle Zintl in München, ebenfalls IG Druck und Papier, in der Begründung des Ausschlussantrags gegen den Genossen Hans Zintl ein Ausschlussverfahren nach § 11c der Satzung einzuweisen. Dieser Beschluss wurde gefasst, nachdem sich der Kollege Zintl auf dieser Sitzung des Ortsvorstandes, zu der er eingeladen war, eindeutig als Mitglied der sogenannten Arbeiter-Basisgruppen (ABG) bekannt hatte.

Der Ortsvorstand der Münchner IG Druck und Papier hat auf seiner Sitzung vom 5. Oktober 1972 einstimmig (!) beschlossen, gegen den Kollegen Hans Zintl ein Ausschlussverfahren nach § 11c der Satzung einzuleiten. Dieser Beschluss wurde gefasst, nachdem sich der Kollege Zintl auf dieser Sitzung des Ortsvorstandes, zu der er eingeladen war, eindeutig als Mitglied der sogenannten Arbeiter-Basisgruppen (ABG) bekannt hatte.

... Um allen Mißverständnissen vorzubeugen: Der Ausschlussantrag gegen den Kollegen Zintl begründet sich ausschließlich mit dessen eingetragene Mitgliedschaft bei den Arbeiter-Basisgruppen...

(Schreiben des Ortsvereins der IG Druck und Papier vom 23.10.1972) Übrigens deutet die Tatsache, daß dieser Beschluss einstimmig gefasst wurde, darauf hin, daß sich auch die DKP nicht zu schade war, an solchen Schweinereien aktiv mitzuwirken.

Inzwischen ist aus Passau ein Fall bekannt geworden, wo die Führung der IG Druck sich nicht schonte, die Kriminalpolizei dafür zu benutzen, sich eines kritischen Kollegen aus den eigenen Reihen zu entledigen. In einem Brief an „den Leiter der Kriminalpolizei Passau“ vom 30.11.72 schreibt Adolf Meyer vom Ortsverein Passau der IG Druck und Papier über den Kollegen Heißberger:

... bei mir waren schon einige Zweifel, ob er nicht doch engere Beziehungen zu der Sympathisantengruppe der Arbeiter-Basisgruppe (München) hätte. Dieser Verdacht hat sich nun mittlerweile so stark bestätigt, daß es unvernünftig wäre, diesem Mann eine Jugend anzuvertrauen.

Außerdem werde ich gegen Herrn Heißberger beim Landesbezirk der IG Druck und Papier, München, den Ausschluss aus der Gewerkschaft beantragen!

Der Kollege Heißberger ist Österreicher und durch das Schreiben des Ortsvereins Passau der IG Druck nicht nur als Kommunist denunziert, sondern auch zur Abchiebung aus Westdeutschland durch die Polizei freigegeben.

Neue Vorstandbeschlüsse

Die Gewerkschaftsführer haben es dabei nicht bewenden lassen. Die IG Druck und Papier-Führung hat vor kurzem einen Beschluss gefasst, der den Ausschluss aller Kommunisten und de-

ren Sympathisanten aus der IG Druck und Papier zwingend vorschreibt:

„Der Hauptvorstand hat am 9.3.1973 folgenden Beschluss gefasst:

Mitglieder der Industriegewerkschaft Druck und Papier, welche sich zur „Roten/Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ (RGO) oder Gruppen mit gleicher beziehungsweise ähnlicher (!) Zielsetzung bekennen, deren Bestrebungen durch ihre Mitgliedschaft, durch Äußerungen in Wort und Schrift beziehungsweise durch aktive Mitwirkung unterstützen, verstoßen gegen § 4 der Satzung der IG Druck und Papier. Auf sie ist das Verfahren nach § 11 (Ausschluss aus der Gewerkschaft) Ziffer 1a beziehungsweise 1c anzuwenden.“

Auch die IG Metall hat es sich nicht nehmen lassen, kurz darauf einen entsprechenden Beschluss zu fassen. Hier der Wortlaut:

„Die Zielsetzung und die Aktivitäten der unter der Bezeichnung KPD, KPD/ML, KPD/DAO, Arbeiter-Basisgruppen, Kommunistischer Bund, Kommunistische Arbeiterpresse tätigen Gruppen und der von ihnen getragenen sogenannten revolutionären Gewerkschaftsopposition sind gewerkschaftsfeindlich. Die sogenannten Gruppierungen werden zu gegnerischen Organisationen erklärt. Die Zugehörigkeit zu diesen Organisationen ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Industriegewerkschaft Metall. Mitglieder der Industriegewerkschaft Metall, die sich an deren gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten beteiligen oder diese unterstützen, verstoßen gegen die Interessen unserer Gewerkschaft und müssen mit dem Ausschluss rechnen.“

Nun sind Ausschlüsse von Kollegen, die in den Gewerkschaften für eine konsequente Politik im Interesse der Arbeiterklasse arbeiten, in der Geschichte der Arbeiterbewegung keine Seltenheit, sondern vielmehr die Regel. In den zwanziger Jahren kam es zu regelrechten Massenausschlüssen. Die

ADGB-Führer schlossen ganze Zahlstellen aus. Auch nach 1945 kam es zu ähnlichen Vorfällen, z.B. in der IG Bergbau und Energie.

Dennoch sind die oben dargestellten Einzelfälle und die Beschlüsse Anzeichen dafür, daß die Gewerkschaftsführer in der Zukunft vom Mittel des Ausschlusses aus den Gewerkschaften weit häufiger Gebrauch machen werden, als das in den letzten Jahren der Fall war.

Es sind dies nichts anderes als die vorbeugenden Maßnahmen der Gewerkschaftsführer, die besonders in den letzten Tarifrunden feststellen mußten, daß der überwiegende Teil ihrer Funktionäre an der Basis – vornehmlich die gewerkschaftlichen Vertrauensleute – nicht mehr voll hinter ihnen stehen, daß sich zunehmend Widerspruch zu der von den Gewerkschaftsführern betriebenen Tarifpolitik in den Betrieben bildet. Zwar sind diese Gewerkschaften, die ja das so wichtige Bindeglied zwischen der betrieblichen Basis und der Führung bilden, noch keine Kommunisten, zum Teil stehen diese Kollegen den Kommunisten noch sehr skeptisch bis ablehnend gegenüber.

Die Gewerkschaftsführungen sind sich aber sehr wohl der Tatsache bewusst, daß die Kommunisten bei guter Arbeit durchaus in der Lage sind, diese sich verstärkenden spontanen Ablehnung der Politik der Sozialpartnerschaft die Alternative einer Politik des konsequenten Klassenkampfes gegen die Kapitalisten entgegenzustellen, und somit der spontanen Empörung an der gewerkschaftlichen Basis zunehmend mehr Bewußtheit und Kontinuität zu verliehen.

Insgesamt deutet sich hier der Beginn einer längerfristigen Entwicklung an, die die gewerkschaftliche Basis nach links treibt, und die in der seit längerem in allen Ländern Westeuropas zu verzeichnenden Verschärfung der Klassenkämpfe begründet liegt. Die Gewerkschaftsführer können diesen Prozeß nicht aufhalten, sie werden aber nichts unversucht lassen, um ihn

so lange wie möglich unter Kontrolle zu behalten. Auf der einen Seite greifen sie immer rücker zu Mittel des Abbaus der innergewerkschaftlichen Demokratie, wie das u.a. die oben zitierten Ausschluss-Beschlüsse belegen, andererseits werden sie sich mehr den Mitteln von Scheinzeugständen gegenüber der Basis bedienen müssen. Beispielsweise zeichnet sich das in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ab, deren Vorsitzender in Bayern meint: Es sei richtig, daß die Gewerkschaften wieder (!) zu „Kampforientationen der Arbeiterklasse“ (!) werden müßten, daß Revolutionäre in den Gewerkschaften aber nichts zu suchen hätten.

Für die Kommunisten in den Gewerkschaften können die jetzt verstärkt einsetzenden Schläge kein Anlaß sein, ängstlich die Köpfe einzuziehen und zu meinen man könne dadurch den Schlägen (z.B. Ausschlüssen) entgehen. Sehr wohl aber ist in der Zukunft viel mehr Gewicht auf die Absicherung unserer Arbeit in den Gewerkschaften zu legen.

„Kein Zweifel, die Herren „Führer“ des Opportunismus werden zu allen möglichen Kliffen der bürgerlichen Diplomatie greifen, werden die Hüfte der bürgerlichen Regierungen, der Pfaffen, der Polizei, der Gerichte in Anspruch nehmen, um die Kommunisten nicht in die Gewerkschaften hineinzulassen, um sie auf jede Art und Weise aus den Gewerkschaften zu verdrängen, um ihnen die Arbeit in den Gewerkschaften möglichst zu verkleinern, um sie zu belästigen, gegen sie zu hetzen und sie zu verfolgen. Man muß all dem widerstehen können, man muß zu jedem Opfer entschlossen sein und sogar – wenn es sein muß – alle möglichen Schläge, Lügen und flegelhaften Methoden anwenden, die Wahrheit verteidigen und verbalisieren, um in die Gewerkschaften hineinkommen, in ihnen zu bleiben und in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten.“ (Lenin, DB 31, S. 39-40)

Fortsetzung CHEMIE-TARIFRUNDE

ersdorfer“ vor dem Tor unarmlich in Erscheinung tretend. Die bisherigen drei „Betriebsübergaben“ glücken dadurch, die konkreten betrieblichen Informationen aus dem letzten „Chemiearbeiter“ mit einigen revolutionären Phrasen „angereichert“ zu haben. In allen anderen Chemiebetrieben ist die KPD/ML völlig unbekannt. Allerdings hat die Gewerkschaftsführung aus dem „Roten Beiersdorf“ genügend „Mutation“, die gesamte Arbeiterlinke abzukanzeln.

Aus ähnlichem Grund muß die SSG herhalten, die bisher auch jeweils den „Chemiearbeiter“ abgewertet hat, um ihre zwei Ausgaben der „Tarifkampfinformationen“ mit Betriebslichem zu „ergänzen“. Doch läßt sich mit ihr prächtig die These der „entscheidenden Führung“ der Linken belegen. (SSG= Sozialistische Studentengruppe), sie hat ihre „Betriebsarbeit“ allerdings ab 1.4. in „KG“-Kommunistische Gruppe umbenannt.

Um die „Spätkritik der kommunistischen Sekten“ zu belegen, werden die „Zitate“ u.a. auch aus der Chemiebranchenzusatzung des KB, dem „Chemiearbeiter“ gebracht. Diese „Zitate“ sind zum Teil frei erfunden, zum Teil so aus dem Zusammenhang gerissen, daß ihr Sinn total entfällt ist.

Beim „großen Führer“ abgepuckelt

Um meine Auseinandersetzung mit den Kommunisten und dem „Chemiearbeiter“ theoretisch zu untermauern, schreibt der Verwaltungsausschussstand zur „Zielsetzung der Sekten“:

„Sie haben die letzte Arbeiterklasse (für sie verbott und dumm“, um zu erkennen, daß der „bestehende Sy-

stem“ völlig verrotet“ sei und „revolutionär niedergelassen“ werden müsse. Deswegen „sollte sie von den selbsternannten Besatzern ohne Nennung klarer Ziele in die Revolution geführt werden, an deren Ende die Sektenführer dann die Macht übernehmen und der Arbeiterklasse sagen, wohin die Reise geht.“

Das ist die übliche Sprache eines Kalten Kriegers, mit der dieser den Kampf der Kommunisten um die Befreiung der Arbeiterklasse von Ausbeutung und Herrschaft des Kapitals zu „beschreiben“ pflegt. Holst und Co. gehen allerdings noch einen Schritt weiter:

„Da die Gewerkschaften durch Reformen und andere Maßnahmen innerhalb des bestehenden Systems ständig Verbesserungen für die Arbeitnehmer erzielen, stehen sie den Sekten an erster Stelle im Wege. Sie gehen davon aus, daß es dem Arbeitnehmer noch viel schlechter gehen müsse, damit er revolutionär wird. Deshalb müssen, so die Sekten-Idioten, die Gewerkschaften in ihrer jetzigen Form zerschlagen werden. Mitbestimmung, Vermögensbildung und andere von den Gewerkschaften angestrebte Reformen werden diffamiert und abqualifiziert, um sie zu verhindern.“ (S.4)

Und weiter:

„Jeder verantwortungsbewusste Arbeitnehmer, der es nicht dulden will, daß die Taktik des Dem-Arbeitnehmer – muß – es – noch – viel – schlechter – gehen“ zum Zuge kommt, muß aktiv etwas gegen die überartigen Trommler der Gewalt und des pubertären Unsinns unternehmen.“

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer wissen genau, daß sie in einer erblichen Auseinandersetzung mit Kommunisten um die Politik in den Gewerkschaften vor den Augen der Arbeiter nicht bestehen können und müssen so zum Mittel der Lüge greifen. Denn diesen Leuten ist natürlich nicht

unbekannt, daß schon Karl Marx die Gewerkschaften als „Organisationen der Arbeiterklasse“ und „Sammelplätze des Widerstandes gegen die Gewalttaten des Kapitals“ bezeichnet, die zu verteidigen und zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse auszubauen Pflicht jedes Kommunisten und fortschrittlichen Arbeiters ist. Dabei unterstützen Kommunisten den Widerstand der Arbeiter gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage, treten für jede Verbesserung und jeden Schritt wirklicher Reformen ein und stoßen gerade dann mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern zusammen. Denn diese versuchen durch die Politik der Klassenveröhnung, die Arbeiter an den Kapitalismus zu fesseln.

Das hat mit „linker Unfunktionalität“, wie Antikommunisten vom Schlage Holst und Co. behaupten, nichts zu tun, sondern ist der Zweck, an dem die Arbeiterklasse sich überhaupt mal Gewerkschaften gescheit hat!

Antikommunistisch sind alle diejenigen, die sich über die klaren Forderungen der Kollegen hinwegsetzen, dem Abbau der Leibes- und der Rechte der Arbeiter zustimmen und die Gewerkschaft als „Ordnungsfaktor“ dem kapitalistischen Staat unfeindlich wollen.

Für diese Demagogen, Kommunisten arbeiten an der Zerstörung der Gewerkschaften, damit es den Arbeitern viel schlechter ginge und sie so „revolutionär“ würden, hätten Holst und Co. ebenso gut folgendes schreiben können:

Für die Sektenführer „kommt die Vertiefung aller wirklichen Bedürfnisse der Arbeiterklasse immer weniger in Frage, bis die politische Klugheit es endlich überhaupt nicht mehr als wünschenswert erscheinen läßt, die sozialen und geistig-kulturellen Bedürfnisse der Massen zu befriedigen, die ja sonst Gefahr laufen, dass, in ihren Wünschen befriedigt, nicht mehr als willkürliche Kampfgruppe benutzt zu können.“

Eine derartige, ahnungslos gewirkte Entwicklung legt den Klassenkämpfern Führern solche Furcht ein, daß sie endlich lauernd jede wirklich gegenwärtige soziale Hebung ablehnen, ja auf das Entschlossenste dagegen Stellung nehmen.“

Dieses Zitat ist noch gar nicht so alt und noch in manchem Bücherbord eines Rechtsradikalen zu finden, damit er es bei Bedarf hervorkramen kann, wenn es gilt, gegen Kommunisten zu Felde zu ziehen. Geschrieben wurde es von Adolf Hitler und dann zur „Begründung der national-sozialistischen Lehre“ in „Mein Kampf“ (S.51/52) veröffentlicht!

Hitler setzt das obige Zitat folgendermaßen fort und „begründet“ die Taktik der „klassenkämpferischen Führer“ (auch diesen „Argumentations“-fluß finden wir in der 9-seitigen Hetschrift der IG Chemie-Führung wieder):

„Um eine Begründung eines vermeintlich so unverändlichen Verhaltens braucht ihnen dabei nie lange zu sein. Indem man die Forderungen immer höher spannt, erscheint die mögliche Erfüllung derselben so klein und unbedeutend, daß man der Masse jederzeit einspielen vermag, es handle sich hierbei nur um den taufelhaften Versuch, durch solche eine lächerliche Befriedigung heiliger Anrechte die Störfahrt der Arbeiterkraft auf bittige Wege zu schwächen, ja wenn möglich lahmzulegen. Bei der geringen Denkfähigkeit der breiten Masse wundern man sich nicht über den Erfolg...“ (S.52)

Dieselbe „Argumentations“-Führung wie aus Hitlers „Mein Kampf“ finden wir in der antikommunistischen Hetschrift der Hamburger IG Chemie-Führung wieder:

„Die Mitglieder und Sympathisanten des KB „steuern in Diskussionen regelmäßig ideologische Auseinandersetzungen an (Ziel: Verhinderung konkreter Arbeit zur Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer)“... können nicht

zuhören, nehmen Argumente anderer nicht ernst auf, sondern bekämpfen sie aus Prinzip... Die Art solchen „Diskutierens“ wird verbissen und mit der für Sekten typischen Verbotskraft geführt.“ (S.6)

Bei Wahlen, z.B. zur Tarif-Kommission etc., versuchen sie, Bewerber „mit bindenden Beschlüssen“ festzulegen, die so weit gesteckt werden, daß sie möglichst nicht erfüllt werden können. Bei Nichterfüllung erfolgt die übliche Diffamierung...“ (S.6)

Wobei gegen solche Methoden schwer anzugehen sei, da es

„für Gerichte und Skandal-Geschichten immer ein Publikum gebe.“ (S.6) (vergl. ... „geringe Denkfähigkeit der breiten Masse“, Hitler)

Übersetzt man die demagogischen Ausfälle in normale Umgangssprache, so bedeutet das:

- wer hohe Forderungen, z.B. in einer Tarifrunde aufstellt,
- wer über grundsätzliche gewerkschaftspolitische Fragen wie Mitbestimmung oder Vermögensbildung diskutieren will,
- wer seinem Vertreter z.B. in der Tarifkommission aufträgt, die Forderungen der Kollegen dort zu vertreten, der ist ein Kommunist und muß ausgeschaltet werden.

Wir werden die 9-seitige antikommunistische Hetschrift der Hamburger IG Chemie-Führung sowie weitere antikommunistische Pamphlete demelben „Autoren“, die während dieser Tarifrunde veröffentlicht worden sind, in vollem Wortlaut in einer Sonderbrochüre veröffentlichen.

Bemerkenswert an der Kommunisten- und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung ist, daß diese nicht einmal davor zurückschrecken, in ihrer Argumentation auf das Niveau der Tiraden Hitlers abzusinken, mit denen dieser minorisierte Kommunisten, Gewerkschafter und Sozialdemokraten bekämpfte. Chemie-Gewerkschaftskommission KB-Gruppe Hamburg

Forts. von Seite 1

Der Kampf gegen das 'loi Debré'

Der Protest der Schüler und Studenten entzündete sich an einem neuen Wehrpflichtgesetz, das bereits im Juni 1970 verabschiedet wurde und im 1. Januar dieses Jahres in Kraft trat (Debré war der Verteidigungsminister im alten Regierungskabinett). Nach diesem Gesetz können die Oberschüler keinen Gestaltungsaufschub bis nach Beendigung ihrer Universitätsausbildung mehr erhalten, wie dies bislang der Fall war, sondern müssen ihren einjährigen Armeedienst irgendwann im Alter von 18 bis 21 Jahren ableisten, also zwischen Schul- und Universitätsausbildung. Die französischen Oberschüler erkennen dahinter vor allem die Absicht der Regierung, daß die militärische Disziplinierung in jüngeren Alter durchschlagender ist, daß das neue Gesetz also darauf abzielt, das politische Rückgrat der Jugendlichen so früh wie möglich militärischem Drill zu brechen.

Bemerkenswert ist, daß die Bewegung gegen das 'loi Debré' nicht wie in der Vergangenheit bei ähnlichen Kämpfen in den Universitäten ihren Ausgangspunkt nahm, sondern in den Gymnasien. Die Studenten schlossen sich der Bewegung erst später an.

Am 14. März, also drei Tage nach der Parlamentarwahl, wurde in Paris ein nationales Komitee zur Koordinierung des Kampfes gegen das 'loi Debré' gebildet. Dabei waren

wend, weil sie die Ausweitung der Bewegung über das ganze Land befürchteten. In der Vergangenheit blieb die Beteiligung an Demonstrationen „in der Provinz“ in ihrer Gesamtzahl zumeist weit hinter der in Paris zurück.

Polizei schafft bürgerkriegsähnliche Atmosphäre

Die Ausweitung der Bewegung ist auch dadurch erreicht worden, daß sich mittlerweile die Studenten mehrerer Universitäten dem Kampf der Oberschüler gegen das 'loi Debré' angeschlossen haben. Dabei haben die Studenten diesen Kampf mit ihrem Protest gegen eine neue Studienordnung verbunden, die eine Verschlechterung ihrer Ausbildungsbedingungen bedeutet. Die Universitätsverwaltung reagiert auf den Streik der Studenten mit der Schließung einiger Fakultäten, Hand in Hand damit besetzten feilschende Gruppen und von ihnen beauftragte Studenten der Universitätsgebäude Asses in Paris, in dem hauptsächlich juristischen und bürgerlichen Wirtschaftswissenschaften. Teilnehmer einer dagegen organisierten Protestdemonstration linker Studenten wurden von den feilschenden Besitzern aus den Fenstern des Universitätsgebäudes

Atmosphäre geschaffen wird. So stellt sich denn auch die Frage immer weniger, ob eine gewalttätige Verdrängung von Seiten der Demonstrationen „moralisch gerechtfertigt“ ist, sondern: ob sie zum gegebenen Zeitpunkt nötig und zweckmäßig ist. Ständig versucht die Polizei, die Demonstration der Straße abzurufen und sie in eiserne Gitter zu drängen, legt sie die Demonstrationen mit ihren Einseitigkeiten durch die Stadt und nimmt sie in einen Zangenriff, um dann plötzlich und ohne Vorwarnung loszuknallen. Der bislang schwerste Zusammenstoß in der gegenwärtigen Bewegung fand am 3. April in Straßburg statt. Dort räumten mehrere Hundertschaften der Polizei in einem brutalen Einsatz die von den Studenten besetzte geistliche Universität. Es gab 75 Verletzte, darunter – wie eine italienische Zeitung schrieb – einen lebensgefährlich. Die Studenten versuchten, sich räumend gegen den Polizeieinsatz zu verteidigen. Einzelne Barrikaden wurden gebaut, nach dem Vorbild der Kämpfe vor fünf Jahren. Schließlich mußten sie aber die Besetzung aufgeben, da ihre Kräfte den Gegenangriffen und Knüttelschlägen der Polizei nicht mehr standhalten konnten. Am nächsten Tag demonstrierten ca. 10.000 durch Straßburg, vor für diese Stadt eine noch bläherigen Maßstäben relativ große Manifestation ist.

Zum politischen Charakter der Bewegung

Der Kampf der Schüler und Studenten in Frankreich trägt bei seinem ziemlich großen Ausmaß überwiegend spontanen Charakter.

schwung nahm – und daß die ständigen Parolen die Abwertung auf die nächste Wahl die nicht mehr so schnell mitzählen konnten. Es kommt aber noch ein wichtiger Punkt hinzu: das 'loi Debré', dessen Inkrafttreten zum Ausgangspunkt der Massenbewegung der Schüler und Studenten wurde, ist im Juli 1970 von allen Parteien der französischen Nationalversammlung beschlossen worden, auch von der PCF. Da wird ihr die Maske des „Hilfsgegners“ heute natürlich nicht mehr so leicht abgenommen.

Die PCF selbst sieht sich allerdings durch ihre damalige Beförderung des Gesetzes nicht gehindert, mit entwerfenden und teilweise auch kuriosen Schachzügen doch noch „mit einem Bein in die Bewegung einzufallen“. Als sie ihre Einflußpolitik bei der Bildung des nationalen Koordinationskomitees feststellte, wollte sie sich dadurch an die Spitze kaptalisieren, daß sie einen Tag vor dem nationalen Aktionstag am 22. März zu einer eigenen Demonstration in Paris aufrief. Aber während am 22. März über 100.000 durch die Straßen von Paris marschierten, waren es am Vortag bei der PCF gerade 3.000. Nach diesem eindrucksvollen Mißerfolg „unterstützte“ sie noch selbst die Demonstration am 22. März – und am folgenden Tag „konnte man dann in der 'L'Humanité', der Zeitung der PCF, lesen, daß „zehntausende hinter der PCF“ marschierten.

Die PCF weiß natürlich auch, daß die Bewegung der Schüler und Studenten große Sympathie unter der werktätigen Bevölkerung findet. Gerade deswegen, weil sie in ihren revisionistischen Einfällen bei den Arbeitern bangt, bereits als ihr ja wohl so viel Kopfschütteln, wie sie das ganze noch auf ihr Konto verbuchen und in ihre Bahnen lenken. Nach den Demonstrationen vom 22. März erklärte die mit der PCF verbundene revisionistische Gewerkschaftsführung der CGT sich nun zu Gesprächen mit den revolutionären linken Gruppen bereit – das erste Mal seit dem Mai 68. Das ist sowohl ein Ausdruck des tatsächlichen Kräfteverhältnisses innerhalb der gegenwärtigen Bewegung, als auch Ausdruck der revisionistischen Taktik, dieses Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verändern. Immerhin erbrachten die Gespräche, daß sich sowohl die CGT als auch die mit ihr konkurrierende CFTD und die ebenfalls mit der PCF verbundene Lehrgewerkschaft FEN dem Aufruf zur Demonstration am 2. April anschlossen.

Antimilitaristischer und antikapitalistischer Kampf

Den vergleichsweise größten Einfluß innerhalb der gegenwärtigen Bewegung der Schüler und Studenten haben die „Revolution“ und die trotzkistische „Ligue Communiste“. Diese beiden Gruppen haben

daß über die aktuelle Mobilisierung hinweg das Terrain für die künftigen Kämpfe gegen die Schule der Kapitalisten und der Polizei vorbereitet wird.

Hetige Auseinandersetzungen gibt es innerhalb der Bewegung auch über die Streikrichtung der Kämpfe und die Parolen. Eine der hauptsächlichsten Parolen zu Beginn war „Wiederherstellung des Gestaltungs-aufschubs“. Das wurde deswegen hart kritisiert, weil der Kampf damit eine bloße Verteidigung privilegierter Interessen der Gymnasialisten ausdrückt. Denn für die große Masse der Jugendlichen, nämlich die Arbeiterkinder, gibt es diesen Gestaltungsaufschub ohnehin nie. Es wurde denn die Parole geprägt: „Freie Wahl der Einberufungs-datum für alle Jugendlichen“. Diese Parole trifft nicht nur nicht das eigentliche Problem, Fernab jeder gesellschaftlichen Regelung sollen die meisten Kapitalisten junge Arbeiter nur dann ein, wenn sie zuvor ihren Militärdienst geleistet haben. Die meisten Arbeiterkinder haben daher nach ihrer Schul-entlassung mit 16 Jahren praktisch vor der Situation, möglichst schnell den Militärdienst hinter sich zu bringen oder, wenn überhaupt, zunächst eine äußerst schlecht bezahlte „Ausweichearbeit“ zu bekommen. Die gesellschaftlichen Klassenverhältnisse selbst lassen den Arbeiterjugendlichen also in der Praxis gar keine Wahl, und die nützt auch kein „demokratisches Gesetz“.

Die Interessen der Arbeiterjugend (und der gesamten Arbeiterklasse) richten sich nicht gegen einen bestimmten Zeitpunkt der Einberufung zum Militär, sondern gegen die bürgerliche Militärdienstübernahme, gegen, daß es ein Instrument der Kapitalistenklasse zur Absicherung ihrer Herrschaft ist. Dagegen muß sich demzufolge auch die Bewegung der Oberschüler richten, wenn sie im Bündnis mit der Arbeiterklasse tatsächlich grundlegende Änderungen anstreben und sich nicht auf die Verteidigung privilegierter Interessen beschränken wollen. Hierbei die nötige politische Einigkeit zu schaffen und der Bewegung einen antimilitaristischen und antikapitalistischen Charakter zu verleihen, darum geht es. Und es scheint, daß die Auseinandersetzung um diese Fragen bereits einigen Erfolg hat. Das ist in den Parolen deutlich, die zunehmend um sich greifen und die bereits bei der Demonstration am 2. April gegenüber der Forderung nach Abschaffung des 'loi Debré' in den Vordergrund rückten; wie etwa:

„Militärdienst: Dienst für das Kapital!“

„Die Gestaltungsaufschub sind uns wurscht, wir wollen überhaupt keine Armee mehr!“

„Nieder mit der Armee! Streikbrochen!“

„Revolution!“ und die trotzkistische „Ligue Communiste“.

(Diese Parole hat einen sehr aktuellen Bezug: Als kurz vor dem Parlamentarwahl von der französischen Flugsellschaft gestrichelt wurde, setzte die Regierung die Luftwaffe ein, um den Flugbetrieb aufrechtzuerhalten. Dabei wurde sogar in Kauf genommen, daß die Militärkontrolle mit dem Betrieb der zivilen Luftfahrt völlig unverträglich ist: Am 5. März starben 68 Menschen bei einem Zusammenstoß zweier spanischer Flugzeuge über französischem Luftraum. Die Regierung erwiderte das natürlich mit einem „bedauerlichen Zwischenfall“, an dem die Luftkontrolle durch die Armee gänzlich unschuldig sei.)

Die zunehmende Herausbildung einer antimilitaristischen und antikapitalistischen Streikrichtung der Bewegung wurde auch dadurch erleichtert, daß sich inzwischen die Arbeiterjugendlichen einiger Berufsschulen den Streiks und Demonstrationen angeschlossen haben. Die entschlossensten Parolen bei der Demonstration am 22. März kamen bereits aus den Reihen einiger tausend mit-marschierender Berufsschüler, was offensichtlich auch seine positive Wirkung auf die gesamte Bewegung hatte. Es ist überdies seit dem Mai 68 das erste Mal, daß sich die Arbeiterjugend an einer derartig breiten Bewegung beteiligt und ihre Interessen den Charakter dieser Bewegung entscheidend zu prägen beginnt.

Entwickelt sich ein 'nouer Mai'?

Die Energie der Zehntausende von Schülern und Studenten, ihre Begeisterung und ihren lebendigen Kampfbereitschaft stellen einen wesentlichen Motor der Bewegung dar. Tatsächlich kann man sagen, daß in ihr die Erinnerung an die großen Kämpfe vom Mai 68 wieder auflebt. Parolen, wie die vom Mai 68:

„Das ist nur ein Anfang, der Kampf geht weiter!“, oder wie „Es ist erst 3 Jahre her – Kuckuck, da sind wir wieder!“ drücken dies aus. Und ein malen wird aus tausend von Kehlen gerufen: „Heiß, heiß, heiß – der Frühling wird heiß!“

Dem Großteil der Bewegung scheint dabei auch klar zu sein, daß die entscheidende Frage der Verbindung der Kämpfe der Schüler und Studenten mit dem Kampf der französischen Arbeiterklasse ist. Aber über das Wie gibt es unterschiedliche Auffassungen.

Die trotzkistische „Ligue Communiste“ versteht dazu mit der Parole aus: „Die Kämpfe auf die Betriebe ausweiten“. Es ist aber unrealistisch und es kann auch nicht darum gehen, die Arbeiter aufzufordern, sich der Bewegung der Schüler und Studenten „anzuschließen“. Streik in den



Nieder mit der Schule der Kapitalisten

Nieder mit der Schule der Kapitalisten

mehr als 250 Delegierte von Gymnasien aus dem ganzen Land anwesend. Bei diesem nationalen Koordinierungskomitee handelt es sich nicht um ein willkürlich aufgesetztes Gremium, das die Bewegung der Oberschüler zum Nutz und Frommen irgendeiner Gruppierung modeln soll – wie das etwa bei uns mit den zahlreichen „Nationalen Vietnam-Komitees“, „Lia gegen den Imperialismus“ und „Nationalen Konferenzen gegen die Ausländergesetz“ der Fall ist. Bei dem nationalen Koordinierungskomitee gegen das 'loi Debré' handelt es sich vielmehr um ein tatsächliches Produkt und Organ der Bewegung, das sich auf eine breite Basis stützt und das aufgrund der Ausweitung der Kämpfe notwendig geworden ist.

Die Bildung dieses nationalen Komitees waren ständig zunehmende Streiks und Demonstrationen in zahlreichen Städten vorangegangen: u.a. in Paris, Marseille, Lille, Clermont-Ferrand, Aix, Thiers, Tours, Brest, Jézeaux-de-Bigorre, Montargis, Aurillac, Dijon und Caen. Die Bewegung zeigte in den einzelnen Orten aber einen unterschiedlichen Grad an politischer Bewusstheit und Organisiertheit. Während beispielsweise die Gymnasialisten in Marseille ihren Kampf bereits inter bewusst antimilitaristischen und antikapitalistischen Parolen führen („Militärdienst: Dienst für das Kapital!“, während in mehreren der 26 betraffenen Oberschulen in Marseille bereits schulische Komitees existierten, die eine lebendige Koordination des Kampfes auf örtlicher Ebene beibehielten, war die Bewegung anderswo z.B. in Lille und den meisten anderen Orten zwar sehr massiv, aber viel weniger strukturiert als in der Basis. Dort in Lille, wo die Bewegung zwar breit aber nicht so tief, hatte die Polizei dann auch besonders brutal zugeschlagen. Es gab mehrere Verletzte, darunter ein 17-jähriger Gymnasialist, der mit einem Steinwurf ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Nach der Bildung des nationalen Koordinationskomitees wurde die Bewegung weiter an. Am 22. März, dem 5. Jahrestag des Beginns der 'Mai-Kämpfe' von 1968, wurde in einer nationalen Aktionstag durchgeführt. In Paris demonstrierten an diesem Tag über 100.000 Schüler und Studenten; im ganzen Land noch einmal mehr als 180.000. Am 2. April, dem Tag der Einberufung zum Militärdienst und gleichzeitig der erste Sitzungstag der neu gewählten Nationalversammlung, waren es wieder mehr als 100.000 in den Straßen von Paris und insgesamt über 300.000 im ganzen Land. Einige Zeitungen sprachen sogar von einer schier halben Million. Am 9. April folgte dann der nächste nationale Aktionstag mit massenhaften Demonstrationen.

Die große Zahl der Demonstrationen außerhalb von Paris hat insofern besonders bedau-

beraus mit Stöhlen, Tischen und anderen schweren Gegenständen beworfen. Die Polizei kam dabei den feilschenden Besitzern ebenso selbstverständlich zu Hilfe, wie sie es zwei Tage später eine bürgerkriegsähnliche Belagerung des gesamten Quartier Latin durchführte, als die linken Studenten im Gegensatz gegen die feilschende Besetzung der Asses der Sorbonne besetzten wollten das Quartier Latin in der Pariser Gegend, und wo im Mai 1968 der Barrikadenkampf gegen die Polizei stattfand.

Die geplante Besetzung der Sorbonne wurde schließlich mit mehrheitlicher Abstimmung aufgegeben, da die eigenen Kräfte zu dem Zeitpunkt als zu schwach eingeschätzt wurden, gegenüber dem Aufgebot mehrerer Hundertschaften bewaffneter Polizei im gesamten Quartier Latin. Immerhin wurde aber am 28. März, also in der Zeit zwischen den beiden großen Demonstrationen vom 22. März und vom 2. April, eine weitere Demonstration gegen die feilschende Besetzung der Asses und gegen das 'loi Debré' durchgeführt, an der sich über 20.000 beteiligten.

Das Auftreten der Polizei gegenüber den Demonstrationen der Schüler und Studenten ist allgemein sehr massiv. Neben „gewöhnlichen“ Polizeikräften werden durchweg die CRS (ein Art Berittschafspolizei) und die „Gardes mobiles“ eingesetzt. Zusammen handelt es sich jeweils um mehrere Hundertschaften, die teilweise in Mannschaftswagen herantransportiert werden, die der Größe normaler Verkehrsmittel entsprechen.

Polizeiknäuel und normale Rundzüge werden von den Polizisten beim Aussteigen aus ihren Mannschaftswagen gar nicht erst im Koppel getragen, sondern gleich in die Faust gehalten. Außerdem ist ein Teil der Polizisten jeweils mit Gewehren ausgerüstet, die ebenfalls zum Teil gleich in die Hand gehalten und nicht geschultert werden.

Bei gewöhnlichen Angriffen benutzen viele die Pfeifenhörner als Schlaginstrumente. Auf einem Teil der Gewehrgehäusen sind Franzosenparolen aufgetragen, darunter: „Wir verwenden die französische Polizei bei ihren Einsätzen gegen Demonstrationen, Chör und ein anderes Gas, das die neuerdings in den USA einkauft und das in Vietnam erprobt wurde. Die besondere Tücke dieses Gases liegt darin, daß es im Gegensatz zum Tränengas und Chör unsichtbar ist und die Schleimhäute auf andere Weise verletzt, so daß die herkömmlichen Schutzmaßnahmen der Demonstranten (Tränengasmasken, Taschentücher vor Mund und Nase) nicht mehr viel nützen.“

Außer durch das Auftreten und die Ausrüstung der Polizei wird so schon deutlich, von welcher Seite es eine bürgerkriegsähnliche

Weder die revisionistische PCF noch irgend eine andere linke Gruppe ist gegenüber in der Lage, diese Bewegung irgendwie „anzuleiten“. Es ist im Gegenteil eher so, daß die meisten linken Gruppen große Schwierigkeiten haben, der Massenbewegung überhaupt zu „folgen“ und politische Perspektiven vorzuschlagen, die die Bewegung auf ein höheres politisches Niveau bringen können und die ihr eine Bewusstheit verleihen, die über die aktuellen Kämpfe und Kampfrufe hinausreicht. Eine weitreichendere politische Orientierung der Kämpfe ist aber sehr wichtig, weil trotz der zunehmenden Ausweitung



Gymnasialisten, junge Arbeiter: gemeinsam gegen die Regierung

der Bewegung kaum mit großartigem konkretem Erfolg zu rechnen ist, und weil die Bewegung sich die Frage stellen muß, wie der Kampf nach einem Rückgang der Demonstrationen und Streiks weitergeführt werden soll. Diese Einsichtung haben uns Genossen der französischen Organisation „Revolution“, mit denen Genossen unserer Organisation Ende März darüber diskutiert.

Die revisionistische PCF hat gegenüber dem einen Einfluß in dieser Bewegung. Der verdankt sie ihrer ganz auf Reformismus und Anerkennung der bürgerlichen Legalität gerichteten Politik, die durch die Wehrinhalte der „Vereinigten Linken“ (dem Bündnis von PCF und PS) zunächst einmal stützig angekrast ist. Die PCF herse einen ungeheuren Wirbel gemacht, daß die „Vereinigte Linke“ die Wahl gewinnen würde, daß sie denn „die kühnste Politik auf sozialem Gebiet“ machen würde, „da es in diesem Land bisher gegeben hat“, daß „den Weg zum Sozialismus öffnen“ wolle usw.

Aber die Regierung ist geblieben, und die parlamentarischen Illusionen der PCF sind erneut gescheitert – wie es schon seit Jahrzehnten gescheitert sind. Es ist demzufolge völlig richtig, daß die Bewegung so unmittelbar nach dem 11. März ihren Auf-

stand zumeist praktische Fragen, d.h. die Diskussionen über die unmittelbare Organisation nächster Aktionen zu sehr im Vordergrund. Entsprechend kritisieren die Genossen der „Revolution“ auch die Politik der trotzkistischen „Ligue Communiste“, die vor allem darauf abzielt, aus der Bewegung heraus lediglich neue Genossen für die eigene Organisation zu „rekrutieren“, ohne sich umsonst ausreichend Gedanken über die politischen Perspektiven der Weiterführung der Kämpfe zu machen. Demgegenüber vertritt die „Revolution“ die Meinung, daß die aus der Bewegung heraus entstandenen Kampfkomitees der Oberschüler erhalten bleiben müssen, und daß ihnen auch weitere politische Aufgaben über den Kampf gegen das 'loi Debré' hinaus zufallen müssen.

Die Schwere der Ereignisse der revolutionären Gruppen muß nach Auffassung der „Revolution“ darin bestehen, die politische Diskussion über die längerfristigen Kampfaufgaben voranzutreiben. Deran mangelt es noch sehr und auch in dem nationalen Koordinationskomitee sowie in den schulischen und örtlichen Kampfkomitees.



Gymnasialisten, junge Arbeiter: gemeinsam gegen die Regierung

„Sie müssen den Gymnasialisten die Beziehungen erklären, die zwischen dem 'loi Debré' und der ständig von der Bourgeoisie in ihrem Klasseninteresse betriebenen Auslese-Politik an den Schulen bestehen, und zwar dergestalt,

Betrieb gegen das „Jai Debut“ oder gegen die reaktionäre Studienordnung? Selbst wenn die „Ligue Communiste“ das nicht dem meint, geht ihre zitierte Aufforderung dennoch wohl am Problem vorbei.

Die Frage ist eher so zu stellen, wie die Arbeiter ihre eigenen Kämpfe entwickeln werden und wie es ihnen gelingt, dass langfristig gegen den gesamten kapitalistischen Staat zu richten. In diesem Zusammenhang steht die Frage an die Schüler und Studenten ihren Kampf auf ein solches politisches Niveau zu heben, daß sie die Kämpfe der Arbeiterklasse nach eigenen Kräften unterstützen und ihren Kampf mit den Kräften der Arbeiter in einer Stoßrichtung vereinigen. Darauf wäre politisch hinzuwirken und dies wäre zweifellos ganz andere und im Grunde viel größere und schwierigere Probleme als die von der „Ligue Communiste“ formalisiert propagierte „Ausdehnung“ des Kampfes auf die Arbeiterbewegung in den Betrieben.

Tatsächlich scheint es so zu sein, daß auch die Arbeiter nach der Niederlage der „Vereinigten Linken“ bei den Parlamentswahlen ihre Kampfbereitschaft nicht beeinträchtigen lassen wollen. In den letzten Wochen haben die Arbeiter in verschiedenen Betrieben immer wieder Streiks durchgeführt und ihre Forderungen und Kampfmethoden zeigten dabei von wachsender Bewußtheit (siehe dazu unseren anschließenden Artikel). Wie diese Kämpfe sich aber weiter entwickeln, läßt sich gegenwärtig sicher nicht genau einschätzen. Gegenwärtig daher schon von einem „neuen Mai“ zu reden, ist wohl übertrieben.

Bei solchen darf auch nicht nur auf die Reihen der Arbeiter, Schüler und Studenten geschaut werden, sondern es ist ebenso klarheit über den Plan und die Taktik des Gegners nötig, über die Absichten und das Vorgehen der Kapitalisten und der Regierung. Pompidou hat bereits ein hartes Eingreifen gegen die Bewegung der Schüler und Studenten angekündigt – wobei das mit „Versprechen“ gemeint wird, das „Jai Debut“ noch einmal zu „überdenken“ und „eventuell einige Punkte zu ändern“. Die Bewegung wird sich also sowohl auf brutale Polizeikräfte als auch auf betrügerische Täuschungsmanöver vorbereiten müssen. Deren wird sich die weitere Entwicklung des politischen Niveaus der Bewegung zu messen haben.

12. April 1973

Der Kampf der französischen Arbeiter

Zum gleichen Zeitpunkt, als die Bewegung der Schüler und Studenten ihren ersten großen Sieg errang, entwickelten sich in nationalen Aktionen durchgeführte und einen massenhaften Aufbruch nahmen, begann im Werk Billancourt von Renault ein unbefristeter Streik. Rund 400 angelernte Arbeiter (Textilisten, Bauarbeiter) haben nach dem 21. und am 22. März zwei wichtige Abteilungen des Werks stillgelegt. In der Karosserie- und in der Sitzfertigung. Ihre Hauptforderung richtet sich auf eine Revision der ungleichen und hinterlistigen Lohnkategorien. Die angelernten Arbeiter machen häufig die gleiche Arbeit wie die ausgebildeten. Ihnen wird eine gleiche Qualifikation aberkannt, aber dennoch sind sie in weit niedrigeren Lohnkategorien eingestuft. Hinzu kommt, daß auch unter den angelernten Arbeitern bei Vernichtung gleicher Tätigkeit oft unterschiedliche Löhne gezahlt werden. Und das nicht nur bei Renault.

Die Forderung: Für gleiche Arbeit gleicher Lohn ist daher immer mehr zu einer zentralen Kampfaufgabe in vielen französischen Betrieben geworden. Dabei spielen gerade die besonders beschäftigten angelernten Arbeiter eine führende Rolle bei der Organisation von Streiks.

Bei Renault-Billancourt bestanden die 400 streikenden Arbeiter ihre Abteilungen und erreichten, daß bereits zwei Tage später die Fabrikate R4 und R6 ohne Karosserien und ohne Sitze vom Band gingen. Die Direktion reagierte auf diesen Streik mit einer schrittweisen Aussperrung von 7.000 Arbeitern. (Im Werk Billancourt sind 38.000 Arbeiter beschäftigt, darunter 13.000 Ausländer, in allen Renault-Werken zusammen beträgt die Beschäftigtenzahl zwischen 80.000 und 100.000.)

Mit der schrittweisen Aussperrung wollte die Direktion die streikenden und nicht-streikenden Arbeiter gegeneinander ausbeuten, was ihr aber offenbar nicht gelang. Der Streik ging weiter und wurde nun von weiteren Arbeitern unterstützt. Auch in anderen Werken, vor allem in Flins und in Sandouville, aber auch in La Mure kam es zu Solidaritätsaktionen, wobei die Arbeiter dort gleiche Forderungen erhoben.

Die Geschützelung griff zum Mittel der direkten Provokation: sie ließ ihre Werkspolier auf den Betriebsgeländen ansetzen und mit Gummiknüppeln in die Hand und Pistolen im Gürtel. Die Arbeiter ließen sich jedoch nicht zu unüberlegten Handlungen hinreißen, die zu dem Zeitpunkt nicht ihrer Kampfbereitschaft entsprachen. Der Aufmarsch der bewaffneten Werkspolier hat allerdings noch



Ausländische und französische Arbeiter: gleiche Kapitalisten – gleicher Kampf!

Bei solchen darf auch nicht nur auf die Reihen der Arbeiter, Schüler und Studenten geschaut werden, sondern es ist ebenso klarheit über den Plan und die Taktik des Gegners nötig, über die Absichten und das Vorgehen der Kapitalisten und der Regierung. Pompidou hat bereits ein hartes Eingreifen gegen die Bewegung der Schüler und Studenten angekündigt – wobei das mit „Versprechen“ gemeint wird, das „Jai Debut“ noch einmal zu „überdenken“ und „eventuell einige Punkte zu ändern“. Die Bewegung wird sich also sowohl auf brutale Polizeikräfte als auch auf betrügerische Täuschungsmanöver vorbereiten müssen. Deren wird sich die weitere Entwicklung des politischen Niveaus der Bewegung zu messen haben.

Bei solchen darf auch nicht nur auf die Reihen der Arbeiter, Schüler und Studenten geschaut werden, sondern es ist ebenso klarheit über den Plan und die Taktik des Gegners nötig, über die Absichten und das Vorgehen der Kapitalisten und der Regierung. Pompidou hat bereits ein hartes Eingreifen gegen die Bewegung der Schüler und Studenten angekündigt – wobei das mit „Versprechen“ gemeint wird, das „Jai Debut“ noch einmal zu „überdenken“ und „eventuell einige Punkte zu ändern“. Die Bewegung wird sich also sowohl auf brutale Polizeikräfte als auch auf betrügerische Täuschungsmanöver vorbereiten müssen. Deren wird sich die weitere Entwicklung des politischen Niveaus der Bewegung zu messen haben.

Es zeigte sich, daß sowohl die Gewerkschaftsführung als auch die revisionistische

Vereinbarung getroffen wurde.

Der Kampfwillen der streikenden Renault-Arbeiter hat auch die gegenwärtige Massenbewegung der französischen Schüler und Studenten beeinflusst. Am 27. März, als die Direktion mit der Gewerkschaftsführung die erste Vereinbarung aushandelte, zogen einige tausend Schüler zum Verhandlungsort und bekundeten ihre Solidarität mit den streikenden Renault-Arbeitern. Und bei der über hunderttausendköpfigen Demonstration am 2. April in Paris gehörte die Parole: „Renault in Streik: Solidarität!“ mit zu den meistgerufenen.

Ausweitung des Streiks

Der Streik bei Renault-Billancourt ist keine isolierte Erscheinung. Er reiht sich in eine zahlreich zunehmende Kampfkategorie der letzten Zeit, sowohl vor, als auch nach den Parlamentswahlen.

In der Fabrik des Automobilwerkes Peugeot legten Anfang April rund 1.500 Arbeiter die Bänder still und besetzten die Produktionsanlagen. Die Geschäftsführung hat sich bislang geweigert, zu den Forderungen der Arbeiter nach höherem Lohn und nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen Stellung zu nehmen. Streikenden reagiere sie mit einer Strafenzüge gegen eine Delegation von acht gewerkschaftlich organisierten Arbeitern wegen „Missbrauch der Arbeitszeit“ und weil sie einige Streikbrecher

und christlichen Gruppen. Die PCF und die mit ihr verbundene Gewerkschaft CGT haben sich demgegenüber ziemlich zurückgehalten und sind über die Solidarität mit den ausländischen Arbeitern auch schlicht beunruhigt: schließlich hat die PCF von dem „circulaire Fontanet“ vor kurzem noch behauptet, es enthalte „positive Aspekte“.

Mehrere Wochen lang im Februar und im März streikten 850 Schweizer auf den Werken in La Ciotat (in der Nähe von Marseille) für gleiche Lohnerhöhungen und gleiche Leistungsprämien. Die Kapitalisten zeigten sich hart und reagierten mit einer schrittweisen Aussperrung von 2.000 Arbeitern. Trotz der langen Ausdauer und großer Demonstrationen (so blockierten beispielsweise mehrere tausend Werftarbeiter stundenlang die Straße von La Ciotat nach Marseille) mußten die Arbeiter ihren Streik aber schließlich mit einem Verhandlungsergebnis abbrechen, das sie wenige Tage zuvor noch als unzureichend abgelehnt hatten.

Ein besseres Ergebnis erliefen die Textilarbeiterinnen von Schirmeck-Coframe mit ihrem Streik im Februar. Am 27. Februar hatten sie die Halle des städtischen Fernsehens ORTF in Strasbourg besetzt und eine Ausstrahlung von Informationen über ihren Kampf verlangt. Einen Tag später besetzte ein Teil von ihnen das Unternehmensbüro in Lille und erreichte dadurch schließlich Zugeständnisse der Kapitalisten, u.a. die Wiederherstellung eines leichteren Arbeitsrhythmus (die Verschärfung des Arbeitsrhythmus nach einer Zu-

legenstärkung war dem Streik unmittelbar vorausgegangen und hatte ihn ausgelöst).

In der ersten Märzhälfte traten die Arbeiter auf fünf Wertanlagen der S.O.R.M.A.E. in einem unbefristeten Streik (ca. 80% der dort beschäftigten Arbeiter sind Ausländer). Sie erhoben die Forderung: vollständige Hygiene- und Sicherheitsbestimmungen, Beibehaltung des Firmen-Telefons für die Gewerkschaftsdelegierten, höhere Zulage von 80 Centimes pro Stunde (entspricht ca. 30 Pfennigen) für die Revision der Lohnkategorien, Einbeziehung der Leistungsprämie in den Lohn und zwei Arbeitszüge pro Jahr. Die Arbeiter erlitten bei ihrem Kampf auch die solidarische Hilfe zahlreicher Bauern aus der Umgebung, die sie mit Lebensmitteln versorgten: 800 kg Kartoffeln, 120 Hühner, 240 Dutzend Eier, Gemüse und Obst.

Weitere Streiks in den letzten Wochen vor und nach den Parlamentswahlen gab es u.a. bei Delle, Levi's, Jager, S.P.L.J. und Fougères (alle Textilindustrie), bei Somer, Zimmerer und Bruil (Eisen- und Stahlindustrie), bei Herleheim (Raffinerie), bei Massey (Gandverschaffliche Ausrüstung) und bei Polmyer, Ofrack, Ciglor, Delette-Levillier, Brisonneau, C.G.C.T. und Toulouse-Ruggeri.

Einige wichtige Aspekte der jüngsten Kämpfe

Wenn man die Entwicklung der Kämpfe in der jüngsten Zeit untersucht, so lassen sich darin einige wichtige Aspekte erkennen, die einen näheren Aufschluß über das gegenwärtige Niveau der französischen Arbeiterbewegung geben. (Die Reihenfolge der folgenden Punkte ist dabei natürlich keine „Pangordnung“.)

1 Die Beteiligung der ausländischen Arbeiter, die teilweise sogar eine führende Rolle bei der Organisation der Kämpfe spielen (Renault-Billancourt, Somer, Zimmerer, Ciglor). Der Anteil der ausländischen Arbeiter am Produktionsprozeß (vor allem Algerier, Tunesier und Marokkaner) liegt in Frankreich auch relativ hoch.

2 Die Entwicklung der revolutionären Arbeiter, wobei es sich teilweise sogar um ausschließliche Kämpfe der Arbeiterinnen handelt (besonders in der Textilindustrie).

3 Die Forderung nach einem besseren Arbeitsrhythmus: d.h. der Kampf wird nicht mehr auf eine bloße Lohnerhöhung beschränkt, sondern er entwickelt sich zunehmend zu einem Angriff auf die Lohnform selbst (hier sind auch besonders die Kämpfe der Arbeiterinnen in der Textilindustrie zu nennen).

4 Die Forderung nach Anerkennung der Qualifikation der Arbeit: d.h. es wird die Anerkennung gleicher Qualifikation und demzufolge auch gleichen Lohns bei der Verrichtung gleicher Arbeit gefordert und gegen die Spaltung durch die Lohnkategorien gekämpft. Entsprechend wird auch für gleiche Zulagen bzw. nach weiser für die Einbeziehung der Zulagen in den festen Lohn gekämpft (Renault-Billancourt, La Ciotat, Toulouse-Ruggeri, C.G.C.T.).

5 Die Forderung nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen: wobei insbesondere ein menschlicher Arbeitsrhythmus gefordert wird, der nicht den Profitinteressen des Kapitals, sondern den Lebensinteressen der Arbeiter entspricht (Textil-Arbeiterinnen, S.O.R.M.A.E., Massey).

6 Die Entwicklung der Selbstaktivität der Arbeiter: in vielen Fällen wurden besondere Streikkomitees gewählt, die den Kampf anleiten und die sowohl Mitglieder wie Nicht-Mitglieder der Gewerkschaften im Kampf vereinen (La Ciotat, C.G.C.T., Somer, Toulouse-Ruggeri).

7 Die Bildung von Generalversammlungen der Arbeiter im Kampf: diese

bedeuten eine entscheidende „Kampfform“ abhängig, um die Rolle einer bloßen Informationsveranstaltung zu überwinden, auf welche die Gewerkschaftsführungen sie herabdrücken wollten (wie das bei Massey geschehen ist: im Gegensatz zur Generalversammlung der Schweizer bei der C.G.C.T., wo die Arbeiter ihre Forderungen entwickelten und wo auch kämpferische Auseinandersetzungen mit den Reformisten stattfanden).

8 Die Bewegung der Produktionsarbeiter und der Aufständischen gegen die Streikspaltung: zum Schutz der Kämpfe gegen Provokationen der Kapitalisten und der Polizei; oft ist es dabei auch zu Konflikten mit der Gewerkschaftsführung gekommen, die die Arbeiter beschuldigten und ihre Streiks als „bürgerliche Lüge“ binden wollten. (Delette-Levillier, Brisonneau, La Ciotat).

9 Die Entwicklung von „Lerngruppen“: besonders durch revolutionäre Gruppen und die Solidarität vieler Teile der Bevölkerung außerhalb der betroffenen Betriebe; von den Unterstützungskomitees wurden dabei unterschiedliche Aufgaben wahrgenommen: Aufklärung und Information über die Streiks in anderen Betrieben und unter der Bevölkerung, Durchführung von Filmveranstaltungen und Geldsammlungen, Organisation des Auto-Transports für die Arbeiterdelegierten, Organisation von Versammlungen der Streikenden, usw. (Renault-Billancourt, Toulouse-Ruggeri, Somer, Zimmerer, S.O.R.M.A.E., Levi's).

Darin drückt sich insgesamt aus, daß sich die französische Arbeiterbewegung bewußter und zielstrebiger zu organisieren beginnt. Aber erst die nächste Entwicklung wird zeigen, ob die mit der parlamentarischen Wahlendefekte der „Vereinigten Linken“ zusammengebrochenen Hoffnungen vieler Arbeiter das Moment der Resignation überwinden werden, oder ob es der französischen Arbeiterbewegung gelingt, auch nach diesem Wahlscheitern weiter von reformistischen Illusionen zu befreien und das politische Niveau ihrer Kämpfe weiter zu erhöhen. Allerdings ist dies auch im zweiten Fall kein kurzer Weg und der erhebliche Einfluß der Revisionisten ist nicht von heute auf morgen zu bannen.

7. April 1973



Streik bei Renault-Billancourt: Besetzung bis zum Sieg

PCF den Kampfwillen der Renault-Arbeiter unterschätzt hatten. Am Morgen des 26. März, noch bevor die Arbeiter selbst überhaupt ihre schichtweise Abstimmung über das Verhandlungsergebnis beendet hatten, kommentierte die PCF das bereits in ihrer Zeitung mit der dicken Überschrift: „Renault: der Sieg der 400 angelernten Arbeiter ist ein Sieg der Solidarität im Kampf.“

Am nächsten Tag mußte die „L'Humanité“ dann kleinlaut auf den Boden der Wirklichkeit zurückkehren:

„Renault-Billancourt: Die 400 angelernten Arbeiter setzen ihre Bewegung fort.“

Der Streik ging also weiter und dauerte auch in den ersten Aprilwochen noch an. Inzwischen wurden auch die Verhandlungen wieder aufgenommen. Gegenwärtig wissen wir jedoch noch nicht, ob bereits eine neue

am Betreten des Betriebs gehindert haben.

Am 23. Februar traten in Nizza zehn ausländische Arbeiter in einen Hungerstreik gegen das „circulaire Fontanet“. Seitdem haben nach und nach in vielen Orten ausländische Arbeiter eine gleiche Aktion aufgenommen. Bei dem „circulaire Fontanet“ handelt es sich um einen Erlass des französischen Arbeitsministers, wonach ausländische Arbeiter in Frankreich nur noch mit einer speziellen „Arbeitskarte“ arbeiten dürfen, deren Erhalt an das Wohlverhalten der Kapitalisten und der Polizei gebunden ist. Dies bedeutet eine rigorose Einschränkung für die ausländischen Arbeiter, ihre Arbeitskraft frei zu verkaufen. Die Protestaktionen der ausländischen Arbeiter haben ebenfalls viel Sympathie im Land gefunden und werden unterstützt von der Gewerkschaft CPDT, vom „Komitee zur Verteidigung des Lebens und der Rechte der immigrierten Arbeiter“ (C.I.R.T.) sowie von zahlreichen linken

wichtige Teile der Bourgeoisie, sich auf eine europäische „Neuordnung“ unter der Fuchtel Hiltedendeutschlands zu orientieren, nachdem sie bereits zuvor den Nazis keinen Widerstand entgegengebracht hatten. Führende dänische Kapitalisten bildeten einen „Arbeitsausschuss zur Förderung der dänischen Initiativen in Ost- und Südeuropa“. Im April/Mai 1942 bereisten einige Mitglieder des Ausschusses (u.a. Verkehrsminister Larsen und Manager Juckens) die eroberten „Ostgebiete“ und inspizierten insbesondere die Zementfabriken in den baltischen Gebieten der Sowjetunion. Die Nazis, die das Land seit April 1940 besetzt hielten, brachten allerdings für die „dänischen Initiativen“ wenig Gegenliebe auf. 1943 ging die Regierungsgewalt an einen Nazi-Statthalter über.

Kaum war der deutsche Faschismus durch das militärische Bündnis der Westalliierten mit der Sowjetunion und durch den Widerstandskampf der Völker gegen die faschistische Besetzung besiegt, schlug sich die dänische Bourgeoisie auf die Seite des nunmehr stärkeren: des US-Imperialismus. 1949 wurde Dänemark in die NATO eingegliedert. Wirtschaftlich setzte Dänemark zunächst auf die von Großbritannien dominierte EFTA (1960, Gegenprojekt zur EWG, zusammen mit Norwegen, Schweden, Schweiz, Österreich und Portugal) – wohl auch aus Furcht vor der sich abzeichnenden Übermacht des westdeutschen Imperialismus. 1967,

als sich die EFTA als unterlegen erwies, hatte, sätzte die dänische Bourgeoisie jedoch wieder um und stellte ein Gesuch um Aufnahme in die EWG. Heute ist zu erwarten, daß sie in der EWG an der Seite der BRD versuchen wird, ihr Schicksal ins Trockene zu bringen.

Westentischen-Imperialismus

Die Kehrseite dieser Politik ist die Haltung der dänischen Bourgeoisie gegenüber kleineren Nationen wie Island, den Färöern und Grönland. Man kann die dänische Bourgeoisie mit dem berühmten „Radfahrer“ vergleichen, der nach oben buckelt und nach unten tritt.

Was Island angeht, so führte der unangenehme Kampf des isländischen Volkes gegen das jahrhundertalte dänische Handelsmonopol 1918 zum ersten Erfolg. Island verwaltete von nun an seine Angelegenheiten selbst und hatte nur noch die lächerliche Figur des Königs mit Dänemark gemeinsam („Personalunion“). Als die Faschisten Dänemark und westalliierte Truppen Island besetzt hielten, kündigte Island auch die königliche „Personalunion“ auf. Dänische bürgerliche Blätter jammernten später, das isländische Volk hätte die Besetzung Dänemarks „ausgenutzt“.

Grönland, das Dänemark gegenüber etwa den Status einer Provinz hat, ist

Opfer einer doppelten „Ausverkaufspolitik“ der dänischen Bourgeoisie. Dieses hat Dänemark nicht nur mit dem Beitritt zur NATO in den Dienst der strategischen Einkreisung des sozialistischen Osteuropas gestellt; sie hat darüber hinaus den US-Imperialisten tatkräftig geholfen bei der direkten Einrichtung strategischer Basen auf Grönland (Thule, Sönder Stromfjord).

In der Zeit von 1963 bis 1965 errichteten dänische Firmen in Grönland Militärbasen für die US-Imperialisten im Wert von 500 Mill. Dkr. Um ihren politischen Einfluss weiter zu stärken, versucht die dänische Regierung, Beamte durch Vergünstigungen zu kaufen. Grönländische Beamte erhalten etwa 85-88 % des Gehalts dänischer Beamter, während die grönländischen Arbeiter zwischen 40 und 60 % des Lohns eines dänischen Arbeiters verdienen.

Begleitet wird diese kolonialistische Spaltungspolitik zur Integration einer besser gestellten Schicht des grönländischen Volkes durch ideologische Offensiven. Der dänische Kulturimperialist Mogens Boserup schlug z.B. 1970 vor, an den grönländischen Schulen die Landessprache nicht mehr zu unterrichten.

Dänische Arbeiterklasse vor schwierigen Aufgaben

Die Politik des „Mitbewinners“, des Laviens zu der Seite stärkerer

Mächte, erlaubt der dänischen Bourgeoisie nach innen mit nur wenigen Unterbrechungen eine relativ friedliche Entwicklung des Kapitalismus. Sie verstand es, durch geschickte „Befriedungsmaßnahmen“ und gewisse Zugeständnisse die Arbeiterbewegung in „ruhigen“ Bahnen zu lenken. Politisch-organisatorische Träger des ausgeprägten Reformismus in der dänischen Arbeiterbewegung ist die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung, beide aufs engste (sogar statutenmäßig!) miteinander verknüpft.

Nach außen entstand dadurch – ähnlich wie im Falle Schweden – der Eindruck eines „sozialen Wohlfahrtstaates“ mit einer „festesten Demokratie“.

Mehrere Versuche der dänischen Arbeiterklasse, sich ihre revolutionäre Partei zu schaffen, erlagen nach einer gewissen Zeit, begünstigt durch die „friedliche Oberfläche“ des dänischen Kapitalismus, den Einflüssen der Sozialdemokratie. Beredtes Beispiel dafür ist die frühezeitige revisionistische Entartung der DKP. Deren Führer Aksel Larsen hatte schon 1938 die „friedliche“ Einführung des Sozialismus mit „verfassungskonformen Mitteln“ propagiert. Der 15. Parteitag der DKP erklärte: „In Übereinstimmung mit der Rede Aksel Larsens 1938 wird die dänische Demokratie anerkannt. Genauso wie andere Parteien (!) wird jedoch dafür gekämpft, die Demokratie zu erweitern und zu verbessern.“

1958 spaltete Larsen die DKP, die dadurch zur weitgehend bedeutungslosigen Herabstufung und gründete die „Sozialistische Folkpartiet“ (SF), die sich bis heute darauf beschränkt, den Sozialdemokraten im Folketing Bündnisangebote zu machen.

Auf der anderen Seite geht natürlich die Verschärfung der innerimperialistischen Widersprüche, zusammen mit den politisch-ideologischen Auswirkungen der allgemeinen Krise des Imperialismus (Vietnam!) und dem Anwachsen der Kräfte des Sozialismus, auch an Dänemark nicht spurlos vorüber.

Das Bestreben der dänischen Bourgeoisie, sich in der EWG ihren „festen Platz“ neben den Großen auf Kosten der dänischen Arbeiterklasse zu sichern, hat bereits den Widerstand der Arbeiterklasse hervorgerufen und wird es auch weiterhin tun. Allerdings wird es noch eine schwere Aufgabe sein, in dieser Entwicklung mit dem Reformismus, mit tiefverwurzelten Illusionen über die „Friedfertigkeit“ des Imperialismus zu brechen.

Diejenigen Kräfte in Dänemark, die dies so sehen, die in den letzten Jahren vielfach sich herausbildenden mehr oder weniger kommunistischen Gruppen und Zirkel, haben es bisher – ebensowenig wie die westdeutschen Kommunisten – verstanden, der Arbeiterklasse eine Alternative zu zeigen.

KB-Gruppe Flensburg

Forts. Durchbruch der Linken!

hielt „Friedenskanzler“ Brandt zum Thema Rüstung. Der SPD-Bezirk West-Süd forderte im Antrag 2 („Friedens- und Abrüstungspolitik“) „Parteilinien und SPD-Bundestagsfraktion“ auf, „Schritte einer Friedenspolitik... unabhängig von den laufenden internationalen Abrüstungs- und Sicherheitskonferenzen...“ einzuleiten. Dazu heißt es konkret u.a. in „Ziffer 5“ demselben Antrag: „Einfrieren des Verteidigungshaushalts 1973 auf den Zahlen des verabschiedeten Etats 72; Entwicklung eines Stufenplans einer weiteren schrittweisen Verringerung der Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik ab 1974.“ (Zitiert nach „Anträge, Vorlagen 3“, S. 149)

Die Brisanz dieses Antrages ließ es den SPD-Führern geraten erscheinen, Brandt höchstpersönlich an die Front zu schicken. In einem längeren Wortbeitrag kommt er dann zu folgendem bemerkenswerten Schluß:

„Ein Parteilin, jedenfalls einer Partei wie der unseren (!), darf eigentlich nur beschließen was durchführbar ist. Und Ziffer 5 ist nicht durchführbar, liebe Genossen! Da kann der Parteilin beschließen was er will (!!!). Das ist nicht durchführbar, denn die Regierung der Bundesrepublik Deutschland kann nicht von sich aus erklären, sie macht das so und so, sondern wir haben Vereinbarungen (!)“. (Zitiert nach „Unkorrigiertes Protokoll“ vom 12.4., S. 163.)

Einerseits existieren natürlich keine unverrückbaren Vereinbarungen, die der SPD/FDP zwingend vorschreiben, den Rüstungshaushalt Jahr für Jahr kräftig zu erhöhen. Andererseits drückt Brandt sich geschickt darauf herum, ob die von ihm beschworenen „Vereinbarungen“ (was immer er damit auch meinen mag), nun im Interesse der breiten Masse unseres Volkes liegen, oder vielmehr gegen sie gerichtet sind.

Typisch für die sozialdemokratischen Delegierten war auch, daß ausnahmslos alle – also auch die anwesenden Jusos und andere sog. „Partei-Links“ – widerspruchlos hingenommen haben, daß Parteiführer Brandt schlicht und ergreifend bestimmte Anträge für „nicht durchführbar“ erklärt mit Hinweisen auf anderslautende „Vereinbarungen“. Was hätte für die Delegierten, zumindest aber die Antragsteller näher gelegen, als eben auf die Veränderungen solcher „Vereinbarungen“ im Sinne des Antrages zu drängen?

In demagogischer Weise heuchelte demselben Brandt zu Beginn seines Beitrages noch „Sympathie“ mit dem Antrag, um ihm den Wind aus den Segeln zu nehmen und sein Friedens-Image zu pflegen:

„Genossen, ich danke, es sollte eigentlich niemanden in diesem Saal geben, der nicht mit dem sympathisiert, was an Tendenzen (!) in diesem Antrag vom Heusen-Süd drinsteht. Ich

sympathisiere jedenfalls damit...“ (zitiert nach: „Unkorrigiertes Protokoll vom 12.4., S. 163)

Natürlich hat Brandt recht mit der Aussage, daß der Antrag „nicht durchführbar“ ist. Das Widerwärtigste an Brandts Beitrag ist auch nicht so sehr die heuchlerische Friedens-Demagogie (während gleichzeitig unter seiner Regierungsführung nicht nur der Rüstungsstand ständig erhöht wird, sondern auch andere Bereiche – Polizei, Bundesgrenzschutz, etc. – sich in rasantem Tempo militarisieren); das speziell Widerwärtige ist vielmehr, so zu tun, als wolle man persönlich bis ganz vorne ein bisschen mehr Frieden, ein bisschen weniger Rüstung, was aber leider – leider wegen solch ganzer „Vereinbarungen“ jetzt noch nicht (!) gebe – statt klipp und klar zu sagen: „Das ständige Wachstum der Rüstungsausgaben liegt im Profitinteresse der westdeutschen Kapitalisten, und darum – nur darum! – ist der Antrag nicht durchführbar, denn die SPD-Regierung hat die Aufgabe, die Interessen der westdeutschen Kapitalistenklasse zu vertreten und zu verwirklichen und sonst gar nichts!“

Die Jagd auf Links als Vorbereitung auf den Parteilin

In der Zeit des letzten Bundestags-Wahlkampfes agitierten die Jusos auf dem linken Flügel der SPD-Propaganda; sie argumentierten für den Sozialismus, den sie in und mit der SPD zu erreichen versprochen. Die Wahlkampf-Zeit brachte den Jusos eine enorme Aktivierung ihrer Basis, sowie eine Welle von Neueintritten.

Im Ergebnis dieser Lage treten neue Strömungen innerhalb der Juso-Gruppen auf, die z.T. in einzelnen Fragen scharf links argumentieren, insgesamt jedenfalls noch nicht auf dem Boden sozialdemokratischer Politik „gefestigt“ waren.

Solche noch nicht festgestellten Strömungen mußten wegen der gegenwärtigen in ihnen liegenden Eigendynamik den SPD- und Juso-Führern als mögliche Gefahr erscheinen. Die SPD-Führer hatten in dieser Hinsicht sehr schlechte Erfahrungen gemacht mit dem früher zu ihrer Partei gehörenden SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) und SHB (Sozialdemokratischer Hochschulbund). Von beiden trennten sich die SPD-Führer, nachdem diese Gruppen sich zu weitgehend radikalisierten und sich damit von der vorherrschenden SPD-Politik getrennt hatten.

Um die Gefahr eines möglichen Ausbrechens von bedeutenden Teilen der Jusos zu bannen, organisierten die SPD-Führer sofort im Anschluß an den Wahlkampf eine umfassende Disziplinierungskampagne gegen die Jusos, die großenteils auch öffentlich, d.h. in der bürgerlichen Presse, im Fernsehen etc. geführt wurde.

Zu diesem Zweck wurde behauptet,

daß eine „politisch und organisatorisch festgefügte Minderheit innerhalb der Jusos“ die „Macht innerhalb der Gesamtorganisation anstrebe“, schon „heute tonangebend in mehreren Gruppen“ sei (z.B. Hamburg, Frankfurt/M., Westfalen etc.), daß diese Gruppe „zur DKP tendiere“, den Boden des „demokratischen Sozialismus verlassen“ habe, stattdessen der „von der DKP entlehnten“ „Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus“ (Stamokap) zustimmen würde, usw., usw.

Zweifellos arbeiteten einige DKP-Sympathisanten innerhalb der Juso-Organisation, wie sich später auch am Übertritt von 20 Frankfurter Jusos in die DKP zeigte. Allerdings – und das war selbstverständlich auch den SPD- und Juso-Führern klar – ging von diesen wenigen DKP-Sympathisanten keine Gefahr für Bestand und Entwicklung der Juso-Organisation aus.

Die SPD- und Juso-Führer bezweckten mit ihrer Kampagne die Disziplinierung der gesamten Juso-Organisation im Sinne einer „Stabilisierung“ auf dem Boden des „Godesberger Programms“ und der jetzigen SPD-Politik. Gleichzeitig sollten die im Wahlkampf noch gehäufte Illusionen und übertriebenen Hoffnungen auf raschen Gelände-Gewinn innerhalb der SPD nachhaltig zerstört werden; der versprochene „Sozialismus“ auf die lange Bank geschoben werden zugunsten einer „realistischen Politik des Machbaren“.

Wir wollen an dieser Stelle nicht auf die z.T. mit ungeheurer Demagogie vorgetragene Kampagne gegen die Juso-Links eingehen. Es muß jedoch festgehalten werden, daß die Kampagne in jeder Hinsicht zu den von Brandt & Co. gewünschten Ergebnissen führte: „Stabilisierung“ der Jusos im Rahmen sozialdemokratischer Politik und Vorstellungen; Resignation, teilweise Austritt von Juso-Links; in mehreren Städten (z.B. Hamburg) wurden links Orientierte geshickt; Profilierung der „halb-linken“ Juso-Führer Wolfgang Roth, Strasser u.a., sowie Stärkung des Opportunismus (Zurückweichen) bei ihnen.

Der vor dem Hannover-Parteilin stattfindende Juso-Kongreß befestigte das Schicksal der ausgebotenen Linken. Mit dem Juso-Kongreß präsentierten sich die SPD-Jugend, die – zwar noch auf dem linken Flügel der Gesamtpartei angesiedelt – sich aber ohne weiteres in das Spektrum sozialdemokratischer Politik und Ideologie einfügen ließ.

Befriedigt konnte der dem Juso-Kongreß bewohnende rechte SPD-Bundeschäftsführer Bömer feststellen:

„Die bekommen jetzt dieselben Probleme wie die gute alte SPD. Solange das so läuft wie hier, ist mir um die Partei nicht bange.“ Und Eppler, Mitglied des SPD-Parteivorstandes, nach drei Stunden Zusehen: „Alles gute So-

zialdemokraten.“

Die Jusos waren erfolgreich auf den SPD-Parteilin „vorbereitet“ worden!

Bömer sah sogar die Gefahr einer zu weit gehenden Integration der Jusos in die Gesamtpartei und damit die Gefahr einer Aufgabe der besonderen Funktion der Jusos für die SPD: Er finde es „schade, wenn die (Jusos) ihren Frieden mit der Partei machen würden.“ (zitiert nach „Konkret“, 15.3.)

Der kalkulierte Konflikt

Opportunismus und Zurückweichen bei den „linken“ Delegierten auf dem Hannover-Parteilin gingen so weit, daß selbst die bürgerliche Presse erhebliche Schwierigkeiten hatte, die „Linken“ überhaupt noch auszumachen. Selbst Springers rechtsradikale „Welt“ stellt dies fest und führt es zynisch zurück auf „Brandts Versuch durch Toleranz (!) und Entgegenkommen (!) die Jungsozialisten der Partei wieder zu integrieren.“ Dieser Versuch sei, von dem Juso-Bundeschäftsführer Wolfgang Roth aufgenommen (!) worden.“ („Welt“, 14.4.)

Ein so weitgehendes Zurückweichen der Jusos und „Partei-Links“ als Ergebnis der Hetze und Jagd auf die „SPD-Links“ in den Monaten vor dem Parteilin lag indessen nun auch nicht im Interesse der Parteiführung. Der Öffentlichkeit sollte doch gerade eine, wenn auch nicht geführlische starke „linke“ Fraktion vorgeführt werden, mit der man sich zwar einerseits einigen konnte, die aber andererseits die Illusion eines möglichen linken Durchbruchs in der SPD zu einem späteren Zeitpunkt (versteht sich) weiterhin nähren konnte.

Keineswegs beabsichtigten die SPD-Führer auf dem Parteilin den Eindruck aufkommen zu lassen, daß eine linke Politik in der SPD offenbar ohne jede Chance; daß die „SPD-Links“ ausgeschaltet, gänzlich mundtot gemacht worden sei.

Die Möglichkeit eines kalkulierten Konflikts (ohne praktische Auswirkung allerdings), der sowohl den Jusos, als auch der Parteiführung Profilierung und Abgrenzung ermöglichte, bot sich im Rahmen der „Vietnam-Diskussion“. Zu diesem Thema lag eine Vielzahl von Anträgen vor, von denen sich einige gegen den „Krieg im allgemeinen“ wendeten, die Mehrzahl jedoch eindeutig die „verbrecherische Politik der USA“, ihre „Aggression in Vietnam“ usw. auf, zu „verurteilen“ sich bemühte.

Die Diskussion ging dann darum, welcher der zahlreichen Anträge angenommen werden würde. Die SPD-Führer stimmten für ziemlich laue, während Juso-Führer Voigt sich für wesentlich schärfere Formulierungen (gegen die Nixon-Politik) ins Zeug legte.

In einem Beitrag warnte Voigt den Parteilin, dann vor einer „überbesinn-

Rücknahme auf die Regierung der USA“. „Ich meine, daß diese Rücknahme auf die Interessen der US-Regierung und der amerikanischen Konzerne hier übertrieben wird...“ (zitiert nach: „Unkorrigiertes Protokoll, Arbeitsgemeinschaft A“ vom 12.4.)

Brandt witterte seinen großen Auftritt und donnerte los: „Ich muß, liebe Genossen, mit großem Nachdruck den Versuch zurückweisen, zu sagen, als ob hier einige von uns durch die Politik, die sie vertreten, die Interessen der Regierungen anderer Länder verraten. Dies kann, lieber Genosse Voigt, so nicht stehen bleiben.“

Wir vertreten die Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Du hast in deinem Beitrag gesagt, hier würde etwas mit Rücksicht auf die Regierung der USA und die amerikanischen Großkonzerne vorgeschlagen. Das läßt sich dein Parteivorstand von dir nicht sagen. Das ist nämlich nicht wahr. Man kann uns hier nicht als etwas ablenken, das wir nicht sind. Wir vertreten die Interessen unseres Landes.“

Er schloß seinen Beitrag: „Ich bitte den Parteilin nachdrücklich, die Unterstellung zurückzuweisen, hier würden durch Sozialdemokraten in der Regierung und durch diesen Parteilin die Interessen anderer als der Bundesrepublik Deutschland wahrgenommen (!)“. (zitiert nach: „Unkorrigiertes Protokoll, Arbeitsgemeinschaft A“, 12.4.)

Die „Wahrnehmung“ von US-Interessen hatte allerdings auch Voigt nicht unterstellt, sondern es ist eine demagogische Verdrehung von Brandt. Voigt hatte mit seiner Warnung vor „überbesinnlicher Rücksichtnahme“ sich nur gegen zu zahme Formulierungen in den vorliegenden Antrag gewandt.

Brandt chauvinistischer Geistes, wir vertreten nur die Interessen dieses Landes“ (gemeint: der herrschenden Klasse dieses Landes, also der westdeutschen Imperialisten) versucht allerdings zu verschleiern, daß seine Regierung durch „Devono-Ausgleichszahlungen“ an die USA, durch „Stützung des kranken Dollars“ seit und zu den Krieg der USA mitfinanzieren half.

Die Bemühungen der Juso-Führer um Abgrenzung zum „amerikanischen Imperialismus“, die z.T. auch sehr scharfe und weitgehende Form annehmen, können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß bisher vollkommen auf den Kampf gegen den (eigenen) westdeutschen Imperialismus – immerhin einen der stärksten und gefährlichsten – verzichtet wurde. Der Antimperialist unterscheidet sich vom Sozialchauvinisten dadurch, daß er die Unterdrückung und Ausbeutung fremder Völker generell ablehnt und bekämpft, während der Sozialchauvinist hieron ausdrücklich oder inoffiziell Ausbeutung und Unterdrückung fremder Völker durch sein eigenes Land (durch die Kapitalistenklasse dieses Landes) anwirft.

Dieser Artikel soll sich erstmals mit einigen Thesen und Praktiken des „Sozialistischen Büros“ auseinandersetzen.

Das SB wurde im April 1969 gegründet. Seit dieser Zeit gibt es die Zeitung „links“ monatlich heraus, in „links“ wurde vor allem die Propaganda des SB entwickelt. Für die betriebliche und gewerkschaftliche Agitation erschieden die Zeitung „Sozialistische Betriebskonferenz“. Die SBK ist seit Ende 72 mit der Zeitung „express-international“ verbunden; die gemeinsame Zeitung nennt sich „Express-Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit“; die Startauflage der Zeitung war 10 000.

Bisher sind Thesen und Praktiken des SB in der kommunistischen Presse noch nicht untersucht worden. Dieser Artikel soll ein erster Versuch sein, einige zentrale Punkte herauszuarbeiten, um das Wesen dieser Gruppierung klarer zu machen.

In den „Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro“ (1. Auflage im Frühjahr 71) wird im Abschnitt 3, 6 zur „Organisationsfrage“ Stellung genommen.

Es heißt dort, daß „die Organisationsform sozialistischer Bewegungen“ dem Ziel entsprechen müssen, „den Mythos vom notwendig autoritären, bürokratisch-zentralistischen Industriestaat zu zerstören“.

Deshalb sei es notwendig, „in allen gesellschaftlichen Bereichen Solidarität

die Trommel für die eigenen „neuen Organisationsmodelle“ zu rühren, bei denen angeblich alles unendlich demokratischer, massenfreundlicher und undogmatischer zugeht als bei den „Bürokraten“.

Dabei braucht man sich nur die theoretische Zeitung des SB, „links“, anzusehen, um alsbald festzustellen, daß sich zu den Grundfragen der sozialistischen Bewegung dort nicht etwa die gern erwähnte „Basis“ zu Wort meldet, sondern daß ein halbes Dutzend Namen ständig auftaucht, deren Träger „tonangebend“ sind. Da gibt es regelrechte Spezialisten für Gewerkschaftsfragen, für Regierungspolitik, für Organisationsfragen, für psychologische Herumgequatsche (Negt) u.a.m. – Genau so und schlimmer wie in einer x-beliebigen „autoritären“, „straft organisierten“, „bürokratischen“, „rigiden“, „hierarchischen“ etc. Organisation.

Daß dem so ist, hängt zusammen mit den Zuständen, die die kapitalistische Gesellschaft produziert. Der Kapitalismus produziert eben nicht das sozialistische Kollektiv, wo die „große Politik“ ebenso wie der alltägliche Kleinraum zur unmittelbaren Sache aller wird. Nur eine geradezu verschwindend kleine Minderheit der Massen ist heute überhaupt in irgendeiner Form aktiv an sozialistischer Praxis beteiligt; und von dieser Minderheit sind es wiederum nur wenige, die mehr Arbeit in die Sache stecken, sich um-

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Id
Januar 73
Nr. 48
DM 1,30

und Selbsttätigkeit zu fördern“, die sozialistische Bewegung müsse „zu einem Ort freier Diskussion und uneingeschränkter Demokratie“ entwickelt werden.

Darauf setzen die SB-Ideologen die Behauptung, daß heute „herkömmliche Modelle einer autoritären Kaderpartei, also der Partei als einer von den Massen getrennten, zentral gelenkten Elite“ nicht angewendet werden dürfen. Stattdessen wird die sogenannte „Selbstorganisation der Beherrschten“ empfohlen:

„... Revolutionäre Praxis aber kann heute nur bedeuten: den durch Arbeitsleistung bedingten Vorrang von Avantgardegruppen sowie jede hierarchische Struktur, jede Trennung von Führern und Geführten, Elite und Masse abzubauen. Heute muß deshalb das nächste Ziel eine Bewegung autonom und solidarisch kooperierender Gruppen als Schritt auf dem Weg zur sozialistischen Praxis sein.“

„Ein Bewußtsein von der eigenen Lage und den Möglichkeiten gesellschaftlicher Veränderung kann von den Beherrschten nur durch Selbstorganisation entwickelt werden.“

Die Gegenüberstellung von „autoritärer Kaderpartei“ und „Selbstorganisation“ ist ständiger Bestandteil aller organisatorischen Verlautbarungen der SB-Ideologen.

Vertieft wird dieses Leitmotiv z.B. in dem Artikel von Büro/Vack „Sozialistisches Büro und autonome Basisgruppen“ (in „links“, Dez. 72). Büro/Vack betonen dort, daß es darum geht, „überkommene Organisationsmuster“ zu überwinden und eine „nicht-autoritäre Organisation“ zu schaffen, wobei das SB „keinen Führungsanspruch“ hätte.

Büro/Vack schlagen die „Selbstorganisation direkter Interessen“ in allen gesellschaftlichen Bereichen vor. Das soll heißen, daß in den Betrieben, Büros, Schulen etc. „Basis- und Projektgruppen“ aktiv werden. Als nächster Schritt können „zentrale Arbeitsgruppen der sozialistischen Basisgruppen“ für die einzelnen Bereiche stattfinden. Danach sollten „örtliche oder regionale Kooperationsräte“ für die „Basisgruppen“ eines bestimmten Bereichs gebildet werden. Zuletzt müßte die „Konstituierung eines zentralen Kooperationsrates“ folgen, der sich um das SB zu gruppieren hätte.

Die Gegenüberstellung, die die SB-Ideologen zwischen „Führern“ und „Masse“ vornehmen, ist so alt und abgedroschen, daß sich schon Lenin damit auseinandersetzen mußte. Das Schreckgespenst der „autoritären Kaderpartei“ wird objektiv auf der Wellenlänge des bürgerlichen Antikommunismus immer wieder beschworen, um

fassendero spezielle und allgemeine Kenntnisse erwerben und wesentlich die politische Stoßrichtung bestimmen. Diesem Übel – denn es ist zweifellos ein Übel – durch ausgeklügelte „neue Organisationsmodelle“ abzuhelfen will, ist im besten Fall naiv, im schlimmeren Fall demagogisch.

Wir behaupten, daß das „neue Organisationsmodell“, das von den SB-Ideologen vorgeschlagen wird, weniger zur Überwindung dieses Übels geeignet ist als das „herkömmliche Modell“ des Marxismus-Leninismus, dem wir uns verpflichtet erklären.

Auch das „neue Organisationsmodell“ hat seine politischen Führer; mit dem Vorzug, daß diese Führer von politischen und organisatorischen Verbindlichkeiten völlig frei sind.

Wem ist Rudi Dutschke, ehemals SDS und heute dem SB nahestehend, verantwortlich, wenn er auf der zentralen Vietnam-Demonstration am 14. Januar dieses Jahres in Bonn Redezeit beanspruchte...? Der Genosse Rudi sprach dort nur als Individuum. Hätte jeder der etwa 25 000 anwesenden



Rudi Dutschke

Demonstranten als sozialistisches Individuum ebenfalls „nur“ sechs Minuten Redezeit beanspruchte (was dem SB sogar noch zu wenig erscheint! – vgl. „links“, Febr. 73), so hätten die Genossen sich auf ein mehrmonatiges Feldlager einrichten müssen.

Wem ist Oskar Negt, ehemals SDS und heute ein Ideologe des SB, verantwortlich, wenn er in „links“ immer wieder mit verbeerbenden Beiträgen zur Organisationsfrage Stellung nimmt? Tatsächlich verbreitet Negt nur seine ganz private Meinung, und zwar schon in der Wahl seiner Worte und des Satzbaus fälschlich darauf bedacht, daß ihn

Der Mythos der „

der „einfache Arbeiter“ nur ja nicht verstehen möge.

Wir gehen davon aus, daß die Trennung von „Führern“ und „Masse“ auch in der sozialistischen Bewegung heute o b j e k t i v als Produkt des Kapitalismus begreift. Dann kann es aber doch als erster Schritt nur darum gehen, die politisch führenden Individuen einer möglichst weitgehenden

Kontrolle durch eine möglichst breite organisatorische Basis zu unterstellen und die Basisdiskussion wirklich zu entwickeln. Ein besseres Modell als den demokratischen Zentralismus hat dafür unseres Wissens noch niemand angeboten.

Die Ideologen des SB schreiben zwar sehr laut „Masse“, „Basis“ und „Selbsttätigkeit!“, dahinter verbirgt sich aber

nur die totale Verabschiedung und Willkür einiger weniger Individuen, deren Treiben keiner Basiskontrolle unterworfen ist. Und ausdrücklich betonen sie noch, daß die Erledigung ihrer Aufgabe die „materielle und politische Unabhängigkeit der Redaktion von Parteiorganisationen“ vor unabdingbaren Voraussetzungen hat („links“, Dez. 72, S. 3).

Ein Beispiel für „Basis - Organisation“

Das SB empfiehlt „Selbstorganisation“ in „autonomen Basis-Gruppen“. Diese sollen dazu dienen, „in allen gesellschaftlichen Bereichen Solidarität und Selbsttätigkeit zu fördern“, die Trennung von „Elite“ und „Masse“ abzubauen.

Der erste „Denkfehler“ in dieser Argumentation scheint uns darin zu liegen, daß nach Lage der Dinge die „sozialistischen Basisgruppen“, von denen die SB-Ideologen ausgehen, keineswegs mit der realen Basis identisch sind.

Nehmen wir das Beispiel einer „Basis-Gruppe“ im „Arbeitsfeld“ Schule. Eine solche Gruppe ist von der realen Basis, nämlich der Masse der Eltern, Schüler und Lehrer, zunächst einmal getrennt und beschränkt sich auf den Eingriff von außen. Die „Zerzoper“

Eingriff von außen. Die Trennung zwischen der Masse und einer sich sozialistisch erklärenden Minderheit vermag die „Basis-Gruppe“ also von sich aus gar nicht aufzuheben, so sehr sie es vielleicht möchte.

Nach unserer Erfahrung gibt es schlechte Sozialisten, die den Menschen, mit denen sie arbeiten, bloß die Ohren vollquatschen, sich nicht um eine breite Mobilisierung bemühen, sondern die Politik des Alleingangs betreiben. Das kann z.B. in der Schul-Politik so aussehen, daß Sozialisten sich einseitig darauf konzentrieren, in irgendwelchen Gremien (Gewerkschaft, Elternvertretung u.a.) schöne Beschlüsse durchzusetzen, ohne durch Massenarbeit die Basis für die Verwirklichung ihrer Beschlüsse zu fassen; da wird z.B. an eine Minderheit von aufstrebenden kleinstädtischen Eltern appelliert, die für ihre Kinder individuell eine höhere Laufbahn rechtzeitig in die Wege leiten möchten, statt sich an die breiten Massen der proletarischen Eltern zu wenden; da wird entweder skottischer Voraussicht oder opportunistische Abwartepolitik betrieben.

Dagegen gibt es Beispiele guter sozialistischer Arbeit, wo Genossen Überzeugungsarbeit leisten, andere Menschen mitreißend und zu Organisatoren wirklicher Massenaktionen werden.

Es gibt kein „Organisationsmodell“, das aus sich selbst heraus a u t o m a t i s c h eine wirksame sozialistische Politik, eine Verbindung zu den Massen und erfolgreiche Kämpfe garantiert.

Aber in der kommunistischen Organisation scheint uns doch die beste Möglichkeit gegeben, praktische Erfahrungen und politische Einsichten miteinander zu verbinden, Fehler zu korrigieren, Einseitigkeiten und Bereiche-Beschränktheit zu vermeiden, den Blick auf den großen Zusammenhang aller Kämpfe der Werktätigen gegen den Kapitalismus zu richten.

Umgekehrt scheint uns bei den Sozialisten in „autonomen Basis-Gruppen“ außerhalb organisatorischer und politischer Verbindlichkeiten die Gefahr besonders groß, daß sie sich herumgeräutelt wird, daß mit der Nase am Boden ausschließlich der eigene Bereich gesehen wird, daß die von den SB-Ideologen eifrig propagierte „individuelle Emanzipation“ die Aufgaben des solidarischen Kampfes aller Werktätigen in den Hintergrund drängt.

Als Beispiel für eine solche Entwicklung mag der Artikel „Sozialistisches Zentrum Stuttgart“ in „links“, Dez. 72, dienen. Dieser Artikel, der von den Genossen als Bilanz angesehen wird, stellt in Wahrheit eine kaum noch zu überbietende Bankrott-Erklärung dar: „Basis-Arbeit“ ist.

Die Stuttgarter SZ-Genossen begannen mit einem „Plenum“, an dem nach ihren Angaben 120 Menschen „aus den verschiedensten Bereichen und Berufen“ teilnahmen. Zuerst sollten die „Thesen“ der italienischen Manifesto-Organisation diskutiert werden, die den Vorstellungen der SB-Ideologen in einigen Punkten entgegenkommen. Die „Diskussion“ verlief jedoch im Sande, weil offenbar die Mehrheit der Anwesenden mit den „Thesen“ von Manifesto nichts anzufangen wußte und keinen Anreiz zum Diskutieren hatte. Daher wurde rasch erklärt, daß die „Thesen“ eben für Italien gemacht seien und dort sicher auch „gut und richtig“ seien (wieso eigentlich?), für die BRD müßte aber eigenständig usw. usf.

Das ist ein unheimliches Beispiel dafür, wie sich durch einen falsch gewählten „Diskussions-Einstieg“ eine derartige Frustration der Teilnehmer erzeugen läßt, daß im Endeffekt jede politische Vordiskussion unmöglich wird und der Weg für ein fröhliches Drauflos-Wurschteln frei ist.

Nach der „Diskussion“ wurden drei „Arbeitsbereiche“ (AB) gebildet: AB-Betrieb, AB-Erziehung und AB-Medien (Theater, Film, Presse u.a.). In jedem AB arbeiteten die Genossen, die dort auch ihre Berufstätigkeit haben.

Über den AB-Betrieb wird im Artikel gesagt, daß es nur eine „einzige arbeitende Gruppe“ gab, für die die Auseinandersetzung in diesem Arbeitsbereich praktische Bedeutung und Auswirkungen hatte.“ Das war die „plakat“-Gruppe bei Benz in Unterfranken; also die Gruppe jener drei Kollegen, die dort auf einer gewerkschaftsoppositionellen Liste in den Betriebsrat gewählt wurden. Darüber sagt der Artikel: „Die Probleme der anderen Kollegen wurden (im AB) wenig diskutiert, aber auch die Arbeit der „plakat“-Gruppe änderte sich inhaltlich nicht wesentlich, die Arbeit wäre auch ohne AB weitergegangen.“

Wozu also das Ganze? In der Tat löste sich der AB-Betrieb wieder auf, weil er gerade von den aktiven Betriebsgenossen nur als nutzloses Betätigung und Zeitverlust angesehen wurde und weil es nicht gelungen war, „neue Betriebsgruppen zu initiieren“. Also ein Mißerfolg auf der ganzen Linie.

Im AB-Erziehung wurde zuerst einmal „wochenlang diskutiert“, in der Hoffnung, es ließen sich für die praktische Arbeit in den einzelnen Ausbildungsbereichen brauchbare Thesen (!) entwickeln.“ Das Ergebnis war entsprechend:

„Der einzige (!) Versuch, eine gemeinsame praktische Aktion zu organisieren, scheiterte an den mangelnden Erfahrungen der Beteiligten: Niemand wußte über die Schule Bescheid (!!), es war unmöglich, Eltern oder Schüler aus den anderen Bereichen zu aktivieren, weil man sie nicht informieren konnte, etc. Damit war gleichzeitig das Ende der Arbeitsbereiche gegeben.“

Katastrophal!

Alle drei Arbeitsbereiche gingen also baden, ohne daß die Verfasser des Artikels allzuviel Mühe darauf verschwendet würden, den Ursachen mehr als nur vordergründig und oberflächlich nachzuforschen.

Dieser vollständige Zusammenbruch kann aber nicht als Zufall oder Mißgeschick gewertet werden. Er ist in einer derartigen Form von „Organisation“ – oder richtiger Desorganisation – von vornherein angelegt. Dabei gehen wir auch davon aus, daß vor allem manche kleinstädtische Intellektuelle derartige „neue Organisationsmodelle“ gerade deshalb bevorzugen, weil sie organisatorische und politische Verbindlichkeiten fälschlich vor den Teufel des Wehwehens, ihrem Bedürfnis nach „individueller Emanzipation“ ist anscheinend am besten gedient, wenn sie möglichst unverbindlich und massenfern herumdiskutieren können, wenn sie Gleichgesinnte zum Ausweisen über ihre Frustrationen finden und wenn also etwas „progressive“ Abwechslung ihren Alltag aufheitert.

Den SB-Ideologen ist der Vorwurf zu machen, daß sie mit ihren demagogischen Reden gegen „Bürokraten“ und „Kaderpartei“ genau an die schlechtesten Klassengewohnheiten der Kleinbürger anknüpfen und daß sie zugleich jene fortschrittlichen Arbeiter erführen, die aus Enttäuschung über Sozialdemokratie und „ML“-Sektierer den Verlockungen der „Selbstorganisation“ Vertrauen schenken. In vielen Fällen wird das Ergebnis der unver-

express

Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Preis DM 1, -- erscheint monatlich in Offenbach, Hanau, den 17. März 1973, Nummer 2

Über den AB-Medien erfahren wir, daß die konkrete Berufstätigkeit der Genossen zu „betriebsgen“ (verschiedenartig) war, um überhaupt eine gemeinsame Basis zu finden. Der AB „war funktionsfähig“, zuletzt trafen sich „... Jeweils nur drei bis vier Kollegen, die sich gegenseitig ihr Unterdrückungsklage klagen“. Unter diesem Verabschiedung sich einzelne Gruppen des AB – drehten z.B. eigeninitiiert einen Film über die Situation der Landjugend oder schrieben ein Theaterstück aus der Arbeitswelt des Industrieproletariats.

meidlichen Flecks die persönliche Reorganisation sein.

Es scheint uns in diesem Zusammenhang auch nicht zufällig, daß beim Stuttgarter SZ im AB-Erziehung eine offenbar völlig chaotische Aktion durchgeführt wurde, wobei überhaupt keine Informationen über die betreffende Schule vorlagen, Beziehungen zu Eltern, Lehrern und Schülern dort also nicht oder kaum bestanden, Massenfeiern und massenfeindlicher kann man wohl kaum vorgehen. Wenn beim SB immer wieder von „Bedürfnissen“ die Rede ist, so können die Bedürfnisse der

Selbstorganisation

M e s s e n jedenfalls in so einem konkreten Fall nicht gemeint sein.

Natürlich können Fehler bei der politischen Arbeit unterlaufen. Beim SB ist aber zu kritisieren, daß gar nicht erst versucht wird, die grundsätzlichen

organisatorischen Denkvorsetzungen („Selbstorganisation“ etc.) im Licht derartiger Erfahrungen zur Diskussion zu stellen. Stattdessen wird im Gegenteil gegen kommunistische Organisationen, die z.B. auch im Schulbe-

reich gute Arbeit leisten, pauschal und unpolitisch der Vorwurf des „Bürokratismus“ etc. erhoben, ohne sich um ihre konkreten Arbeit auseinanderzusetzen und die eigene Arbeit daran zu

beim Subjektivismus Zuflucht nehmen: angeblich sind die „Bürokraten“ an allem schuld, und mit einer guten Portion „überfraktionellem Bewußtsein“ läßt sich das Problem bewältigen.

Derartige Thesen mögen vorübergehend bei Menschen verfangen, die von dem „Fraktionsgedenke“ gründlich angewidert sind; die Zahl dieser Menschen ist wegen der negativen Entscheidungsforn des „Fraktionsgedenke“ recht groß.

Die SB-Ideologen scheuen sich aus gutem Grund, den fraktionellen Charakter ihrer eigenen Gruppierung offen einzugehen, weil sie für Geschäft gerade mit der Masche der „Fraktionslosigkeit“ und der demagogischen Stimmungsmache gegen das „Fraktionsgedenke“ betreiben.

Tatsächlich jedoch greift das SB sich gegen den „dogmatischen Sozialismus“ (worunter praktisch sämtliche kommunistischen Organisationen und die DKP verstanden werden) ebenso ab wie gegen „blinde Spontaneität“ (worunter wohl eine Reihe weiterer Gruppen wie etwa „Revolutionärer Kampf“ in Frankfurt zu verstehen sind). - Nun, ist das etwa keine besondere und recht genau umrissene Fraktion, was sich da als „andogmatischer Sozialismus“ formiert? Und diese erklärte Gegner des „Fraktionsgedenke“ verurteilen es nie, praktisch die gesamte Linke außerhalb ihres eigenen Blocks pauschal und ohne inhaltliche Kritik im Konkreten permanent als „Dogmatiker“, „Bürokraten“, „Sektierer“ etc. zu verkotzen. Ist das etwa kein Fraktionsgedenke, und zwar von der allerbesten Sorte? Selbst die Super-„Linken“ be-

DKP und SDAJ), „linke Glaubenskrieg“ (alle zusammen, bis aufs „LZ“), „Dogmatiker und Sektierer“ (vor allem die „Meisten“). Alle diese Böswichter suchen angeblich nur „Stimmvieh“, um ihr abgefeimtes Sappchen zu kochen. Einzig das LZ ist „keiner politischen Gruppe zugehörig noch verantwortlich“, ganz und gar für die Lehrlinge etc. Objektiv bewegt sich das ganze auf der Wellenlänge der antikomunistischen Hetze der DGB-Spitze obwohl das LZ pauschal und wenig konkret auch gegen die „Gewerkschaftsapparate“ wettet.

Dabei ist dieses LZ von der realen Bewegung der Lehrlinge weitgehend isoliert, eben gerade im Gegensatz zu den „Sektierern“. Das führt dann dazu, daß die LZ-Ideologen ihren Kummer in psychologischen Geschwätz über „individuelle Emanzipation“ erliefen (u.a. „links“ Oktober 72).

Die Ideologie des „Zentrums“

Daß innerhalb der Linken Meinungsverschiedenheiten bestehen, kann auch das SB nicht ignorieren. Diese Meinungsverschiedenheiten werden aber als Vorliebe so interpretiert, daß sie ausschließlich das Ergebnis von Konkurrenzdenken, von Bürokratismus etc. seien.

Sich selbst erklären die SB-Ideologen selbstredend für oberhalb der Niederungen des politischen Meinungsstreits stehend:

„Wer sieht, welches Maß an Energie für Positionskämpfe der Linken verwendet wird, wird Verständnis dafür haben, daß es in der theoretischen und

tion Trotzki“ bildete. Das ist nur ein Trick, um sich scheinbar außerhalb des „Gezänks“, und d.h. außerhalb jeder organisatorischen und politischen Verbindlichkeit zu stellen - und um dann umso bequemer die eigene Position als den Nabel der Welt anzupreisen. Lenin kennzeichnete das Vorgehen Trotzkis mit den Worten:

„Trotzki plagiert heute die Ideen der einen Fraktion, morgen die der anderen, und darum betrachtet er sich als über beiden stehend.“

Heute, wo die Fraktionskämpfe noch gar nicht innerhalb der Arbeiterbewegung geführt werden, sondern tat-

steterei, um im nächsten Satz zu „begründen“, daß heute das politische Bewußtsein nicht mehr in die Kämpfe hineingetragen zu werden braucht (wie die Kommunisten sagen), sondern in diesen Kämpfen vorzusagen schon enthalten ist und nur noch „entfaltet“ zu werden braucht.

Weiteres Beispiel: Negt verfügt in seinem Artikel mit päpstlicher Gewißheit, daß sich in der Welt von heute revolutionäre Ereignisse wie in Rußland 1917 „auch in vergleichbarer Form nicht wiederholen“ würden. Stattdessen würde heute die Machtfrage „in einer Bewegung von Streiks, die den

Zusammenfassung

Die relative Stärke des SB liegt darin, daß es teilweise ziemlich genau die kleinbürgerlichen Rücksichtlichkeiten und Vorurteile einer sich erst sehr langsam und keineswegs gradlinig von der SPD lösenden Arbeiterschaft aufzunehmen versteht.

Wenn etwa das Hamburger LZ betont, es sei „keiner politischen Gruppe zugehörig noch verantwortlich“, oder wenn das SB seine „materielle und politische Unabhängigkeit von Parteioptionen und Gewerkschaftsapparaten“ hervorhebt - dann wird damit höchst demagogisch und verantwortungslos an die Stimmungen jeder Arbeiter angeknüpft, die zwar schon kämpferisch eingestellt sind, aber die auf Grund ihrer Erfahrungen einen starken Horror vor „Politik“ und Organisation haben.

Die SB-Ideologen stärken die Stimmung vieler Arbeiter, daß die Zugehörigkeit zu politischen Gruppen oder die Abhängigkeit einer Teilung von Organisationen an sich schon schlecht und schädlich ist.

Die Arbeiter erfahren naturgemäß Politik zunächst konkret als bürgerliche Politik und als bürgerliche Organisation. Politik zunächst konkret als bürgerliche Politik, und sie erfahren Organisationen als Parteilisten; dieses Vorurteil wird allgemein auch auf linke Politik ausgedehnt. Man muß sich sagen, daß Gruppierungen wie die DKP oder die „Marxisten-Leninisten“ vielfach dazu beitragen, dieses Vorurteil zementieren zu bestätigen. Parolen wie „Stärke die DKP“ oder „Stärke die KPD/ML“ sind wahrhaftig nicht dazu geeignet, die Notwendigkeit einer politischen Organisation der Arbeiterklasse zu vermitteln.

Von einem solchen Zustand der Dinge kann nur die Kapitalistenklasse profitieren. Sollen die Arbeiter doch ruhig das Gefühl haben, daß wir am Ende immer die Dummen sind, weil die oben machen was sie wollen“ - solange diese Stimmung sich noch gegen „Politik“ und Organisation überhaup t wendet. Denn letzten Endes werden die Arbeiter mangels Alternativen ja doch die SPD wählen müssen („was denn sonst?“), und sie müssen sich an die Gewerkschaftsapparate halten, weil es eine wirksamere Unterstützung in ihren wirtschaftlichen Kämpfen eben nicht gibt. Die SB-Thesen von der „Selbstorganisation“ und die Demagogie gegen alle bestehenden politischen Organisationen der Linken („Bürokraten“, „Dogmatiker“ etc.) liefern die Arbeiter genau diesem Mechanismus zwischen hilfloser Kritik und zwangsläufiger Anpassung wieder aus.



Demagogie des „überfraktionellen“ SB gegen das „Fraktionsgedenke“ (Karikatur des „links“, Januar 73)

Demagogie des „überfraktionellen“ SB gegen das „Fraktionsgedenke“ (Karikatur des „links“, Januar 73)

praktischen Krise (!) dieser Fraktionen gegenwärtig weniger darauf ankommt, neben die bestehenden eine neue Organisation zu setzen und innerhalb des Rahmens sich zu bewegen, in dem Theorien mit Theorien und Ideen mit Ideen konfrontiert werden. Es geht vielmehr darum, den substantiellen Gehalt der Arbeit dieser Fraktionen und aller übrigen arbeitenden Gruppen politisch zusammenzufassen und organisatorisch zu stabilisieren. Das setzt zur Zeit eine Art „überfraktionelles Bewußtsein“ voraus, von dem aus strategische Linien einer sozialistischen Politik bestimmt werden könnten ...“ (Negt, „nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren“, in „links“, Dez. 72)

Das „überfraktionelle Bewußtsein“ Negts erinnert uns penetrant an die berühmte „Fraktionslosigkeit“ Trotzkis, die Lenin u.a. in „Über die Verletzung der Einheit, bemängelt durch Geschrei über Einheit“ (1914) kritisierte. Während damals in der russischen Arbeiterbewegung ein Kampf um die Grundfragen der Organisation und des revolutionären Prozesses geführt wurde, schwang sich Trotzki zu einer „fraktionslosen“ Position auf, schimpfte kräftig und demagogisch auf das „Chaos des Fraktionskampfes“. Lenin zeigte auf, daß der in Worten „fraktionslos“ Trotzki mit seiner in Worten „nicht-fraktionellen“ Zeitung (die „Borba“) in Wahrheit nur seine „Frak-

tionell weitgehend losgerißt von dieser, ist es besonders leicht, sich demagogisch über die Auseinandersetzung zu erheben, um klammheimlich die eigene Fraktion zu konstituieren. Nur ist es eben so, daß sich auf der einen Seite wenigstens im Ansatz Organisationen formieren, durch die sich eine größere Anzahl von Menschen kollektiv politisch ausdrücken können, während auf der anderen Seite Ideologen wie Negt als freischwebende Individuen sich herumtummeln, die nur sich selbst und ihrem Hergott verantwortlich sind - aber zugleich mit Selbstverständlichkeit beanspruchen, entscheidenden Einfluß auf die Bewegung insgesamt zu nehmen.

Vertritt der „überfraktionelle“ Negt denn etwa nicht die Vorstellungen einer ganz bestimmten Fraktion?

In dem genannten Artikel schreibt Negt z.B.: Der Klassenkampf habe eine „neue sinnliche Qualität angenommen“ und weiter: „die klassenlose Gesellschaft ist durchsichtig geworden, nicht ein bloßes Jenseits des Kapitalismus, das man den Menschen durch umständliche Verträge und Hoffnungen klar machen muß; sie ist für jeden sinnlich erfahrbar gemacht worden.“

Daß die klassenlose Gesellschaft (das ist nach herkömmlicher Definition der Kommunismus) „für jeden sinnlich erfahrbar“ sei, ist offenkundiger Unsinn. Negt indessen braucht diese Phän-

ökonomischen und politischen Herrschaftsapparat außer Funktion setzen gestellt werden.

Unter dem heuchlerischen Anschein der „Fraktionslosigkeit“ nimmt Negt also wahr entschieden zu Fragen Stellung, die genau zu den Gegenständen der aktuellen Fraktionskämpfe gehören. Auf der einen Seite verkündet er vornehm, sich aus den Niederungen der Fraktionskämpfe herauszuheben - auf der anderen Seite verbreitet er seine individuellen Ansichten genau zu zentralen Punkten der Auseinandersetzung. Wenn das keine Demagogie ist?

In Wahrheit kann es so etwas wie „Fraktionslosigkeit“ oder „überfraktionelles Bewußtsein“ auch gar nicht geben, da die Menschen eben nicht nur aus den „Bedürfnissen“ bestehen (wie Negt voraussetzt), sondern auch bestimmte politische Vorstellungen über die Befriedigung ihrer Bedürfnisse und die Veränderung ihrer gesellschaftlichen Situation haben. Da diese Vorstellungen nicht einheitlich sind (wegen der unterschiedlichen Klassenlage, sozialen Erfahrung etc. der Individuen), bilden sich Fraktionen mit Notwendigkeit, d. h. es bilden sich Organisationen und Gruppen, die miteinander über die unterschiedlichen Vorstellungen streiten.

Ideologen wie Negt müssen zuletzt den objektiven Grund der Spaltung der antikapitalistischen Kräfte leugnen und

müssen sich doch von Zeit zu Zeit, andere Gruppen inhaltlich zu kritisieren. Die SB-Ideologen dagegen kommen über pauschales und inhaltsloses Geschimpfe gegen die Linke außerhalb des SB nicht hinaus.

Es ist wiederum nicht zufällig, daß derartige Gruppierungen es lieben, sich unter dem Namen eines „Zentrums“ zu konstituieren, wie z.B. das „Sozialistische Zentrum“ in Stuttgart (s.o.). In dieser Namensgebung ist schon der Anspruch enthalten, voraussetzen einen Mittelpunkt der Bewegung zu bilden und von diesem „Zentrum“ aus die Bewegung praktisch anzuleiten, Bescheidenheit in mitunter nicht die Stärke der Genossen. Gegen den Führungsanspruch anderer zu polemisieren - teilweise zu recht! - und sich selbst zum Zentrum ernennen, das ist schon eine bemerkenswerte Art „überfraktioneller“ Politik.

In Hamburg gibt es als besonders abschreckendes Exemplar das „Lehrlingszentrum“ (LZ), das dem SB nahestehend und schon mehrfach in „links“ zu Wort kam. Die Führer des LZ sind ausgepöbelte Trotzkisten mit vorzüglichem persönlichen Beziehungen zur Hamburger DGB-Spitze. Diese LZ-Führer nun zeichnen sich durch eine besonders derbheitliche, inhaltliche und dümmliche Demagogie gegen sämtliche kommunistischen Gruppen und Organisationen aus: „Bürokraten“ (vor allem

KOLLEGEN ABONNIERT DEN

Arbeiterkampf

Arbeiterzeitschrift des Kommunistischen Bundes

Zum Abonnementspreis von DM 4,80 - incl. Porto - für 6 Ausgaben
Bestellungen an **VERLAG ARBEITERKAMPF**
2000 Hamburg 13
Rutschbahn 35
Zahlung bitte im voraus auf das Postbankkonto Hmb. 240696, J. Reents

Die Massenarbeit ist immer die Basis

Gespräche mit der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)

Nach der Niederlage des palästinensischen Widerstandes im September 1970 hat sich bei den Widerstandsorganisationen mehr und mehr die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Grundlage für den Kampf eine konsequente Massenarbeit ist. In ihren militärischen Aktionen und ihre Untergrundarbeit in den besetzten Gebieten stützt sich die PFLP auf ihre politische und soziale Arbeit im Flüchtlingslager. Ein Teil dieser sozialen Arbeit ist die Entwicklung von medizinischen Stationen. In einer solchen Station führten einige Genossen ein Gespräch mit Mitgliedern der PFLP.

Im Flüchtlingslager

— Zunächst einmal möchten wir etwas über dieses Lager hören, wieviel Leute leben hier?

O Im Lager leben höchstens — wir haben keine offizielle Statistik — 15 000 bis 18 000 Menschen.

— Wie sind die Bedingungen im Lager, wieviel Wasserstellen gibt es?

O Bis vor fünf Jahren gab es keine Wasserhähne in den Häusern. Es gab nur vier Wasserhähne im Lager verteilt. Die Frauen gingen immer mit Wasser oder Töpfen auf dem Kopf, um Wasser von den Wasserstellen in die Häuser zu holen. Vor sechs Jahren haben wir langsam angefangen, Wasserhähne in den Häusern zu installieren. Es gibt keine Statistik, wieviel Häuser Wasser haben, nach unseren Schätzungen sind es inzwischen 60 bis 70 %. Die übrigen versorgen sich auf alle Weise. Elektrischen Strom haben ungefähr 90 bis 95 % der Häuser.

— Ist es hier im Winter kalt? Wie heizen die Leute?

O Natürlich ist es hier im Winter nicht so kalt wie in Deutschland. Aber es ist auch kalt. Über die Hälfte der Familien im Lager haben Gasölnheizung und etwas weniger als die Hälfte Kohleheizen, was sehr gefährlich ist.

— Wie funktioniert die Müllabfuhr?

O Wie funktioniert die Müllabfuhr?

O Es herrscht ein Mangel an Müll-
leuten. Der Dreck kommt vor allem von den Klos. Sie sind zentral und öffentlich. Die Mehrzahl der Familien hat keine Toiletten im Haus. Es gibt zu wenig öffentliche Toiletten. Die Abwasserkanäle sind offen und deshalb ist es hier schmutzig. Einige Partisanengruppen haben versucht, die Klogruben zuzudecken, weil die meisten offen sind. Im Winter bildet sich im Süden des Lagers Schlamm. Die Arbeitergewerkschaft hat zusammen mit den Partisanengruppen hier im Lager Geld gesammelt und dies mit Zement zugemacht.

— Wo finden die Leute Arbeit? Gibt es genug Arbeit?

O Es gibt viele Arbeitslose. Einige versuchen, vorübergehend auf dem Bau, beim Schneider oder als Maler zu arbeiten.

— Gibt es keine regelmäßige Arbeit?

O Nein. Nur ganz wenige an einigen Tankstellen und als Verkäufer. Es gibt auch Angestellte bei der UNRWA (Flüchtlingshilfsorganisation der UNO). Da arbeiten aber nur wenige, als Lehrer oder als Müllarbeiter.

Wir haben keine Rechte

— Wie ist die Politik der libanesischen Regierung gegenüber den Flüchtlingen?

Wie sieht es aus mit Staatsangehörigkeit, politischen Rechten, Teilnahme an Wahlen?

O Wir Palästinenser haben keinen Paß, sondern ein „Lebenseintrag“, das ist eine Identitätsbescheinigung für palästinensische Flüchtlinge in Libanon.

Wir haben nicht das Recht, das Land zu verlassen, wir haben keinen Reisepaß. Seit 1967 ist es uns erlaubt, nach Syrien zu fahren, davor war auch das verboten, sogar mit Reisepaß. Wir brauchen eine Extra-Erlaubnis, die schwer zu bekommen war. Wir haben kein Wahlrecht im Libanon.

Wir haben nicht das Recht, in libanesischen Institutionen als Angestellte zu arbeiten, wir dürfen nicht in privaten Firmen angestellt werden. Oder nur mit einer Arbeitsgenehmigung für Ausländer. Es gibt nur zwei Möglichkeiten zu arbeiten, entweder bei der UNRWA oder als Tagelöhner z.B. bei der Zitronenernte. Es gibt auch einige Leute,

die als Pächter arbeiten. Sie haben eine Vereinbarung mit den libanesischen Feudalisten, Großgrundbesitzern, von denen sie das Land und Saatgut bekommen, alles was dazu gehört, um das Land zu bebauen und die Ernte einzubringen. Von dem Ernteertrag können sie dann ein Viertel für sich behalten.

— Stimmt es, daß ein Palästinenser aus den Flüchtlingslagern, wenn er Arbeit findet, seine UNRWA-Zuteilung verliert und für lange Zeit nicht wieder erhält?

O Ja.

— Das bedeutet also, selbst wenn er eine Arbeitsmöglichkeit für z.B. eine Woche gibt, ist es schwer, sie anzunehmen, denn man kann für lange Zeit die Zuteilung verlieren.



O Vor 1967 führte die UNRWA deshalb Inspektionen durch, um festzustellen, was für eine Arbeit die Palästinenser hatten, weil jeder, der Arbeit hatte, nicht mehr als 70 libanesisches Pfund (65 DM) im Monat verdienen durfte, wenn er seine Zuteilung nicht verlieren wollte. Die Palästinenser sagten deshalb immer, sie hätten nur Arbeit von einem Tag zum anderen, trotzdem wurde die Zuteilung manchmal gekürzt. Seit 6 Jahren gibt es für die Neugeborenen keine Zuteilung mehr. Seit 1966. Die Kinder bis zu 6 Jahren bekommen keine Zuteilung durch die UNRWA.

— Und die UNRWA verringert die Zuteilungen ständig?

O Ja, ja.

— Wie steht es mit den Häusern?

O Die Mehrheit hat in Blechhäusern gewohnt. Das war bis 1969 bis sich die libanesischen Armee aus den Lagern zurückgezogen hat. Sie dahin konnte kein Nagel eingeschlagen werden, ohne eine offizielle Genehmigung, man konnte seine Hütte nicht einfach ändern. Da hatte man einfach eine Blechhütte. Jetzt sieht das schon anders aus. Als 1969 die Armee rausging, kamen die Fedajin, und seitdem haben die Bewohner mehr Möglichkeiten und die Freiheit, mit Zement Häuser zu bauen. Die Dächer werden bis heute normalerweise aus Blech gemacht. Nur die Leute, die etwas Geld haben, haben Zementdächer.

— Wie ist die Beziehung zwischen den Palästinensern im Lager und der libanesischen Bevölkerung? Gibt es Feindschaft?

O Nein. Es gibt genug Libanesen, die genau wie die palästinensischen Flüchtlinge leben. Feindschaft baut sich nicht auf Rassen oder Nationen auf, sondern auf politischen Feindschaften zwischen zwei politischen Gruppen auf.

— Die Quelle für künftige Kämpfer

— Welche Aufgaben haben die Fedajin im Lager?

O Es gibt hier keine normalen militärischen Fedajin, sondern die Volksmiliz, die die Flüchtlingslager verteidigt. Die Fedajin, die hier sind, arbeiten als Volksmiliz und versuchen, notwendige Leistungen für das Flüchtlingslager zu schaffen, so z.B. in Bezug auf die medizinische Betreuung oder bestimmte Bauten für das Lager. Sie versuchen, auf dem sozialen Gebiet zu arbeiten und haben auch die Aufgabe, die Flüchtlingslager zu verteidigen. Sie sind letzten Endes die Quelle für künftige Kämpfer.

— Was sind die Aufgaben eurer medizinischen Station?

O Natürlich werden im medizinischen Zentrum nicht alle Bewohner des Lagers betreut. Wir leisten normalerweise Hilfe für ca. 45 Personen täglich. Manche Palästinenser haben Geld und lassen sich woanders behandeln. Hierher kommen auch Syrer und Libe-

nesen, mehr als Palästinenser. Wir behandeln ohne zu fragen alle, die kein Geld haben, sich woanders behandeln zu lassen. Wir haben nicht das Ziel, wie die bürgerliche Medizin Geld zu machen. Wir sind keine bürgerlichen Ärzte, die nur helfen, um Geld zu bekommen und manchmal Medikamente umsonst verteilen, nur um Patienten zu bekommen, die dann täglich kommen. Wir haben das Ziel, vorbeugende Mittel zu geben. Wenn eine Frau mit ihrem Kind hierherkommt, versuchen wir herauszubekommen, wie die Krankheit entstanden ist, und wir versuchen der Frau zu erklären, wie sie verhindern kann, daß das Kind wieder krank wird.

— Welche medizinischen Geräte habt ihr hier?

O Wasser und Elektrizität sind vorhanden, wir haben einige Betten.

— Findet ihr in dem Lager selbst Unterstützung durch Frauen und Männer, die bei der Arbeit helfen?

O Die Massen selber helfen natürlich. Beim Aufbau dieser Station haben die Massen entscheidend mitgearbeitet. Monatlich wird von den Massen freiwillig Geld gespendet. Die 1 000 libanesischen Pfund (900 DM), die wir mindestens für die Station brauchen, sind solche Spenden.

Wir sind erst am Anfang

Könnt ihr durch eure Sozialarbeit auch politisch unter den Massen Fuß fassen? Wie stellt ihr das fest?

O Seitdem diese Station aufgebaut und Sozialarbeit geleistet wurde, hat die Arbeit der PFLP mehr Fuß gefaßt. Die Mitgliederzahl hat sich bis jetzt mehrfach verdoppelt, seitdem wir diese Station aufgebaut haben.

Könnt ihr Konkretes sagen über die Befreiung der Frau, die ihr durch eure Arbeit vorantreibt? Entwickeln die Frauen und Mädchen, die hier medizinische Hilfen erhalten, ein anderes Bewußtsein und tragen sie es ins

bindung stehen, werden wenn möglich angestellt und können dadurch viele dieser Hindernisse abbrechen. Aber wir sind erst am Anfang.

— Gibt es im Lager Analphabeten unter den Erwachsenen?

O Vor allem unter den Alten herrscht noch das Analphabetentum.

— Gibt es Schulen dafür?

O Wir haben selber eine Schule eingerichtet für Frauen, die Analphabeten sind, weil meistens die Frauen vom Lernen ausgeschlossen sind. In der Schule wird den Frauen Lesen beigebracht, und sie werden als Krankenschwestern ausgebildet.

Wie ein Fisch im Wasser

— Ihr habt uns von eurer praktischen Arbeit im Lager erzählt. Das ist doch nur ein Teil eurer gesamten Arbeit?

O Ein politischer Kader muß Arbeiter unter Arbeitern sein oder Bauer unter Bauern. Früher war es so, daß die politischen Kader in den Städten saßen und einmal in der Woche in die Flüchtlingslager gingen. Das ist heute anders. Wir handeln nach dem Anspruch Mao, daß wir wie Fische im Wasser sein müssen, und das Wasser sind eben die Menschen in den Lagern, in Südbanien, auf dem Westufer des Jordan und im Gaza-Streifen.

Wir politische Arbeiter leisten will, muß unter den Massen leben, sonst redet man nur theoretisch von Massenarbeit und versteht dabei nichts davon.

Unsere Arbeit in Südbanien ist z.B. leicht zu erklären und zu beschreiben. Die PFLP macht dort Gewerkschaftsarbeit und versucht außerdem, die Bewohner gegen den Feind, gegen die wiederholten Angriffe Israels zu verteidigen. Die Sicherung ihrer Existenz, das ist die Basis, um in Südbanien die Massen zu gewinnen.

Die Erfolge unserer täglichen Arbeit in den Massen sind nicht sofort zu se-

hen. Das politische Bewußtsein muß jeden Tag erhöht werden.

Die Feinde überall angreifen

— Nun hat ja vor kurzem die Aktion des Schwarzen September in München stattgefunden, so daß für uns die Frage besonders interessant ist, wie ihr zu dieser Art von Außenaktionen steht. Ihr habt selbst Außenaktionen durchgeführt. Besteht da nicht ein Widerspruch zu der von euch betonten langfristigen Massenarbeit?

O Die Außenaktionen sind kein Ersatz für die Arbeit in den Massen. Die Massenarbeit ist immer die Basis.

Man muß sehen, daß die Palästinenser nicht in ihrem eigenen Land kämpfen können, das macht Außenaktionen notwendig. Ein Kurzziel besteht darin, die sich anbahnenden guten Beziehungen zwischen Israel, den USA, den arabischen Regimes und der BRD zu stören. Man kann über München und die Taktik, die dort angewandt worden ist, debattieren, aber nicht über das Ziel. Diese Aktionen geben den Widerstandsorganisationen auch Gelegenheit, den Massen zu zeigen, was international gegen den Befreiungskampf Palästinas im Gange ist.

Diese Aktionen wären nicht notwendig, wenn in Europa und den USA die Linke nicht so schwach wäre, sondern wenn die Unterstützung Israels verhindert würde.

Die PFLP muß der Meinung widersprechen, daß die Außenaktionen gemacht werden, weil die Widerstandsbewegung nicht nach Israel hinein kommt. Allein im Gaza-Streifen werden sehr viel mehr Aktionen ausgeführt als im Ausland. Die Außenaktionen sind also kein Ersatz für Aktionen in Israel. Die Aktionen sind nicht dazu da, um den Massen zu zeigen, daß die Bewegung existiert. Wir wären durchaus in der Lage, z.B. 40 Botschaften Israels an einem Tag anzugreifen. Wenn dies unsere Strategie wäre, mit solchen Aktionen zu kämpfen, dann könnten wir viel mehr solche Aktionen machen.

Palästina ist ja ein Sonderfall, sonst würden Außenaktionen von revolutionären Bewegungen kaum angewandt.

O Das ist eben die Folge der besonderen Situation Palästinas.

Israel ist ein Land, das sehr isoliert von den arabischen Ländern, auf das Ausland angewiesen ist. Israel ist mit dem Imperialismus alliiert und durch

seine imperialistische, wirtschaftliche und militärische Interessen stark verbunden. Diesen Interessen kann die PFLP schaden. Wir wollen langfristig dem Imperialismus den Weg nach Israel abschneiden. Dieses strategische Ziel kann aber nicht durch diese Aktionen erreicht werden. In dieser Phase wollen wir damit nicht erreichen, Israel zu schlagen, sondern nur Hinweise geben auf das Ziel, daß man Israel überall, auch im Ausland, schlagen muß.

Der Feind, der zu bekämpfen ist, ist der Imperialismus, Israel und der Zionismus und die arabische Reaktion und gegen diese Feinde müssen wir vorgehen. Die PFLP weiß, daß sich diese Feinde gegen sie zusammenschließen.

— Ihr sagt, daß man mit diesen Aktionen Israel dort schlägt, wo es am bittersten für es ist. Das ist aber doch gar nicht der Fall. Der Imperialismus oder Zionismus verzieht leicht auf ein paar Menschen, das ist kein großer Schlag für ihn.

O Israel gibt sich immer als bestorganisiertes Land aus, als ungeschlagenes Land. Israels worden gleich Übermensch genannt und Araber sind dumm und Untermenschen. Die PFLP zeigt, also, daß man doch nach Lod (israelischer Flugplatz) hinein kann, auch wenn die Sicherheitsmaßnahmen so streng sind wie sonst irgendwo. Wir wollen dem Volk zeigen, daß Israel zu schlagen ist.

Die Weltpreme ist uns egal. Die Frage ist, was uns interessiert. So gibt es zu München Rückwirkungen auf den verhassten Gebieten. Einmal das Verhältnis der Widerstandsbewegung und der libanesischen Regierung zueinander, dann die Situation der syrischen Regierung, die Mobilisierung in den Massen der arabischen Länder, die Aggressivität der Israelis usw. Das kann die PFLP den Massen gut zeigen. Dem einfachen Menschen werden die internationalen Beziehungen Israels klar.

Was heißt Massaker?

— Was heißt Massaker?

O Wenn Israel Massaker macht, dann sagt die Weltöffentlichkeit nichts, während, wenn die Palästinenser sich

Forst, nächste Seite



Flüchtlingslager

Lager, in ihre Familie usw.

O Ich will ein praktisches Beispiel geben. In diesem Gebiet herrschen die veralteten orientalischen Sitten, d.h. daß die Frau das Haus nicht verlassen kann, daß Arbeit für die Frau eine Schande ist usw. Wenn die Frau zur Station kommt, das Haus überhaupt verlassen kann, ist das schon ein kleiner Schritt. Wir haben erreicht, daß die Frauen, die mit uns arbeiten, auch um 10 Uhr abends — und das ist ein Verbrechen in Arabien — das Haus verlassen und bekommen können. Sie diskutieren und arbeiten mit den anderen hier und machen, was sie für richtig halten. Die Frauen, die mit uns in Ver-

hen. Der Erfolg wird sich vielleicht erst in 20 Jahren zeigen. Es sind die unbeweglichen Helden der Revolution, die dort jeden Tag arbeiten.

— Wie ist das Verhältnis von militärischer Arbeit und Massenarbeit? Auf welche Arbeit legt ihr faktisch mehr Gewicht?

O Im Idealfall sollte zwischen militärischer und Massenarbeit kein Widerspruch bestehen, sondern ein militärischer Kader muß gleichzeitig auch in den Massen arbeiten. Zur Zeit ist hier das Verhältnis noch nicht richtig und die Kluft noch sehr groß. Auf lange Sicht muß erreicht werden, daß jeder Kämpfer ein politischer Arbeiter

Forts. von Die Massenarbeit ist immer die Basis

dagegen erhoben, man gegen uns arbeitet. Dadurch wird den Massen der Zusammenhang zwischen den imperialistischen Ländern und Israel klar, auch an der München-Aktion.

Man kann aber doch Massaker nicht mit Massakern beantworten.

O Wir sitzen nicht im Cafe. Wir müssen die Kampfmoral des Volkes erhalten. Was heißt Massaker? Wir schlagen zurück, wenn die Israelis uns schlagen. Wir wollen doch nicht moralisch werden. 25 oder 50 Jahre dauern die zionistischen Massaker und Verbrechen schon. Massaker kann man nicht menschlich stoppen. Es hat keinen Zweck, sich etwa an die UNO zu wenden.

Es ist für die Linke in Europa schwer, ein Bild zu machen. Sie werden unbewußt von der Presse beeinflusst. Es ist schwer, von der Linken zu verlangen, daß sie unser Verhalten versteht.

Ich habe den „Spiegel“ zu München gelesen. Das ist ein Beispiel dafür, daß man den Zionismus überall schlagen muß. Dieser Spiegel-Schreiber, das ist ja ein Zionist. Die Zionisten stellen überall Es ist entlarvend, was da steht. Z.B. wie die deutsche Polizei im Kontrollraum steht und aussieht, wie die Araber erschossen werden sollen. Die Araber sind dumme und Unterwiesenen. In der ganzen BRD wird die zionistische Propaganda übernommen. Der Minister Schreiber hat versucht, einen Austausch zu machen oder so etwas, um die Kämpfer einzuloggen. Sie kalkulieren auf die Dummheit der Araber. Wer eine solche Aktion ausführt, ist doch nicht dumm.

Kampfmoral stärken

Wir haben gehört, daß die PFLP einen Unterschied gemacht hat zwischen politischem Bewußtsein und Kampfmoral, daß der Hauptteil auf die Kampfmoral der Massen gelegt wird.

O Die Kampfmoral selber ist ein Ergebnis des Bewußtseins. Wer nicht weiß, daß er Palästina hat, wird nicht für Palästina kämpfen. Wer nicht weiß, daß der Unternehmer seine Arbeitskraft raubt, wird auch nicht gegen den Unternehmer kämpfen können. Und wer sein Recht fordert und gegen den Unternehmer aufsteht, wird sich seiner Rechte bewußt. Wenn z.B. Arbeiter in einer Fabrik in der BRD oder Italien für mehr Lohn streiken und ihre Rechte fordern, wenn das Regime seine Polizei gegen den Streik einsetzt, werden die Arbeiter entdecken, daß ihr Kampf politisch ist. Dadurch sieht man, daß die kämpferische Praxis das Bewußtsein stärken kann. Diese kämpferische Praxis findet ihren Ursprung im Bewußtsein selber. Die Kampfmoral oder die kämpferische Praxis, die aus dem Bewußtsein geboren ist, nimmt daran teil, das Bewußtsein zu erweitern.

Den vollständigen Text der zum Teil sehr umfangreichen Gespräche, die von den Genossen mit Vertretern des palästinensischen Widerstandes geführt wurden, werden wir demnächst als Broschüre veröffentlichen.

Wo sind die "Mörder-Zentralen"?

Israelis haben Mörder-Zentrale aus" war am 11. April in Springers „Bild“ zu lesen. Begeistert feierten Springers Schreiberlinge den „beispiellosen Handstreich“, bei dem israelische Mord-Kommandos in Beirut mehrere palästinensische Politiker in ihren Wohnungen erschossen.

„Bild“ ist immer dabei“ ob bei der US-Aggression in Vietnam oder beim israelischen „Blitzkrieg“ 1967. Springers Presse ist erklärtermaßen parteiisch. Sie unterstützt und bejubelt den imperialistischen Terror in all seinen Erscheinungsformen.

Es gibt eine Mörder-Zentrale im Nahen Osten, und die Springer-Presse ist ihr Komplize.

■ Und ist die Mörder-Zentrale, von der am 21. Februar der Befehl kam, ein arabisches Passagier-Flugzeug über dem Sinai-Halbinsel anzufliegen, wobei fast 100 Menschen getötet wurden.

■ Das ist die Mörder-Zentrale, die für die Vertreibung von einer Million Palästinensern und für den Tod Tausender von ihnen verantwortlich ist.

■ Das ist die Mörder-Zentrale, die den „Blitzkrieg“ vom Juni 1967 führte, wobei wiederum Tausende getötet und Zehntausende vertrieben wurden.

■ Das ist die Mörder-Zentrale, die für die Bombardierung palästinensischer Flüchtlingslager im Libanon und Syrien verantwortlich ist.

Diese Mörder-Zentrale ist die politische und militärische Führung des zionistischen Staates Israel.

Beidem „Handstreich“ in der Nacht zum 10. April überfielen die israelischen Kommandos drei Sitze des palästinensischen Widerstandes in Beirut, außerdem eine Stelle der PFLP (Demokratische Popular Front for the Liberation of Palästina) in einem Flüchtlingslager nahe Beirut. In

ihren Wohnungen in Beirut wurden Abu Yusuf, Kamal Adwan und Kamal Nasser erschossen, alle drei waren in der Führung von Al Fatah. Die Genossen Adwan und Nasser verteidigten sich vor ihrem Tod noch mit der Schusswaffe, in der Wohnung von Abu Yusuf wurde auch seine Frau erschossen, als sie sich schützte vor ihren Mann stellen wollte. Auch eine 70jährige Italienerin wurde durch die Explosion einer von den Israelis geworfenen Granate getötet. Beim Amoklauf der flüchtenden Mord-Kommandos durch Beirut wurden neun Zivilisten und zwei libanesischen Polizisten erschossen. Besonders hoch waren die Verluste an Toten und Verwundeten unter den Genossen der PFLP im überfallenen Lager Sabra bei Beirut.

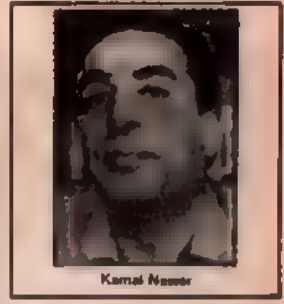
Die Zionisten wollen aus diesem Überfall wieder ihre sattem bekannte Story vom cleveren und mutigen kleinen David machen, der dem großmächtigen Goliath Schlag um Schlag versetzt. Das ist die Selbstdarstellung, die ihnen schmeichelt und die sie lieben.

Aber es läßt sich nicht übersehen, daß Israel sich gegenüber den Palästinensern durchaus nicht in der Rolle des kleinen David befindet, sondern daß Israel seine Erfolge ausschließlich seinem überlegenen militärischen und technischen Potential verdankt, das ihm von den USA zur Verfügung gestellt wird. Und schließlich wären der „Handstreich“ vom 10. April und ähnliche James-Bond-Stückchen undenkbar ohne die umfangreiche Unterstützung, die Israel dabei von den westlichen Großmächten erhält.

Denkbar ohne die umfangreiche Unterstützung, die Israel dabei von den Geheimdiensten anderer imperialistischer Länder erhält (Auspionieren des örtlichen Gegebenheiten, Bereitstellen der

General Elazar gut gekannt, solche „Operationen“ werden gewiß wiederholt werden, auch die übliche Hauptstadt Tripolis ist in der Reichweite.

Der neue israelische Überfall ver-



Kamal Nasser

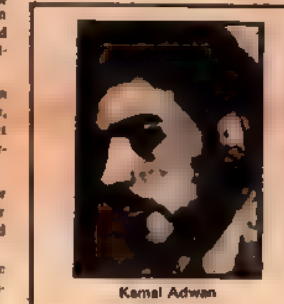
deutlich noch einmal, daß der Kampf zwischen Imperialismus und Revolution keine räumlichen Grenzen hat. Der israelische Geheimdienst ist schon vor längerer Zeit dazu übergegangen, seinen Terror-Apparat vor allem in Westeuropa auszubauen. Zahlreiche Palästinenser sind in den letzten Monaten von zionistischen Geheimdiensten ermordet worden in Rom und Paris, in Spanien, auf Zypern und in Athen. In Beirut wurde vor mehreren Monaten der Genosse Kanafani, ein Führer der PFLP von einer Bombe des zionistischen Geheimdienstes ter-

miniert.

Ein Führer der PFLP, von einer Bombe des zionistischen Geheimdienstes zerrissen. Drei örtliche Führer der PFLP sind von israelischen Truppen vor kurzem im besetzten Gaza-Streifen erschossen worden.

Die Zionisten wollen die palästinensische Revolution abwürgen, indem sie systematisch ihre politischen Führer ermorden. In Wahrheit bewirken sie das Gegenteil. Der imperialistische Terror steigert zusehends die Empörung der Massen und stärkt ihre Einheit. Gegen die Kommando-Aktionen Israels vom 10. April haben in den meisten arabischen Ländern große Massendemonstrationen stattgefunden. Allein am Tag der Bestattung der drei ermordeten Fatah-Führer waren hunderttausende zu Demonstrationen auf den Straßen, die Geschäfte Beirut blieben geschlossen.

Der Kampf der Palästinenser braucht lebensnotwendig die enge Verbindung mit den arabischen Massen, und diese Verbindung ist durch den neuen zionistischen Überfall zweifellos gestärkt worden. Zugleich erhält die Empörung der arabischen Massen, wie jetzt wieder im Libanon, eine zunehmend klarere politische Stoßrichtung auch gegen die reaktionäre Regierung des eigenen Landes, die als Handlanger des Imperialismus und Zionismus mehr und mehr erkannt wird.



Kamal Adwan

Fluchtfahrzeuge u.ä.m.). Außerdem ist die Behauptung der libanesischen Linken nicht von der Hand zu weisen, wonach die reaktionäre Regierung in Beirut den Überfall aktiv begünstigte, um den lästigen Palästinensern eine Niederlage zu bereiten.

Auf einer Presse-Konferenz nach dem Überfall verkündete der israelische

Solidarität verhindert Ausweisung

Im letzten Monat startete der Staatsapparat einen weiteren Versuch, einen fortschrittlichen Ansiedler an das reaktionäre Regime seines Heimatlandes auszuliefern.

Am 2. April gegen 14.00 Uhr erschienen bei dem palästinensischen Studenten Beta in dessen Kiehl-Wohnung ohne jegliche Vorankündigung zwei Polizisten in Zivil. Die ihn sofort verhafteten. Ein zu früh einwirkender Freund erhielt, daß Beta bereits um 14.00 Uhr nach Hamburg gebracht werden soll, um von dort am nächsten Morgen nach Jordanien abgeschoben zu werden, wo er wegen seines Kampfes gegen das israelische Terrorregime zur sofortigen Verhaftung und Schlachtung zu rechnen hat. Die Aktion ist so geplant, daß keine Nachricht an die Öffentlichkeit dringen soll und jede Möglichkeit, gegen die drohende Ausweisung Beschwerde einzulegen, von vornherein abgesägt werden soll. Nur der Zufall macht die Ausweishandlung einen Strich durch die Rechnung.

Der ASIA der Universität Kiel, vom Freund Beta sofort benachrichtigt, setzt sofort alle möglichen Hebel in Bewegung, um die Abschiebung zu verhindern. Er beauftragt einen Rechtsanwalt, dem es gelingt, noch nach Dienstschluss beim Gericht einen Aufschub der sofortigen Ausweisung nach Jordanien zu erreichen. Damit auch alles formgerecht geschieht, gemeinsam mit ausländischen Kommilitonen werden Presseagenturen und der NDR informiert. Fortschrittliche Schüler, Lehrende und Studenten gründen am Abend ein Komitee zur Befreiung Beta's, das während der ganzen Nacht eine Wache vor dem Polizeigebäude postiert, um eine heimliche Abschiebung zu verhindern. Am nächsten Tag findet eine Demonstration statt, an der sich 500 bis 1000 Personen beteiligen, vor den Behörden und Schulen werden Flugblätter verteilt, die die Bevölkerung über die Verhaftung informieren.

Der Fall hat inzwischen so viel Resonanz gefunden, daß es das Gericht für ungewinnlich hält, den Antrag auf etwaige Anordnung stattzugeben. Auch der Antrag der Stadt Kiel Beta in Abschiebehäft zu nehmen, wird abgelehnt. Gegen Mittag des 2. April Beta entlassen. Der bürgerliche Staatsapparat fürchtet offensichtlich zu großen Bedenken für sein demokratisches Image.

Die aktive Solidarität fortschrittlicher Kräfte hat den Plan der Bourgeoisie scheitern lassen. Die Laboranten darf aber weiterhin drohen, zu denen die diese Aktion gestartet hatten. Die Landesregierung schritt wie rechtsstaatliche Grundsätze eingehalten zu haben und der SPD-Verlierer Quade erwidert damit sich gegen die Abschiebung nach Jordanien eingesetzt zu haben. Daß Quade der politisch Verantwort-

liche für das Ordnungsamt Kiel ist, von dem die Initiative gegen Beta ausging, verschweigt er höflich.

Dem Vorfall ist kein Ausnahmefall eines mit besonders reaktionären Beamten besetzten Ordnungsamtes, sondern Ausdruck der allgemeinen Politik der BRD Ausländern gegenüber.

Während der faschistische Geheimdienst Griechenland jegliche Unterstützung der BRD-Behörden bei der Verfolgung und Bedrohung antischichtlicher Griechen in der BRD genehmigt, während die Faschistenverbände der italienischen MI6 und der jugoslawischen Ustascha völlig unbehelligt bleiben, werden fortschrittliche Ausländer den KZ-Wächern ihrer Heimat überstellt. Bei der Massenarrestierung arabischer Studenten und Arbeiter im vergangenen Herbst richtete man sich nach Listen des israelischen Geheimdienstes, der die Ausgewiesenen teils selbst in Empfang nahm, teils an die Polizeieinheiten des jordanischen Königs Hussein übergab. (Ein neuer Beweis für die enge

Gehemdenheit mit den BRD-Behörden ist die Beteiligung zweier BRD-Geheimdienstler an dem Überfall der Zionisten auf mehrere palästinensische Widerstandskämpfer in Beirut, bei der mindestens 45 Personen ermordet wurden.)

Genosse Beta hat sich die Leiter der Kiehl-Gruppe (Gesellschaft palästinensischer Studenten) für die demokratische Rechte des palästinensischen Volkes ausgesprochen, er hat gegen die brutale Unterdrückung durch die israelische und jordanische Terrorregime gekämpft. Wenn es nun im Bescheid der Stadt Kiel vom 6.1.73 heißt, sein Verbleiben würde „die Belange der BRD beeinträchtigen“, so wirft das ein deutliches Licht auf diese „Belange“. Israel, erst von Imperialismus als Staat geschaffen, um die Ausbeutung und Unterdrückung der arabischen Völker für die imperialistischen Absatzmärkte (siehe dazu auch AK 27), erträgt sich genauso der finanziellen und politischen Unterstützung durch die BRD wie Hurenen, der jordanische Handlanger des Zionismus, um die Ausgrenzung der arabischen Quellen durch BRD-Kapital auch weiterhin zu gewährleisten. Wer diese „Belange“ ehrt, wird den KZ's der Zionisten ausgeliefert.

Aber diese „Belange“ sind nicht die Belange der westlichen Arbeiterklasse, sie hat keinen Nutzen und kein Interesse an der Ausgrenzung anderer Völker, wird sie durch von demselben westlichen Imperialismus ausgeübt und unterstützt.

Laute wie Beta stören auch weiterhin „Belange“ dieser Art. Deshalb ist damit zu rechnen, daß die Bourgeoisie weitere Ausgrenzungsversuche starten wird. Der Fall Beta beweist, daß nur unsere Solidarität das verhindern kann.

KB-Gruppe Kiel

Terror-Urteile in Israel

Zu hohen Gefängnisstrafen wurden Ende März Mitglieder einer Gruppe von Juden und Arabern in Israel verurteilt.

● Je 17 Jahre gegen die beiden Hauptangeklagten, ein arabischer Buchhändler und ein jüdischer Student.

● Je 15 Jahre gegen einen Fernsch-Techler und einen Metallarbeiter, beide Araber.

● 10 Jahre gegen einen jüdischen Lehrer.

● 5 Jahre gegen einen arabischen Lehrer.

Offiziell wurde erklärt, man habe „einen syrischen Spionage-Ring zerlegt“. In Wahrheit war dieser angebliche „Spionage-Ring“ eine politische Organisation, die sich „Rote Fahne“ nannte und eine legale politische Zeitschrift herausgab. Beweise für eine Spionage-Tätigkeit gibt es nicht, obwohl die „Rote Fahne“ doch wie alle oppositionellen Gruppen in Israel unter ständiger Beobachtung des Geheimdienstes stand. Der Vorwurf der Spionage-Tätigkeit dient also lediglich dazu, vom politischen Charakter der Gruppe abzulenken und die terroristischen hohen Gefängnisstrafen zu rechtfertigen.

Die Verhaftung der „Rote Fahne“-

Mitglieder im Dezember 72 war nur der Anfang einer Hexenjagd gegen oppositionelle Gruppen, die von der israelischen Regierung und von der bürgerlichen Presse pauschal als potentielle „Spione“ und „Agenten der Araber“ diffamiert wurden.

Im Zuge dieser Hexenjagd wurden Ende Dezember auch die Mitglieder der Gruppe „Revolutionäre Kommunistische Allianz“ verhaftet. Die „Revolutionäre Kommunistische Allianz“ ist ebenso wie „Rote Fahne“ eine Abspaltung von der bekannteren oppositionellen Organisation Matzpen.

Verhaftet wurden außerdem im Januar ein Mitglied des HK der KP Israels (Rakach) und ein weiterer Führer dieser Partei. Obwohl beide wenige Tage später wieder freigelassen wurden mußten, weil es nicht die geringsten Argumente gegen sie gab, erfüllten die Verhaftungen doch ihren Zweck, in der öffentlichen Meinung auch die Rakach mit dem „Spionage-Ring“ in Verbindung zu bringen.

Vom rechtswidrigen Dabach-Bloch wurde der regierende sozialimperialistische „Arbeiterpartei“ Golda Meir vorgeworfen, sie selbst hätte durch ihre „opportunistische Politik“ dem „Landesverrat“ Vorschub gele-

istet, würde die linken Gruppen allzu schonend behandeln usw. (Man kennt dergleichen aus den Hetztiraden der CDU/CSU).

Die Kampagne um den angeblichen „Spionage-Ring“ dient der Bourgeoisie dazu, von den zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes abzulenken und eine neue anti-arabische Welle zu entfachen, die dient zur Einschüchterung der Linken und zur Diskriminierung jeder jüdisch-arabischen Zusammenarbeit, die diese der propagandistischen Vorbereitung der in diesem Jahre stattfindenden Wahlen.

Die Terror-Urteile gegen die Mitglieder der „Rote Fahne“ haben auch in der internationalen bürgerlichen Presse Beachtung gefunden, besonders weil sich solche Urteile erstmals auch gegen Juden richteten. In den Gefängnissen Israels sind aber hunderttausende palästinensische Araber, von deren Prozess man nie etwas gehört hat – und wo es in vielen Fällen auch gar keinen Prozess gegeben hat. Daß ein Gegner des Zionismus für 10 oder 20 Jahre im Gefängnis verschwindet, gehört zum israelischen Alltag, ebenso wie die Folterung von politischen Gefangenen.

Italien

Tarifabschluß nach 6 Monaten Kampf

Zwischen dem 16. März und dem 2. April wurden die Tarifverträge in der italienischen Metallindustrie abgeschlossen: zuerst mit dem Interim, dem Verband der staatlichen Unternehmen, dann mit der Federmecanica, dem Verband der Privatkapitalisten. Im Wesentlichen stimmten die beiden Verträge überein.

zwischen Arbeitern und Angestellten und solcherart, daß die gefährliche Spaltung innerhalb und zwischen den beiden Gruppen begünstigt. Besonders schwer ist der Verzicht auf das Prinzip der automatischen Höherentlohnung, das sich auf die Erkenntnis gründet, daß die Qualifikationsunterschiede der Arbeitstage im hochent-

Entlassungen und der gerichtlichen Anklagen als Vorbedingung für die endgültige Unterschrift gestellt, beim Vertrag mit der privaten Industrie aber wurde diese Forderung nicht erhoben. Stattdessen überließ die Gewerkschaft es den Belegschaften der einzelnen Betriebe, die Zurücknahme der Maßnahmen zu erzwingen.

triebskräfte), Tausende von Ausperrungen, immer häufigere Einsätze von Polizei und Werkpolizei.

Eine der wüsten Polizeieaktionen fand am 15. März gegen Igneo-Arbeiter in Trient statt: nach einer ungeheuren Menschenmenge in allen Abteilungen des Betriebs endete sie mit der Verhaftung von vierzehn Arbeitern.

Werkstätten von FIAT-Mirafiori in Turin, auf der anderen Seite die Verhandlungstische in Rom. Eben in den letzten Tagen erreichten die Kämpfe, besonders bei FIAT, ein beeindruckendes Niveau. Betriebsbesetzungen, Arbeiterwachen auf den wichtigsten Plätzen in Turin und Mailand, offene Versammlungen, innerbetriebliche Umzüge, massenhafte Demonstrationen. Weithin hat eine solche Bewegung nicht mehr erzwingen können? Weithin so niedrige Ergebnisse nach einem so starken Kampf?

Selbstverständlich ist die allgemeine politische Situation in Italien, die ökonomische Krise, die Existenz einer Rechtsregierung nicht ohne Wirkung auf den Ausgang der Tarifrunde geblieben. Was aber die Erfolgsmöglichkeiten des langen Kampfes der Metallarbeiter am meisten beeinträchtigte, war die ziemlich Isolierung, in der er sich abspielte. Keine massive Ausbreitung der gesellschaftlichen Kämpfe hat sich um ihn herum gebildet, keine politische Front hat ihn wirklich unterstützt. Dafür trägt der PCI (italienische Kommunistische Partei) einen guten Teil der Verantwortung.

Welche Unterstützung konnte den gegen die kapitalistische Organisation der Arbeit kämpfenden Metallern von einer Partei kommen, die das „Wiederin-Schwung-bringen der Produktion und der Produktivität“ zur eigenen Parole gemacht hat? Als Ende März FIAT Mirafiori, der größte italienische Betrieb, von den Arbeitern besetzt wurde (vor Tausenden, nicht von einer „radikalen Minderheit“), versteckte die Parteizeitung „Unità“ die Nachricht in ein paar unbetitelten Zeilen: ein vielversprechendes Zeichen für das Unbehagen der italienischen Revisionisten vor den Kämpfen der Massen. Und die Kämpfe der Metallarbeiter insbesondere waren objektiv ein Störfaktor für die Politik der niedrigen Verhandlungen mit den Christdemokraten, die der PCI im Namen einer „auch rechtlich geschlossenen Regierung“ verfolgt.

Der wirkliche Erfolg der Metallarbeiter ist nicht in den Vertragsparagrafen geschrieben; er besteht in dem Niveau des politischen Bewusstseins, von Organisation und von Kampfbereitschaft, das im Laufe dieser Kämpfe erreicht wurde, er besteht darin, daß die Arbeiterklasse aufrecht aus diesen Kämpfen herauskommt. In dieser Erfahrung ist die zuverlässigste Garantie gegen jeden Normalisierungsversuch in den Betrieben.



Demonstration der streikenden Metall-Arbeiter in Mailand

Fünf sechs Monate dauerten die Kämpfe der italienischen Metallarbeiter im Laufe einer der politisch wichtigsten Tarifrunden der Nachkriegszeit: sechs Monate täglicher Kämpfe in einer Periode wirtschaftlicher Krise und politischer Repression. Den Arbeitern stand eine besonders kriegsbereite und ausgerüstete Kapitalistenklasse gegenüber, die entschlossen war nach drei Jahren anhaltenden Konfliktzustandes den sozialen Frieden in den Betrieben wieder herzustellen. Zwei Punkte waren den Kapitalisten besonders wichtig: die Reglementierung und die Zügelung der innerbetrieblichen Kämpfe (die italienische Arbeiterklasse hat sich bislang erfolgreich gegen die vertragliche Festlegung einer „Pflichterfüllung“ wehren können, wie es in der BRD der Fall ist, und wonach alle Streiks während laufender Tarifverträge als „illegal“ und „wild“ kriminalisiert werden), und die Einschränkung d.h. Ausschaltung der aus dem „heißen Herbst“ 1969 hervorgegangenen Betriebsräte. Diese beiden Ziele haben die Unternehmer nicht durchsetzen können und die Vereitelung dieser Bestrebungen muß als ein bedeutender Sieg der italienischen Metallarbeiter betrachtet werden.

Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Vorzüge des Zeichen eines Kompromisses tragen, der dem aktuellen Stand der Bewegung, ihrer noch großen Kampfbereitschaft und ihren noch nicht erschöpften Möglichkeiten kaum entspricht. Der Verhandlungsabschluß bleibt in wesentlichen Punkten hinter den Forderungen zurück, die die Arbeiterdelegationen Anfang Oktober letzten Jahres auf ihrer Konferenz in Genu aufgestellt hatten.

Das zeigt sich besonders deutlich an einem der zentralen Punkte der Plattform von Genu, nämlich an der Angleichung und an der sog. „allgemeinen Einstufung“ von Arbeitern und Angestellten. Die Genu-Plattform forderte die gemeinsame Einstufung von Arbeitern und Angestellten in fünf Kategorien und eine automatische Höherentlohnung nach Erreichen eines bestimmten Arbeitsalters. Stattdessen wird die gesamte Belegschaft in zwei Kategorien geteilt, die Vorrückungen

wickelten Produktionsprozeß sich immer mehr verringern.

Ziemlich niedrige Kompromisse wurden auch in anderen wichtigen Punkten geschlossen.

Lohnerhöhungen Die schon beschiedene Lohnerhöhung um 18.000 Lire, die in Genu gefordert wurde, ist auf 16.000 gesenkt worden: eine lächerliche Summe, verglichen mit der riesigen Preiserhöhung, mit der Geldentwertung, mit den Lohnausfällen in „entworfener, mifraosa“ Lohnausfällen in den sechs Kampfmonaten!

Übergangen - Die Genu-Plattform forderte ihre Begrenzung auf 100 Stunden pro Jahr, die beiden Verträge bringen diese Maximalzahl auf 190 Stunden (bis Mitte 1975, danach auf 170 Stunden).

Arbeitszeit - In Genu wurde für die Stahlarbeiter eine Reduzierung von 40 auf 38 Stunden gefordert. Mit den Verträgen erhalten sie eine halbe Stunde Verkürzung im Laufe des Jahres 74 und die Reduzierung auf 39 Stunden im Laufe von 1975.

Ernungen wurden Verbesserungen des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz, während die geforderte Erhöhung des Mindesturlaubs nur teilweise und gestuelt erfüllt wurde. Der Gradualismus (die stufenweise Einführung bestimmter Verbesserungen) ist ein weiterer negativer Aspekt des Vertrages: so wird den Betrieben die Möglichkeit gelassen, die gemachten Zugeständnisse durch verschiedene Maßnahmen einer verschärften Ausbeutung wieder wertlos zu machen.

Durch wesentliche Einschränkungen wird auch die Anerkennung des Rechts auf dreißig 150 Stunden für die Weiterbildung verunmöglicht und dessen praktische Verwirklichung erschwert. Es bleibt aber die prinzipielle und politische Bedeutung dieser Errungenschaft zum ersten Mal haben die Kapitalisten das neue Prinzip einer von der beruflichen Qualifikation losgelösten Fortbildung anerkennen müssen.

Das Problem der Entlassungen und der vielfältigen repressiven Maßnahmen, die in diesen Monaten gegen die kämpfenden Arbeiter verhängt wurden, bleibt noch offen. Beim Vertrag der staatlichen Industrie haben die Gewerkschaften die Zurücknahme der

Die Nachgiebigkeit der Gewerkschaften in dieser zentralen Frage ist blind und unverantwortlich. Die Metallgewerkschaft Pim selbst hat vor kurzem in einem Weißbuch die Bilanz der Gewalttaten der Kapitalisten im Laufe dieser Tarifrunden gezogen. Dutzende von Entlassungen, Hunderte von gerichtlichen Anzeigen (bei einigen Betrieben, z.B. bei Sit-Siemens in Mailand und in Caserta, stellten die Kapitalisten Strafanzeige gegen ganze Be-

Sollte die Gewerkschaftsführung auch in diesen Fragen nachgeben, dann würde damit die Rettung der innerbetrieblichen Kämpfe und der Betriebsräte faktisch ausgehöhlt werden.

Die letzten Tage vor dem Vertragsabschluß mit der privaten Industrie haben die ganze Kluft zwischen der Entschlossenheit der Bewegung und der Schwäche der reformistischen Führung anschaulich gemacht auf der einen Seite die roten Fahnen auf den besetzten

Faschisten wollen neues Blutbad

Italiens Faschisten wollten den Zug Turin-Rom in die Luft sprengen! Nur ein Zufall verhinderte das geplante Blutbad. Der Faschist Nico Azzi hatte sich auf WC des Zuges zurückgezogen, um dort Zeitungen und Sprengsatz endgültig zusammenzubauen und die Bombe auf die gewünschte Zeit einzustellen. Während Azzi einen gewöhnlichen Wecker als „Timer“ präparierte, hielt er die beiden Zündsätze zwischen den Knien, der eigentliche Sprengsatz war noch nicht abgeschlossen. Durch eine unerwartete Bewegung des Zuges kam ein Kontakt: Draht der Zündsätze mit dem Stundenzeiger der Uhr in Berührung, was die Explosion der Zündsätze auslöste. Auf diese Weise wurde der durch die Explosion der Zündsätze leicht verletzte Azzi im WC entdeckt.

Nico Azzi ist mit den Führern der „SAM“ (= „Aktionstrupp Mussolini“) befreundet, eine Bombenleger-Bande, die von vielen als ausführende Organ der neofaschistischen Partei MSI angesehen wird. Außerdem ist Azzi ein geschriebenes Mitglied der MSI.

Vor der Polizei gestand Azzi das Ziel des geplanten Bombenanschlags ein: „Ich wollte die Bedingungen für eine Militär-Regierung provozieren“.

In Italien ist noch das Blutbad vom 12. Dezember 69 in Erinnerung, als eine faschistische Bombe in der Mailänder Landwirtschaftsbank 16 Menschen tötete. Bis Ende 72 drei Jahre lang, hat der bürgerliche Staat den Anarchisten Valpreda und einige sel-

ner Genossen unter der Anklage in Haft gehalten, die Bomben vom 12. Dezember gelegt zu haben. Inzwischen, da der faschistische Hintergrund des Blutbads unzweifelhaft ist, verschleppt die Bourgeoisie den Prozeß immer weiter - Valpreda und die Genossen sind keineswegs schon frei, sondern nur „vorläufig auf freiem Fuß“.

Wäre es zu dem von den Faschisten gewollten Blutbad im Zug Turin-Rom gekommen, so wäre es kaum in derselben Weise wie 1969 möglich gewesen, kurzerhand die Linken für verantwortlich zu erklären.

Azzi sagte sich ausdrücklich vor der Polizei, darüber sei er sich klar gewesen. Für die Sache selbst sei es aber relativ unbedeutend, wem die Bomben schließlich angelastet würden, da ein solcher Anschlag auf jeden Fall geeignet sei, den Ruf nach „Ruhe und Ordnung“ zu stärken und ein reaktionäres „Regime der starken Hand“ vorzubereiten.

Mit dieser Rechnung haben die Faschisten Recht: schon heute betreibt die Bourgeoisie die Ideologie der „Extremisten von links und rechts“, die den Staat zerstören wollten und gegen die ein „starker Staat“ notwendig ist. Demselben Zweck dienen die seit Monaten anhaltenden faschistischen Krawale in Mailand. Faschistische Schlägertrupps formieren sich in der Innenstadt: greifen Passanten an, provozieren Schlägerläufe usw. Eine bestimmte Gegend ist Tag und Nacht von faschistischen Schlägern umlagert. Der bürgerliche Staat tut nichts gegen die Fa-

schisten und die bürgerliche Presse erregt sich scheinheilig über die „skandalösen Zustände, denen der Bürger schutzlos preisgegeben ist“, weil die Regierung angeblich „zu schwach“ sei usw., u.s.f. Gelingt es aber der militanten Linken (Lotta Continua u.a.), die faschistischen Schläger von ihren „Stammplätzen“ zu jagen, so ist umgehend die Polizei zur Stelle und die bürgerliche Presse weint über den „Terror von links und rechts“.

Zum bisher stärksten Faschisten-Krawall in Mailand kam es vor einigen Tagen anlässlich einer Kundgebung der Neo-Faschisten. Die Faschisten tobten stundenlang durch Mailand, schossen wild um sich, griffen mehrere Dörfer der Arbeiterorganisationen an und verprügelten wahllos jeden, der sich ihnen in den Weg stellte. Eine Gruppe von Faschisten warf mit Handgranaten, wobei ein Polizist getötet wurde. Die Tageszeitung „L'Espresso“ aus der MSI-Jugend und der „Avanguardia nazionale“ die schon im Zusammenhang mit dem Blutbad vom 12. Dezember 69 viel-fach holstet ist.

Die Mobilisierung der Massen könnte dem faschistischen Treiben schnell ein Ende machen. Stattdessen ruft die revisionistische PCI-Führung nach dem bürgerlichen Staat, der Italien vor dem Neo-Faschismus schützen soll. Jede militante Massenkundgebung gegen den faschistischen Terror wird von der PCI-Führung nicht nur abgelehnt, sondern ausdrücklich als „Provokation“ beschimpft.

Ein neuer Fall Valpreda?

Bei der Verfolgung der italienischen Anarchisten und der damit verbundenen Plan der Kriminalisierung der italienischen Linken fand die italienische Bourgeoisie Unterstützung und eifrige Zusammenarbeit bei der westdeutschen Justiz. Mit der Inhaftierung (Mitte Januar) der Brüder Ivo und Angelo Della Svia wurden in der BRD die Voraussetzungen für einen neuen „Fall Valpreda“ gesetzt.

Was sind diese beiden Genossen? Angelo gehört zu der Gruppe Anarchisten, die mehrere Bombenanschläge, unter anderem der auf die Mailänder Messe am 25. April 1969, angestiftet wurden. Diese Anschläge, die sich als Werk der italienischen Faschisten und des griechischen Geheimdienstes erwiesen waren der erste Akt jener „Spannungsstrategie“, die von der italienischen Bourgeoisie als Antwort auf die Arbeiterkämpfe 1968/69 entwickelt wurde, die auch zum Mailänder Blutbad am 12. Dezember 1969 führte. Nach zweijähriger Haft und einem Prozess, der die Generalprobe des Valpreda-Prozesses sein sollte, wurden die Genossen von der Anklage freigesprochen, weil die polizeuliche Beweisführung völlig zusammenbrach. Trotzdem wurde Angelo zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, aber bis zum Revisionsprozess vorläufig freigelassen. Er kam aus dem Gefängnis raus in einer Zeit noch weiter verschärfter Hetze gegen die revolutionäre Bewegung, vor allem gegen die Anarchisten. Um die Anklage gegen Valpreda, trotz der Offensivität der faschistischen und staatlichen Verantwortung für das Mailänder Blutbad, aufrechtzuerhalten, schenkte

die italienische Bourgeoisie vor keinem Mittel zurück. Durch mysteriöse Unfälle und Selbstmorde wurden 14 Zeugen zum Schweigen gebracht, Opfer eines „Selbstmordes“ wurde auch der dritte Bruder Della Svia Mario eine Woche nach Angelos Entlassung. Trotz einer Kopfverwundung und Würgemarken an dem Hals wurde sein Tod als „Selbstmord durch Gas“ erklärt. Einige Monate später entschloß sich Angelo dazu

chieden worden). Ivo ist ein alter Freund von Valpreda. Sofort nach dem Mailänder Blutbad versuchte die Polizei, ihn in die Anklage gegen die Anarchisten und die Linke zu verwickeln. Da Ivo aber zur Zeit nicht in Italien war, mußte man sich notgedrungen damit begnügen, ihm die Rolle des Sprengstoffbesitzers anzuhängen. Ivo sollte zusammen mit Valpreda in der Umgebung

Des Zeitpunkt des Verhaftung der beiden Genossen ist nicht zufällig. Ende 1972 versuchte die italienische Justiz unter dem Druck einer gewaltigen Massenbewegung Valpreda, Borghese und Gargemelli nach dreijähriger Haft vorläufig freilassen. Schon lange zuvor waren Beschuldigungen gegen die Anarchisten zusammengebrochen und die Faschisten Freda und Ventura des Massakers

er vom dem faschistischen Anwalt Giovanni Fava als „Kriminalität“ im Vorhinein vorgeschlagen, falsche Aussagen gegen Valpreda zu liefern. Dafür würde man ihm politisches Asyl in Belgien verschaffen. Ivo lehnte jedes Bestechungsmanöver ab. Einen Monat später wurden er und sein Bruder verhaftet. Augenblicklich sitzen Ivo und Angelo in westdeutschen Gefängnissen, und zwar in Lingen, Ems und in Wiesbaden. Gegen die Haft in Auslieferungsgewalt, da das deutsche Gesetz – mindestens auf dem Papier – die Auslieferung von „Politischen“ ausschließt, behaupten die italienischen Behörden, Ivo sei als „Krimineller“ geacht.



Der italienische Genosse Ivo della Svia wird in Menschenkette in den Sitzungssaal des Oberlandesgerichts Frankfurt geführt, wo über seine Auslieferung nach Italien verhandelt wurde.

ins Ausland zu fliehen. Als er am 13. Januar von der westdeutschen Grenzpolizei verhaftet wurde, war er auf dem Weg nach Schweden. (Ein anderer Anarchist, Sergio Arden, Zeuge der Ermordung Pinellis, hat einen Asylantrag in Frankreich stellen müssen. So viel uns bekannt ist, ist darüber von den französischen Behörden noch nicht ent-

von Rom ein Sprengstofflager angelegt haben. Die Tatsache, daß dieses Lager entdeckt wurde, und daß sich seine Existenz als reine Phantasie erwies, spielt für die italienische Justiz keine Rolle. Viel wichtiger ist für sie, die Spannung gegen die Anarchisten und die Kriminalisierung der Linken wieder zu schüren.

in Mailand angeklagt. Sogar die bürgerliche Öffentlichkeit war von Valpredas Unschuld überzeugt. Es ging jetzt darum, die aufgetauchte „schwarze Spur“ (der Faschisten) wieder zu verwischen. Zuerst versuchte man, aus Ivo einen Zeugen gegen Valpreda zu machen. Mitte Dezember 1972 wurde

Der westdeutsche Staat hat in der Vergangenheit wiederholt nicht davon zurückgeschreckt, nach „Politische“ an ihre Gegner auszuliefern. So zuletzt zahlreiche Palästinenser nach dem Verbot von GUPS und GUPA, ebenso wurden aber auch schon griechische, spanische u.a. Oppositionelle aus der BRD abgeschoben. Die westdeutsche Justiz deckt eine derartige Praxis durch die These, daß das politische Interesse des westdeutschen Staates höher zu bewerten sei als die Interessen der politisch verfolgten Ausländer. So ist klar, daß es für die westdeutsche Justiz nicht so sehr eine Frage des geschriebenen Rechts ist, ob die Genossen Svia abgeschoben werden, sondern eine Frage der politischen Opportunität. Gerade unter diesem Aspekt stellt sich die Aufgabe, eine möglichst breite Information und Solidarisierung gegen die geplante Abschiebung der Brüder Svia auch in der BRD zustande zu bringen.

Staatliche Ohren?

Die ganze Fäulnis der italienischen herrschenden Klasse, die innere Zerrüttung und die strukturelle Krise des bürgerlichen Staatsapparats widerspiegeln nicht gewaltig in dem letzten „Nationalkandal“, der Skandal der Telefonbespitzelungen. Es handelt sich um eine Affäre von riesigen Dimensionen, wo ungeheure politische und ökonomische Interessen im Spiel sind, wo verschiedenartige Absichten sich überschneiden, sich ausgrenzen, sich einander schätzen, worin eintragende öffentliche und private Machtzentren und hohe Persönlichkeiten des politischen und ökonomischen Lebens bis zum Hals stecken. Ob diese Strategie irgendwas entwerfen werden, ist deshalb höchst fragwürdig: viel mehr ist mit einer Aufspaltung der „kleinen Fische“ zum Schutz der großen zu rechnen. Es gibt aber genügend Elemente, die, wenn nicht die Gliederung, so doch mindestens die Logik dieser verwickelten Geschichte erkennen lassen: die althergebrachte Logik der Kämpfe um die Aufrechterhaltung der Machtpositionen in dem bürgerlichen Lager einerseits, um die Verstärkung des bürgerlichen Staatsapparats und um die Abwertung der Repressionsinstrumente gegen die Arbeiterklasse und gegen die fortschrittlichen Kräfte andererseits.

Die Geschichte begann vor etwas weniger als einem Jahr bekanntlich mit dem, als der damalige Sekretär der Sozialistischen Partei, Mancini, beim Regierungspräsidenten Andreotti die Existenz eines staatlichen Spionagenetzes anzeigte. Kurz darauf folgte die Mailänder Wochenzeitschrift „L'Espresso“, die einige Abschlüsse des Finanzsummes als Spionagenetz anzeigte. „L'Espresso“ wurde vom Finanzamt als „Verleumdung“ angeklagt, aber im Laufe des Prozesses – der übrigens bald unterbrochen wurde – wurden die Anklagen bestätigt oder sogar durch neue Elemente bekräftigt. In der selben Zeit wurde ein dichtes Kontrollnetz entdeckt, das Persönlichkeiten der Politik, der Finanz und sogar der Justiz betraf. Sofort wurde natürlich der Versuch unternommen, den heiligen Pakt zu einer „privaten“ Geschichte herunterzuspielen: private Detektiv-Agenturen sollten angeblich im Dienst von eifersüchtigen Ehefrauen oder unzufriedenen Spionagenetzen gehandelt haben. Aber diese Version hatte kein langes Leben und das Netz der kleinen Spione erwies sich bald als eine Spiegelabbildung des umfangreichen Phänomens einer von Staatsdiensten organisierten telefonischen Bespitzelung. Es stellte sich heraus, daß selbst die kleinen Spione keine harmlosen privaten Detektive, sondern Vertreter von bestimmten politischen Milieus waren, die im Dienst von größeren Spionen standen.

Eine kurze Charakterisierung dreier dieser Detektive und ihrer Tätigkeit ist daher aufschlußreich. Tom Ponzi, Mailänder Detektiv, ist ein altbekannter Faschist, der in zehnjähriger Tätigkeit mit der Komplexität und mit der finanziellen Unterstützung der Polizei zusammenhängt. Besonders in den fünfziger Jahren wurde seine Organisation von den Behörden gegen die Arbeiter bei Streiks eingesetzt. Heute hat er nach die Aufgabe, bei Demonstrationen und Versammlungen Provokationen durchzuführen. Gute Beziehungen soll Ponzi auch zum CIA gepflegt haben.

nicht unwahrscheinlich, daß die ganze Affäre auf ihre Rechnung geschrieben werden wird, um wichtige Ohren zu schützen, die hinter den kontrollierten Telefonkabeln horchen. Ein paar Namen sind aber schon aufgetaucht. Unter anderem der des zuerst als

Ohren“. Um allein die Fäden dieser an Theaterstücken so reichen Geschichte in der Hand halten zu können, hätten die verwickelten „Privatdetektive“ achte Supermänner sein müssen. Vorläufig, wie der Diebstahl eines Tonbandes aus dem schwebt

eine besonders fleißige Kontrolltätigkeit soll von dem „Ufficio 1“ (Informationsbüro) des Finanzministeriums ausgeht worden sein, dessen Begründer eben Mancini Prati war. Unter den vom „Biro 1“ ständig überwachten gehörte die sozialistische Partei-zeitung „Avanti!“.

Zu den Kreisen des staatlichen Apparats gehört auch das letzte „Opfer“ dieser ungeheuren Geschichte: der Polizeipräsident von Rom, Angelo Mangano, der Anfang April vor seiner Wohnung staßhaft wurde. Wie der Polizeikommissar Benfanti aus der Mangano 1960, zur Zeit der faschistischen und arbeitermörderischen Regierung Tamborini, nach Rom gerufen, um innerhalb des „Ufficio Affari Riserve“ eine besonders leistungsfähige politische Abteilung zu schaffen. Trotz der Versuche, die von mehreren Seiten unternommen wurden, um den Anschlag auf Mangano der Mafia anzuhängen, bekräftigten viele Umstände die Überzeugung, daß damit die Bewegung eines Menschen beschädigt wurde, dessen Gefährlichkeit aufgrund seiner Kenntnisse größer als sein Nutzen war – nicht viel anders, als es dem Anarchistenverfolger das „Versteck der Besten“, Polizeikommissar Calabrese ergangen ist.

Zusammenhänge mit dem Mailänder Blutbad?

Über die Elemente hinein, die der Form nach Vergleiche mit dem „Versteck der Besten“ lassen, aber ihre Erklärung genauso gut in einer allgemein geltenden Praxis des politischen Verhörsystems finden können (Mordanschläge, Erpressungen, Verschanden von Zeugen, von Verdächtigen und von Beweismitteln usw.), sind einige Berührungspunkte durchaus bemerkenswert.

Anfang März verschwand plötzlich der SID-Agent Alessandro Micheli, nachdem er dem Untersuchungsrichter der Telefonschleife wichtige Aussagen über die Telefonaffäre angekündigt hatte. SID ist der geheime Informationsdienst des Verfassungsschutzministeriums. Micheli hatte Verbindungen in Telefonabzweigungen, Mitarbeiter von Benfanti und bekannten Faschisten. Im Fall eines Detektiv-Agentur in Padua, eine merkwürdige Agentur, die die harte Hand der Agenten nach der Staatsverfolgung, während Micheli fast immer in Mailand arbeitete. Die Agentur war wenige Schritte entfernt von der Zentrale der Telefonschleife gelegen, von dem Büro des Mail (Nationalistische Partei) und von der Anwaltschaft der Faschisten Fiano Fede (Mittegeleitet von Giovanni Ventura wegen des Mailänder Blutbades am 12. Dezember 1969). Wenn man Hinwärtig, daß Fede und Ventura vor ihren Verhaftungen genau informiert waren über den Inhalt der Telefonschleife zwischen der Staatsanwaltschaft von Mailand und der von Venedig über die „schwarze Spur“, sind die Funktionen der Agentur von Micheli weniger rätselhaft.



beschädigten Opfer der Bespitzelungen erschienen Eugenio Curi, Präsident der Chemie-Konzerne Montedison, ein Unternehmer mit spezieller Beteiligung. Eine internationale Entdeckung bestätigte die zentrale Rolle des Chemie-Rieses in der Telefonoperation. Ein ehemaliger Teil der Kabel des Mailänder Bespitzelungsnetzes wurde im Rechenzentrum von Montedison, wo sie mit den elektronischen Speicheranlagen verbunden waren.

Aber hinter den Regalen Telefonkabeln standen auch und vor allem „staatliche wachen Zimmern des Untersuchungsrichters, konnten schließlich das dänische Werk private Detektive mit auf den Tonbändern waren Telefonschleife bedeutender Politiker und Unternehmer mitschneiden. So versuchte Benfanti den Ankauf von Abhörgeräten für den Ufficio Affari Riserve (Büro für vertrauliche Angelegenheiten) des Innenministeriums, bekannte Zentrale politischer Bespitzelungen. Das Ende eines weiteren Weges Abhörgeräte wurde in dem Sekretariat des ehemaligen sozialdemokratischen Finanzministers Prati entdeckt

Die Spuren führen zu einem Chemie-Konzern und ins Innenministerium

Ehemalige Polizisten, struppige Abenteuer, ein paar isolierte Faschisten etc. etc.

Im ersten Teil des EWG Artikels wurden vorschläge die allgemeinen Ziele sämtlicher EWG-Länder aufgeführt: Zurückdrängung der USA, wirtschaftliche und politische Bindungen in die Länder Osteuropas, Verschärfung der Widersprüche zwischen den kleinen Ländern der EWG und der Sowjetunion und Ausbau der Positionen in den Ländern der „dritten Welt“.

Im zweiten Teil ging es darum zu zeigen, wie sich durch die Großmachtpläne der EWG-Imperialisten die inneren Widersprüche verschärften, welche Folgen die EWG für die Arbeiterklasse hat.

In diesem dritten Teil sollen die speziellen Ziele des französischen und englischen Imperialismus analysiert werden. Da die Widersprüche zwischen den imperialistischen EWG-Ländern keineswegs verschwanden, richten sich die speziellen Ziele auch gegen ihre „Partner“ in der EWG. Da der Stand der Arbeiterbewegung in den verschiedenen EWG-Ländern recht unterschiedlich ist, ist auch das Vorgehen gegenüber der Arbeiterklasse nicht identisch. Das strategische Ziel ist zwar immer das gleiche, die konkrete Taktik hängt jedoch von der unterschiedlichen Ausgangslage ab.

In einer weiteren EWG-Folge im ARBEITERKAMPF werden die speziellen Ziele der BRD-Imperialisten in der EWG untersucht und allgemein der Neokolonialismus der EWG dargestellt.

Der französische Imperialismus Schwäche gegenüber Hauptkonkurrenten

Der französische Imperialismus konnte im Grunde genommen schon im ganzen 20. Jahrhundert gegenüber keinem seiner imperialistischen Hauptkonkurrenten – Deutschland, USA, Japan und England – ökonomisch auf die Dauer erfolgreich bestehen. Seine Industrie war weit weniger entwickelt und weniger konkurrenzfähig als die für die imperialistische Konkurrenz nicht so ausschlaggebende Landwirtschaft nahm einen bedeutenden Raum ein. Einen wesentlichen Anteil seiner Konkurrenzfähigkeit verdankte es seinem riesigen Kolonialbesitz. Lenin nannte den französischen Imperialismus zu Recht einen Wucherimperialismus. Der Übergang zum Kolonialismus verlangte einen erheblichen Kapitaleinsatz, um auch wirklich den Kolonialismus für seine imperialistischen Ziele nutzen zu können. Das verlangte wiederum die kapitalistische Entwicklung im eigenen Land.

Diese strukturellen Schwächen hat Frankreich bis heute nicht überwinden können, wenn es auch in der Überwindung dieser Schwächen in der letzten Zeit einige Fortschritte gemacht hat.

Diese Schwächen kennzeichneten insbesondere seine Situation nach 1945. Es war zusätzlich noch vom deutschen Imperialismus geschlagen und mehrere Jahre besetzt, jedoch nicht so wie Deutschland zerstört worden.

Als ihre Hauptaufgabe nach 1945 betrachtete die französische Bourgeoisie zunächst die Zurückdrängung der im Westen gegen die deutsche Besatzungsmacht erstarkten Arbeiterklasse. Diese war sogar – unter der Führung der französischen Kommunistischen Partei (FKP) – die größte Kraft der Résistance gewesen. Im Gegensatz dazu hatten gewichtige Teile der französischen Bourgeoisie offen mit den Nazis kollaboriert. Die FKP mußte eine Zeit lang sogar in die Regierung aufgenommen werden, konnte aber bereits 1947 wieder hinausgeworfen werden.

Nach 1945: Versuch der Wiederherstellung des alten Kolonialsystems

Als ihre zweite Hauptaufgabe sah die Bourgeoisie die Wiederherstellung des alten Kolonialsystems an. So begann sie 1946 ihre Aggression in Indochina. Insgesamt ging es ihr zunächst um die Wiederherstellung eines „glorreichen Frankreich“ und um die Anerkennung als die vierte Weltmacht neben den „Großen Drei“ von Potsdam (USA, SU und England).

Doch daraus wurde nichts. Sehr zu seinem Leidwesen mußte Frankreich feststellen, daß es so einfach nicht war, das alte Kolonialsystem wiederzuerichten. Der Indochinakrieg zog sich in die Länge, obwohl es sehr rasch gehen sollte und zusätzlich zeichnete sich eine Niederlage ab. Der Krieg überstieg bald die eigenen Kräfte, so daß man die USA um Nachhilfe bitten mußte. Diese stellten aber ihrerseits Bedingungen, nämlich die, der Remilitarisierung der BRD keine Hindernisse in den Weg zu legen und insofern die amerikanische Europapolitik nicht allzu sehr zu stören.

Die innerimperialistische Solidarität und die speziellen französischen Kolonialinteressen hinderten die französische Imperialisten daran, prinzipiell gegen die von den USA intensive Politik des Kalten Krieges, des „Roll Back“ vorzugehen, obwohl damit das recht schnelle Wiederaufleben des nun mehr auf Westdeutschland beschränkten deutschen Imperialismus verbunden war und die USA ihre wirtschaftliche und militärische Politik im Rahmen des Kalten Krieges (Marshallplan und NATO) voll an ihren Interessen ausrichteten. Frankreich war ökonomisch viel zu schwach, um wenigstens die konkrete Ausrichtung dieser Politik des Kalten Krieges an den US-Interessen zu verhindern. Es mußte sogar den größten Teil der von den USA erhaltenen Wirtschaft- und Militärhilfe für seine Kolonialkriege verwenden und dies war auch der Hauptgrund, warum es sie überhaupt bekam.

Die französische Bourgeoisie unternahm in der Europa-Frage aus Furcht vor ihren Konkurrenten in der BRD.

Die französische Bourgeoisie unternahm in der Europa-Frage aus Furcht vor ihren Konkurrenten in der BRD

Frankreichs Haltung zur europäischen Integration war lange Zeit sehr zwiespältig, sie wurde nie eindeutig für oder gegen ein und nicht unbedingte Teil der französischen Bourgeoisie, lehnte sie anfangs ab.

der westeuropäischen Länder ein.

Die Widersprüche zwischen den US-Imperialisten und den französischen Imperialisten waren damals die schärfsten innerimperialistischen Widersprüche. Es bestanden viel weniger Gemeinsamkeiten zwischen beiden als z.B. zwischen dem US-Imperialismus einerseits und dem englischen oder deutschen Imperialismus andererseits. Die letzten beiden waren viel abhängiger vom US-Imperialismus und daher viel eher zur Zusammenarbeit mit ihm bereit. Frankreich betrachtete die Integrationspläne folglich immer unter dem Aspekt, inwieweit sie die amerikanische Position in Westeuropa verstärken und dem französischen Ziel eines „Europäischen Europa“ entgegenlaufen würden.

2) Frankreich fürchtete, auf die Dauer der westdeutschen Konkurrenz nicht gewachsen zu sein, sondern von ihr zu nehmend an die Wand gedrückt zu werden. Dies umso mehr als sich die BRD sehr amerikanisch verhielt und somit in die EWG gleich noch einen viel größeren Gegner Frankreichs mit schlechte.

Bezüglich Westdeutschland existierte ein weiterer Punkt, der der französischen Bourgeoisie erhebliche Furcht einflößte: der Versuch der BRD, die DDR zu annektieren. Einmal um die



Besetzung des Werks Renault-Bilancourt

ohne Frankreich unmöglich ist und die Zukunft der westdeutschen Imperialisten in der europäischen Integration liegt, konnte der mehr europäisch ausgerichtete Flügel der französischen Bourgeoisie immer mit den Antifran-

gerichtete Kolonialpolitik durchzusetzen. Auch innenpolitisch sah die Lage für die französische Bourgeoisie nicht gerade sehr günstig aus. Die Zugestände der französischen Bourgeoisie in der Frage der westdeutschen Wieder-

und Zugeständnisse zu erzwingen. In der Auseinandersetzung mit der europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) setzte sich 1954 sogar der nationalistische Flügel durch, ohne jedoch die westdeutsche Wiederaufrüstung verhindern zu können.

Die EVG

Mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft sollte eine rein europäische Armee geschaffen werden, an der auch die BRD beteiligt gewesen wäre. Deshalb sah der Vertrag von 1954 diese Pläne besonders betriebl. Frankreich verlangte erhebliche Sonderrechte in der EVG und von England die Garantie einer dauernden Beteiligung, um zu verhindern, daß eine wiedererstarkte BRD eines Tages die führende Position in der EVG erlangt. Die EVG scheiterte am Einspruch Frankreichs.

Die BRD wurde nach dem Scheitern der EVG in die NATO aufgenommen (1955). Die USA und England übten den entsprechenden Druck auf Frankreich aus, der die NATO-Integration der BRD trotz französischer Bedenken ermöglichte. Die Schwäche Frankreichs gegenüber den USA zwang auch den nationalistischeren Teil der französischen Bourgeoisie, sich mit der BRD zu arrangieren, in der Hoffnung, die Position des deutschen Imperialismus als Auslöser und Verlierer des zweiten Weltkriegs wenigstens für eine gewisse Zeit zur eigenen Stärkung auszunutzen zu können.

Mit dieser Strategie hatte Frankreich an der Montanunion – der europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl – teilgenommen. Es hoffte, hiermit das schnelle Hochkommen der Ruhrkonzerne bremsen zu können. Das gelang ihm aber nicht. Die BRD konnte durch die Montanunion die alten Kontrollrechte über die Ruhrindustrie weitgehend abstreifen, ohne Frankreich allzu viele Zugeständnisse machen zu müssen.

Die Offensive der Bourgeoisie nach innen: Die Errichtung der Präsidentsdiktatur de Gaulles (V. Republik)

Frankreich hatte mittlerweile noch zwei Niederlagen hinnehmen müssen: 1954 in Indochina und – gemeinsam mit England – 1956 in Suez bei dem Versuch, eine gegen die US-Interessen

China und Nordafrika (Tunesien, Marokko, später Algerien), deren Kosten von der Arbeiterklasse getragen wurden, führten zu verstärkten politischen Abwehrkämpfen der französischen Arbeiterklasse. Die ökonomische Lage der französischen Arbeiterklasse wurde weiter verschlechtert durch den Verfall der französischen Währung (1950 Abwertung um 17%) und durch die damit verbundene verstärkte Inflation. Die demokratischen Rechte wurden immer stärker abgebaut. Die faschistische Bewegung der Poujadisten (1952 von den Gaulisten abgespalten) entstand und wurde von Teilen der herrschenden Klasse unterstützt. Die faschistischen Kräfte im Militär, allen voran das Offizierskorps und der Generalstab, formierten sich. Das Wahlrecht wurde geändert mit dem Ziel die Zahl der linken Abgeordneten allein voran die der FKP – erheblich zu dezimieren, oder genauer: zu halbieren. Dieses noch heute gültige Wahlgesetz führte z.B. dazu, daß bei den eben stattgefundenen Parlamentswahlen die Gaulisten mit nur wenig mehr Stimmen als die FKP zweieinhalb so viele Abgeordnete stellten. Die Methode hier zu was sehr einfach Wahlkreise gewählt wurden, wurden verkleinert oder in mehrere aufgeteilte. Proletarische Wahlkreise wurden vergrößert oder „geschickt“ mit konservativen Kreisen zusammengelegt, so daß der konservative Teil überwiegt. Auf diese Weise sicherte sich die Reaktion bisher immer die Mehrheit in der Nationalversammlung.

Die Antwort der Arbeiterklasse auf die Angriffe der Bourgeoisie war nicht einheitlich, der Aufschwung der Arbeiterbewegung nicht von Dauer, denn viele Arbeiter hingen noch an sozialdemokratischen Illusionen. Obwohl sich im Zusammenhang mit dem Algerienkrieg die Lage der Arbeiterklasse noch weiter verschlechterte, konnte die französische Bourgeoisie mit Hilfe faschistischer Elemente (Salarié, Massu) und mit der Drohung des Bürgerkriegs der Arbeiterklasse das Präsidialregime de Gaulles aufzwingen (1958, V. Republik).

Die französische Sozialdemokratie leistete hierbei der Bourgeoisie wichtige Unterstützung. Sie lehnte den gemeinsamen Kampf mit den Kommunisten gegen de Gaulle ab. Die FKP nannte die Regierung de Gaulles damals recht zureichend eine „Regierung der persönlichen Diktatur, die dem Faschismus den Weg bahnt“. Die Gaulle



1964 besetzt der Vietnam in Dien Bien Phu die französischen Kolonialisten.

1962 wurden die Franzosen in Algerien noch einmal die Waffen strecken.



Ho Tschu-minh nimmt in Hanoi eine Siegesparade seiner Soldaten ab, die nach blutigen, langjährigen Dschungelkämpfen die französischen Truppen für immer aus dem Lande vertrieben.

Die Hauptgründe für die reservierte Einstellung waren folgende:

1) Die ersten europäischen Organisationen (OEEC = Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit) wurden von den USA offen unterstützt und richteten sich auch weitgehend an US-Interessen aus. Die OEEC bildete den organisatorischen Rahmen für den Marshallplan. Wer etwas haben wollte, mußte der OEEC beitreten. Die USA mischten sich hierbei auch massiv in die inneren Angelegenheiten

DDR vergrößerten BRD wäre Frankreich nicht mehr gewachsen gewesen. Eine erfolgreiche Annexion hätte eine europäische Integration in kürzester Zeit gesprengt. Aus taktischer Rücksichtnahme sprach man diesen Punkt jedoch nicht so offen aus.

Diese Differenzen innerhalb der französischen Bourgeoisie haben Frankreichs Positionen im Konkurrenzkampf der europäischen Imperialisten jedoch kaum geschwächt, sondern eher gestärkt. Da eine europäische Integration

tpläne der perialisten

dr ihre damals auch massiv mit einer weiteren Fachisierung. Durch diese Drohung wollte er die schwankenden Kräfte vom Widerstand abhalten, die bewußten Kräfte isolieren und dadurch die „Stabilität im Lande“ – die Situation von „Ruhe und Ordnung“ – noch schneller und wirkungsvoller herstellen. Der unmittelbare Anlaß der Erziehung der de Gaulleschen Präsidial-

Frankreichs Vorgehen

Die EWG-Verträge wurden 1957 unterzeichnet, traten jedoch erst 1959 in Kraft. Frankreich erreichte durch die EWG einerseits die Sicherung und Rationalisierung seiner Landwirtschaft durch die Garantie der Abnahme seiner landwirtschaftlichen Produkte durch seine Partner (zur Landwirtschaftspo-

freundlich war die Politik der französischen Bourgeoisie unter de Gaulle allerdings nicht gewesen. Es gab mehrere Krisen in der EWG – und Frankreich setzte sogar faktische Änderungen des EWG-Vertrags durch. Durch eine Politik des Sitzungsboykotts erzwang Frankreich, den in den Römischen Verträgen vorgesehenen Übergang zu Mehrheitsentscheidungen auszussetzen und das Vetorecht beizubehalten. Es wollte verhindern, daß die anderen EWG-Länder – vor allem natürlich die BRD – Frankreich in wichtigen Fragen überstimmen. Unter de Gaulle baute Frankreich auch seine nationale Force de Frappe auf, zog sich aus der NATO zurück und versuchte individuell durch Umtausch von Dollars in Gold die Vorherrschaft des Dollars im Weltwährungssystem zu untergraben. Zum letzten Mal versuchte Frankreich unter de Gaulle, eine vor allem national ausgerichtete, selbständige imperialistische Politik zu betreiben, scheiterte jedoch.

... überstieg seine Kräfte

Zwar konnte Frankreich in der EWG längere Zeit im Konkurrenz-kampf mit der BRD mithalten. Aber dieser nationale Kurs überstieg die französischen Kräfte. Die Angriffe auf das Lebensniveau der Arbeiterklasse wurden immer unerträglicher (Rationalisierungen, scharfe Erhöhung der Arbeitslosigkeit, immer stärkere Akkordsetzung, schnelle Proletarisierung immer größerer Teile von bisher Selbständigen, Stärkung der Großbauernwirtschaften und Ruinierung großer Teile der ärmeren Bauern, Abbau von Sozialleistungen). Die direkte Folge dieser Politik war der Mai von 1968, eine wesentliche Isolierung unter den westlichen Großmächten und den verstärkten Einbruch des BRD-Kapitals in den französischen Markt. Insgesamt war Frankreichs Politik unter de Gaulle für die französische Bourgeoisie zu kontingent geworden, das Vorgehen gegenüber der Arbeiterklasse mußte geändert werden.

Revisionisten glorifizieren Frankreich

Von revisionistischer Seite wird der Bourgeoisie häufiger der meist unerhebliche Ratschlag erteilt, sie sollte doch mehr die „nationalen Interessen“ berücksichtigen, keinen „nationalen Verrat“ betreiben und statt der Politik der europäischen Integration mehr eine Politik im Hinblick auf „Stärkung der nationalen Souveränität“ betreiben. Ähnlich wie heute die DKP voll des Lobes über die französischen Sozialdemokraten sind, weil sie mit der PKP ein Bündnis eingegangen sind und der dem BRD-Imperialismus voll verpflichteten

westdeutschen Sozialdemokratie empfohlen, sich doch die französische Sozialdemokratie zum Vorbild zu nehmen – so als wüßte die SPD nicht, wie sie dem BRD-Imperialismus am besten dienen kann – so wurde früher der westdeutschen Bourgeoisie geraten sich doch die französische Bourgeoisie zum Vorbild zu nehmen – insbesondere der deren Außenpolitik. – Daß die französische Bourgeoisie unter de Gaulle dies versuchte, wird wohl kaum jemand bestreiten können. Der Arbeiterklasse hat diese Politik nichts genutzt. Sowohl eine Politik, die versuchte, eine imperialistische Politik vor allem auf nationaler Grundlage zu betreiben, als auch eine Politik, die die nationalen imperialistischen Ziele im Zusammenhang eines imperialistischen Westeuropas zu erreichen suchte, widerspricht den Interessen der Arbeiterklasse, dem Frieden und den Interessen der Völker.

Die Politik nach dem Mai 1968

Die französische Bourgeoisie trennte sich nach dem Mai 1968 sehr rasch von de Gaulle (1969), ließ England in die EWG, um nicht mehr allein der BRD

Wirtschaftspläne die Rationalisierung der Herstellung großer Konzerne, wie dies im letzten ARBEITERKAMPF aufgezeigt wurden ist (siehe Artikel Der Sturm auf die Bastille findet nicht statt, S. 19 ff). Damit hängt natürlich eine Verschärfung der Akkordsetzung, die Einschränkung der Staatsausgaben für die Sozialleistungen usw. zusammen. Entscheidende Korrekturen am arbeiterfeindlichen Kurs de Gaulles finden nicht statt. Sie könnten nur erfolgen, wenn sich die Kraft der französischen Arbeiterklasse entscheidend vergrößert hätte. Aber die Arbeiterklasse hat im Mai 1968 eine Niederlage erlitten. Die Linksbewegung hielt trotzdem an. Sowohl die Kampfberbereitschaft als auch die Kampfstrategie haben zugenommen. Mehrere Zugeständnisse mußten von der Bourgeoisie gemacht werden und nur einen Teil davon konnte sie rückgängig machen.

Der weitere Kurs der französischen EWG-Politik ist abgesteckt. Beschleunigter Abbau seiner strukturellen Schwächen, um in der imperialistischen Konkurrenz besser mithalten zu können, Bröschung der europäischen Integration, um zu verhindern, daß der BRD-Imperialismus allzu schnell in der



Mai 1968, Gegenangriff auf Demonstranten.

Die Pariser Polizei jederzeit bereit zum Gärungskrieg.

duktur ergah sich zwar aus dem Algerienkrieg, aber die damit verbundenen Ziele waren viel umfangreicher. Es ging darum, Ruhe im Inneren herzustellen, um in der EWG noch weitergehende Ziele zu erreichen. Westdeutschland zusätzliche Zugeständnisse abzurufen, insbesondere auf dem Gebiet der Agrarpolitik, die in den EWG-Verträgen von 1957 noch nicht konkret geregelt wurden. Dazu war es notwendig die strukturellen Schwächen des französischen Kapitalismus beschleunigt abzubauen – und das setzte einen scharfen Kurs gegen die Arbeiterklasse voraus. Diesen scharfen Kurs einzuschlagen, betrachtete de Gaulle als seine Hauptaufgabe. Der wichtigste Punkt war hier die einschneidende Kürzung der Sozialleistungen.

Politik der EWG, siehe AK Nr. 25). Zum zweiten gelang es ihm, seine Kolonien in die EWG miteinzubeziehen. Es mußte jedoch der leistungsfähigeren westdeutschen Industrie seinen Markt offnen.

Sein größter Erfolg lag jedoch darin, von der BRD eine Politik zu erzwingen, die England aus der EWG verbannte und alle Versuche Englands, die EWG mittels einer europäischen Freihandelszone zu untergraben, scheitern ließ. In der BRD waren nämlich maßgebliche Kräfte bereit, England in dieser Hinsicht Zugeständnisse zu machen, zumal hinter diesen Plänen auch noch die USA standen. Um dieses Ziel zu erreichen, lehnte de Gaulle zweimal (1963, 1967) ab, Englands Beitrittsantrag stattzugeben. Sehr integrations-

Die inflationäre Entwicklung in den imperialistischen Hauptländern in Prozent				
	Steigerung der Lebenshaltungskosten			Kaufkraftschwund 1950 – 1968
	1967/68	1968/69	1969/70*	
Frankreich	+4,5	+6,0	+4,5/5,5	–61,4
Japan	+5,6	+5,1	+6,0/5,5	–60,9
Großbritannien	+4,7	+5,5	+4,5/5,0	–54,1
Italien	+1,4	+2,3	+4,5	–51,1
USA	+4,2	+5,4	+5,0	–56,7
Westdeutschland	+1,8	+2,0	+3,0	–34,7

* Voraussetzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Westerbau.

Quelle: Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode, Drucksache VI/281 Bonn 1970, Leistung in Zahlen 1969, Jahreswirtschaftsbericht 1970 (Monatsrat für Wirtschaft), Bonn 1970

gegenüberzustehen und schwächte ihren antiamerikanischen Kurs ab. Ihre Zielsetzung des „Europäischen Europa“ geht sie jedoch genauso wenig auf wie ihren Widerstand gegen den Abbau überstaatlicher Einrichtungen und den Abbau des Vetorechts – also gegen die Einschränkung ihrer Souveränität. Diesen Kurs vertritt Frankreich auch in der Wirtschafts- und Währungsunion, wo es allen Plänen vor allem der BRD Widerstand leistet, die eine vorrangige Herstellung einer Wirtschaftsunion anstrebt.

Hier könnte die BRD ihr fast doppelt so großes Industriepotential besser in die Waagschale werfen und größeren Einfluß auf die französische Wirtschaftspolitik nehmen. Ebenso wehrt sich Frankreich gegen die schnelle Integration der Militärpolitik. Stigt dessen beschleunigt es mit Hilfe des VI.

EWG eine Strategie durchsetzen kann. Auf die Dauer ist dies jedoch nur möglich, wenn es der französischen Bourgeoisie gelingt, die Arbeiterklasse gegen offensivere Kräfte abzuwenden und den dadurch entstehenden Widerstand zu brechen. Zu diesem Zweck hat sie das Antiaufwärtsgewitz geschaffen. Es bietet die juristische Grundlage für ein scharfes Vorgehen gegen die links von der KPF-geführten Organisationen und Gruppen und gegen Gewerkschafter, die auch ohne Unterstützung der Gewerkschaftsführung die Arbeiter zum Kampf gegen den Abbau ihrer Rechte und für soziale Verbesserungen aufrufen. Die Haltung der KPF und ihre immer weiter zunehmende Ausrichtung auf den parlamentarischen Kampf erleichtert der französischen Bourgeoisie ihren arbeiterfeindlichen Kurs ganz erheblich.

Der englische Imperialismus ging überaus aus dem zweiten Weltkrieg geschwächt hervor, doch erst in der Folge mußte er Position um Position in seinem Weltreich aufgeben.

Gegenüber den USA war England nur noch sehr bedingt konkurrenzfähig. Es hatte den zweiten Weltkrieg nur noch mit Hilfe amerikanischer Anleihen durchstehen können und war gegenüber den USA daher stark verschuldet. Die USA nutzten diese Kriegsanleihe natürlich dazu aus, in die von England beherrschte Sterlingzone und in die englischen Kolonien besser und schneller einzudringen. Außerdem wurde England aufgefordert, den USA das Commonwealth-Zollparitätensystem teilweise zu öffnen. England mußte zusätzlich den USA seine Erdölpositionen in Arabien zugestehen und das für das englische Kapital ungünstige Währungsabkommen von Bretton Woods akzeptieren. Insgesamt ging England geschwächt aus dem Weltkrieg hervor obwohl es zu den Siegermächten gehörte.

England hatte das größte Kolonialreich sämtlicher Imperialisten und es hatte – obwohl die USA schon nach dem ersten Weltkrieg mächtiger als England waren, bis 1945 kaum etwas verloren. Die Zeiten hatten sich aber geändert. Nicht nur die USA verlangten einen ihrer Macht entsprechenden Anord – das war zunächst noch gar nicht das Wesentliche gewesen. Es war eine mächtige anticoloniale Bewegung entstanden, um diese zurückzudrängen, reichten Englands Kräfte nicht mehr. England war im Gefolge des zweiten Weltkriegs und noch verstärkt danach eine abnehmende imperialistische Macht geworden.

Der erste Fall, wo England kapitulieren mußte, war 1947 in Griechenland gewesen, das es als sein Einflußgebiet betrachtet hatte. Sein Militär war zu schwach, im griechischen Bürgerkrieg – bemerkenswerter Interventionen – noch weiter bestehen zu können. Die englischen Imperialisten mußten die Amerikaner zu Hilfe holen. Diese nahmen dann Griechenland zum Anlaß, die sog. Trumandoktrin zu verkünden (März 1947).

Die im Rahmen des Marshallplans von den USA an England gewährte Hilfe verwendeten die englischen Imperialisten – ähnlich wie die französischen – daher auch hauptsächlich dazu, sich militärisch gegen die Befreiungsbewegungen in ihren Kolonien zu stellen. Für England war es daher auch keine Frage, sich an allen von den USA initiierten Pakt gegen den Sozialismus und gegen die Befreiungsbewegungen zu beteiligen. Sie waren auch überall dabei – in der NATO, der SEATO und im CENTO-Pakt.

Die Truman-Doktrin

Die im März 1947 verkündete Trumandoktrin besagt, daß die USA in allen Ländern intervenieren werden, deren Regierungen von links bedroht sind. Truman teilte die Welt in zwei Lager ein – die freie und die kommunistische. Das Ziel Trumans war die Zurückdrängung des Kommunismus (Roll Back). Im Rahmen dieser Politik wurden über den Marshallplan Militärhilfe und Warenkredite vor allem an Westeuropa und an südostasiatische Länder (Südkorea, Taiwan u.a.) vergeben. Gleichzeitig wurde hiermit die ökonomische Position der USA in diesen Gebieten erheblich ausgeweitet.

Um überhaupt ihre kolonialen Positionen halten zu können, mußten die englischen Kapitalisten sich auf Gedeih und Verderb mit den USA arrangieren und jedesmal, wenn sie ihre Kolonien alleine nicht behaupten konnten, mußten sie ermal mehr die USA zu Hilfe holen und gerieten dadurch noch weiter in US-Abhängigkeit. Zusätzlich investierten die USA nach 1945 besonders gerne in England, um dadurch besser in die englischen Kolonien einsteigen zu können.

Die im Rahmen des Marshallplans von den USA an England gewährte Hilfe verwendeten die englischen Imperialisten – ähnlich wie die französischen – daher auch hauptsächlich dazu, sich militärisch gegen die Befreiungsbewegungen in ihren Kolonien zu stellen. Für England war es daher auch keine Frage, sich an allen von den USA initiierten Pakt gegen den Sozialismus und gegen die Befreiungsbewegungen zu beteiligen. Sie waren auch überall dabei – in der NATO, der SEATO und im CENTO-Pakt.

Diese zunehmende US-Abhängigkeit nannten die Engländer recht euphemistisch „Politik der besonderen Beziehungen zu den USA“ (Special Relationship).

Trotz allem war Englands Kolonialsystem im Konkurrenzkampf vor allem

Dem CENTO-Pakt

– auch Bagdad- oder Nahost-Pakt – gehören Persien, die Türkei und England an. Der Irak ist 1958 ausgetreten. Der Pakt wird von den USA kontrolliert.

Dem SEATO-Pakt

gehören an die USA, England, Australien, Neuseeland, Pakistan, Thailand und die Philippinen. Früher auch Frankreich. Gründungsjahr des Paktes ist 1954.

Durchschnittliche Anteile der Investitionen am Bruttonationalprodukt 1957 bis 1966 in Prozent des BNP zu HD, Marktpreis

	Maschinen u. Ausrüstungen	Beinvestitionen ohne Wohnungsbau	Wohnungsbau	Investitionen insgesamt
Westdeutschland	12,1	7,3	8,5	24,8
Italien	8,7	8,0	8,8	21,2
Frankreich	9,7	6,1	8,5	20,3
Großbritannien	8,3	5,1	3,1	16,5

Quelle: DEA progress report, London, Nr. 45/Oktober 1968, S. 3

gegenüber der BRD, Frankreich und Japan von fundamentaler Bedeutung. Es besaß dort noch erhebliches Kapital, kontrollierte noch weitgehend und zu seinem Vorteil den Handel in der Sterlingzone und das Zollpräferenzsystem des Commonwealth von 1932 war voll auf die englischen Handelsinteressen zugeschnitten. Diese Vorteile wollte und konnte die englische Bourgeoisie nicht aufgeben.

Englands Kolonialreich behindert seine eigene Entwicklung

In der weiteren Entwicklung des Kapitalismus nach 1945 ergaben sich aus der Bindung Englands an sein Kolonialsystem jedoch auch mehrere Faktoren, die Englands Konkurrenzposition im imperialistischen Kräftefeld

Forts. nächste Seite

Industrie zu untergraben und die Kämpfe zu verspitzen. Die meisten Streiks in England beginnen ohne langes Vorankündigen direkt in den Betrieben und werden hauptsächlich von den shop stewards getragen. Zunehmende Kampfherauschaltung vergrößert damit automatisch ihren Einfluß. Die Bourgeoisie setzte sich nun zum Ziel, den loyalen Gewerkschafts-Apparat gegenüber den shop stewards zu stärken, für Streiks einen langen Instanzenweg vorzuschreiben und die Gewerkschaften durch Gesetz an die Einhaltung dieses Instanzenwegs zu verpflichten. Bei Nichtbefolgung sind hohe Geld- und längere Haftstrafen vorgesehen und auch schon ausgesprochen worden. Inzwischen ist die Regierung schon zum gesetzlichen Lohnstopp und weiteren Angriffen auf die soziale Lage übergegangen. Diese Angriffe betrachtet sie selbst als einen Beitrag zum Kampf gegen die Inflation (vgl. AK 26: Lohnstopp und Streik verboten). Bekanntlich machen aber nicht die Arbeiter die Preise, sondern die Kapitalisten.

Die Abwehrkämpfe der Arbeiterklasse gegen diese Angriffe haben in der letzten Zeit erheblich zugenommen. Allein im letzten Jahr wurde viermal der Notstand verkündet. Der äußere Anlaß war jedesmal ein größerer Streik (der Dicker, der Bergarbeiter, das letzte mal beim Streik der Gasarbeiter), der - wie die Kapitalisten behaupten - die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln oder Energie gefährdet. Erstens ist die Ursache der Gefährdung in der Weigerung der Kapitalisten zu machen, berechtigten Forderungen der Arbeiter nachzugeben und zweitens wird die Situation dramatisiert um meist kleinbürgerliche Schichten und den Mittelstand gegen die Arbeiter einzunehmen.



12.000 streikende Bergarbeiter versuchten im Februar 72 das britische Unterhaus zu stürmen, wo zur Zeit gerade eine Debatte stattfand. (Parlamentplatz, im Hintergrund die Tower-Brücke)

Ein wirklicher Notstand oder eine für die Bourgeoisie gefährliche Situation lag nie vor. Denn die englische Bourgeoisie bereitet sich auch politisch und militärisch auf größere Kämpfe vor. In Nordirland übt sie zur Zeit auch praktisch den Einsatz von Militär gegen IRA aus.

Englands EWG-Ziele

Diese Politik der englischen Bourgeoisie läßt sich nur aus ihrer momentanen wirtschaftlichen Situation und aus ihren wellergehenden Zielen erklären. Sie ist eindeutig und ganz auf die EWG ausgerichtet. Sie ist bestrebt, schnell in die EWG-Märkte einzusteigen und forciert daher sowohl den Waren- als auch den Kapitalexport in die EWG. In der Konzentration ist die englische Industrie des Europäischen immer noch einiges voraus. Diesen Vorteil baut sie verstärkt aus durch weitere Rationalisierung. Auf der letzten EWG-Gipfelkonferenz legte sie konsequenterweise großen Wert auf die beschleunigte Herstellung multinationaler Konzerne.

Aus dem Scheitern ihrer früheren Europapolitik haben die englischen Imperialisten Lehren gezogen. Ähnlich wie die BRD schon sie nun ihre Zukunft einzig in der EWG und drängen auf einen schnellen Fortschritt der Integration. Sie fordern schnell einen funktionsfähigen Währungs- und Regionalfond. Sie wollen daß vor allem die BRD aber auch die übrigen EWG-Länder ihre Pfundprobleme lösen und ihre unterentwickelten Regionen (Wales, Schottland) fördern.

Auf die aktuellen Auseinandersetzungen in der EWG, deren weitere Entwicklung und auf die Probleme der Wirtschaft- und Währungsunion wird demnächst in einem eigenen Artikel

Artikel der Bezirksorganisation des KB/Gruppe Hamburg

Westdeutsche Arbeiter – ausländische Arbeiter – eine Arbeiterklasse

Die ausländischen Arbeiter bei uns gehören zu den am meisten ausgebeuteten Teilen der Arbeiterklasse. Die Kapitalisten setzen die Sprachbarrieren der Kollegen aus, betreiben sie hohen Lohn und verlangen von ihnen Wechsellöhne. Die Kapitalisten wollen sie in ein unermessliches „Rotationsystem“ pressen. So soll verhindert werden, daß die ausländischen Kollegen bei uns heimisch werden können und sich für ihre Interessen organisieren. Dem selbst Ziel dienen u.a. das Verbot der palästinensischen Organisationen GUPS und GUPA im vorigen Jahr. Die Brandregierung läßt den faschistischen Geheimdiensten aus den Heimatländern der ausländischen Kollegen nach wie vor freie Hand in der BRD, während die demokratischen und sozialistischen Organisationen der ausländischen Kollegen verboten oder behindert werden. Auch die Rundfunkkennungen für ausländische Kollegen werden immer mehr den Forderungen der faschistischen Regimes angepaßt.

Für die westdeutschen Kollegen kommt es darauf an, sich von den Kapitalisten nicht in die Falle des Nationalismus und der Überheblichkeit gegenüber den ausländischen Kollegen in der BRD locken zu lassen, sondern die Klassenkennzeichen zu wahren. Die ausländischen Kollegen haben vielfach bewiesen, daß nicht nur Verstoß im Kampf mit uns ist, sondern daß wir von ihren Erfahrungen und ihrer Solidarität lernen können.

(Aus der Mai-Plattform 73 des KB)

Schon 1913 wies Lenin darauf hin, daß sich industriell nach entwickelte Länder, „die mehr Maschinen anwenden und die zurückgebliebenen Länder vom Weltmarkt verdrängen“, Hunderttausende von Arbeitern aus wirtschaftlich rückständigen Ländern anlocken. So war die stürmische Entwicklung der deutschen Industrie nach 1871 begleitet von einer wachsenden Nachfrage nach Arbeitskräften, insbesondere nach solchen, deren besonders brutale Ausbeutung

noch höhere Profite ermöglichte. Die deutschen Industriellen und Junker holten gezielt ausländische Arbeiter nach Deutschland, damals vor allem aus Polen, und betrieben parallel dazu nationalistiche Propaganda über die angeblich mit der Einwanderung verbundene „völkischen Gefahren“. 1914 waren 1.200.000 ausländische Arbeiter in Deutschland tätig.

Während des zweiten Weltkrieges verschleppten die Faschisten 20 Millionen aus fast allen Ländern Europas als Zwangsarbeiter nach Deutschland.

Arbeitern sehr sprunghaft 1971 waren im Juni 2.169.000 ausländische Arbeiter in der BRD und zwar 468.000 Jugoslawen, 424.000 Türken, 404.000 Italiener, 261.000 Griechen, 183.000 Spanier, 55.000 Portugiesen und 374.000 Arbeiter aus anderen Ländern (erstmalig auch größere Zahlen aus Marokko – 11.000 – und Tunesien 10.000). Arbeitskräfte aus Österreich, Holland und anderen Nachbarstaaten der BRD werden nicht in so besonderem Maße ausgebeutet und unterdrückt wie die Arbeiter aus den Mittelmeerländern. Sie werden z.B. in der

Land	1971 an ausländischen Arbeitern beschäftigt
BRD	2.169.000
Frankreich	1.158.000
Schweden	659.000
Schweden	289.000
Belgien	182.000
England	174.000

BRD-Imperialismus am expandieren

In der BRD sind nicht nur am meisten ausländische Arbeiter beschäftigt, sondern auch der Anteil der ausländischen Arbeiter an der Gesamtzahl der „unselbständig Beschäftigten“ ist in der BRD am höchsten (10%). Die BRD ist nach den USA heute der am weitesten entwickelte imperialistische Staat. Bisher war das westdeutsche Kapital aber vor allem im Inneren expandiert und es exportierte nach außen einen Großteil der in der BRD produzierten Waren (rund 20% gegenüber z.B. einer Exportquote von nur 4% der USA). Die Expansion nach außen mittels Kapitalexport, Aufbau von militärischen Stützpunkten in anderen Ländern usw. gewinnt für das BRD-Kapital erst in jüngster Zeit steigende Bedeutung, nachdem die Grundlage dafür im Inneren gelegt ist und sich die Kräfteverhältnisse der imperialistischen Länder untereinander geändert haben (BRD-USA vor allem).

Die Zahl der Arbeiter, Angestellten und Beamten (die sogenannten „unselbständig Beschäftigten“) stieg in der BRD von 13,9 Mio. 1950 auf 22,5 Mio. 1970. Diese enorme Steigerung hat zwei Gründe. Erstens stieg der Anteil der „unselbständig Beschäftigten“ an der Gesamtzahl der „Erwerbstätigen“ von 68,5% auf 82,6%. So machte die Industrie z.B. in der Zeit zwischen 1950 und 1970 2,6 Mio. Bauern kaputt, die dann ihre Arbeitskraft der Industrie verkaufen mußten. Zweitens stieg die Zahl der „unselbständig Erwerbstätigen“ durch Einwan-

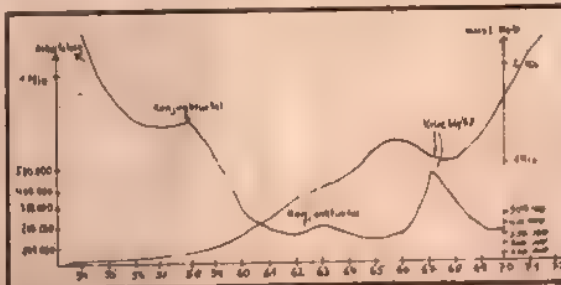
derung zuerst vor allem von „Flüchtlingen“ und „Vertriebenen“ später durch Anwerbung ausländischer Arbeiter aus den Mittelmeerländern. So gab es z.B. 1957 in der BRD 12.177.000 „Flüchtlings“ und „Vertriebenen“, was einen Bevölkerungszuwachs von 30% bedeutete. Zu einer Zeit des weltweiten Aufschwungs der Produktion gelang es dem Kapital, alle diese Menschen in den Produktionsablauf einzubauen. Ja, dieser enorme Zustrom von Arbeitskräften war gerade einer der wichtigsten Gründe für das westdeutsche „Wirtschaftswunder“. Denn nicht das Geld der Banken oder irgendwelche Politikerworte und -taten, sondern nur die Arbeitskraft schafft den Reichtum einer Gesellschaft.

Im Kapitalismus werden die Arbeitskräfte allerdings nur dann eingestellt, wenn das gleichzeitig dem Unternehmer Profit bringt. Und das war in enormem Maße gegeben. Nachdem der „Flüchtlings“-Strom immer mehr versiegte und die DDR schließlich auch der gezielten Abwerbung vor allem qualifizierter Arbeitskräfte durch die Schließung der Grenze einen Riegel vorsetzte, ging das Kapital immer mehr dazu über, ausländische Arbeitskräfte anzuwerben. Diese Arbeitskräfte vernachlässigt nicht nur die Zahl der durch das BRD-Kapital Ausbeuteten, sondern waren zusätzlich noch ganz besonders billig.

Besonders scharfe Ausbeutung der ausländischen Arbeiter

Laut Untersuchungen z.B. des Bundesministeriums für Arbeit betrug die Nettolohn- und Gehaltssumme für einen ausländischen Arbeiter Anfang 1971 durchschnittlich 870,- DM. Der Durchschnittslohn der westdeutschen und ausländischen Arbeiter insgesamt lag zu jener Zeit bei etwa 1.000,- DM. Hierbei muß man noch berücksichtigen

Forts. nächste Seite



Bereits 1954/55 wiesen die Unternehmerverbände BDI und BDA die Regierung auf einen zu erwartenden Arbeitskräftemangel hin und forderten die baldige Anwerbung von ausländischen Arbeitern. In seinem Jahresbericht 54/55 schreibt z.B. der BDI, daß auch die Wirtschaft „dem Zustand der Vollbeschäftigung stark angeheilt hat“ (bei einer Arbeitslosenrate von über 1 Mio. damals noch) und daß erst recht unter Berücksichtigung des Aufbaus der Bundeswehr von 100.000 Mann und des Aufbaus einer Rüstungsindustrie ausländische Arbeiter notwendig seien.

Ab Mitte der 50er Jahre wurden in der BRD nennenswerte Zahlen von ausländischen Arbeitern beschäftigt, ab 1959 wuchs die Zahl der ausländischen

Regel auch nicht als „Gastarbeiter“ bezeichnet. Das zeigt, daß mit dieser Bezeichnung oft auch rassistische Vorstellungen verbunden sind.

Wir untersuchen deshalb hier gerade die Lage der rund 2 Mio. ausländischen Arbeiter in unserem Land (mit Familien rund 3 Mio.), die aus den Mittelmeerländern kommen. Mit allen diesen Ländern hat die BRD sogenannte Anwerbevereinbarungen abgeschlossen, und Anwerbekommissionen der „Bundesanstalt für Arbeit“ „beschaffen“ in diesen Ländern für die westdeutschen Unternehmer neues Material, so wie andere Käufer in anderen Ländern die für die Produktion notwendigen Rohstoffe beschaffen. Insgesamt waren in den Ländern Westeuro-

gen, daß die ausländischen Arbeiter größtenteils mehr Überstunden machen als ihre westdeutschen Kollegen, daß also in den 870, DM noch mehr Arbeitsstunden stecken als in den 1.000, DM. Die ausländischen Arbeiter werden an den schlechtesten, am niedrigsten bezahlten Arbeitsplätzen eingesetzt. Und sie bekommen außerdem für die gleiche Arbeit durchschnittlich 10-20% weniger Lohn als ihre westdeutschen Kollegen. So lag z.B. im Sommer 72 der Stundenlohn der türkischen Arbeiter bei den Hamburger Stahlwerken größtenteils für die gleiche Arbeit eine Mark unter dem der westdeutschen Arbeiter.

Die ausländischen Arbeiter werden einfach zu niedrigeren Löhnen eingesetzt (z.B. zum Tariflohn und nicht zum Effektivlohn). Sie erhalten den Teil des Lohns, der als Gratifikation, Treueprämie, Anwartschaft auf betriebliche Altersrente gewährt wird und meist an langjährige Betriebszugehörigkeit gebunden ist, nicht aus. Der „Industriekurier“ drückte die Bedeutung der Beschäftigung ausländischer Arbeiter für die Kapitalisten z.B. so aus: „Nicht nur betrachtet, hat die Beschäftigung ausländischer Arbeiter wohl lediglich geholfen, die Verluste auszugleichen, die durch die Arbeitszeiterkürzung und Urlaubsverlängerung aufgetreten sind. Ohne diesen Ausgleich hätte der Lohnauftrieb noch (!) unheimlichere Formen annehmen müssen und ebenso das Ausmaß der Fluktuation. Die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte hat so mit im wesentlichen einen begrüßenswerten Dämpfungseffekt gehabt, sie trägt zur Stabilisierung bei.“

Der Krankenstand der ausländischen Arbeiter ist wesentlich niedriger als der der westdeutschen Arbeiter, obwohl die Arbeitsplätze der ausländischen Arbeiter oft mit größerer Unfallgefahr verbunden sind und die Arbeit schwerer und schmutziger ist. Dies ist zurückzuführen auf den größeren Druck auf die ausländischen Arbeiter, auf die größere Unsicherheit ihrer Arbeitsplätze, auf die gründliche ärztliche Untersuchung bei der Anwerbung im Ausland (es wurden z.B. 1965

im Ausland 130 wurden z.B. 1965 9,7% der von den westdeutschen Kommunen im Ausland ähnlich unterwachten Ausländer für eine Vermittlung abgelehnt). Weiterhin spielt bei dem niedrigen Krankenstand, durch den das westdeutsche Kapital eine höhere Ausbeutung erzielt und Kosten für Kuren etc. spart, eine Rolle, daß die ausländischen Arbeiter fast alle zwischen 18 und 35 Jahre alt sind und also im leistungsfähigsten Alter sind.

Die ausländischen Arbeiter müssen besonders hart ran, haben schlechtere, schmutziger Arbeitsplätze, sind im leistungsfähigsten Alter – sie werden also besonders intensiv ausbeutet. Chauvinistische Schreiberlinge meinen dazu in der bürgerlichen Presse Sie sollen gefälligst das eine Jahr, das sie oft nur in Deutschland sind, alles aus ihrer Arbeitskraft herausziehen, danach legen sie in ihrer Heimat ja doch nur wieder auf der faulen Haut in der Sonne.

Zu der besonders harten Arbeit kommt hinzu, daß die ausländischen Arbeiter besonders viele Überstunden machen. Die ausländischen Arbeiter machen vor allem mehr Überstunden, weil sie sich dazu gezwungen sehen. Außerdem sind sie größtenteils ohne Familie in der BRD, haben keinen Kontakt zu der gesellschaftlichen Umwelt bei uns, werden in Ghettos abgeschottet und sehen daher oft nur in Überstunden die einzige Alternative. Schließlich machen sich viele kaputt in der Hoffnung, sich später zu Hause mit dem Ersparten eine „geheime Existenz“ (Taxifahrer, Laden aufmachen, Land kaufen) aufbauen zu können. Wenn ein Turlerwerk in Uchte die türkischen Arbeiter für einen Lohn von 2,50 DM 80 Stunden pro Woche arbeiten ließ (mit Genehmigung des Arbeitsamtes) – dann ist das nur die Spitze eines Eisberges.

Die besonders intensive Arbeit und die größere Überstundenzahl ist neben dem Einsatz bei besonders gefährlicher Arbeit der Hauptgrund für die höhere Zahl von Arbeitsunfällen. Des weiteren spielen noch die sprachlichen Schwierigkeiten und die oft ungewohnte moderne Industrieproduktion eine Rolle allerdings nicht die hauptsächlichste wie oft in der bürgerlichen Presse behauptet wird – wo dann natürlich die auswandenden Arbeiter zusätzlich noch selbst Schuld haben, daß sie die deutsche Sprache noch nicht erlernen haben, 1971 forderte z.B. in Baden-Württemberg jedes dritte tödliche Unfall am Arbeitsplatz das Leben eines ausländischen Arbeiters.

ters, obwohl nur 1/7 aller Arbeiter Ausländer waren. Die Gefahr eines tödlichen Unfalls war also für sie mehr als doppelt so hoch.

Ein besonderer Vorteil der Ausländerbeschäftigung für die westdeutsche Bourgeoisie liegt darin, daß sie hier ein leicht hin und her verschiebares Arbeitsheer besitzt. Die Reservearmee an Arbeitskräften für die westdeutsche Industrie ist heutzutage nicht in der BRD, sondern in den Mittelmeerländern. So warten z.B. in der Türkei viele Millionen schon seit Jahren auf eine Vermittlung in die BRD. Bei schlechter Konjunkturlage in der BRD wird die größte Teile nur einjährige Arbeitsverträge und damit auch in der Regel die Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert, und die ausländischen Arbeiter müssen die BRD verlassen. So ging in der Krise 66/67 die Zahl der ausländischen Arbeiter um 300.000 zurück, das heißt prozentual sechsmal so stark wie der Rückgang der inländischen Beschäftigten.

noch nie eine Chance gehabt.“ Laut Klee schaffte in Wolfsburg von den 8.000 VW-Italienern noch keiner den Sprung zum Vorarbeiter. Bei vielen Baukolonnen sind nur noch die Fach- und Vorarbeiter Westdeutsche, bei der Frankfurter Müllabfuhr z.B. meist nur noch ein Arbeiter pro Kolonne – der Fahrer.

Ganz besonders günstige Ausbeutungsobjekte sind für die Unternehmer die sich „legal“ in der BRD aufhaltenden ausländischen Arbeiter (ohne Aufenthaltserlaubnis und Arbeitsvertrag) die meist von Menschenhändlern nach Westdeutschland gelockt werden. In dem vom Bundesvorstand der Jungsozialisten herausgegebenen „Schwarzbuch Ausländische Arbeiter“ steht dazu: „Deutsche Unternehmer, die „illegal“ beschäftigten, müssen pro Fall bis zu 3.000 DM Strafe zahlen, eine Summe, die in keinem Verhältnis zum erzielbaren Gewinn steht. Der illegal Arbeitende kann außerdem nach dem Abbau

liberalste der Welt“ vorgestellt. In den Ausführungsbestimmungen zum AusG heißt es, daß die Ausländer in der BRD „alle Grundrechte“ genießen „mit Ausnahme der Grundrechte der Versammlungsfreiheit, der Vereinsfreiheit, der Freizügigkeit, der freien Wahl des Arbeitsplatzes, der Berufs- und Ausbildungsstätte sowie des Schutzes vor Ausweisung ins Ausland.“

Ausweisungsgrund ist laut Gesetzkommentar jede politische Meinungsäußerung, „die den Zweck verfolgt, andere in ihrer Auffassung zu beeinflussen. So geht der Versuch, durch Äußerung einer politischen Meinung einen anderen zur eigenen politischen Meinung zu bekehren oder die vom Grundgesetz geschützte freie Meinungsäußerung hinaus, und zwar auch dann, wenn sich dieser Versuch in kleinem vertrautem Kreis abspielt.“ Nach § 14 des AusG können die Betroffenen selbst in ein Land ausgewiesen werden, in dem wegen ihrer politischen Überzeugung ihr Leben und ihre Freiheit bedroht sind – z.B. Griechenland, Spanien und Iran. Beispiele für solche Praktiken gibt es genug gerade auch aus der Zeit der jüngsten Hetze gegen arabische Arbeiter und Studenten vor allem nach den Münchner Ereignissen.

Die in der BRD wohnenden Ausländer, soweit sie nicht als Asylberechtigte (das sind meistens fast nur Menschen aus den osteuropäischen Ländern und nicht solche aus faschistischen Staaten) oder EWG-Angehörige besser gestellt sind, benötigen Aufenthaltserlaubnis und Arbeitsvertrag. Die Aufenthaltserlaubnis gilt in der Regel nur für ein Jahr und kann dann verlängert werden. Sie ist Voraussetzung für die Aufenthaltserlaubnis. Beide sind meist auf bestimmte Betriebe Wirtschaftszweige oder Bezirke beschränkt. So lautet z.B. ein Stempel im Paß: „Die Aufenthaltserlaubnis wird ungültig bei Aufgabe der Tätigkeit bei Firma X.“ Also eine moderne Form der Sklaverei.

Bräut ein ausländischer Arbeiter seinen Arbeitsvertrag (den er fern in der Heimat ohne Kenntnis der Arbeits-

Zwei Zeitungsmeldungen von einem einzigen Tag (13.3.73) zeigen, welcher Druck durch das System von Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis und die Abschiebungsandrohung auf die ausländischen Arbeiter ausgeübt wird und zu welchen Verzweiflungstaten es systematisch getrieben werden. So nahmen sich in dem neuen Kölner „Klingelpitz“-Gefängnis innerhalb von sechs Wochen außer zwei Deutschen auch zwei ausländische Arbeiter das Leben, die in Abschiebehaft waren. Sie hatten keinerlei Gesetze übertreten, besaßen nur keine Aufenthaltserlaubnis mehr. In Frankfurt soll eine ausländische Arbeiterin ausgewiesen werden, die schwanger ist und deren Ausweisung das Leben des Kindes gefährden würde. Sie kam nur mit Touristenvisum, ohne Aufenthaltserlaubnis, in die BRD, wurde vom Kapitalisten kündigt, als sie schwanger wurde (was laut Gericht rechtens ist, da sie ohne Arbeitsvertrag arbeitete) und sitzt jetzt völlig mittellos auf der Straße.

Das AusG läßt den Verwaltungen und Gerichten breiten Spielraum, so daß z.B. das Bundesverwaltungsgericht eine Ausweisung bei „wilder Ehe“ eines Ausländers mit einer deutschen Frau für angebracht hält (also teilweise rassistische Maßnahmen zur Einschränkung der ausländischen Arbeiter). Wenn auch bisher noch die Vergünstigungen des Arbeitsförderungsgesetzes und des Ausbeutungsverbots für Nicht-EWG-Ausländer nicht gelten, so wird ihnen z.B. doch versprochen, in den Genuss von Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen zu kommen. Sie sind gut beraten, diese Hilfe nicht in Anspruch zu nehmen. Denn § 10 des AusG besagt, daß derjenige ausgewiesen wird, der seinen Lebensunterhalt für sich und seine Angehörigen nicht ohne Sozialhilfe bestreiten kann.

Vor der Urabstimmung in der Metallindustrie 1971 in Baden-Württemberg nutzten die Kapitalisten die besonders rechtlose Lage der ausländischen Arbeiter und verteilten u.a. ein Flugblatt, das folgenden Text in vielen Sprachen enthielt: „Glauben Sie nicht alles, was man Ihnen in der nächsten



Menschenunwürdige Lebensbedingungen ... sechs Personen auf 18 qm zusammengepfercht

Ernst Klee, ein fortschrittlicher liberaler Kritiker der Ausländerpolitik der BRD, schreibt: „Die Fälle werden nur (temporär) eingekerkert, um schnell abgelehnt zu werden ... So reduzierte z.B. 1967 eine große Automobilfirma den „Bestand“ an Spaniern von 2.000 auf 500 Leute innerhalb eines Monats, um kurze Zeit später, als sich die Auftragslage besserte, schlagartig 500 Spanier anzufordern.“

Der „Industriekurier“ schrieb in einem Artikel, nachdem er vorher die Vorteile der Ausländerbeschäftigung für die Unternehmer gelobt hatte: „Das Dilemma liegt aber eben da, wo wir im Begriff sind, den Ausländer qualifizierter einzusetzen, wo wir ihm die Möglichkeit geben, aus der Gemeinschaftsunterkunft überzuziehen in die eigene Wohnung und seine Familie nachzuholen. In diesem Moment, in dem spätestens der gleiche gesellschaftliche und soziale Status erreicht ist wie der einheimische Arbeiter (an hat, schwandelt der Entlastungseffekt in arbeitsmarktpolitischer und volkswirtschaftlicher Hinsicht.“ Das Zitat macht noch einmal deutlich, warum die Unternehmer und der Staatsapparat an einem dauernden Wechsel der ausländischen Arbeiter in der BRD, an der sogenannten Rotation interessiert sind.

Wenn die bürgerliche Presse darstellen will, wie vorteilhaft eine Beschäftigung in der BRD für die „Gastarbeiter“ und ihre Heimatländer sei, muß immer wieder das „Argument“ herhalten, daß die ausländischen Arbeiter in der BRD qualifiziert würden. Tatsache ist jedoch, daß etwa 10% als Facharbeiter in die BRD kommen und ganze 2% während ihres Aufenthaltes hier sich zu Facharbeitern qualifizieren können, daß 1% als Angestellte in die BRD kommen und sich diese Zahl nicht vermehrt und daß die übrigen 87% als Hilfsarbeiter bzw. angelernte Arbeiter beschäftigt werden. Unter „Anlernen“ wird dabei schon eine nur Tage dauernde „Ausbildung“ verstanden, und diese ist auch nur für ganz bestimmte, spezialisierte Arbeitsplätze verwendbar und kann daher in den Heimatländern fast nie nützlich sein.

Ein italienischer Korrespondent beim VW-Werk, Antonio di Virgilio schreibt: „Die Deutschen fangen als Hilfsarbeiter an, bald sind sie Gruppenführer dann Vorarbeiter. Es sind Italiener hier, vielleicht 100 oder 150 die arbeiten seit acht oder neun Jahren im Werk, sprechen ausgezeichnet deutsch, sind qualifiziert und haben

der Arbeitsplätze ohne Formalitäten wieder weggewechselt werden. Eine Beschwerde über die besonderen Ausbeutungspraktiken beim Arbeitsamt oder beim Arbeitsgericht ist natürlich unmöglich, weil damit die sofortige Ausweisung und Abschiebung verbunden ist ... Das Problem der Illegalen im freudem eine Randerscheinung des kapitalistischen Systems. Es findet aber in der liberalen Presse um so größere Beachtung, als man hier Ausweisung anklagen die Gesellschaft verbessern können, ohne am System zu rühren.“

Als ein Mensch als Arbeitskraft für Kapital verwertbar ist, dauert es normalerweise 15-20 Jahre. In dieser Zeit müssen für die Herstellung dieser Arbeitskraft die verschiedensten Kosten getragen werden, die zu einem Teil der Staat übernimmt (Schulen, Krankenhäuser, Spielplätze usw.). Diese Kosten spart das westdeutsche Kapital, wenn es die ausländischen Arbeiter auszuweisen gleich „voll verwendungsfähig“ aus ihren Heimatländern importiert.

Der Italiener Cinanni (Mitglied der KPD) kommt übrigens aufgrund dieser wichtigen Quelle von Extra-Profit für das BRD-Kapital zur Forderung nach Rückerstattung dieser Reproduktionskosten an Italien. Zwar kann im Kapitalismus eine derartige Rückerstattung immer nur Gegenstand eines Kuba-Handels zwischen den kapitalistischen Staaten sein, wobei die Kapitalisten möglichst viel für sich selbst zu sichern trachten, dennoch ist die Forderung Cinannis grundsätzlich berechtigt.

Besondere politische Entrechtung der ausländischen Arbeiter

Die besondere Ausbeutung der ausländischen Arbeiter wird von der westdeutschen Bourgeoisie politisch abgesichert durch eine Einschränkung ihrer demokratischen Rechte. Ihre besondere Unterdrückung soll sie davon abhalten, für eine Verbesserung ihrer Lage zu kämpfen und soll einen Keil zwischen sie und ihre westdeutschen Kollegen treiben.

Das Ausländergesetz (AusG) bestimmt die Rechte und Pflichten der Ausländer in der BRD. Es wurde 1965 erlassen, löste Vorschriften ab, die noch aus der faschistischen Herrschaft der Bourgeoisie stammten und wurde von seinen Schöpfern als das „wohl-



... der ausländischen Arbeiter

(Großer Chemie-Betrieb in Hamburg)

bedingungen, des Lohnniveaus usw. unterschrieben hat, so ist das ein Ausweisungsgrund. Ein Gesetzwerk menter lautet z.B.: „Bei Ungehor- Krankheit kann die Aufenthaltserlaubnis verweigert werden, weil der Zweck des Aufenthalts, nämlich die Arbeit nehmertätigkeit und damit Hilfe für die deutsche Wirtschaft und Löhne (!) nicht mehr vorliegt.“

Zeit über was erzählt und lassen Sie sich vor allem unter keinen Umständen von rechten Kräften zu ungesetzlichen Aktionen mißbrauchen. Strafbare Handlungen können unter Umständen für Sie zur Ausweisung und damit zum dauernden Verlust Ihres Arbeitsplatzes in Deutschland führen.“

1972 in der „matrionszentrale der Bayrischen (!) Wirtschaft“ darauf hin

wies, daß die italienische KP zwei Sektionen in Stuttgart und Köln aufbauen wolle, protestierte NRW-Innenminister Weyer und forderte in einem Fernschreiben an Gesandter ein Verbot. Bei dem denkbar, erklärte Weyer, daß nach den italienischen Kommunisten auch die faschistische Partei Italiens Filialen in Westdeutschland gründe.

bernen Arbeiter, das sie besonders leicht ausbeuten können. Sie wollen eine am Rande der Gesellschaft in Ghettos lebende, von der westdeutschen Arbeiterklasse abgespaltene Menschenmasse.

So hat der bayrische Innenminister Merck Ende letzten Jahres verfügt, alle ausländischen Arbeiter, die schon län-

ger bei uns auch heute noch mit der „Gleichberechtigung“ der Frau 72 % der ausländischen Arbeiter sind verheiratet, jedoch nur die Hälfte davon lebt mit der Frau in der BRD. Den anderen war es nicht möglich, ihre Familie nachzuholen.

Innerhalb der EWG wurde die Freizügigkeit und Gleichberechtigung der

als, die sich dagegen ausgesprochen, daß parallel zur Herstellung der Freizügigkeit innerhalb der EWG das Heranholen von Arbeitskräften aus anderen Ländern erweitert wurde, und sie konnten diesen Standpunkt auch durchsetzen. Die westdeutsche Bourgeoisie bevorzugt eindeutig Arbeitskräfte aus Ländern außerhalb der EWG. So stieg die Zahl der türkischen und jugoslawischen Arbeiter in der BRD von 1963 bis 1971 von 70 000 auf 900 000, während die Zahl der italienischen Arbeiter nur von 300 000 auf 400 000 anstieg, obwohl auch in Italien große Arbeitslosigkeit besteht. Cinnami schreibt dazu: „In Frankreich und Belgien weist die Einwanderung andere Züge auf als in der BRD. In der BRD gibt es keine ernsthaften Bemühungen, die Eingewanderten zu integrieren. Je verschiedenartiger und entfernter das Herkunftsland der Einwanderer ist, desto besser. Denn auf diese Weise stellen sich Integrationsprobleme erst gar nicht.“

So vernicht also die westdeutsche Bourgeoisie schon bei der Frage, welche Nationalität die ausländischen Arbeiter haben sollen, die größtmögliche Spaltung anzulegen. Im übrigen steht die Gleichberechtigung der Arbeiter der EWG-Länder zwar auf dem Papier, aber in Wirklichkeit bekommen auch italienische Arbeiter weniger Lohn als ihre westdeutschen Kollegen, unterliegen auch italienische Arbeiter dem reaktionären AusG.

In der letzten Zeit ist die Frage, ob „Rotationsprinzip“ oder Integration und Einbürgerung (13 % der ausländischen Arbeiter wünschen laut einer Umfrage die Einbürgerung) in der bürgerlichen Presse, in den bürgerlichen Parteien und im Staatsapparat verstärkt zur Diskussion gekommen. Das liegt daran, daß in der nächsten Zeit wahrscheinlich viele ausländische Arbeiter aufgrund schon längerer Aufenthalts in der BRD Einbürgerungsanträge stellen werden, daß das westdeutsche Kapital auf nicht absehbare Zeit weiterhin Millionen ausländischer Arbeiter beschäftigen will und daran, daß viele ausländische Arbeiter teilweise zu-

sammen mit westdeutschen Kollegen und anderen fortschrittlichen Menschen – begonnen haben, sich gegen ihre besonders zentralisierte Stellung zur Wehr zu setzen. Auch besteht ein Widerspruch zwischen dem von der Bourgeoisie vertretenen „Rotationsprinzip“ und der Tatsache, daß für viele Unternehmer einzelne qualifizierte und Deutsch sprechende ausländische Arbeitskräfte nicht so leicht entbehrlich sind.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales will noch dieses Frühjahr eine „Gesamtkonzeption“ über die ausländischen Arbeiter dem Bundeskabinett vorlegen. Mehr als Schönheitspfalterchen, wirkliche Schritte zur Beseitigung der besonderen Unterdrückung und Ausbeutung der ausländischen Arbeiter sind davon allerdings nicht zu erwarten. So wird wohl die Einbürgerung erleichtert werden – allerdings nur für die ausländischen Arbeiter, die nicht für ihre Interessen und die ihrer Kollegen eingetreten sind, sondern gegenüber der Bourgeoisie „Wohlverhalten“ gezeigt haben. Mit dem Einbürgerungsrecht wird sich so das Kapital ein weiteres Druck- und Erpressungsmittel gegen die ausländischen Arbeiter schaffen und parallel zu solchen Schönheitspfalterchen wird die Bourgeoisie verschärfen, daß gehen, die ausländischen Arbeiter politisch unter Druck zu setzen, sie zu bespitzeln, Unbequeme auszuweisen und fortschrittliche Organisationen zu verbieten.

Den zweiten Teil dieses Artikels drucken wir aus Platzgründen in der nächsten Ausgabe des ARBEITERKAMPF Inhalt. Besonders üble Lage der ausländischen Arbeiter auf allen Gebieten (Mietwucher, Schulausbildung der Kinder, Sozialversicherung usw.). Die Bourgeoisie versucht ausländische und westdeutsche Arbeiter gegeneinander aufzuheizen („hohe Kriminalität“, „Lohnrückzahlung“ usw.). Die Haltung der Gewerkschaften. Gemeinsamer Kampf ausländischer und westdeutscher Arbeiter notwendig.



Ausländer-Wohnheim der Norddeutschen Affinerie in Hamburg: 20 qm für vier Personen bringen der Firma 400,- DM monatlich ein!

Die Unverschämtheit dieses „Argumentes“ wird dadurch noch verstärkt, daß die italienischen Faschisten schon lange in der BRD aktiv sind. Das „Schwarzbuch“ der Jusos berichtet, daß Faschisten bereits seit mindestens drei Jahren in der BRD ohne Behinderung „Vortragsveranstaltungen“ abhalten, um die Faschisten der BRD ohne Behinderung arbeiten. So unterhalten die „CIM (Abgliederungsorganisation der faschistischen Partei MSI) und die (ISNA) (faschistische Gewerkschaft der MSI) in der BRD ein Netz von bürokratischen Zentren“, Rechtsberatungsstellen und Ortsgruppen.

Durch eine im vergangenen Juni vom Bundestag beschlossene Gesetzesänderung wurde die Überwachungsaktivität des Verfassungsschutzes auch auf ausländische Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen ausgedehnt (siehe auch Artikel im ARBEITERKAMPF Nr. 20). Damit wurde nur „Jedem“, was der Geheimdienst schon lange praktiziert, jetzt kann er allerdings „völlig rechts“ seine Bespitzelung weiter ausbauen.

BRD-Geheimdienst und Polizei arbeiten schon oft mit ausländischen Geheimdiensten „erfolgreich“ zusammen. Es sei z.B. nur daran erinnert, daß 1967 beim Schah-Besuch das Bundeskriminalamt von der persischen Botschaft eine Liste mit 559 namentlich aufgeführten „Schah-Gegnern“ erhielt, denen das BKA daraufhin politisches Betätigungsverbot und tätliche Meldepflicht auferlegte. Dieses Beispiel läßt erahnen, welche große Arbeitsfreiheit Geheimdiensten faschistischer Staaten (in diesem Fall dem für seine Folter und Morde berühmten iranischen SAVAK) auf westdeutschem Boden eingeräumt wird.

Ein anderer bekannter gewordener Fall ist die Entführung mehrerer sudokoreanischer Menschen durch den dortigen Geheimdienst nach Südkorea, wogegen ausnahmsweise sogar die BRD-Regierung formell protestierte.

Die Münchener Ereignisse zum Vorwand nehmend, wurden im Herbst die palästinensischen Organisationen GUPS und GUPA verboten und viele Palästinenser ausgewiesen, teilweise in Länder, wo die Gefahr ihrer Ermordung bestand.

Die Unternehmer und ihre Vertreter besonders in der CDU/CSU vertreten das unerschütterliche „Rotationsprinzip“. Sie wollen die ausländischen Arbeiter in der BRD gar nicht erst heimlich werden lassen, sie in Unkenntnis der Zustände und ihrer Rechte hier belassen (unter anderem bedingt durch die Unkenntnis der deutschen Sprache) und damit auch nicht zu den Erkenntnissen, wie man die Zustände hier ändern kann, kommen lassen. Die Kapitalisten wollen ein leicht hin und her vertrie-

ger in der BRD leben, abzuschieben, damit sie gar nicht erst zu dem Recht gelangen, einen Antrag auf Einbürgerung stellen zu können. Ein solcher Antrag kann nach 10 Jahren Aufenthalt in der BRD (bei mit einem westdeutschen Ehepartner Verheirateten nach 5 Jahren) gestellt werden. Er kann (!) gegen die BRD (bei mit einem westdeutschen Ehepartner Verheirateten nach 5 Jahren) gestellt werden. Er kann (!) genehmigt werden, wenn der Ausländer nicht gegen die Gesetze der BRD wie verstoßen hat, seine Familie in der BRD einziehen kann, fließend Deutsch sprechen kann und sich „an die Gesellschaft eingefügt hat“ (in die Unternehmenseinheit also).

Einem Münchener Gastwirt der Ausländer den Zutritt zu seinem Lokal verweigert, bestätigte die Staatsanwaltschaft die Straflosigkeit seines Tuns, weil „Ausländer nicht Teil der Bevölkerung“ seien. Der Nachzug von Familienangehörigen soll nach den Anwerbevereinbarungen eine „wohlwollende Behandlung“ erfahren. In der Praxis sieht das so aus, daß ausländischen Arbeitern Wartelisten zugewiesen werden, die nach BRD-Recht die Scheidung der Ehe zulassen würden. Die Richtlinien der Ausländerbehörden gestatten den Nachzug der Familienangehörigen grundsätzlich erst nach drei Jahren (bei Arbeitern aus den Anwerbeländern erst nach einem Jahr) und nur dann wenn „der Arbeitnehmer und seine Familie sich ohne besondere Schwierigkeiten in die deutschen Verhältnisse einfügen können“. Auch wird der Kreis der Verwandten auf Ehegatten und Kinder unter 21 Jahren beschränkt. So verweigerte ein Gericht einer spanischen Arbeiterin, ihren allein stehenden alten Vater nach Westdeutschland zu holen mit der Begründung: „Der Kläger hat in der Familie seiner Tochter keine echte Aufgabe zu erfüllen. Er ist aufgrund seines Alters und seiner Gebrechlichkeit nicht in der Lage, beiträglich zum Wohlbefinden der Tochter in der BRD beizutragen. Wie der Kläger selbst vortragen läßt, bedarf er vielmehr ihres Reiselandes, der ihm zwangsläufig auch nur außerhalb der Arbeitszeit zuteil werden kann. Der Aufenthalt der Tochter wird dadurch nicht erleichtert, sondern ihre Arbeitskraft zusätzlich auch während ihrer Freizeit in Anspruch genommen. Das liegt aber nicht im Sinne der deutsch-spanischen Anwerbevereinbarung.“

Das OVG hält das „innere Gefüge des deutschen Staatsvolkes“ für bedroht, wenn es einem Parfüge gestattet würde, mit seiner westdeutschen Ehefrau in der BRD zu leben und entscheidet auf Ausweisung. Unsere Gerichte folgen dieser „Rechtsprechung“ in anderen Fällen. Überrassend sind Fälle nicht bekannt, daß Ausländerinnen, die einen westdeutschen Ehemann haben, ausgewiesen worden sind. So steht es

Arbeitskräfte zumindestens auf dem Papier schrittweise hergestellt. Bei den Verhandlungen darum waren es die Vertreter der westdeutschen Bourgeoisie.

Makler M's besondere Masche

In Bremerhavens verlagert „Bürger“ stehen noch viele, ehemals „gutbürgerliche“ Häuser aus der Zeit, als dieser Teil noch „Kaiserstraße“ hieß. Viele der ehemaligen Bewohner haben diesen Viertel verlassen, da die meisten der Häuser langsam, aber sicher zerfallen. Ab und zu ein neuer Fassadenanstrich, damit erschöpfen sich meist die Renovierungsmaßnahmen der Besitzer. Das heißt aber nicht, daß diese Häuser kein Profil mehr abwerfen – im Gegenteil. Schauen wir uns zum Beispiel mal eine der Häuser von Makler M. genauer an. Makler M. hat einen Trick entdeckt, wie man aus den verfallenden Wohnungen enorm viel Geld herauszuholen kann.

Er vermietet die Zimmer einzeln „mobiliert“ bei gemeinsamer Benutzung der Küche. Diese „Küche“ war früher einmal das Bad oder auch der Flur, dafür ist aus der eigentlichen Küche noch ein möbliertes Zimmer geworden. Auf diese Weise holt Makler M. aus einer alten Wohnung, für die es sonst höchstens DM 350,- im Monat nehmen könnte, ungefähr das doppelte an Mieteinnahmen. Möblierung heißt bei Makler M. ein wackeliges Bett, ein ebenso wackeliger Schrank, ein kleiner Tisch und zwei Stühle, wie sie am Monatsanfang hausweise am Straßenrand stehen, damit die Müllabfuhr die mitnimmt.

Die Miete pro Zimmer beträgt über DM 100,-. Außerdem muß man DM 150,- Mietvorauszahlung leisten, die man nur wiederbekommt, wenn alle Möbel heil zurückgelassen werden, und das ist bei deren Zustand ein Glück. Auch sind Makler M.'s Quittungen über die DM 150,- so schwermütig gehalten, daß man sein Geld wahrscheinlich nie wiedersehen wird. Wohnt man zu zweit in so einem Zimmer, zahlt man die doppelte Miete, ist man verheiratet, immerhin noch noch einen gehörigen Aufpreis.

Nur ungern stellt der Makler einen Mietvertrag aus, bekommt man nach langer Dringerei so einen selbstgefertigten Witz, so wird darin ziemlich alles verboten damit Makler M. die Möglichkeit hat, ihm unliebsame Mieter jederzeit rauszuschmeißen. Doch damit nicht genug, die Stromkosten werden nach Güddinken geteilt. So ist es vorgesehen, daß eine ausländische Kollegin ca. DM 80,- Stromkosten bezahlen muß, obwohl Makler M. streng verbietet, E-Heizer zu benutzen, weil sonst die wackelige 10-Ampere-Sicherung rausfliegt! Auch die ausländische



„Gemeinschaftsküche“ auf dem Flur – die eigentliche Küche ist als „mobiliertes Zimmer“ vermietet worden

Kollegin hatte keinen solchen benutzt, hatte also lediglich den Strom für Licht etc. zu bezahlen. Und weiter für sieben Personen und zwei Kochplatten vorhanden, von denen die eine kaputt ist. Zum Heizen steht in jedem Zimmer ein Kohleofen, weil man keine Gelegenheit hat, Kohlen zu lagern, ist man praktisch darauf angewiesen, sie in kleinen Mengen – dafür teurer, versteht sich – beim Hauswirt zu kaufen.

Mit Vorliebe vermietet Makler M. an Ausländer, weil er deren fehlende Sprach- und Rechtskenntnisse am besten ausnutzen kann, und mit weniger Widerstand aufgrund der rechtlichen Situation der ausländischen Kollegen passiert eben in einer besonders krasse Form nur daselbe wie jedem heimatigen Arbeiter auch.

Doch woher kommt diese Wohnnot? Sie ist ein notwendiges Erzeugnis der bürgerlichen Gesellschaft. In der Arbeitermassenheit in den großen Städten zusammengedrängt werden, und zwar rascher, als unter den bestehenden Verhältnissen Wohnungen für sie entstehen, in der also für die Infamie Schwereidelle sich immer mehr finden müssen, in der endlich der Hausbesitzer, in seiner Eigenschaft als Kapitalist, nicht nur das Recht, sondern, vermöge der Konkurrenz auch gewissermaßen die Pflicht hat, aus seinem Hauseigentum Rückstichendes die höchsten Mietpreise herauszuschlagen. In einer solchen Gesellschaft ist die Wohnnot kein Zufall, sie ist eine notwendige Institution, sie kann also mit samt ihren Auswirkungen auf die Gesundheit usw. nur beseitigt werden, wenn die ganze Gesellschaftsordnung, der sie entspringt, von Grund auf umgewandelt wird. (Engels, zur Wohnungsfrage).

KB-Gruppe Bremerhaven



Wohnungskampf in Frankfurt

Bei Nacht und Nebel wurde am 4. April 1973 im Frankfurter Westend das besetzte Haus Kottenhofweg 51 von hundertfachen Polizei geräumt. Die Polizei hatte für die nächtliche Aktion das ganze Viertel militärisch abgeriegelt und war mit Wasserwerfern, Feuerweh etc. ausgerüstet, obwohl der Frankfurter „Rat der besetzten Häuser“ bereits vorher angekündigt hatte, daß das Haus „nicht weiter militärisch verteidigt“ werden würde. Begründet wurde das Aufgebot der Polizei mit der Behauptung, daß im Haus Sprengstoff und Waffen gelagert seien und man bei einer Räumung mit Verletzten und Toten rechnen müßte. Sofort nachdem die 10 (!) verbliebenen Bewohner widerstandlos das Haus verlassen hatten, wurde der bis dahin gut erhaltene Wohnraum unter Polizeischutz mit Spitzhacken zerstört. Diese Räumung stellt einen vorläufigen Höhepunkt im dem Auseinandersetzungen um die besetzten Häuser in Frankfurt dar, bei denen die Polizei mit unglaublicher Brutalität gegen Bewohner, Demonstranten, unbeteiligten Passanten, Fotografen etc. vorgegangen ist.

SPD/CDU und Boden-spekulanten Arm in Arm gegen

Seit einigen Jahren vollzieht sich in den (meistens von der SPD regierten) Großstädten eine auf bestimmte Wohnungstypen konzentrierte systematische Zerstörung von Wohnraum. Dieser Wohnraum – meist in Citynähe gelegen und überwiegend von Arbeitern und kleinen Angestellten bewohnt – wird nach Abriss der Wohnhäuser mit profitbringenden Bürohochhäusern, Rekonferenz-Congress-Centren, Luxuswohnungen usw. bebaut.

Gewalttätige Grundzüge für die Zerstörung und den Abriss von auch gut erhaltenem Wohnraum stellen die Anfang der 60er Jahre von der CDU/CSU verabschiedeten Gesetze über den Abbau der „Wohnungswirtschaft“

dar (Lücke-Gesetze). In diesem Gesetz wird festgelegt, daß die Wohnungswirtschaft und der Baulandmarkt in die „freie Marktwirtschaft“ (d.h. die kapitalistische Profitwirtschaft) eingegliedert werden sollten. Die Auswirkungen dieser Gesetze für die Mieter waren von Anfang an klar eingeplant. Unter dem „Gesetz von Angebot und Nachfrage“ stiegen die Mieten von 1960 bis 1970 um 80-100%, die Grundstückspreise verdreifachten sich im gleichen Zeitraum.

Die SPD (damals noch in der Opposition) setzte sich wortfalsch für die Interessen der Mieter ein, handelte aber in den von ihr regierten Großstädten diese Gesetze so großzügig im Interesse der Grundeigentümer und Spekulanten, daß selbst die SPD-treue „Frankfurter Rundschau“ rückblickend meint, „es soll nicht beschönigt werden, daß auch im Rahmen des bisher schon Möglichen manche Fehler in sozialdemokratisch regierten Städten geschehen sind“ (BR vom 29.3.73).

Viele Arbeiter und Angestellte hegen beim Eintritt der SPD in die Regierung die Hoffnung, daß die SPD eine etwas sozialere Miet- und Wohnungspolitik betreiben würde. Aber trotz allem Reformgetöse nach außen, wollte die SPD schon 1970 in ihrem „Programmatikalen Städtebaubericht“ klar, daß sie nicht an eine Änderung der katastrophalen Zustände denkt. „Um das aufrethaltende Mietverhältnis (1) zwischen der gesellschaftspolitischen und der wirtschaftlichen Bedeutung des guten Bodens“ auszugleichen, „bedarf es keineswegs einer Änderung der gegenwärtigen Eigentumsverhältnisse“. Und dies, obwohl nach Art. 15 des Grundgesetzes eine Sozialisierung von Grund und Boden durchaus möglich ist. Somit bekannte sich die SPD an der Regierung ausdrücklich zu den mieterfeindlichen Gesetzen der CDU, die sie in ihrer Oppositionsrolle zuvor noch wortreich und scheinheilig „bekämpfte“.

So wurde die Ausplünderung der Mieter systematisch weiterbetrieben. Die Eigentümer von Grund und Boden gehen – angewichts der in schwindelerregende Höhen steigenden Bodenpreise und der damit verbundenen Profite – immer mehr dazu über, ganze Stadtviertel „verdummen“ zu lassen (z.B. in Hamburg die Neustadt, wo ganze Straßenzüge dem „Seid-neit-zueinander“-Verleger Axel C. Springer gehören).

„Verdummen“ heißt, daß an Altbauten nicht einmal die notwendigen Reparaturen mehr vorgenommen werden, daß Wohnungen überbelagt werden usw., damit dann möglichst schnell die Wohnungen „unbewohnbar“ werden und abgerissen werden können. Mit Einschlüchterungen (Wasser und Strom werden abgestellt, die Heizung im Winter abgedreht), mit offenen Drohungen (in Frankfurt drohte ein Vermieter die Mieter mit dem Revolver), mit Zerstörungen von Wohnraum durch bezahlte Rollkommandos, war-

den die Mieter gezwungen die Wohnungen zu räumen.

Sofort diese Mieter dann überhaupt noch eine Wohnung in einem der Bezirke am Südrand finden müssen sie für diese Wohnungen bis zu 30% ihres Einkommens bezahlen, viele müssen nach kurzer Zeit ins Lager, weil sie die Miete in den zugewiesenen Ersatzwohnungen nicht bezahlen können.

Am schlimmsten sind von diesem Elend die ausländischen Kollegen betroffen, die sich noch weniger gegen diese brutale Ausplünderung wehren können. In Frankfurt leben z.B. zur Zeit etwa 100.000 ausländische Kollegen. Sie haben nicht einmal Anspruch auf eine Sozialwohnung oder auf Notunterkünfte. Entweder wohnen sie in Lagern „für Arbeitsgeber“ oder der größte Teil ihres Lohnes geht für die Miete eines Zimmers in einem der verfallenen Altbauten drauf, denn wenn sie keinen Wohnsitz nachweisen können, werden sie sofort abgeschoben.

Anzeige

Zur Wohnungsfrage: Wohnungsprobleme in Westdeutschland

- Aus dem Inhalt:**
- **Sitzung der Wohnungsfrage**
 - **Das wohnungspolitische Programm der SPD**
 - **Gespräche mit der Wohnungswirtschaft**

aus ARBEITERKAMPF 10/73

erhältlich im
Arbeiterbuch
Hamburg 13
Grindelhof 45

DM - 50

Die erste Hausbesetzung – eine spontane Selbsthilfe gegen

Wohnungsnot

In dieser Situation des allgemeinen anwachsenden Wohnungsnots besetzten zum ersten Mal im September 1970 ausländische und deutsche Arbeiter und Studenten (u.a. eine Arbeiterfamilie mit 7 Kindern, die jahrelang in Notunterkünften leben mußte) ein z.T. leerstehendes Haus in der Eppelsteiner 47 im Frankfurter Westend. Diese spontane Aktion fand viel Sympathie bei der Bevölkerung. Die Anwohner spendeten Möbel und Lebensmittel, und selbst die SPD verhielt sich zunächst zurückhaltend. Man äußerte sogar ein „geringfügiges Verständnis für die Not der Bevölkerung“, denn die Landtagswahlen 1970 standen vor der Tür. Mit markigen Sprüchen wie: „Bedingungsloser Kampf dem Mietwucher, kein Abriss von menschenwürdigen Wohnungen, nur weil Büropläne mehr Geld bringen“ etc. versuchte die SPD

Solange die kapitalistische Produktionsweise besteht, solange ist es Forthell, die Wohnungsfrage oder irgend eine andere dem Gewäch der Arbeiter betreffende gesellschaftliche Frage einzeln lösen zu wollen. Die Lösung liegt aber in der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, in der Aneignung aller Lebens- und Arbeitsmittel durch die Arbeiterklasse selbst.

Engels, aus *Wohnungsfrage*

nach, ihr Partei-Stückchen darauf zu kochen. Außerdem hoffte die SPD-Führung wohl, daß diese Aktion isoliert bleiben würde.

Als sich allerdings herausstellte, daß diese Aktion keineswegs isoliert blieb, sondern im Gegenteil immer mehr Nachahmer fand (in kurzer Zeit wurden noch 17 leerstehende Häuser besetzt) und viele Mieter in den Mietstreik traten (Anfang dieses Jahres traten 4.000 Mieter der „Aktienhäuser, für kleine Wohnungen“, die bis zu 30% höhere Mieten zahlen mußten, in den Mietstreik), die AfD, gehört der SPD-Stadt Frankfurt zu 98% die „Schwand die „Sympathie“ und das „Verständnis“ der SPD ziemlich schnell. Einige Häuser wurden von der Polizei geräumt, bei anderen wurde ein kurzfristiges Abkommen geschlossen (bis zum Abriss dürfen die Besitzer wohnen bleiben, die Abrissgenehmigungen wurden dann schnell erteilt), den Mietstreikern drohte man mit Entzug.

Alles in allem steuerte die SPD den „Bedingungslosen Kampf“ gegen die Mieter an. Sie mußte den „Rechtstreit“ verteidigen, den diese Leute als Kapitalisten wollen“ (SPD-Politikprüfungs-Mittel).

Die SPD verteidigt den „Rechtstreit“

Das jetzt geräumte Haus im Kottenhofweg 51 war im Februar letzten Jahres besetzt worden. Den Besitzern hatte man zu der Zeit ausgetanzt, das Haus bis zum Februar 1973 zu bewo-

nen, denn sollte es abgerissen werden und dafür ein Bürogebäude entstehen. Im Februar 1973 hatten die Eigentümer des Hauses, die Frankfurter Großspezialisten Markiewicz, Rosen und Neufeld zwar eine Abbruchgenehmigung (die man in Frankfurt II, FR vom 29.3.1973 "so leicht wie eine Fahrkarte bekommt"), eine Baugenehmigung für den Bürobau hatten sie allerdings noch nicht und die Erteilung der Baugenehmigung würde auch, nach

Daß der heutige Staat der Wohnungsplage weder helfen kann noch will, ist sonnenklar. Der Staat ist nichts als die organisierte Gesamtheit der bestehenden Klassen, der Grundbesitzer und Kapitalisten gegenüber den ausgebeuteten Klassen ... Was die einzelnen Kapitalisten ... nicht wollen, das will auch ihr Staat nicht. Wenn also die einzelnen Kapitalisten die Wohnungsnot zwar bekümmern, aber kaum zu bewegen sind, ihre erschreckendsten Konsequenzen oberflächlich zu verurteilen, so wird der Gesamtkausalität, der Staat, auch nicht viel mehr tun. Er wird höchstens dafür sorgen, daß der einmal üblich gewordene Grad oberflächlicher Verurteilung, überall gleichmäßig durchgeführt wird.

Engels, Zur Wohnungsfrage

Ausgabe des Baudezernats noch es. 1 Jahr dauern, weil die Eigentümer keinen ordnungsgemäßen Antrag gestellt hatten. Aus diesem Grund weigerten sich die Besitzer, das Haus zum vereinbarten Termin zu räumen, um das eine Jahr dort noch wohnen zu können. Daraufhin beschloß die SPD, das Haus "notfalls" mit Gewalt zu räumen, denn dem Gesetz mußte man einmal Genüge getan werden.

Am Tag der geplanten Räumung (28.3.) versammelten sich ca. 800 Leute vor dem besetzten Haus, um die Räumung durch die Polizei zu verhindern. Der erwartete Polizeieinsatz blieb aus, es kam zu einer spontanen Demonstration in der Frankfurter Innenstadt, die ohne Vorwarnung brutal von der Polizei auseinandergepöbelt wurde. Die Demonstranten gingen zum besetzten Haus zurück, in der Annahme, daß jetzt die gewaltsame Räumung durchgeführt würde. Sie bereiteten sich durch den Bau von Barrikaden aus Mülltonnen, alten Sofas usw. auf die Verteidigung des Hauses vor. Die Polizei rückte an um - wie später Polizeipräsident Müller sagte die Barrikaden zu räumen (!), es sei ein "tragisches Mißverständnis" gewesen, daß die Demonstranten glaubten, die Polizei wolle das Haus räumen. Der Angriff der Polizei sah allerdings nicht sehr nach einem tragischen Mißverständnis aus: Generalsabmäßig griffen mindestens 500 Polizisten die Barrikaden von allen Seiten gleichzeitig so an, daß den Demonstranten gar kein Fluchtweg blieb und die gewaltsamen Auseinandersetzungen regelrecht provoziert wurden. Die Demonstranten verteidigten sich, so gut es ging. Die Barrikaden wurden von der Polizei entfernt, sämtliche Straßen abgesperrt, stundenlang versuchte die Polizei Menschengruppen, die sich immer wieder ansammelten, mit Wasserwerfern und Knütteln auseinanderzutreiben, die Polizei prügelte auf alle ein, was ihr aus den Knütteln kam (ein Demonstrant wurde z.B. von 5 Polizisten "gestoßen" (!), verprügelt und am Boden liegend



Nach mehrmaligen Angriffen der Polizei - die Demonstranten wehren sich

gestritten, einer Reporterin wurden durch Knüttelschläge die Finger gebrochen), ca. 24 Leute wurden festgenommen. Das Haus wurde an diesem Tag nicht geräumt.

Nach einem Tag der "gespannten Ruhe" fand am 31.3. eine Mieterdemonstration mit ca. 4.000 Teilnehmern statt. Die Demonstration sollte von vornherein verhindert und die Demonstrationen eingeschüchtert werden durch eine gezielte Verunsicherungsfaktik. Zunächst war die Demonstration verboten worden, dann (über Rundfunk bekanntgegeben) war sie erlaubt, dann wieder verboten und von Oberbürgermeister Rudi Arndt zum Schluß "ein bißchen erlaubt" worden. Die Demonstration fand schließlich statt und verlief ruhig, es wurde wie vorgesehen ordnungsgemäß aufgeleitet. Angesichts der Mauer schwer bewaffneter Polizisten einigten sich die Demonstranten darauf, in kleinen Gruppen ins Stadtzentrum zurückzugehen, um mit der Bevölkerung weiterzudiskutieren.

Das Ausmaß der Solidarisierung der Bevölkerung läßt sich aus den - in diesem Punkt sehr spärlichen - Zeitungsberichten erfahren: Von Anfang 2.000 Demonstranten wuchs der Demonstration zu seinem kurzen Weg auf 4.000 Teilnehmer an. Kurz nachdem die Demonstration begonnen hatten, mit der Bevölkerung zu diskutieren, startete die Polizei einen Großesatz. Wiederum ohne Vorwarnung setzte sie Wasserwerfer und Schlagstöcke gegen Passanten und Demonstranten ein. Anlaß für den Einsatz sollen zerbrochene Fensterscheiben in umliegenden Cafés gewesen sein, wovon die Besitzer allerdings nichts wußten.

Für die Polizei sah es anders aus: "Von den Gruppen an der Hauptwache kam es teilweise zu heftigen Auseinandersetzungen, insbesondere zu Sachbeschädigungen. Am Cafe Kranzler und am Cafe Hauptwache wurden die Scheiben eingeworfen." Daraufhin habe die Polizei eingegriffen. Der Geschäftsführer des Cafe Kranzler erklärte der FR am Sonntag: "Bei uns ist keine einzige Scheibe zu Bruch gegangen."

Interessen der Bevölkerung gingen, sondern die die Bevölkerung bloß für ihre "wirren politischen Vorstellungen mißbrauchen will". So wurde versucht, die Solidarität mit der Bevölkerung möglichst mit allen Mitteln zu spalten und die "teilweise berechtigten Empörung der Bevölkerung" auf die langerprobten sozialdemokratischen Scheinreformulいたlungen zu lenken. Im Fernsehen wurde ein Film gezeigt, in dem man ein ganzes Arsenal von Schlagstöcken vorführte, mit denen die Demonstranten die Polizei angegriffen haben sollen. Auch das kennt man schon von früheren Demonstrationen und die Funktion der "agent provocateur" vom Schlage Urbachs ist auch nicht neu. Die zaubern noch ganz andere Sachen hervor, wenn es darum geht, nachzuweisen, daß alle Linken Verbrecher sind.

Am massiven Einsatz sowohl der direkten Machtmittel des Staates als auch an der massiven Propaganda in Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen ist abzulesen, daß es nicht um irgendein besetztes Haus ging. Das gezielte brutale Vorgehen der Polizei und die hysterische Hetze haben im wesentlichen zwei Funktionen:

● zum einen war der SPD klar, daß die Selbsthilfe-Aktionen der Besitzer bei der Bevölkerung auf Zustimmung gestoßen war. Durch den provokant militärischen Charakter der Polizei-Überfälle auf die Demonstrationen (plötzliches Zuschlagen der Polizei, Verprügeln auch völlig Unbeteiligter, das mehrmalige demonstrative Zeigen von Waffen etc.) sollten Demonstranten und Sympathisanten eingeschüchtert, eine noch breitere Sympathisierung der Bevölkerung verhindert und

Was soll mit den Provokationen der Polizei erreicht werden

Die Stimmung während der gesamten Aktion wurde durch die bürgerliche Presse auf Bürgerkriegsstimmung angeheizt. Schon vor dem Räumungstermin hatte man versucht, die Besitzer systematisch zu kriminalisieren. So soll ein Brötchenfahnen von Besitzern überfallen worden sein, wovon dieser allerdings gar nichts wußte, so wird von "Vergewaltigungen" und "Rauschgiftkonsum" in den besetzten Häusern gesprochen, die besetzten Häuser werden als "Brutstätten der Gewalt und des Terrors" bezeichnet.

Während der Aktion stellte die CDU-freundliche Presse klar, daß es um die Verteidigung der Freiheit (!) ginge, bei der jedermann Stellung beziehen muß. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" forderte die Einsetzung der Wehrmittel des Landes Hessen, wenn nicht gar des Bundes (d.h. Bundesgrenzschutz). Der Vorsitzende der Hessischen CDU, Dreger, beschwerte sich über eine PANORAMA-Sendung, in der die "Linksterroristen" (gemeint sind die demonstrierenden Mieter) in unerträglicher Weise verhöhnt worden seien und daß es nicht angehe, sich mit "politischen Kriminellen" (gemeint sind die in Not geratenen Hausbesitzer) zu solidarisieren. (Die Mieter sollten sich diese Worte zu Herzen nehmen, wenn die CDU wieder jemand weismachen will, wie habe ein "Herz für den kleinen Mann").

Die sozialdemokratisch orientierte Presse wie Morgenpost, STERN, FR,

Spiegel berichtete in aufwendiger Weise über die Vorgänge und war bemüht, da, wo sie auf die Mißstände zu sprechen kommen mußten, den Besitzern auch ein "bißchen Recht" zu geben. Gleichzeitig bemühte sie sich aber ständig, scharf zu trennen zwischen denen, die "wirklich von den Verhältnissen betroffen sind" und denen, die "den Rechtsbruch als politisches Mittel bewußt in den Katalog ihres Kampfes um mehr Menschlichkeit aufgenommen haben" (FR 29.3.73). Auf dem durch die Baader-Meinhof-Hetz und die Araber-Hetze vorbereiteten Boden wurde versucht, die Demonstranten, Mieter und Hausbesitzer als "politische Kriminelle", "Linksfaschisten", "Terroristen" etc. zu diffamieren und als Menschen darzustellen, denen es ja gar nicht um die



Die Demonstration gegen das Haus "Häuserkampf" in Frankfurt

die Demonstrationen (durch Abriegeln ganzer Straßenzüge) isoliert werden, ● zum anderen ist das Vorgehen von Polizei, SPD und Behörden in Frankfurt als ein weiterer Schritt zu begreifen, der den Boden vorbereitet für die Niederschlagung kommender massenhafter Auseinandersetzungen um Mieten und Wohnraum, als Folge der immer rasanteren Verdrängung ganzer Stadtviertel.

Was hat die Aktion gebracht

Die Polizei hat das Haus geräumt, die SPD wird in ähnlichen Fällen auch weiterhin das "Recht" (der Hauseigentümer) schützen und gegen die "Rechtsbrecher" mit den "ihm zur Verfügung stehenden Mitteln" vorgehen. Das dürfte im wesentlichen auch den Hausbe-

durch Analysen aufzuzeigen, daß die SPD von vornherein planvoll in den gesetzlichen Grundlagen, die zur derzeitigen unerträglichen Situation im Wohnungsbereich geführt haben, mitgearbeitet hat und sie von vornherein planvoll in den von ihr regierten Städten angewandt hat. Die SPD hat also nicht "zu wenig" für die Mieter getan, sie hat auch nie die Absicht gehabt, etwas für die Mieter zu tun.

Aus der Beschränkung auf "Selbsthilfeorganisationen" resultieren dann auch die Erklärungen für die brutalen Polizeiangriffe und -einsätze. Sie werden schlicht und ergreifend erklärt mit der "Angst der SPD" vor einer breiter werdenden Protestbewegung (Flugblatt des "Häuserrats" vom 27.3.), statt aus einer systematischen Vorbereitung (auch der einfachen Polizeibeamten) auf kommende größere Auseinandersetzungen im Wohnungsbereich, die von den Kapitalisten und der SPD-Führung recht klar vorausgesehen werden.

Und was tut die "einzige Partei der Arbeiterklasse"

Die DKP trat bei den Aktionen in Frankfurt erwartungsgemäß nicht in Erscheinung. Die breite Berichterstattung in der bürgerlichen Presse über diese Aktionen zwang dann offenbar die "einzige Partei der Arbeiterklasse" doch noch Stellung zu nehmen. Natürlich um sich abzugrenzen - versteht sich. In der UZ, Zeitung der DKP, vom 13. April wird gezeigert über "Schmierereien im Rathaus, demolierte Autos von Anhängern (!!!), zerstörte Fensterscheiben" und andere schändliche Taten der Demonstranten und Mieter. (Diese Argumente wurden von der Polizeiführung der Reinheits-Prozess

und Herrn Dreger geliefert) selbst die sozialdemokratische Presse sah sich genötigt, diese Erfindungen zu bezweifeln. Die DKP meint, solche Dinge "erschweren die Solidarisierung" breiter Bevölkerungsteile mit den demonstrierenden Mietern und "lenken die Diskussion in die falsche Richtung". - In der Tat. Und darum werden diese "Argumente" auch von der bürgerlichen Presse aufgefressen. Es bedarf aber offenbar ganz besonderer "Kommunikation" die daraus ein Argument gegen die Demonstranten und protestierenden Mieter machen.

Die DKP geht noch weiter, indem sie offenbar solche Aktionen (Mieterdemonstrationen etc.) generell ablehnt, solange "die Arbeiter in den Betrieben, die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen" (na, wer ist das wohl?) nicht in der "ersten Reihe der Aktionen" stehen. Non hätten sicherlich die Initiatoren dieser Aktionen nichts dagegen gehabt, wenn "die Arbeiter in den Betrieben, die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen" (!) die "erste Reihe der Aktionen" gestellt hätten. Im Gegenteil, das massenhafte Verteilen von Flugblättern und Zeitungen zielt gerade auf eine solche Mobilisierung ab. Die Demonstration selbst ist ein Mittel zu dieser Mobilisierung. Daß eine so massenhafte Aktivierung, wie sie die DKP im Auge gefaßt hat, nicht mit einem Schlag zu erreichen ist, dürfte auch ihr klar sein.

Offenbar ist der DKP aber kein Argument so dümmlich, Aktionen, die nicht von ihr "angeleitet" werden, in missgeratener Weise durch den Druck zu zwingen.

Bezirksorganisation, KB-Gruppe Hamburg

Interview über die Situation an den Hamburger Schulen

Die Mißstände an den Schulen führen immer wieder zu heftigen Diskussionen in der Öffentlichkeit, besonders deshalb, weil für die Zukunft aller Voraussicht nach noch weitere Verschärfungen zu erwarten sind. Für die Arbeiterbewegung kommt es darauf an, gegen die Benachteiligung und Unterdrückung ihrer Kinder in der bürgerlichen Schule anzukämpfen und auch in diesen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eine eigene Klassenpolitik zu entwickeln. Der ARBEITERKAMPF ist bemüht, kontinuierlich die politische Diskussion auch um diese Frage zu führen (siehe auch Nr. 24 "Die Lage an den Schulen"). Deshalb wenden wir uns schriftlich mit der Bitte um ein Interview an die Hamburger Schulbehörde den Hamburger Landesvorsitzenden der GEW, an die Aktion Kleine Klasse und an den Herausgeber eines Flugblatts Altonaer Eltern. Wir wollten dadurch die Möglichkeit einer Information schaffen, welche Politik und welchen Weg zur Verbesserung bzw. Behebung der Schulmisere die verschiedenen Kräfte vorschlagen, die direkt an dieser Auseinandersetzung beteiligt waren und sind - wie es in dem Schreiben hieß. Die Schulbehörde sagte weder ja noch nein, sondern ließ mitteilen, daß von uns angesprochene Oberlehrer in Urlaub sei. Die GEW lehnte ab (siehe unten), die "Aktion Kleine Klasse" antwortete gar nicht erst. Der Elternrat Kolbe schrieb uns, daß er "an allen Möglichkeiten, die Eltern zu informieren, interessiert" sei. Das allein spricht schon für sich. Wir danken Herrn Kolbe auch im Namen unserer Leser, daß er zu diesem Interview bereit war.

Forts. nächste Seite

Aus der Sicht der Arbeitereltern

bei vielen jungen Lehrern diese Tendenzen, die sich darin ausdrücken, daß sie sich für den Nabel der Welt halten und geradezu „mürrühlig“ zu sein glauben, anstelle der „rückständigen“ Arbeiter darüber zu entscheiden, was Fortschritt ist. Dabei ist es ein Leichtes, anhand der ganzen historischen Entwicklung nachzuprüfen, daß allein die Arbeiterklasse in der Lage ist, grundlegende Veränderungen durchzusetzen, daß bei allen wirklich vorwärtsschreitenden gesellschaftlichen Entwicklungen die Arbeiterbewegung an der Spitze stand bzw. steht.

Im Gegensatz zu den Jüngern gibt es aber doch einen – wenn auch geringen – Prozentsatz von Lehrern, die sich ehrlich der Arbeiterklasse und den breitesten Schichten des Volkes verbunden fühlen und auch so handeln. Man kann aber nicht übersehen, daß diese Lehrer, die oft noch nicht lange in ihrem Beruf stehen, in Lehrerkollegen (trotz dem mühen, die ihrer Arbeit wenig Verständnis entgegenbringen, und daß sie ebenso wie die Schulbehörde davor unter Druck gesetzt werden, sich nicht die Worte eines Lehrers zitieren, der einmal auf einer Elternratung sagte: „Mir ist in meinem Beruf nicht einmal, sondern mindestens dreimal das Rückgrat gebrochen worden“, hinsichtlich seines ethischen Willens, einen Unterricht zu machen, wie er einfach der Verpflichtung eines ausgebildeten Pädagogen entspricht.

Darüberhinaus stehen diese Lehrer noch unter der ständigen Bedrohung durch die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz über das Berufsverbot, obwohl sie häufig sehr gute Pädagogen sind und nicht nur ein positives Verhältnis zu den Schülern, sondern auch zu den Eltern haben.

Arbeiterkampf: Welche grundsätzliche Bedeutung messen Sie dem Berufsverbot?

Kolbe: Dieser Beschluß dient dazu, den derzeitigen Klassencharakter der Schulen aufrechtzuerhalten.

Arbeiterkampf: Diese Dinge sind natürlich schon früher praktiziert worden, warum aber gerade jetzt diese Verschärfung durch die SPD?

CDU schaut auf die Bremser

SPD tritt auf die Bremse

Kolbe: An sich kann sich niemand darüber wundern, Wundern kann es nur denjenigen, die sich einer illusionären Auffassung oder Hoffnung über die Frage der Macht im Staat bei einer SPD-Regierung hingibt. Der also Erwartungen an die SPD geknüpft hat, die erfahrungsgemäß nicht an die sozialdemokratische Partei geknüpft werden können. Eben weil die SPD die Machtverhältnisse im Staat nicht anstößt.

Dafür gibt es nicht nur in der Vergangenheit – seit 1918 – eine ganze Reihe von Beispielen. Ich möchte hier nur auf eine interessante Aussage Willy Brandts in seiner Parteitag-Ansprache von Hannover aufmerksam machen. Dort plauderte er nämlich aus, daß es ihnen gar nicht um eine alleinige Regierung der SPD nach den nächsten Wahlen gehe, sondern daß man die Koalition mit der FDP in jedem Fall langfristig beibehalten werde. Mit anderen Worten: Die Ruhe-und-Ordnung-Politik Gewerkschaften, die Haltung der FDP zu den Gewerkschaften einerseits und zur „freien“ Marktwirtschaft andererseits, kurz das sogenannte „Bremser“ der FDP in zentralen gesellschaftspolitischen Fragen wird von der SPD-Führung nicht einmal als bedauerliches, aber notwendiges Übel gesehen wie bei der in Einzelfragen (BVG) immer von der SPD argumentiert worden war – sondern dieses Bremen ist offensichtlich von der SPD-Führung selbst zwingend gewollt.

Die FDP dient den maßgeblichen Kräften in der SPD als bequeme Ausrüstung, um den Verpflichtungen gegenüber den eigenen Wählern nicht nachzukommen, während sie selbst weder in der Lage noch überhaupt willens sind, die in der Sozialdemokratie gesetzten Erwartungen zu erfüllen.

Arbeiterkampf: Welche Aktivitäten unternimmt die CDU in der Bildungspolitik?

Kolbe: Ohne Zweifel steht fest, daß die CDU sich besonders der Bildungsmisere zuwenden macht, um jetzt die SPD auszuweichen. Hier bietet sich einfach aufgrund der Bewegung gegen die Mißstände für die CDU von der faktischen Sicht her die Möglichkeit an, Stimmen zu fangen.

Das ist natürlich eine ganz gefährliche Politik, denn die CDU wird in einem noch viel stärkeren und radikaleren und schnelleren Maße alles das, was sich hier und dort einmal an klei-

nen Fortschritten gezeigt hat, abzubauen und zwar im Interesse einer Schule, in der die besitzende Klasse unter sich bleiben kann, um das einmal so auszudrücken.

Auf die Eltern kommt es an

„AK“ Herr Kolbe, was können die Eltern und vor allem die Arbeitereltern unternehmen, um Verbesserungen im Interesse ihrer Kinder zu erreichen, und welche Erfahrungen hat man in diesen Auseinandersetzungen im Keimgebiet Allona gewonnen, die sicher exemplarisch sein können für andere Schulen?

Kolbe: Machen können die Eltern viel, aber man kann natürlich nur etwas machen in einer Sache, über die man Bescheid weiß. Der große Mangel bei der Mehrzahl der Eltern ist, daß sie keinerlei Hilfestellung haben, um überhaupt die schulischen Probleme kennenzulernen. Auch die Veröffentlichungen in der Zeitung sind bei weitem nicht dazu geeignet, in dem erforderlichen Ausmaß den Eltern zu helfen, wie es im alten Schulverwaltungsgesetz heißt, das schulische Leben mitzugestalten, und das heißt selbst mitzugestalten.

Wenn wir von der Entwicklung an unserer Schule ausgehen, so muß man anfangen mit dem Jahr 1967. Damals wurde mit einer systematischen Kleinarbeit begonnen, mit dem Werten im Rahmen der Klassenelternabende. Das setzte sich fort im Elternrat und entwickelte sich in die Richtung, daß man erst einmal Erfahrungen sammelte. Erfahrungen, indem man ständig die einzelnen Fragen an den Schulleiter, an die Schulbehörde und dann später auch an den Senat und an die Parteien herantrug. Erfahrung, aber auch Sachkenntnis, um mit den doch sehr diffizilen Problemen der Schule vertraut zu werden, insofern hat sich an unserer Schule ein sehr langer Prozeß abgespielt, der gespielt war mit ganz konkreter Kleinarbeit mit der Hauptorientierung auf die Eltern der Schule, die der Vermittlung der Erfahrung, die der Elternrat bzw. die Elternvertreter mit der Behörde, mit dem Senat gemacht hatten, an die

dem Senat gemacht hatten, an die Eltern.

Erfahrungen sammeln und weitergeben

Wir sind zunächst ausgegangen von den hohen Klassenfrequenzen in den Grundklassen und haben hier Fragen gestellt. Wir haben sehr schnell merken müssen, daß die Schulbehörde weder über die Möglichkeiten noch wohl über das wirkliche Wollen verfügt, an den Schulen etwas zu ändern. Wir haben dann dafür gesorgt, daß die Zusammensetzung des Elternrats verändert wurde, um besser im Interesse der Kinder an dieser Schule wirken zu können. Das ist mit Erfolg abgeschlossen worden – gestützt auf die Eltern, gestützt auf die bis zu der Zeit in die Elternschaft hineingetragene Kenntnis über die Probleme an der Schule.

Wir haben uns dann verstärkt eingesetzt für bauliche Veränderungen, haben immer wieder die Eltern über die Ergebnisse oder Mißerfolge informiert, haben unsere Meinung dazu gesagt, nie ein Hehl daraus gemacht, daß man diese Verhältnisse nicht dulden kann, und dann als das nächste gravierende Schritt dazu übergegangen, an die Öffentlichkeit zu treten, indem wir eine Pressekongress herausgegeben haben und eine Pressekongress einberufen haben.

Für uns als Elternrat zu dieser Zeit waren dies in erster Linie Momente, um stärker die Öffentlichkeit und insbesondere die Eltern unserer Schule an diesen Dingen teilnehmen zu lassen, sie stärker vertraut zu machen mit den Problemen an der Schule. Für uns war diese Pressekongress und diese Pressekongress eine Art Höhepunkt und auch eine Art von Gradmesser, um an der Reaktion der Eltern feststellen zu können, wie weit die Vermittlung von Information bei ihnen eingedrungen ist und wie weit die Eltern sich mit diesem von ihren Eltern vertreten eingeschlagenen Weg identifizieren. Wir müßten feststellen, daß das Ergebnis positiv zu werten war.

Nachdem wir auf der Pressekongress in Erfahrung gebracht hatten, daß die Schulbehörde selbst wirklich machtlos ist, waren für uns von diesem Zeitpunkt an die Parteien, die Bürgerchaft und der Senat die entscheidenden Adressen.

Diese ganze Entwicklung hat schließlich dazu geführt, daß wir uns

mit der Tatsache der ungünstigen Schüler-Lehrer-Relation und mit dem ständigen Unterrichtsausfall durch Krankheit der Lehrkräfte etc. nicht abfinden konnten und wollten, weil wir der Meinung sind, daß die Schulpflicht auch gleichermäßen ein Schulpflicht ist.

Einstimmig für Streik

Deshalb und wegen der ständig abschlagigen Bescheide durch die Schulbehörde und den Senat haben wir dann im Herbst 1972 als Elternrat den Beschluß gefaßt, einen zweitägigen Warnstreik durchzuführen. Diesen Beschluß haben wir in einer öffentlichen Aula der Elternversammlung vorgelegt – das beweist, wie

groß das Interesse der Eltern ist, wenn es gewerkt wird, und wenn die Eltern in die Lage versetzt werden, bestimmte Dinge zu beurteilen. Die Vollversammlung stellte sich einstimmig hinter diesen Beschluß.

Das Interesse der Kinder an der Schule ist unteilbar

„AK“ Man kann also sagen, daß das Entscheidende, was Ihre Tätigkeit grundsätzlich unteilbar von der Tätigkeit des vorherigen Elternrates Ihrer Schule und vieler anderer Elternräte an anderen Schulen, die Tatsache war, daß Sie über jeden, wenn auch noch so kleinen Schritt die Eltern informiert haben und sich in jeder Situation auf die Eltern selbst ge-

stützt haben.

Kolbe: Der Elternrat, der sich 1970 neu konstituiert hat, hat seine Arbeit angetreten in der Auffassung, daß das Interesse der Kinder an der Schule ein unteilbares ist, und daß wir uns als Elternrat voll verantwortlich für alle Kinder dieser Schule fühlen. Darum entwickelt sich zwangsläufig die Schlußfolgerung, die Eltern stärker über alles, was der Elternrat tut, zu informieren, um alle in diesen Prozeß miteinzubeziehen. Wir waren von vornherein darüber im Klaren, daß wir als Elternrat allein die neun Minutchen – machtlos sind, wenn nicht die Eltern hinter uns stehen, und das war unsere Hauptorientierung von

Forts. nächste Seite



Fast 3000 Schüler streikten und demonstrierten gegen die politischen Rausschüsse

RESOLUTION

Die streikenden Schüler der Bremer Schulen fordern den Bildungssenator Thape auf:

1. Frank Jeroma und Ralph Friedrich sofort in ihre Schulen wieder einzustellen.
 2. Die 6 Schüler der GRS, deren Entlassung am 21.3.73 beschlossen wurde, ebenfalls sofort wieder einzustellen.
 3. Alle Verweise, Androhungen von Entlassungen, und Hausverbote nach sofort zurückzunehmen.
 4. Auf einer öffentlichen Schülerversammlung am 28.3.73 in der PH seine Maßnahmen politisch zu begründen.
- Falls der Senator unseren Forderungen nicht nachkommt, werden wir über weitere Kampfmaßnahmen beschließen!

FREIE VOLLVERSAMMLUNGEN DER SCHÜLER WÄHREND DER SCHULZEIT !!! STREIKRECHT FÜR SCHÜLER !!!

Bremen, den 23.3.1973

Die streikenden Schüler der Bremer Schulen

BREMEN Rausschüsse und Schulstreik

Bericht des Sozialistischen Schülerbundes (SSB) Stade:

In Bremen wurden Mitte März sieben sozialistische Schüler von der Schule gefeuert. Man warf ihnen vor, bei den vorausgegangenen Schulstreik „Rädelsführer“ gewesen zu sein und Schriften herausgegeben zu haben, in denen man Sturz der Kapitalistenherrschaft aufrufen würde. Am 23. März demonstrieren und streikten fast 3000 Schüler gegen diese Maßnahmen des SPD-Senats und gegen den reaktionären „Schweigegraben-Erlass“, der den Bremer Schülern jede politische Betätigung während der Schulzeit verbietet.

Diese Aktionen waren der vorläufige Höhepunkt einer schon seit langem schwelenden Auseinandersetzung der fortschrittlichen Bremer Schüler mit dem Senat, die gerade in den letzten Wochen immer offener Formen annahm und sich zunehmend verschärfte.

Angefangen hatte es mit einem Schulstreik und einer breiten Demonstration gegen die Anwendung des Berufsverbots gegen den fortschrittlichen Lehrer Griese. An diesem Streik beteiligten sich trotz massiver Einschüchterungsversuche und Drohungen („Schulstreik ist illegal...“) weitens der Behörde über 2000 Schüler. In vielen Schulen fanden Vollversammlungen statt, auf denen über das Berufsverbot und seine Anwendung im Fall Griese diskutiert wurde.

Nach dem Streik holte die Schulbehörde zum Gegenangriff aus:

1. Mit einem Fragebogen, der an alle Direktoren geschickt wurde, verschaffte sich die Schulbehörde erst mal die nötigen Informationen. In dem Fragebogen heißt es u.a.
2. Hat es Bedenken gegeben von Kollegen gegen die Anordnungen bzw. Maßnahmen der Schulleitung?
3. Wieviel waren Schulfremde an den Vorgängen beteiligt? Sind Namen bekannt?
4. Sind Schüler namentlich bekannt, die dem Unterricht ferngeblieben sind?

Das ist ganz klar die Methode der Geheimnisschnüffelei und Spitzeltätigkeit.

Am 17.1.73 wurde der berüchtigte „Schweigegraben-Erlass“ herausgegeben, der Schulstreik und Vollversammlungen verbietet und die Ausübung des Grundrechts der freien Meinungsäußerung der Schüler, auf die unterrichtsfreie Zeit“ verweist („Aspekte“ 2/73).

Auf die fortschrittlichen Bremer Schüler sich immer noch nicht einschüchtern ließen und z.B. weiterhin politische Vollversammlungen durchführten, wurden die beiden Genossen Frank Jeroma (Herausgeber des „Schulkampf“, Zeitung des Kommunistischen Oberschülerbundes Bremen) und Ralph Friedrich sowie fünf weitere Genossen Gesamtschule Sozialpädagogik und Sozialökonomie von der Schule verwiesen.

Die Schulbehörde setzte Presse und Fernsehen gegen die Bewegung ein und schickte demagogische Briefe an die Eltern.

Schließlich drohte man sogar mit der Schließung einer ganzen Schule und verschickte hunderte von Verwarnungen und Rausschmissandrohungen.

Doch die Bremer Schüler setzten ihren Kampf gegen die Disziplinierungsmaßnahmen und für freie politische Betätigung in Schule, Hochschule, Behörde und Betrieb entschieden fort.

Am Montag, gleich nachdem der Rausschmiss von Friedrich und Jeroma bekannt geworden war, demonstrierten spontan 700 Schüler während des Unterrichts. Vier Tage später beteiligten sich fast 3000 an Streiks und Demonstrationen. Vor dem Haus des Schulsenators Thape forderten die Demonstranten Thape auf, zu den Rausschmissen Stellung zu nehmen, Thape von der Polizei vorgeworfen, habe diese Forderung glattweg abgelehnt, vor den Schülern rechtfertigte er sich nicht. Das tue er nur seinen parlamentarischen Gremien gegenüber. Feiner Volksvertreter! Daraufhin wurde ihm eine Resolution übergeben, in der er aufgefordert wurde:

- die gefeuerten Schüler wieder einzustellen
- alle Verweise, Androhungen von

Entlassungen und Hausverbote sofort zurückzunehmen

auf einer öffentlichen Schülerversammlung seine Maßnahmen politisch zu begründen.

Außerdem wurden freie Vollversammlungen der Schüler während der Schulzeit und das Streikrecht für Schulleitungen gefordert. Am 27.3. wurde eine breite Aktionswoche der verschiedenen sozialistischen und demokratischen Organisationen gebildet, am 24. fand eine weitere Demonstration statt.

Die Maßnahmen des Bremer Senats zeigen uns deutlich, wie hart die Schulbürokratie vorgeht, wenn sie die Ausbildung an den Oberschulen, die die Fertigungstellung von Intellektuellen, die dem kapitalistischen System treu ergeben sind, zum Ziel hat, bedroht nicht und wenn die Gefahr besteht, daß größere Teile der Oberschüler in ihren Kämpfen über den engen Rahmen der Schul- oder Standespolitik hinauskommen. Der Terror der Schulbürokratie richtet sich natürlich insbesondere gegen diejenigen, die hierbei den Weg zeigen und zum Bündnis mit der Arbeiterklasse aufrufen, die der wichtigste Faktor im Kampf gegen den allgemeinen Abbau der demokratischen Rechte ist.

Dabei sind die reaktionären Maßnahmen des Bremer Senats durchaus keine isolierte Einzelerscheinung, sondern sie stellen zusammen mit den Berufsverböten, mit dem neuen Hamburger Schulverfassungsgesetz u.a. eine Linie dar, besser. Diese Maßnahmen sind erst die Vorboten einer „harten Welle“ an den Schulen und Hochschulen, die die Mundtotmachung und Einschüchterung aller Demokraten und Kommunisten im Ausbildungsbereich, eine weitgehende Entrechtung und Disziplinierung der Schüler zum Ziel hat, um die Intellektuellen fest in den Griff der Kapitalisten zu bekommen.

Das Beispiel der Bremer Schüler zeigt uns aber auch, daß man solche Angriffe nicht hinnehmen muß, sondern daß es durchaus einen wirksamen Kampf und wirksamen Kampf gegen die Verteidigung unserer Rechte gibt.

1970 an. Diese Hauptorientierung hat auch zu einem Erfolg geführt, so daß trotz Verunsicherung und Differenzierung einzelner Mitglieder des Elternrates bei Neuwahlen die Stimmengabe einfach für sich gesprochen haben.

Dem Elternrat wäre das nicht möglich gewesen, wenn die Eltern in dieser oder jener Frage den Eindruck gehabt hätten, daß der Elternrat seiner selbst wegen oder aus irgendwelchen anderen persönlichen Motiven heraus jetzt irgendwas unternehmen will. Das hätten die Eltern gespürt. Das war nicht der Fall. Sie haben erkannt und das ist eben die Frage der Schaffung eines Vertrauensverhältnisses als Voraussetzung für solche Dinge, daß hier ein Elternrat am Werke ist, dem es – bei allen Schwächen und allen gemachten Fehlern – ganz erheblich um das Problem der Kinder an dieser Schule geht.

„AK“: Wie haben die Schulbehörde und die Vertreter der verschiedenen Parteien auf ihre Aktion und insbesondere auf den Streikbeschuß reagiert?

Kolbe: Darauf möchte ich, abgesehen von der Differenzierung, die ich schon erwähnte, jetzt nicht antworten; wir als Elternrat haben eine Dokumentation fertiggestellt, die Auskunft und Aufschluß über diese Frage gibt, und wir sind gerne bereit, diese Dokumentation ihrer Zeitung zur Verfügung zu stellen. Wir haben sowieso die Absicht, sie allen Zeitungen zu geben.

„AK“: Woher kommt es, daß die Eltern wie auch der Elternrat ihrer Schule so geschlossen vorgehen? Das geschieht doch sicher trotz unterschiedlicher Auffassungen, z.B. trotz verschiedener parteipolitischer Orientierung. Wie ist das erreicht worden und kann diese Einheitlichkeit als gesichert gelten?

Kolbe: Die Einheitlichkeit ist eine Sache, die erarbeitet werden muß, und der Elternrat war sich über die Wirkung dieser Einheitlichkeit mit den Eltern der Schule klar. Genau wie hier diese Einheitlichkeit erarbeitet werden muß zwischen Elternrat und Eltern der Schule, muß auch ständig an der Einheit im Elternrat gearbeitet und gearbeitet werden. Natürlich gibt es dort unterschiedliche Auffassungen und Meinungen, aber wie gesagt, wir gehen davon aus, daß das Interesse der Kinder an der Schule untrennbar ist, und wir messen eigentlich alle Meinungen, alle Auffassungen eben an dieser Frage. Das hat geholfen, immer wieder diese Einheit zu finden zu bringen, auch dann, wenn es den Anschein

hatte, daß sich die Differenzen verhärteten könnten. Von der Einheit kann man nie sagen, daß sie endgültig ist und bleibt, sondern sie muß ständig wieder neu erreicht und erarbeitet werden, genau wie ständig Vertrauen, worüber ich im Zusammenhang der Studenten einiges gesagt habe, neu errungen, neu erwirkt werden muß. Und hier ist ausserordentlich das Verhalten des einzelnen zur Sache, um die es geht.

„AK“: Der Streikbeschuß hat zu einem gewissen Erfolg geführt. Der Schule sind drei neue Lehrkräfte zugestellt worden. Ist das ein Erfolg, auf dem man sich gewissermaßen ausruhen kann, wie sieht die aktuelle Situation aus?

Kolbe: Nein, ganz im Gegenteil, das war kein Erfolg, von dem man sagen kann, daß man sich jetzt ausruhen könnte. Die Situation hat sich natürlich zu dem Zeitpunkt an der Schule verbessert, obwohl wir die Zusage von drei Lehrkräften etwas anders aufgefassen haben als von der Schulbehörde gemeint war. Denn wir bekamen keine drei neuen Lehrer, sondern Referendare mit einem 12-Stunden-Lehrauftrag.

Ich will hier nicht auf die Schwierigkeiten eingehen, die jetzt wieder für den Schulleiter entstanden sind, um die Referendare wirklich wirkungsvoll einzusetzen. Zumindest ist aber zu fragen, wieweit die Methode, Referendare auf Kosten ihrer eigenen Referendarausbildung früher in den Unterricht zu schicken, der Steigerung der Qualität dient. Ich bin der Meinung, daß die Ausbildung der Lehrer qualitativ sehr zu wünschen übrig läßt, und insofern wird eine solche Maßnahme natürlich auch sehr fragwürdig. Es ist ja bekannt, daß eine ganze Reihe von Referendaren gegen diesen Einsatz zur Wehr gesetzt hat und gesagt hat: wir fordern eine gründliche Ausbildung und möchten nicht halbfertig in den Unterricht der Klassen gehen und damit unsere Halbfertigkeit auf die Kinder abwälzen. Das scheint mir ein sehr richtiger Standpunkt zu sein, leider ist das auch keine erdrückende Mehrheit, sondern eine Minderheit von Referendaren, die diesen Standpunkt vertritt.

Aber ein Erfolg ist es ja dennoch gewesen, wenn man davon ausgeht, daß der Schwerpunkt darin liegt, die Eltern einzubeziehen. Daher war das sogar ein sehr großer Erfolg, weil es dazu geführt hat, das Vertrauensverhältnis zwischen Elternrat und Eltern noch stärker zu gestalten. Das ist eigentlich die Hauptsache des Erfolges, den wir in diesem Zusammenhang erreicht haben.

Aktion Kleine Klasse „Hoppla, wir kommen!“

AK: Herr Kolbe, es gibt Organisationen bzw. Initiativen, die nach eigenen Aussagen neuartigen „Berufen“ sind in Sachen Schulkampf: z.B. die Lehrerwerkstatt GEW und die „Aktion Kleine Klasse“. Welche Erfahrungen haben Sie mit der Politik dieser Gruppen gemacht, wie halten Sie von der Forderung der „Aktion Kleine Klasse“ nach Klassenstreik von 25 Kindern ab Sommer 1973?

Kolbe: Die Forderung ist richtig. Wir müssen natürlich Klassenfrequenzen von 25 Kindern erreichen. Nur stellt sich die Frage, ob diese Forderung zu Zeit – und zwar unter dem Gesichtspunkt des Standes der Entwicklung des Bewusstseins der Eltern – politisch richtig und der schulischen Realität angemessen ist.

Man muß hier etwas genauer herangehen. Die Forderung „Kleine Kinder – Kleine Klassen“ ist eine Forderung der GEW, basierend auf dem Handlungsplan der GEW, und man muß sehen, wie dieser Handlungsplan der GEW zustande gekommen ist, was er ist. Seit längerem versucht offenbar eine kleine, aber doch sehr zielstrebig auftretende und verantwortungsbewußte Gruppe von Lehrern innerhalb einer Gewerkschaft, die GEW auf eine fortschrittliche, kämpferische Bildungspolitik zu verpflichten. Das Ergebnis der Aktivität dieser Gruppe von Lehrern, nämlich der Handlungsplan als Endergebnis einer Reihe von Kompromissen – um nicht zu sagen: von zum Teil feilen Kompromissen – und der Verlauf der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen beweisen eigentlich schon, wie unterschiedlich die Auffassungen in der Mitgliedschaft der GEW sind, welche Kräfte dort wirken, welche Kräfte dort den Haupteinfluß ausüben, und inwieweit es richtig und wichtig für die Eltern ist, sich an dieser GEW bei der Führung des Kampfes zu orientieren.

Die „Aktion Kleine Klasse“ hat Anfangs 25 Kinder für alle Klassen gefordert. Denn hat sie sich dem Argument gebeugt, daß das nicht realistisch sei, und gesagt: Gut, dann fordern wir also 25 Kinder für das neue Schuljahr Herbst 1973, für die dann neu eingeschulten ersten Klassen und verwirklicht es auf diese Weise – Jahr für Jahr – die obige Forderung.

Erlaubt man sich nun schon, von dieser „Aktion Kleine Klasse“ zu sprechen, schon fällt doch auf, daß diese Leute, bei allem guten Willen, jetzt aber nach der Methode „Hoppla, wir kommen!“ glauben, von oben herab, ohne die nötige Basis, eine breite Massen-

bewegung organisieren zu können, die diese Forderung durchsetzt. Das ist nicht möglich.

Ich bin sogar der Meinung, daß es auch in diesem Kreis Kräfte gibt, von denen man sagen kann, daß hier ein politisches Spiel mit vertriebenen Rollen gespielt wird. Ich denke dabei an die Auseinandersetzungen in der GEW über die Abschaffung der Mitgliederversammlung zugunsten einer Delegiertenkonferenz, wobei es sicher eine Mehrheit in der GEW für die Einführung einer Delegiertenkonferenz geben wird, weil ein sehr hoher Prozentsatz der Lehrer eben doch der Auffassung ist: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht.“

Diese Dinge sind in der Wechselbeziehung zur „Aktion Kleine Klasse“ zu sehen.

Hinzu kommt aber noch bei dieser „Aktion Kleine Klasse“, daß dieser Kompromiß nur für die erste neu einzuschulende Klasse 25 Kinder zu fordern, auch wieder die typische Politik ist, die in Richtung der Spaltung geht. Ich möchte hier an das erinnern, was ich im Zusammenhang der Studenten gesagt habe: Die Erfahrungen der Mehrheit der Bevölkerung und insbesondere der Arbeiter, daß immer dann, wenn eine besondere Gruppe vorgeprescht war, Bündnispartner gesucht hat und ihr Ziel erreicht hat, alle diejenigen, die sich für das Ziel eingesetzt haben, leer ausgegangen sind.

D.h., hier wird von vornherein geteilt, und ein Großteil von Eltern, die durch das ganze kapitalistische System so erzogen sind, sagt: Die Sache betrifft mich nicht, meine Kinder gehen in die 5., da sollen sich die Eltern der 1. Klasse drum kümmern. Und das ist der Hintergrund, der auch gewollt ist, jedenfalls von der herrschenden Klasse. Ob nun bewußt oder unbewußt – das mag dahingestellt sein – die Wirkung hat es; objektiv erledigen die Leute der „Aktion Kleine Klasse“ das Geschäft der herrschenden Schicht zur Aufrechterhaltung der Klassenschule, weil sie die vorhandene Unruhe unter den Hamburger Eltern auszunutzen und zwangsläufig durch eine solche einseitige Forderung, die in Richtung der Spaltung der Kräfte geht, Niederlagen organisieren.

Dadurch wird das unter den Menschen ohnehin schon stark vorhandene Bewußtsein, daß ja doch alles keinen Zweck hat, noch verstärkt. In dieser Frage gibt es Parallelen zu Erfahrungen aus der Arbeiterbewegung, und besonders der deutsche Faschismus hat hier tiefe Spuren unter den Arbeitern hinterlassen.

Diese Sache ist sehr gefährlich, und man muß aufpassen, daß kein Unheil angerichtet wird gerade an den Schu-

len und unter den Eltern, bei denen wir bei der Entwicklung zu verzeichnen ist, durch Abbau des Egoismus die Gemeinsamkeiten zu suchen und zu festigen. Eine Entwicklung, die jetzt die Orientierung auf die Elternräte des Kergelheits Altona genommen hat, nachdem die Versuche, über den Kreisleiter weiterzukommen, aufgrund der Struktur und Zusammensetzung dieses Gremiums gescheitert waren. Eine Entwicklung, die immer von der Basis her aufgebaut wurde und nicht von oben aufgefropft wurde.

Es gibt also ganze Reihe Beispiele, wie man versucht, die eine oder andere Sache von oben aufzupropfen oder sich anzueignen, um dann politisches Kapital daraus zu schlagen. Die Leute der „Aktion Kleine Klasse“ hängen sich zumindest objektiv an die bürgerliche Bewegung an den Schulen an, nicht um sie wirklich zu unterstützen in der Richtung, die genommen werden muß und die genommen werden ist, insbesondere hier im Kerngebiet, sondern um sie aufzusetzen und dieser ganzen Entwicklung ihre Forderung schwerpunktmäßig aufzudrücken. Das muß natürlich verhindert werden.

„AK“: Herr Kolbe, allgemein gesehen gibt es noch wenig Aktivitäten der Eltern und vor allem der Arbeiterklasse im Schulkampf. Nun mobilisieren die Sozialdemokraten, z.B. mit der „Aktion Kleine Klasse“, welches Interesse hat die Sozialdemokratie daran, abzuhaken sie sich nicht damit ins eigene Fleisch? Kolbe: Ich weiß nicht, ob es Sozialdemokraten sind, die das organisieren. Deren Parteizugehörigkeit interessiert mich auch nicht. Es ist aber zu vermuten. Letzten Endes gibt es Beispiele aus der jüngsten Zeit dafür, wie so etwas geschieht. Ich denke dabei an die Juxos. Die Juxos vertreten in Worten sehrbair fortschrittliche, „radikale“ Forderungen. Ihr Vorsitzender Roth sagte einmal in einem „Stem“-Interview, daß sie den Einfluß der Kommunisten gering halten würden. Das muß man in der Wechselbeziehung zueinander sehen. Das zeigt, daß hier Kräfte am Werk sind, die mit vorteiligen Rollen spielen. Das ist eine Methode, die jüngsten Teile der Bevölkerung und insbesondere der Arbeiterklasse, die sich ihrer Interessen bewußt werden und die anfangen, sich auf ihre eigene Kraft zu verlassen, hier der Stange zu halten. Denn die Juxos sind wie sie selbst immer wieder betonen, ein fester Bestandteil der Sozialdemokratie. Für dieses Vorgehen gibt es auch in der ganzen Geschichte der Arbeiterbewegung Beispiele.

Drinker - Benz Westharm:

Auf, zum Betriebsrat!

Nach dem ersten Abschluß in der Metallindustrie und den Versuchen einzelner kampfstarker Betriebsräte, die 11% doch noch durchzusetzen, lassen allein bis Mitte Februar ca. 500 Betriebe der Metallindustrie die innerbetrieblichen Zulagen erhöht, um eventuellen weiteren Kämpfen vorzubeugen. Viele davon waren Großbetriebe, darunter die Daimler-Benz AG. So wurde die effektiv erreichte Lohnsteigerung von 8,5% auf 11% für die großen Werke angehoben. Die Kollegen dieser Werke hatten in der Metallindustrie 1971 im wesentlichen die Kämpfe getragen. Ihre Verweigerung hatten eigene Z.T. höhere Forderungen aufgeworfen und die Entschlossenheit, wenigstens die offizielle 11% Forderung durchzusetzen. In der letzten Tarifrunde durch Westharm bestätigt.

Die kleineren Werke in Bad Homburg, Düsseldorf und Westharm sollten diese Zulage nicht bekommen. Die Betriebsräte in diesen Werken wurden Anfang Februar abgeschlossen. Doch erst Ende Februar hörte man davon im Westharm Werk. Ein Grund dafür war sicher die mangelnde Informationsverbindung zwischen den Betriebsräten innerhalb des Konzerns.

Die Konzernleitung und speziell Schreyer als Personalchef und Verhandlungsführer der Metallarbeitern hatten jedoch kein Interesse daran, daß diese Korrektur des 8,5%-Abschlusses noch oben zu schnell an die Öffentlichkeit kommt. Sondern, um innerhalb des Konzerns ein Nachgeben der Betriebsräte zu verhindern. Zum anderen, um den niedrigen Abschluß im Betriebsrat der Metallwerke voll als Niederlage wirken zu lassen.

Als die Angelegenheit durch die Lohn-

steigerungen in der Metallindustrie bekannt wurde, wurden die innerbetrieblichen Zulagen des 8,5%-Abschlusses als Bruch der Tarifdisziplin durch einzelne Firmen kritisiert und bestritten, daß kein Anlaß zur Korrektur des Tarifvertrages nach oben bestehe. Die Kapitalisten versuchten hier ihren Erfolg zu sichern und gerade in Hinblick auf die noch anstehenden Tarifrunden eine Durchschiebung der Lohnsteigerung zu verhindern.

Auf der anderen Seite wurden auf mehreren IGM-Versammlungen aufgrund der Unzufriedenheit der Kollegen Neuverhandlungen gefordert. Selbst Minister Ehrhart war zurückhaltend in der Sache zu profitieren, indem er an die Kapitalisten appellierte, Zugeständnisse zu machen, um „soziale Unruhe in den Betrieben“ zu vermeiden.

Die öffentliche Diskussion zierte auf Anhebung der Lohnsteigerung. Dagegen stand aber die Absicht der Konzernleitung, die Lohnunterschiede zwischen den großen und kleinen Werken zu erhalten.

Die Diskussion im Betrieb beginnt

In dieser Situation wurde vom Westharm Betriebsrat die Forderung nach 2% Zulage gestellt. Unter den Vertrauensleuten begann die Diskussion über die Ausweitung der Verhandlungen und eventuelle Kampfmaßnahmen. Dabei konnten sie sich auf die ständige Information durch den Betriebsrat stützen. Unter den Kollegen fand die Sache anfangs keine große Beachtung. Die meisten hielten sich mit dem Ergebnis der Tarifrunde abgefunden. Anders dagegen

hatten die Resolution des VK vom Dezember 1971, in der die Große Tarifkommission aufgefodert wurde, die 11% voll durchzusetzen, noch nicht verwirklicht. Da aber die Resolution damals nicht breit diskutiert wurde, blieb davon auch nicht viel übrig. Aufgrund dieser Stimmung hatte der Versuch der Vertrauensleute, schon bei Übergabe der Forderung an die Geschäftsleitung durch Diskussionen über die Abrechnungsprobleme, die die rechten Sozialdemokraten in der Gewerkschaft die gleiche Horn stießen, konnte sich die GL dabei auf den früheren Betriebsrat stützen. So wurden in Zusammenarbeit mit dem BR Rationalisierungen durchgeführt, die dem mit dem Argument, „in Westharm sind die Kollegen damit zufrieden“ auf andere Werke übertragen wurden. Die Pro-Kopf Leistung liegt im Vergleich mit dem Niveau in Westdeutschland während der Effektivität und Zulagen darunter liegen.

Über die Berechnung gegenüber den westdeutschen Werken wurde die Diskussion unter den Kollegen langsam angekurbelt.

Die Politik der Geschäftsleitung zeichnete sich daher durch aus, die in Westharm von den Kapitalistenverbänden und dem SPD-Betrieb mit der „jüngeren politischen Lage“ erzeugte Angst um den Arbeitsplatz zu ständigen Leistungssteigerungen auszunutzen. Die rechten Sozialdemokraten in der Gewerkschaft ließen gleiche Horn stießen, konnte sich die GL dabei auf den früheren Betriebsrat stützen. So wurden in Zusammenarbeit mit dem BR Rationalisierungen durchgeführt, die dem mit dem Argument, „in Westharm sind die Kollegen damit zufrieden“ auf andere Werke übertragen wurden. Die Pro-Kopf Leistung liegt im Vergleich mit dem Niveau in Westdeutschland während der Effektivität und Zulagen darunter liegen.

In der ersten Antwort vom Vorstand in Unterharm wurde dieser hohe Leistungsstand einfach umgedeutet und argumentiert, in Westharm wurden die Akkordarbeiter zu hoch akkordiert, was gleich mit der Ordnung verbunden wurde, man hätte nur noch keine Zeit gehabt die Westharm Preise der westdeutschen Kalkulation auszusparen. Da-

mit sollten die Kollegen die unterschiedlich abrechnen, gegeneinander aufgehoben werden, die Stimmung „wir sind selbst Schuld“, erzeugt werden, und dahinter die Ordnung mit der Neukalkulation wirken lassen.

Die Kollegen, die der ganzen Entwicklung noch teilnahmen gegenüberstanden, wuchsen diese Fraktion. Doch es gelang ihnen, die durchsetzten, durch mehrere Diskussionen über die Abrechnungsprobleme diesen „Bühnenwechsel“ aufzubrechen. Der entscheidende Stimmungswandel trat ein, als die Vertrauensleute des unterharmischen „Angewandten“ aus Unterharm bekannt machten.

Für die Akkordarbeiter keine Zulage, für die Facharbeiter 2%, aber nur, wenn der Betriebsrat der Einführung des Leistungslohns bei den Facharbeitern zustimmt.

Probleme bei der Organisation des Kampfes

Die Werkzeugmacher hatten über zwei Jahre die Einführung des Leistungslohns verhindert, als es bereits wurde. Hiermit ihre Haltung durch einen Wendebrief bekräftigt und damit auch den früheren BR daran gehindert, zuzustimmen, was er bei einer anderen Abteilung schon getan hatte.

Die „Angewandten“ waren von den Kollegen bereits als Erpressung bezeichnet. Nicht die 2%, waren mehr das Wichtigste, auch das Abrechnungsproblem trat zurück. Die Erpressung war der Punkt. Der Betriebsrat lehnte ab. Die Diskussion wurde leiser geführt. „Jetzt kann nur noch Druck der Stört werden. Aber wie zieht man das auf, so wie es aussieht.“

Der größte Teil der Vertrauensleute war unzufrieden in der Organisation von Streiks. Sie hatten auch keine Sitzung stattgefunden, von der Probleme zur Sprache kommen konnten. Unter den Kollegen gab es viele die sagten, daß man „keine Gewalt“ anwenden dürfe. „Der Gesamtbetriebsrat soll sich um die Sache kümmern. Wir haben ja mal ne

hatte Stunde getroffen. Aber da ist uns die Zeit nicht bezahlt worden.“

Andere sagten: „Da gibt es nur eins. Da gehen wir alle auf den Hof. Da haben wir dann auch gemacht.“

Der letzte Streik lag schon mehrere Jahre (!) zurück, und bei der nächsten Aussparung 1971 hatte der BR die morgens von Tor befreit, damit die Geschäftsleitung ihre Arbeitsunfähigkeit (!) demonstrieren, um „den Kurzarbeitslohn zu verhindern“. Von der Ortsverwaltung wurde nicht erwartet. „Der Tarifrieder“ verbot sich schließlich der Gewerkschaft die Durchführung von Kampfmaßnahmen. Außerdem war von rechten Sozialdemokraten in der Diskussion unter Gewerkschaftsfunktionären über den Streikstrahl und einen möglichen „heißen Sommer“ die Drohung ausgegangen worden: „Bei uns ist Ruhe die erste Bürgerpflicht.“

Dennach „Die Unterstützung der OV wird gebraucht. Dann viele Kollegen gehen eher mit, wenn die Sache offiziell ist.“

„Der Betriebsrat ist durch den Bay VU an den Betriebsräten gebunden. Gerade in dieser Situation, um einen Überblick gebracht wird, er ist kaltschuldig. Aber er kann hier schnell Information ergo.“

Nach den Erfahrungen bei Hoesch schienen manchen Vertrauensleuten Vorstehungen gegeben. Offiziell dürfen wir das nicht machen.“ Es blieb nur eine: „Die Kollegen müssen das selbst machen.“

An dieser Diskussion über den „Hagden“ Charakter des Kampfes, die auch nur unter wenigen Vertrauensleuten geführt wurde, hatten auch die Kollegen zu streikenden Ereignissen Interesse, „daß etwas gemacht wird“. Manche glaubten jedoch tatsächlich zu wissen, daß Streiken „überhaupt verboten“ sei.

Da ein richtiger Streik bei der großen Unzufriedenheit unter den Kollegen und wegen der rechtlichen Bedingungen nicht möglich schien, mußte ein anderer Weg gefunden werden. Man nahm sich die BVG wieder vor. „Wer nur auf die Buchstaben steht, dem wird angst und bang. Man muß die Lücken finden.“ Die Informationspflicht des BR war der Angelpunkt. Verbunden mit dem Informationsrecht der Arbeitnehmern

Eugen Loderer in Hamburg:

GRENZEN GEZOGEN!

Am 13. April fand im Hamburger Gewerkschaftshaus die erste „große Funktionärerversammlung“ der IG Metall seit einem halben Jahr statt. Etwa 700 Kollegen waren hierzu erschienen.

Zwischen der letzten Versammlung und der am Freitag lagen mittlerweile Ereignisse von großer Bedeutung für die gewerkschaftlich organisierten Kollegen: eine abgelaufene Metalltarifrunde liegt hinter uns, die Vertrauensleute wählen der IG Metall sind fast überall abgeschlossen.

Von solten der IGM-Führung sind diese Ereignisse unter größtmöglicher Ausschaltung der Mitgliedschaft durchgezogen worden. So fand während der Tarifrunde oder vor den Vertrauensleutewahlen überhaupt keine Funktionärerversammlung statt.

Stattdessen wurden in der ersten Februarhälfte nur die Vertrauenskörperschaften, die Betriebsratsvorstände und die Ausschüsse für die Vertrauensleutewahlen – also ein kleiner Kreis von Funktionären – zu einer Sitzung zusammengeholt (s. hierzu Artikel in ARBEITERKAMPF 26).

Den Gewerkschaftsführern war die wachsende Kritik der Mitglieder und vieler Funktionäre bekannt. Im ARBEITERKAMPF 26 vom März schrieben wir zum bevorstehenden „Besuch“ Eugen Loderers:

• „Über das schämliche Vorgehen der IGM-Führung in der Lohnrunde 72/73 soll zunächst Gras wachsen, und die Vertrauensleutewahlen sollen langsam passend sein, wenn am 13. April Eugen Loderer zur nächsten „Großen Funktionärerversammlung“ in Hamburg erscheint.“

Und am Freitag waren sie alle da: der IGM-Vorsitzende Loderer, 3 Mitglieder der Bezirksleitung unter Führung Otto vom Steegs und Jonni Müller als Versammlungsleiter.

Rechtfertigung der Tarifpolitik

In dem Hauptreferat von Loderer, das über 1 und 1/2 Stunde ging, zog er zunächst einmal alle Register der in den letzten Wochen bekannt gewordenen Vorstandsmomente, um den 8,5%-Abschluß vom Januar zu verteidigen:

- die wirtschaftliche Lage war Ende 1972 noch nicht so deutlich einschätzen, wie jetzt („hinterher ist man ja immer klüger“), der Vorstand ist von Preisteigerungen von 5,5% ausgegangen, Preisteigerungen in dem Ausmaß und die ständigen Währungsrisiken waren nicht vorhersehbar.
- Die Tarifrunde begann in der Stahlindustrie, die Ausgangslage war insofern schlecht, als die „Gewinnlage (!) in diesem Bereich schlecht war“.
- schuld war auch das Aufstellen einer linearen Forderung in Nordrhein-Westfalen, da auf diese Art und Weise keine „leistungsrechte“ Bezahlung erreicht wird.

Loderer's Fazit: hätten wir das alles vorher gewußt, ja dann ...

Und die Konsequenzen daraus: zunächst müssen wir als Gewerkschaft uns an die Verträge halten, „der Vertrag ist Gesetz“. Darüber hinaus will der Vorstand „alles ihm Mögliche tun, mehr für die Arbeitnehmer zu erreichen“.

Er wandte sich dann scharf gegen alle jene, die versuchten, bestehende Verträge zu „unterlaufen“: die Unternehmer, die von sich aus freiwillig mehr als Tarif geben und diejenigen Betriebsräte, die in eigener Regie mit den Unternehmern Verhandlungen um mehr Löhne führen. „Hierdurch (wird) die Einheit der Organisation gefährdet“.

In seinem weiteren Vortrag versuchte Loderer die Kritik der Mitglieder um Tarifabschluß abzuschwächen, indem er meinte: „Politik der Gewerkschaft heißt nicht nur, über höhere Löhne zu

verhandeln, sondern schließt alle Lebensbereiche der Arbeitnehmer mit ein“. Um dann hinterher lang und breit sich über „Vermögensbildung“ und „Mitbestimmung“ auszulassen.

In der Diskussion heftige Kritik

In der sich anschließenden Diskussion meldeten sich mehr als 20 Redner zu Wort. Drei Viertel der Redner setzten sich sehr kritisch mit dem Referat auseinander, während die Unterstützung für Loderers Ausführungen so schwach war, daß die Gewerkschaftsführer sich gezwungen sahen, ihre eigenen Leute zu diesem Zweck aus Mikrophon zu schicken. Ottmar Günter von der Vorstandsverwaltung, Otto vom Steeg aus der Bezirksleitung und Erhard Prehm

anwesend; so wurde auch der Antrag, die Rednerliste zu schließen, von der Mehrheit abgelehnt.

Ein Gespenst geht um ...

Wir wollen an dieser Stelle nicht noch einmal ausführlich auf die einzelnen Aussagen Loderers eingehen, sondern das Schwergewicht auf die Art und Weise legen, wie die Gewerkschaftsführer mit der Kritik der Mitglieder umgehen – wie sie versuchen, die anwesende Kritik mundtot zu machen.

In der Hamburger Verwaltungsteile ist die Unsicherheit, Länge und einseitige Reden auf Funktionärerversammlungen halten zu lassen, schon längst Praxis.

Genauso praktizieren die Gewer-

METALLARBEITER abwenkte („in dieser radikalen Zeitung Blatt 4 ist alles erstunken und erlogen“) und den Rednern vorhielt, sie würden mit Argumenten aus dieser Zeitung kommen, versuchte er, von den Inhalten der Kritik abzulenken.

Stattdessen baute er das Gespenst der von „einigen Extremisten“ gefährdeten Einheit der Gewerkschaft auf. In dieser Situation darf nicht gezögert werden, darf es keine Differenzen geben – „die Grenzen des, was die Organisation (gemeint sind die hauptamtlichen Funktionäre) dulden kann, müssen gezogen werden“.

Loderer selbst empfand sich dann für diese „Ausnanderetzung“, „Buzgen (gemeint ist die wachsende Kritik der Mitglieder) müssen wir kimpfen – ich werde dabei an vorderster Front sein“.

Die Linie ist klar – Loderer hat die Grenzen gezogen: Zwar droht den Gewerkschaftsführern keine unmittelbare Gefahr ihrer Machtposition, zwar können sie ihre Politik nach wie vor durchsetzen, jedoch eines wird deutlich:

Die objektive Schwäche der Politik der heutigen Gewerkschaftsführer, in Erfüllung der Aufträge der Kapitalisten bringt sie zusehends in Schwierigkeiten, diese Politik den Mitgliedern glaubhaft zu machen.

Vielmehr begünstigt diese Schwäche das Aufkommen von Kritik.

An diesen Tatsachen kommen die Gewerkschaftsführer nicht vorbei, was sie wohl wissen. Was sie verhindern wollen, ist die politische Bewusstwerdung dieser Kritik – ist das Abwenden der Mitglieder von der durch den Gewerkschaftsvorstand dirigierten Linie hin zu einer konsequenten Klassenpolitik in den Gewerkschaften.

Die Gewerkschaftsführer können den Widerspruch zwischen ihrer Politik und dem Willen, den Bedürfnissen der Mitglieder nicht beseitigen, es sei denn, sie räumen freiwillig das Feld. Um aber das Feld in der Hand zu behalten, müssen Schuldige her.

„Die Feinde der Organisation“, das sind die Kommunisten, die mit ihren „Spaltungsmanövern“ die Organisation „unterwandern“ wollen.

Die Kollegen, die ähnlich argumentieren wie die Kommunisten (was gar nicht zu umgehen ist, da die Kommunisten mit Tatsachen arbeiten) werden zu deren Handlaren ernannt.

Ein solches Vorgehen, wie es Loderer in Hamburg gemacht hat, folgen dann die Taten: Boykottierung der gewerkschaftlichen Arbeit dort, wo sie nicht auf Linie ist; Ausschlussterror, wie er zur Zeit wieder verstärkt praktiziert wird (erstmalig wieder in größerem Umfang seit dem Verbot der KPD 1956).

Dabei wird folgendes erreicht: die Fronten sollen geklärt werden (du bist doch nicht für die Kommunisten, oder? Also bist du für uns!) – die sogenannte „schweigende Mehrheit“ soll mobilisiert werden.

Eine weitere Eskalationsstufe hat der IGM-Beirat unter Vorsitz Loderers nur zwei Tage nach der Funktionärerversammlung beschlossen: alle Mitglieder außerhalb der DKP stehender kommunistischer Organisationen und ihnen nahestehende Kollegen sollen zukünftig aus der IG-Metall ausgeschlossen werden.

„Welt“ vom 17. April 73
„Die Zielsetzungen und Aktivitäten der unter den Bezeichnungen KPD KPD/ML, KPD/AO, Arbeiter – Baste – Gruppen, Kommunistischer Bund, Kommunistischer Arbeiterbund und Kommunistischer Arbeiterpresse tätigen linksextremistischen Gruppen und der von ihnen getragenen sogenannten revolutionären Gewerkschaftsopposition sind gewerkschaftsfeindlich. Die sogenannten Gruppierungen werden zu gemeinsamen Organisationen erklärt. Die Zugehörigkeit zu diesen Organisationen ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Industriegewerkschaft Metall. Mitglieder der Industriegewerkschaft Metall, die sich an diesen gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten beteiligen oder diese unterstützen, verstoßen gegen die Interessen unserer Gewerkschaft und müssen mit dem Ausschluss rechnen.“

An die Kommunisten geht die Aufgabe, diese Politik aufzudecken – für uns heißt eine Konsequenz aus dieser Versammlung: den von Loderer geworfenen Fehdehandschuh aufnehmen, die Diskussion besonders mit den Kollegen zu führen, die auf der Versammlung ihren Unmut und ihre Kritik geäußert haben – und im Kampf um eine konsequente Klassenpolitik der Gewerkschaften den Kampf gegen Antikommunismus und Ausschlussterror zu organisieren.



von der Ortsverwaltung müßen ren, die Vorstandsliste zu verteidigen. Hauptkritikpunkt in den Beiträgen war die von den Gewerkschaftsführern praktizierte Sozialpartnerschaftsbindung in der Tarifpolitik.

Die Kollegen forderten Tarife, die sich an den Bedürfnissen der Arbeiter und Angestellten und nicht an der kapitalistischen Wirtschaftslage orientieren.

Unter viel Beifall wies ein Kollege auf den Streik der Druckarbeiter hin, in dem deutlich geworden ist, daß nur der Einsatz gewerkschaftlicher Stärke die Unternehmer zum Nachgeben zwingt.

Gewerkschaftsführer seit langem, ihren Gastrednern, die oft, wie z.B. Loderer, geschulte Demagogen sind, die Möglichkeit zu geben, die Kritik der Mitglieder, ihre einzelnen Beiträge zu zerfetzen. Dabei gelingt es einem gewiesenen Verdrehungskünstler vielfach, gehaltene Beiträge einfach zu entstellen, ohne daß der Redner die Möglichkeit erhält, hiergegen zu argumentieren.

Eine besondere Variante dieses Vorgehens lieferte Loderer in seinem Schlussbeitrag. Hatte er in den zwei Stunden Diskussion nicht viel zu lachen gehabt, so wollte er jetzt die Gelegenheit benutzen, die Dinge wie-

Scharf verurteilt wurde das Verhalten des IGM-Vorstands in den Streiks bei Hoesch und Mannesmann.

Ein weiterer wichtiger Punkt in den kurzen Referaten war die in der gewerkschaftlichen Demokratie – diese Tarifrunde hat wieder einmal sehr deutlich gezeigt, daß mit der Möglichkeit des Vorstands, jede Mehrheitsentscheidung der Mitglieder zu Fall zu bringen, stattdessen seine eigenen Vorstellungen durchzusetzen, faktisch der IGM-Hauptvorstand allein über die Richtung der gewerkschaftlichen Politik bestimmt.

Daraus wurden von einzelnen Rednern Forderungen abgeleitet nach:

- Aufnahme der Vertrauensleute in die Satzung (darauf Loderer: „Wir können doch die Vertrauensleute nicht zur Organisation in der Organisation machen“).
- Urabstimmungen über jedes Ergebnis bei Verhandlungen – erst bei Zustimmung der Mitglieder Annahme eines Ergebnisses (darauf Loderer: „Wir können nicht über alle Fragen Urabstimmungen durchführen; dann würden wir vor lauter Abstimmungen nicht mehr zum Arbeiten kommen.“).
- Wahl der Tarifkommissionen in den Vertrauenskörpern.

Heftige Angriffe richteten sich auch gegen die zur Zeit bestehenden Satzungen, die von Kollegen als gegen die Mitglieder gerichtet bezeichnet wurden, denn auf fast alle Kritiken wußten die Gewerkschaftsführer mit einem Paragraphen aus den Satzungen oder Richtlinien des Vorstands zu antworten.

Insgesamt hat diese Versammlung gezeigt, daß die Zahl der aktiven Vertrauensleute, die Zahl derjenigen, die an der politischen Auseinandersetzung interessiert sind und der Politik des IG-Metall-Vorstands kritisch gegenüberstehen, größer geworden ist. Das zeigt Beifall und Reaktion bei vielen Reden, das zeigt das gestiegene Interesse an den einzelnen Diskussionsbeiträgen; denn obwohl die Gewerkschaftsführer auf solchen Veranstaltungen die Hauptzeit für ihre Starredner in Anspruch nehmen, waren noch nach vier Stunden Versammlung etwa ein Drittel der Kollegen

Gegenstand der Diskussion, die Dinge wieder ins rechte (Vorstands-) Licht zu

Einem Gut gewohnter Art lebte sich einmal mehr ein Mitglied der DKP auf dieser Funktionärerversammlung:

Zunächst trug er seine Freude an der Mitbestimmung vor, um von da überzuleiten auf die vom Kreisjugendausschuss geplante Mai-Demonstration und lud alle ein. Dann distanzierte sich von anderen Aktionen zum 1. Mai: „Wenn Gruppen, die mit der Arbeiterbewegung und dem 1. Mai nichts zu tun haben, gegen die Einheit der Gewerkschaft sind, müssen wir diesen eine Abfuhr erteilen.“

Wir können diesem DGP-Mitglied bescheinigen, daß er sich mit diesem Beitrag wiederum einige Punkte bei den Gewerkschaftsführern auf seinem Weg zur Erhöhung einer Gewerkschaftskarriere geholt hat:

1. Er sparte jedes Wort der Kritik an dieser Jugenddemonstration am unmöglichen Ort zur unmöglichen Zeit aus (unsere Stellung hierzu in ARBEITERKAMPF 27, „KB demonstrieren wieder“).
2. er nahm den anwesenden Gewerkschaftsführern die Verpflichtung, sich von den „antigewerkschaftlichen Aktivitäten“ zu distanzieren,
3. er lieferte einmal mehr den Beweis dafür, daß er dasselbe Verständnis von „Einheit der Gewerkschaft“ hat, wie der Vorsitzende Loderer, der diesen Begriff mehrfach strapazierte, um Kritik abzuwürgen.

rufen.

„Ich bin in tiefer Sorge um die Organisation, und ich hoffe, ihr werdet mir einen Teil davon abnehmen“, begann er seine nun folgende Rede gegen die Kritiker.

Die Kritik selbst bezeichnete er als „gefährliche Tendenz“, die der „Einheit der Organisation“ schade. Kritik an der Satzung der IGM wurde mit bewährter Methode vom Tisch gewischt: „Wer sagt, die Gewerkschaft könne ohne Satzung leben, das Gesetz, das sie sich selber gegeben hat, predigt Anarchie.“

Indem er einige Kritiker als „Büperlinka“ bezeichnete (mit einiger Gültigkeit bezeichnend), dabei dann noch den vor dem Gewerkschaftshaus verteilten

Forts. Daimler-Benz

hatten man den Dreh gefunden: „Morgen um Punkt neun nach der Frühstückspause treten alle Kollegen beim BR ein und verlangen in Form einer Delegation den Stand der Verhandlungen.“

Bis zum Feierabend wurden die anderen Vertrauensleute informiert und angefragt, den Kollegen Bescheid zu sagen. Für viele war die Zeit zu kurz, denn all die Probleme, die in 14 Tagen diskutiert wurden, mußten jetzt in wenigen Stunden geklärt werden. Das war schwer möglich, ohne aufzufallen. Wer in seiner Abteilung alleine stand, ohne Unterstützung von 2,3 Kollegen, die im Büro waren, konnte das nicht schaffen.

Der Marsch zum Betriebsrat

Am nächsten Morgen, Punkt neun, marschierte der Werkzeugausschuss. Aus den anderen Hellen kam eine Gruppe nach der anderen. Die Erleichterung und Begeisterung war groß. Die Unsicherheit und Unklarheit konnte also doch bei vielen beseitigt werden.

Die Beteiligung von 350 Kollegen von 08.1200 der Frühstückspause unter den Bedingungen nicht beschätzbar. Sie wäre größer gewesen, bei der gleichen Unzufriedenheit der Vorbereitungen, wenn mit einer VK-Sitzung die Vertrauensleute in die Diskussion über den Charakter und die Bedingungen der Aktion einbezogen worden wären. Da die Form des Kampfes hohe Anforderungen an das Bewußtsein der Kollegen stellte, hätte die Diskussion breit und über längere Zeit geführt werden müssen.

Die GL herse von den Vorbereitungen nicht mitbekommen, es gelang ihr auch in kaum einem Fall, herauszufinden, welche Kollegen daran beteiligt waren.

Die Information dauerte 1/2 Stunde und die Zeit wurde bezahlt. Der BR sollte die Position der Konzernleitung und seine der Versuche, durch den Hinweis auf die Auseinandersetzungen in der Presse die Ausschüsse der Verhandlungen einzuschüchtern. Er sah dabei allerdings nur die Seite, daß sich die Position in Unterdrückung durch die Kritik nur vertiefen würde. Die Gewährung der Zulage für die Dörscheidt-Werk ohne Kampf zeigte, daß die Dinge in die andere Richtung gingen.

Unter den Kollegen wurde dann nachher in den Abteilungen der Schluß gezogen, daß mit der einen Aktion die Forderung noch nicht durchgesetzt sei. Obwohl viele sagten, daß würde jetzt auch ohne Druck weiterlaufen, waren frühere Zweifel an der Sache, dadurch, daß es geklappt hatte, ermutigt: „Wenn die Konzernleitung wieder

absieht, dann wird wieder rausgegangen!“ Das Selbstvertrauen war größer geworden. Die nächsten Verhandlungen brachten das Ergebnis:

- 2% für die Stunden- und Leistungslöhne ab 1.4.73; Überprüfung der Arbeitswerte mit dem Ziel, sie durchschnittlich um 1 Punkt anzuhoben; Überprüfung einiger „Akkordpreise“ eventuell durch Zeitaufnahmen; auf die überprüften Zeiten eine Erhöhung der Leistungszulage für feststehende Automatenlaufzeiten um 22% 14 Tage Erklärungsdrist.

Der Kompromiß ist offensichtlich: Die Akkordarbeiter bekamen die 2% nicht. Den schon begonnenen neuen Zeitaufnahmen wird schriftlich zugestimmt. Andererseits: Die Erpressung war zurückgewiesen worden. Die Anhebung der Arbeitswerte entspricht 1,6%, die der Laufzeiten 1,8%. Nur werden nicht alle davon profitieren. Diese Zusatzbestimmungen waren so allgemein gehalten, daß sie ganz verschiedene Auswirkungen auslösen.

Das Ergebnis beruht auf einer unsicheren Einschätzung sowohl der Position der Konzernleitung als auch der Kampfbereitschaft der Kollegen. Eine VK-Sitzung hätte eine genauere Einschätzung zumindest der Kampfbereitschaft ermöglicht und der BR hätte gewußt, wieviel die Kollegen mitgehen. Hier waren die Möglichkeiten der Zusammenarbeit von BR und VK nicht ausreichend genutzt worden. Das beruhte vor allem auf der Unsicherheit in der Frage des „illegalen“ Streiks, der innerhalb des BR und der VK-Leitung unter dem Eindruck des Hoesch-Streiks abgelehnt wurde. An der Weigerung des BR, die Vertrauensleute sofort nach der letzten Verhandlung genau über das Ergebnis zu informieren, zeigte sich das deutlich. Er befürchtete, „Unruhe unter den Kollegen“ und meinte, das würde das Ergebnis „gefährden“.

Die geschickte Anwendung des BVG in der schwierigen Situation und die schnelle regelmäßige Information durch den BR hat den Versuch der Konzernleitung, die Forderung der Kollegen in einen Angriff zu verwandeln, verhindert. Andererseits führte das mangelnde Vertrauen des BR und der VK-Leitung in die Kraft der Kollegen zu dem Kompromiß. Durch eine verbesserte Zusammenarbeit des BR mit den Vertrauensleuten, genutzt auf die Kollegen, muß nun verhindert werden, daß die Konzernleitung den Kompromiß ausnützt, um bei den Akkordarbeitern ihr Ziel zu erreichen.

Mit einer breiten Aufklärung über das Verhalten bei Zeitaufnahmen wird begonnen.

KB/Wienheim

Schon wieder: INTERNE KONSEQUENZEN

Angriffe der DGB-Führung auf die Jugendbildungsarbeit in Niedersachsen

Zur Zeit laufen in Niedersachsen mehrere Ausschüsse und Funktionsverbände gegen Kollegen, die hauptsächlich in der Jugendarbeit des DGB, bzw. der Einzelgewerkschaften aktiv waren (siehe auch Artikel im letzten ARBEITERKAMPF). Der letzte Schlag der DGB-Führung ist nun die Beurlaubung der Kollegen Heine und Bergmann, aus der Abteilung Jugend des DGB-Landesbezirks Niedersachsen und Bremen, mit gleichzeitig ausgesprochenen Funktionsverbote, Setzungsgemäß können Funktionsverbote nur von den jeweiligen Einzelgewerkschaften ausgesprochen werden, aber die DGB-Führung, hier der Landesbezirksvorstand (LBV), nimmt es dem nicht so genau.

In der Begründung der Beurlaubung heißt es u.a.: „Übereinstimmung wurde festgestellt (vom LBV), daß die von den Kollegen Heine und Bergmann vertretene Auffassung zur Durchsetzung einer konsequenten gewerkschaftspolitischen Jugendarbeit, wie sie nicht insbesondere durch solche Schlagworte wie „konsequente Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft“ oder „Aktivierung der Basis“ ausgedrückt, in zunehmendem Maße zu unüberbrückbaren Spannungen in der Gewerkschaftsorganisation führt.“

Weiter werden formale, wiederholte Beschuldigungen angeführt, „Kom-

petenzen überschritten“ zu haben. Zum Schluß der Kündigungsgründe wird dann noch „die offen erklärte Bejahung beider Kollegen von Aktionsgemeinschaften mit örtlichen kommunistischen Bündnis...“ angeklagt.

Etwas weniger Schminke als in diesen offiziellen Kündigungsgründen wurde in der LBV-Sitzung angelegt, auf der die Kollegen Heine und Bergmann „verhört“ wurden. Die Hinzuziehung der Mitglieder des Landesbezirksjugendausschusses, über dessen Politik hier mitverhandelt wurde, wurde abgelehnt. Die Erstellung eines ausführlichen Protokolls ebenfalls. (Wir beziehen uns mit den folgenden Zitaten auf ein Gedächtnisprotokoll, das in einer Dokumentation zu diesem Fall enthalten ist. Zu beziehen: BOAKE Kollektiv, 305, Wunstorf, Postfach 231).

In dem exklusiven Kreis der Jugendfunktionäre und des LBV wurde dann festgestellt, Meinte als erster Kollege Drescher, LB-Vizepräsident, Vertreter von Friedens- und Schweigepflicht: der gewerkschaftlichen Jugendarbeit sei die Basis entzogen worden, weil die Einzelgewerkschaften die konkrete Zusammenarbeit mit der Abteilung Jugend des DGB ablehnten, weil sie zu „linksradikal“ sei. Wurde gemeldet: die Abteilung Jugend hätte die „Funktion des Politbüros übernommen“ und die Spaltung innerhalb der Arbeiterschaft angestrebt. Dies würde klar durch die Aufteilung in „konsequente und reaktionäre Kollegen“ (Hans Düvel, IGM). Der Vertreter der GHK meinte: „es fehle die ordnende Hand in der Abteilung Jugend“. „Völlig“ reichte dann Wolfgang Schulze, es stelle sich die Frage, ob diese Abteilung Jugend in der Lage sei, ihre Verantwortung bei der Erziehung junger Menschen zu erkennen.“ Sie habe „die Unfähigkeit der Jugendlichen ausgenutzt“, um eigene Minderheitenpositionen durchzusetzen. Hinter der Politik der Abteilung Jugend stehe eine „politisch versierte Gruppe“, die in die Gewerkschaften hineinwirke und sie damit spalte.

Hinter allen „Argumenten“ stand die Angst vor einer wirklichen Mobil-

sierung der Basis, vor dem Kampf der fortgeschrittenen Kollegen gegen die sozialpartnerschaftliche Politik der DGB-Führung. War doch der Konflikt das erste Mal aufgebrochen, als die Gewerkschaft Jugend eine Stellungnahme zur Tarifpolitik verabschiedete (Konferenz in Steinkirchen). Hinder der schleimigen Betonung der „Verantwortung gegenüber der Jugend“ ist demagogisch die eigene „Verführung“ der Jugend, nämlich der Verkauf an die Interessen der Kapitalisten (Tarifpolitik, „Antikommunistenbeschlüsse“) verborgen. Der LBV hat richtig erkannt, daß die Kollegen Heine und Bergmann ihre Arbeit in der Abteilung Jugend als einen Hebel zur konsequenten gewerkschaftlichen Arbeit benutzt haben, gegen eine friedfertige Zusammenarbeit mit den Kapitalisten (Drescher), gegen eine Gewerkschaftspolitik am grünen Tisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit, d.h. der Masse der Gewerkschaftsmitglieder. Dem LBV wird es auch gelungen, einen Tisch in seinem Haus zu machen, oftmals durch Herbeizölen der Polizei, was offen in der letzten Landesbezirksjugendausschuss-Sitzung angekündigt wurde, falls Heine und Bergmann weiterhin ihre Sache, vor offiziellen Gewerkschaftsgremien vertreten würden, d.h. um Solidarität gegen ihre Entlassung bitten würden.

Nicht zuletzt wird die Liquidation einer fortschrittlichen DGB-Bildungsarbeit und Öffentlichkeitsarbeit dadurch gelingen, daß Niedersachsen zwar tatsächlich eine Basis der konsequenten Jugendbewegung hat, was sich auch auf nationalen Konferenzen widerspiegelt, aber gerade die Abteilung Jugend sich unter falscher Einschätzung der Kräfteverhältnisse zuweit vorgewagt hat. Eine wirkliche Verbindung der von der Abteilung Jugend mit initiierten Diskussionen zu der Jugendarbeit in den Betrieben (und kaum statt).

Unsere Solidarität mit den Kollegen Heine und Bergmann muß auch darin ihren Ausdruck finden, die Jugendarbeit im DGB auf breiterer Grundlage weiter zu entwickeln.

KAG - Göttingen

Kiel: Politische Entlassungen

Kiel: Politische Entlassungen bei HDW und Hagenuk

Im November letzten Jahres wurde der HDW-Kollege Helmut Schlüter wegen erheblicher Störung des Arbeitsfriedens (infantis) entlassen. Damit hatte die Geschäftsleitung die Niederlage der Wortarbeiter bei ihrem Kampf um Weiterzahlung des Tonnagegeldes komplett gemacht (siehe AK 25, Jan./Febr. 73). Die Entlassung Helmut Schlüters ist jedoch kein Einzelfall:

Nach vor der letzten Metallanforderung wurde Alfred Westphal, Streikführer von 1969, IGM-Vertrauensmann und DKP-Mitglied, wegen „zu hoher Ausfallzeiten“ entlassen. Der Kollege Westphal stand schon lange auf der Schwarzen Liste der Werftkapitalisten. Die Arbeitsunfälle und Krankheiten, die er sich auf der HDW „erarbeitet“ hatte, benutzten sie als Vorwand, um ihn im Rahmen einer großen Entlassungswelle endlich loszuwerden.

Den Elektromechaniker-Lehrlingen Hartmut Lindner und Bernd Neumann wurde mitgeteilt, daß sie nach Beendigung der Lehre nicht ins Facharbeiterverhältnis übernommen werden. Grund: „Die Verhaltensweise und das Interesse an den auszuführenden Arbeiten während der Ausbildungszeit“ seien „wenig überzeugend“ gewesen. Die Arbeitskollegen jedoch bestätigen das Gegenteil. Noch kurz vor den Entlassungsmittlungen an die beiden Kollegen wachte HDW in einer Stellenzeile Elektromechaniker. Die Aktivitäten der beiden

Lehrlinge - der eine ist SDAJ-Mitglied, der andere Jugendvertreter - paßten der Geschäftsleitung nicht ins Konzept. Weil sie sich nicht einschleichen ließen, mußten sie nach Prüfungsabschluß die Werft verlassen.

Auf einer Auszubildendenversammlung protestierten die Werftchilinge einhellig gegen die Entlassung der Kollegen Schlüter, Lindner und Neumann. Vor wenigen Wochen wurde einer Kollegen aus der Lehrwerkstatt gekündigt. Sie hatte sich mehreren Operationen unterziehen müssen, und wegen ihrer häufigen Abwesenheit hatte sie die erste Zwischenprüfung nur mit fünf bestanden. Die Begründung der Geschäftsleitung für ihre Kündigung lautete: Wegen der fünf in der Zwischenprüfung bestanden die Gefahr, daß sie das Lehrziel nicht erreichte. Die Idiotie dieser Behauptung zeigt schon, daß etwas ganz anderes dahinter steckt: Die Kollegen hatte sich nicht gefallen lassen und war Meistler und Ausbilder gegenüber unerschrocken aufgetreten. Mit ihrer Entlassung wollten die HDW-Kapitalisten die Lehrwerkstatt, die ihnen schon lange ein spitzer Dorn im Auge ist, zu einem Streik provozieren, der mit größter Wahrscheinlichkeit in einer Niederlage der Lehrlinge enden wird, um dann weitere aktive Kollegen zu entlassen und die übrigen Lehrlinge einzuschüchtern und zu demoralisieren. Auf dieses Manöver sind die Lehrlinge

nicht hereinzufallen. Sie haben damit begonnen, Unterschriftensammlungen gegen diese Entlassung zu organisieren. In der Lehrwerkstatt sind die Unterschriften vollständig, und jetzt werden die Resolutionen in den Betrieb getragen, um die älteren Kollegen in die Solidarisierung miteinzubeziehen.

Der Schlag geht gegen alle

Mitte März wurden bei Hagenuk fünf Kollegen entlassen. Zwei Jugendvertreterinnen werden nach Beendigung ihrer Lehre nicht mehr weiterbeschäftigt. Der offizielle Kündigungsgrund lautet: „Mangel an geeigneter Arbeit“. Die Fadenzeichnung dieser „Begründung“ war von Anfang an klar: Den Jugendvertreterinnen war noch vor kurzen von ihrem Abteilungsleiter zugesichert worden, daß sie nach Lehrabschluß in diese Abteilung übernommen werden, weil dort noch Leute gebraucht werden. Die bereits entlassenen Kollegen kommen aus verschiedenen Berufen, wobei bei den meisten ganz sicher kein Arbeitsmangel bei Hagenuk besteht. Inzwischen sind auch schon einige der entlassenen Kollegen durch Neueinstellungen ersetzt worden.

Im ganzen Betrieb ist bekannt, daß diese Kollegen entlassen wurden, weil vermutet wird, daß sie in der „KPD-ML“ organisiert sind und an deren Hagenuk-Betriebszeitung „Der Angriff“ mitarbeiten. Doch der Geschäftsleiter geht es um mehr als nur um die Entlassung der angeblichen Verführer des „Angriff“.

Gerade in den letzten Monaten haben die Hagenuk-Kapitalisten ihre Angriffe auf die Kollegen nicht widerstandlos durchsetzen können:

Die Fälscheri verweigert Überstunden, weil die Akkordarbeiten mit den besten Zeiten ausgelagert wurden.

Die Werkzeugbauer führen einen erfolgreichen Kampf für höhere Löhne. Eine zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat abgeschlossene Urlaubvereinbarung wurde von einigen Abteilungen in Resolutionen heftig kritisiert.

Mit der Errichtung eines Leitstandes (zunächst in einer Halle, die Ausdehnung auf den ganzen Betrieb ist bereits geplant) haben die Hagenuk-Kapitalisten die Zeichen für eine künftig verschärfte Arbeitsstrategie gesetzt. Mit den politischen Entlassungen soll die gesamte Belegschaft eingeschüchtert werden, und es soll von vornherein verhindert werden, daß sich ein fähiger Widerstand wie z.B. gegen die Urlaubsvereinbarungen oder die verschärfte Rationalisierungsstrategie entwickelt. Der „Angriff“ wird damit von den Kapitalisten als „Bühnenstück“ benutzt: Fortschrittliche Kollegen sollen zu „Aufreißern“ und „Störenfriedern“ abgestempelt, in Verbindung mit „Angriff“ gebracht und so von der übrigen Belegschaft isoliert werden, um schließlich entlassen zu werden. Die Kollegen sollen gespalten werden, damit die Kapitalisten ihre Rationalisierungspläne ungehindert durchsetzen können.

Verbindung zum „Angriff“ gebracht und so von der übrigen Belegschaft isoliert werden, um schließlich entlassen zu werden. Die Kollegen sollen gespalten werden, damit die Kapitalisten ihre Rationalisierungspläne ungehindert durchsetzen können.

Imperialisten greifen nach Zypern

In den Südstaaten Zyperns nehmen Bombenangriffe und bewaffnete Überfälle zu. Urheber ist die Terrororganisation des Generals Grivas, EOKA.

Die EOKA spielte in den 50iger Jahren eine fortschrittliche Rolle, als sie für die Befreiung Zyperns vom britischen Kolonialismus kämpfte. Heute dagegen ist das Kampfziel des Generals Grivas durch und durch reaktionär und volksfeindlich. Es heißt: Anschluß Zyperns an Griechenland.

In Griechenland herrscht seit sechs Jahren der Faschismus. Der Anschluß an Griechenland soll dem Volk Zyperns dasselbe Schicksal bringen wie seinem griechischen Brudervolk.

Und so, wie 1947 der US-Imperialismus Kiew dem faschistischen Sowjetstreich in Griechenland stand, so steht er heute hinter den Aktionen der EOKA und den Zielen des Generals Grivas.

Denn der US-Imperialismus will aus dem Mittelmeer vollständig ein Meer des Faschismus und der Reaktion, ein Meer des militärischen Aufmarsches und der Unterstützung der Völker machen.

In Spanien und Portugal herrscht seit langem der Faschismus. Beide Länder sind Militärstützpunkte des US-

Geschäftsleitung und Betriebsratsführer unter einer Decke

Die Betriebsratsführer von HDW und Hagenuk haben sich nicht gegen die Entlassungen gestellt.

Bei HDW unterzeichnete der Betriebsrat Bänder sofort, ohne erst das zuständige BR-Ausschuss einzuberufen, die Entlassungsmittlungen an Alfred Westphal.

Helmut Schlüter wurde, nachdem er fristlos entlassen worden war, von dem BR-Vorsitzenden Otto Böhm mit den Worten: „Hau ab, ich bin nicht bereit, mit Dir zu sprechen“, aus dem BR-Büro geworfen. Auch seine Entlassung wurde vom Betriebsrat unterzeichnet und von Böhm sogar noch mit den Worten kommentiert: „Jetzt haben wir einen Idioten weniger auf der Werft.“

Bei Hagenuk arbeitete der Betriebsrat aktiv an den Entlassungsvorbereitungen mit. Auf einer BR-Sitzung (1) wurde festgehalten, daß einigen Leuten aus politischen Gründen gekündigt werden müsse. Der BR-Vorsitzende Köhler wurde damit beauftragt, eine Schwarze Liste derjenigen Kollegen aufzustellen, von denen anzunehmen ist, daß sie beim „Angriff“ mitarbeiten. Die Informationen waren schnell zur Stelle, die Liste in kürzester Zeit erstellt, denn einige Betriebsräte und Vertrauensleute von Hagenuk betätigen sich zugleich als Denunzianten. Eine ihrer „Spezialisten“ ist es, fortschrittliche Kollegen mit „linken“ Gerüchten wie: „Ich bin ja auch für die Volksherrschaft“ herauszuhebeln. Sogar für Erpressungen sind sie sich nicht zu schade. So wurde einer Kollegin von ihrem Vertrauensmann gedroht: „Wenn Sie uns nicht sagen, wer dieses Flugblatt geschrieben hat (gemeint ist ein Flugblatt der „KPD-ML“), können wir für Ihre Lehre nicht garantieren.“ Die rechten Betriebsräte haben auch einen Grund für ihre schätigen Aktivitäten, denn die Unzufriedenheit der Kollegen mit ihrer Politik ist gestiegen. Eine Betriebsräteinlage sagte es so: „Seit der „Angriff“ herauskommt, sind die Kollegen gegenüber mißtrauisch geworden. Man will ja überall schief angeschaut, Sogut es nicht weiter im Betrieb muß aufgeführt werden.“ Allerdings überläßt sie dabei, daß nicht das Erscheinen des „Angriff“, sondern die eigene Politik die Ursache für die Kritik der Kollegen ist. Durch ihr widerliches Denunziantentum haben diese „Arbeitsvertreter“ das Mißtrauen der Kollegen nicht beseitigt, sondern vollkommen bestätigt. Doch nicht nur um ihren persönlichen Einfluß fürchten die Betriebsratsführer von Hagenuk, sondern auch um den ihrer Partei.

Der BR-Vorsitzende Köhler in seiner Funktion als SPD-Stadtratsabgeordneter und Vorsitzender der Kieler SPD-Betriebsgruppen und der freigestellte Angestellten-BR Langmann als SPD-Landtagsabgeordneter.

So ließ es dann auch auf der BR-Sitzung: „Wir von der SPD können Störer nicht gebrauchen.“

Funktionäre der SPD-Betriebsgruppen und der freigestellte Angestellten-BR Langmann als SPD-Landtagsabgeordneter.

So ließ es dann auch auf der BR-Sitzung: „Wir von der SPD können Störer nicht gebrauchen.“

Kontaktadressen des KB

BREMERHAVEN: Arbeiterbuch, Pol. Buchhandlung, 285 Bremerhaven, Bürger 198, tgl. 12.30 - 18.30 Uhr, Tel. 41 24 54

EUTIN: H. Lankau, 242 Eutin-Großmelsdorf

FLENSBURG: Peter Petersen, 239 Flensburg, Postlegkarte A022683

FRANKFURT: K. Scholz, 6232 Bad Soden, Postfach 1408, Tel. 0611/30 61 71, Mo. 18 - 21 Uhr, Do. 18 - 21 Uhr

HAMBURG: Postadresse: J. Reents, 2 Hamburg 13, Rutschebahn 35

FRANKFURT: K. Scholz, 6232 Bad Soden, Postfach 1408, Tel. 0611/30 61 71, Mo. 18 - 21 Uhr, Do. 18 - 21 Uhr

HAMBURG: Postadresse: J. Reents, 2 Hamburg 13, Rutschebahn 35

KIEL: W. D. Scheel, 23 Kiel 1, postlagernd

OLDENBURG: D. Seidel, 28 Oldenburg, Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen der Arbeiterkampf GÖTTINGEN: KAG im Buchladen „Rote Straße“, 34 Göttingen, Rote Straße 10, Di. 17 - 19 Uhr

LOBECK: W. Blankschahn, 24 Lubeck, Postlegkarte 082332A

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber - Druck - Verlag J. Reents, Verlag Arbeiterkampf, 2 Hamburg 13, Rutschebahn 35, telefoniert Postlegkarte: Kai Ehlers, Verlagsgesellschaft, prozentualer Verantw.: Kai Ehlers, Verlagsgesellschaft Auflage: 17.000, Erscheinungsweise monatlich, Verkaufspreis 80 Pfg. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, Postfach Hamburg Nr. 240 888 J. Reents

Etwas über das "Unternehmerrisiko"

Konkurs der Chr. Wolff OHG in Flensburg

Am 8.3. meldete die Druckerei Chr. Wolff den Konkurs an; zum 14.3. wurde der Betrieb an Severin Schmidt verpachtet und ca. 90 der 160 Kollegen wieder eingestellt. Ein Teil der Kollegen hat bis heute noch keine neue Arbeit gefunden. Die Wolff-Belegschaft bekam zu spüren, was das "Unternehmerrisiko" zu tragen hat, und was es heißt, in einem "Sozialen Rechtsstaat" zu leben.

Die Krise bei Chr. Wolff dauerte sich schon 2 Jahre lang hin. Die Symptome waren allen Kollegen offensichtlich, jedoch erfuhr die Belegschaft bis kurz vor dem Konkurs nie etwas Genaues über die wirtschaftliche Lage. Die Geschäftsleitung betrieb, insbesondere dem Betriebsrat (BR) gegenüber, eine Hinhaltetaktik.

Im letzten halben Jahr spitzte sich die Situation schon mehrmals zu, so im Oktober letzten Jahres, als im Betrieb das "Gerücht" aufkam, die Westbank (Finanzier des Betriebs) habe der Geschäftsleitung zur Auflage gemacht, die Lohnkosten um 10.000 DM monatlich zu senken. Was sich auf der folgenden Betriebsversammlung abgespielt (Thema: die Lage des Betriebs und die notwendigen Konsequenzen) war typisch für das Vorgehen der Geschäftsleitung (GL) während der ganzen Zeit vom Konkurs: Statt Zahlen zu nennen und genaue Angaben zu machen, wie es von der Belegschaft erwartet wurde, stimmte die GL wieder ihr Gerücht von der "Betriebsgemeinschaft" an, die, wenn sie zusammenhält, auch wieder aus der Tiefstirne rauskommt. Ansonsten wurde gegen die Kommunisten im Betrieb gehetzt, die "den guten Namen unseres Hauses in den Schmutz treten". Also: Alles nur Gerüchte, von den Kommunisten erfunden, um Unruhe zu stiften.

Nun — die Geschäftsleitung konnte

funden, um Unruhe zu stiften. Nun — die Geschäftsleitung konnte mit zunehmender Krise immer weniger mit solchem Gerede bei der Belegschaft landen, aber die eigentliche Funktion war für sie erfüllt: Die Belegschaft war auf Spekulationen angewiesen, wurde im Unklaren gelassen, sodass nicht rechtzeitig Abwehrmaßnahmen organisiert werden konnten.

Schon Monate vor Konkurs brach der Konkurrenzkampf um zwischen der GL von Chr. Wolff und der von Severin Schmidt, immer wieder tauchten "Gerüchte" auf, Severin Schmidt wollte den Betrieb aufkaufen. Hinter beiden Betrieben stand die Westbank als Finanzier.

Die Chr. Wolff OHG dürfte schon lange Zeit vom Konkurs von der Westbank völlig abhängig gewesen sein: Die "Wolffs" hatten keine Verfügungsgewalt mehr über das Kapital, fungierten zuletzt nur noch als Strohmänner der Bank.

Wochenlang spielte sich das so ab: Die Bank drohte, den Kredit abzurufen, die GL erreichte einen Aufschub, bis endgültig der Hahn dicht war, weil der Betrieb offensichtlich nichts mehr abwarf.

Noch wenige Tage vor Konkurs versuchte die GL die Kollegen zu verunsichern auf mögliche Fusionen mit anderen Firmen, prahlte mit "aussichtreichen" Verhandlungen.

Den Kollegen war inzwischen die Lage klar, es war aber zu spät, um Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Die Stimmung in der Belegschaft: Ohnmächtige Empörung und Resignation. Die Forderung nach Verabschiedung eines Sozialplans konnte nicht durchgesetzt werden; der Betrieb war inzwischen so weit runtergewirtschaftet, daß kaum noch was an Konkurrenz da war, und im übrigen die Forderungen der "Grundpfandgläubiger" "bevorrechtigt" behandelt werden mußten, selbst vor den ausstehenden Lohnzahlungen.

Am 7.3. wurde die gesamte Belegschaft gekündigt. Für diesen Tag wurde nur noch ein Teil des Lohns gezahlt. Die Forderungen der Kollegen nach der gesetzlichen Kündigungsfrist, die nicht eingehalten wurde, sind bis heute nicht erfüllt.

Zur gleichen Zeit wurde schon bekannt, daß Severin Schmidt den Betrieb pachtete wieder. Der DRUCKARBEITER, Zeitung des KB/Gruppe Flensburg schrieb zur Situation nach dem Konkurs:

"Seit längerem geht außerdem das Gerücht um, daß Severin Schmidt den Betrieb mit nur einem Teil der Be-

legschaft übernehmen will. Die Verhandlungen zwischen dem vorläufigen Verwalter und Severin in den letzten Tagen vom Konkurs sind jedoch gescheitert.

Severin könnte jetzt die "Konkursmasse" billig aufkaufen und einen Teil der Kollegen unter dem Druck der Verhältnisse zu ungünstigeren Bedingungen wieder einstellen. Zu einem Sozialplan wären die Kapitalisten auch in diesem Fall nicht verpflichtet — Severin wäre nicht, wie es zynisch heißt, Rechtsnachfolger von Chr. Wolff. ... Zu der wirtschaftlichen Notlage, die die Kollegen betrifft, kommt auch die Gefahr hinzu, daß man uns auseinanderdividiert, daß ein Kampf der Kollegen um noch freie Arbeitsplätze in der Flensburger Druckindustrie entsteht. Sollte ein Dritter tatsächlich die Firmatermine, besteht die Gefahr, daß nur einige Kollegen und zu den schlechtesten Bedingungen wieder eingestellt werden. Wir müssen dagegen fordern:

■ Erstellung eines Sozialplans

■ Einstellung aller Kollegen im Falle der Übernahme zu den alten Bedingungen.

Flensburg ist, das gilt insbesondere für die Druckindustrie, industrielles Randgebiet. Entlassene Kollegen haben kaum Ausweichmöglichkeiten. Die Severin-Geschäftsleitung konnte so kältelindend über die Forderung der Belegschaft nach Übernahme aller Kollegen zum alten Lohn (Chr. Wolff war der Flensburger Druckbetrieb mit den höchsten überfälligen Zulagen) hinweggehen. Die Kapitalisten hatten alle Trümmer in der Hand: Sie konnten in "persönlichen Gesprächen" die Einstellungsbedingungen diktieren.

Die Folgen der „Übernahme“

Der Geschäftsleitung ist es bislang gelungen, eine tiefe Spaltung in die neue Belegschaft hineinzutragen:

■ die gesamte Offset-Abteilung von Wolff wurde zum alten Lohn eingestellt

■ Buchdruck, Buchbinderie und Sattler wurden eingeschumpft, der Lohn wesentlich gesenkt

Die betrieblichen Rechte, die die Wolff-Kollegen in Jahren durchgesetzt hatten, waren von einem auf den anderen Tag hin, hier waren wesentliche Maßnahmen:

■ Einführung einer Stempeluhr zur verschärfte Kontrolle der "Arbeitsmoral"

■ Einführung von Betriebsferien, so daß der Urlaub nicht mehr geplant werden kann, wie die Kollegen es wollten.

Alles den Arbeitsbedingungen bei Severin "angepaßt".

Gleichzeitig mit der Übernahme begann in Severin-Werk I die Stimmungsmache gegen die ehemaligen Wolff-Kollegen, einfach von Meistern und Betriebsrat: Saubere, der nur rumsteht und nicht arbeitet, Rote Zellen, Radikale.

Der BR hatte wesentlichen Anteil daran, einen Keil in die neue Belegschaft zu treiben und bislang die Herstellung einer Einheit zu verhindern. Der DRUCKARBEITER schrieb dazu:

"Auch bei Chr. Wolff mußten wir uns unsere Rechte erst erkämpfen. Das zusammen mit einem Betriebsrat, der — wenn auch durch Frieden und Schweigepflicht des BVG gebunden — sein Handeln an den Interessen der Belegschaft ausrichtete, war die Ursache für unsere besseren Rechte. Das heißt: Verlorengewonnene Rechte und verlorengegangene Löhne müssen wir uns erst wieder erkämpfen. Wir — das heißt die Kollegen aus Werk I und Werk II. Denn das ist die wesentliche Voraussetzung für die Verbesserung unserer Rechte:

■ die Solidarität zwischen den Kollegen in beiden Werken

■ ein guter BR, das heißt eine konsequente Interessenvertretung der gesamten Belegschaft.

Mit der zweiten Voraussetzung ist es folgendermaßen bestellt:

Kolleginnen aus der Buchbinderie/Werk I werden trotz gewerkschaftlicher Organisation unter Tarif bezahlt, Stempeluhr, Betriebsferien usw. Bei Severin/Werk I gelten 3 Tarife: Druck, Papier- und Pappverarbeitung, Großhandel. Das nutzt die GL dazu, "Lohn-

einsparungen" vorzunehmen. Die Kollegen in der Expedition z.B., die den größten Teil des Tages für VePa arbeiten, werden nach dem Großhandelslohn bezahlt — dem ungünstigsten.

Der Betriebsrat ist hier niemals eingeschritten, versucht im Gegenteil noch auf Betriebsversammlungen usw., die Maßnahmen der GL in den Augen der Kollegen zu legitimieren. Auf der letzten Severin-Betriebsversammlung vor

Nach einer Grundzustimmung des Bundesarbeitsgerichts vom 28.9.72 darf ein Arbeiter mit einer Meinungsäußerung nicht den Interessen seines "Arbeitgebers zuwiderhandeln". Das heißt: Jeder Klassenbewußte Arbeiter der Verhut seines Arbeitsplatzes.

Dem Urteil lag folgender Fall zugrunde: Während des bayerischen Landtagswahlkampfes hatte ein junger Bankkaufmann in seiner Freizeit DKP-Flugblätter verteilt. Darin wurden unter anderem die Banken allgemein und auch die Bank, bei der er selbst beschäftigt war, im besonderen angegriffen. Daraufhin wurde ihm von der bayerischen Vertriebsbank gekündigt. Aber angeblich nicht wegen seiner politischen Anschauung (Zugehörigkeit zur DKP), sondern wegen "der Verletzung des Extrabüros und der darin liegenden Meinungsäußerung". Dieser feinsinnigen Unterscheidung schloß sich das Bundesarbeitsgericht an: "Für die Entscheidung kommt es an, wie die

sich das Bundesarbeitsgericht an, für die Entscheidung kommt es an, wie die vorhergehenden Ausführungen zeigen, lediglich darauf an, ob die politische Anschauung des Klägers (des Gedichtigen, Ann. AK) für die Beklagte (die Bank, Ann. AK) der alleinige Anlaß zur Kündigung oder ob ein weiterer Grund ausgedeutet gewesen ist. Deshalb kann zugunsten des Klägers und entgegen der Feststellung des Landesarbeitsrichters festgestellt werden, daß die Beklagte aus den beiden vorgenannten Gründen (DKP-Zugehörigkeit und Verteilung des Flugblattes, Ann. AK) gekündigt hat. Für den Kläger ist damit nichts gewonnen, weil es auch in diesem Fall an dem zu fordernden ausschließlichen Ursachenzusammenhang zwischen der Kündigung und der Parteizugehörigkeit fehlt."

Das Bundesarbeitsgericht hat durch die Anerkennung derartiger scheinheiliger Hauptparolen zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Es hat die offene Mißachtung des sog. Gleichheitsgrundsatzes ("Niemand darf wegen seiner politischen Anschauung benachteiligt werden") vermieden und bekam gleichzeitig Gelegenheit zu einer "taufälligeren", aber viel weitergehenden

der Übernahme bot BR-Vorsitzender Daub der Belegschaft das Patentrezept zur Durchsetzung ihrer Forderungen an: Die Kollegen sollten sich nur recht ordentlich verhalten (pünktlich sein usw.), also der Geschäftsleitung kein Anlaß zum Ärger sein, dann sei dem BR der Rücken für erfolgreiche Verhandlungen gestärkt. Die so erreichten großartigen Verhandlungserfolge lassen jedoch bei Heute auf sich warten.

Den meisten Kollegen in Werk I ist klar, daß dieser BR nicht ihre Interessen vertritt. Jedoch hat das bei vielen Kollegen zur Resignation geführt, so daß sie sich erst gar nicht mehr an den BR wenden. Kritik an diesem BR kommt deswegen ggw. hauptsächlich noch aus Werk II. Hier verzögert er jedoch eine Betriebsversammlung. Offen-

sichtlich spekuliert er darauf, daß sich die Kritik der Kollegen an den Arbeitsbedingungen totläuft und sie sich mit diesem BR abfinden.

Neuwahlen finden nach dem BVG frühestens im Herbst statt. Ob der BR durch Rücktritt vorgezogen, "Neuwahlen" ermöglicht, wird davon abhängen, ob es den Kollegen gelingt, ihren Protest einheitlich zum Ausdruck zu bringen.

Und inwieweit es gelingt, um einheitliches Vorgehen der Kollegen in beiden Werken auf längere Sicht herzustellen, wird wesentlich von den für Mai angesetzten Vertrauenswahlen abhängen.

Druck-Zelle, KB/Gruppe Flensburg

Extremistenerlaß gegen die Arbeiterklasse

Beschränkung der Meinungsfreiheit. Es stellte den Grundsatz auf: "Insbesondere darf es (der Arbeiter, Ann. AK) nicht den Interessen des Arbeitgebers zuwiderhandeln oder diese beeinträchtigen. Das folgt aus dem Pflichtengebot, gegebenenfalls sich selbst (!!) hinsichtlich des Rechts der freien Meinungsäußerung eine Schranke aufzuerlegen."

Das Bundesarbeitsgericht erkennt weiterhin die Behauptung der Bank an, durch die Flugblattverteilung seien "ihre Interessen gefährdet" worden, und stellt fest, daß "ein solcher Anlaß den Rechtsordnungsmäßig (Unterstreichungen vom AK)", durchaus ein legitimer Kündigungsgrund sei.

Im Grunde nichts Neues . . .

Im Grunde enthält das Urteil nichts wesentlich Neues. Schon während des Kommunistenverfolgs in den 50er Jahren haben die gleichen Richter gesagt, daß "widerholte parteipolitische Betätigung" im Betrieb ein Grund zur

Es hat sich gegenüber der Kommunistenverfolgung während der Jahre des Kalten Krieges, trotz DKP-Zulassung und "fortschrittlicher" SPD-Regierung eben nichts Wesentliches geändert. Es ist offenbar nicht so, daß in den Betrieben dieses Staates mehr Freiheit als bisher "gewagt" werden könnte.

Im Gegenteil, den Kapitalisten ist von bürokratischer Seite ihr "altes Recht" ausdrücklich bestätigt worden. Und zwar zu einer Zeit, in der dessen Notwendigkeit und Nützlichkeit der herrschenden Klasse wieder klarer wird als in den vergangenen Jahren: Sie müssen seit einiger Zeit ein Anwachsen des Einflusses oppositioneller Arbeitergruppen in den Betrieben und Gewerkschaften beobachten. Die Herrschenden werden versuchen, deren Einfluß wieder zurückzukämpfen, bevor er größere Teile der Arbeiterschaft ergreift hat. Dabei ist das Urteil des "unabhängigen" Bundesarbeitsgerichtes eine ausgezeichnete Hilfe.

gezeichnete Hilfe.

Das Bundesarbeitsgericht billigt also eine Entscheidung im September 1972. Neun Monate vorher wurde der "Extremistenerlaß" für den öffentlichen Dienst beschlossen, die Bundes-Monopolfestzettel und die Verabschiedung der Gesetz zur "inneren Sicherheit" lagen ebenfalls seit einige Monate zurück. In diesen politischen Zusammenhang fällt auch das Urteil nahezu perfekt ein: Den frisch geschaffenen gesetzlichen Grundlagen zur Gleichschaltung des öffentlichen Dienstes und zum Ausbau des Polizeiparates hat das Bundesarbeitsgericht den "Radikalerlaß" gegen die Arbeiterklasse hinzugefügt.

Diese "konzentrierte Aktion" zeigt deutlich, daß sich die Maßnahmen des Staates nicht gegen irgendwelche isolierte "Terroristen-Gruppen" oder kleine radikale Minderheiten richten, sondern daß wir es mit einem Angriff auf die demokratischen Rechte des Volkes zu tun haben.

Trotz der Phrasen von "Inneren Reformen" hat sich an der Feindseligkeit des Staates gegenüber der Arbeiterklasse nichts geändert.

Danfoss/Flensburg: Lohnbetrug nicht verhindert

Im Flensburger Metallbetrieb Danfoss (Kompressorenbau) sind die Löhne stark aufgeplustert: kaum ein Arbeiter verdient das, was sein Kollege. Die Kapitalisten haben sich dabei vor allem den hohen Prozentanteil der ausländischen Kollegen zunutze gemacht: rund 70-80% der Belegschaft sind Türken und Griechen, die in der Regel nur etwa ein bis zwei Jahre in der BRD arbeiten und dann in ihre Heimat zurückkehren. Diese Kollegen verstehen nur in den seltensten Fällen deutsch und können so um so leichter von den Kapitalisten übers Ohr gehauen werden. Andererseits wollen sie in kurzer Zeit möglichst viel Geld verdienen und erfüllen häufig widerstandslos die vom Kapitalisten geforderte höhere Arbeitsleistung, was natürlich die Lage aller Arbeiter verschlechtert.

Bei der ersten Abrechnung nach der letzten Metalltarifrunde stellten die Werkzeugmacher bei Danfoss fest, daß einige Kollegen gar keine Lohnhöhen erhalten, fast alle verschiedene Löhne erhalten hatten, ein Neulingestellter gar einen weitaus höheren. Als sie sich

beim Meister beschwerten, drohte dieser mit Arbeitsplatzverlust und Entlassung. Daraufhin beschloßen die Kollegen, am nächsten Tag die Arbeit niederzulegen und mit dem Betriebsrat zusammen eine Klärung bei der Werkleitung zu erwirken.

Sobald aber der Betriebsratsvorsitzende von dieser Absicht erfuhr, hatte er nichts Eiligeres zu tun, als den Meister zu warnen. Dieser war dann plötzlich "diskussionsbereit", denn es geht, einen Streik unter allen Umständen zu verhindern, der einen wichtigen Neubau in einer Halle empfindlich verzögert hätte. Der Meister schaffte es, indem er sich "verständnissvoll" zeigte, die Werkzeugmacher zu überreden, von einem Streik erst einmal Abstand zu nehmen und stattdessen eine Verhandlungsdelegation ins Betriebsbüro zu schicken.

Dort kam es aber nicht zu verbindlichen Beschlüssen, sondern der letzte BR-Vorsitzende verteilte die Rechte auf die Lohnkommission, "da wurde das schon geregelt". Letzten Endes ist dabei herausgekommen, daß bei der nächsten Lohnzahlung trotz

geringfügiger Verbesserungen die Spaltung der Löhne durch die Werkleitung bestehen bleibt.

Trotz ihrer Kampfbereitschaft haben die Werkzeugmacher also eine Niederlage einstecken müssen. Das lag an verschiedenen Dingen: Zum einen waren sich die Werkzeugmacher nicht darüber im Klaren, daß gerade durch den Neubau die Kampfbedingungen außerordentlich günstig für sie waren, denn die Kapitalisten wollten unter allen Umständen einen Streik verhindern. Zum anderen haben sie sich vom Meister einschleichen lassen, eine Delegation sei besser als Streik, Verhandlungen seien besser als Kampf. Zum dritten haben sie sich auf einen korrupten Betriebsrat verlassen, statt die Sache selbst in die Hände zu nehmen.

Die Lehre, die die Werkzeugmacher bei Danfoss aus diesem abgeklagten Kampf ziehen müssen: Kapitalisten gegen den Arbeiter haben sie freiwillich etwas, sie sind nur bereit, Zugeständnisse zu machen, wenn man sie durch Kampf dazu zwingt!

Metall-Zelle, KB/Gruppe Flensburg

Druck-Tarifrunde '73

(kurze, vorläufige Bilanz)

Mit der zweiten Urabstimmung vom 15./16. April ging die diesjährige Tarifrunde der Druckarbeiter zu Ende. In dieser Urabstimmung sprachen sich fast die Hälfte der organisierten Druckarbeiter (44 %) entgegen der „Empfehlung“ der Führung der IG Druck und Papier für die Fortsetzung des Streiks und gegen die Annahme des von den Gewerkschaftsführern mit den Druck-Kapitalisten ausgetauschten „Kompromisses“ von 10,8 % aus.

Geht man davon aus, daß die Drucker anfangs vielerorts 40, DM linear pro Woche gefordert hatten, geht man weiter davon aus, daß der Abschluß von 10,8 % nicht einmal die Steigerung der Lebenshaltungskosten deckt, so hat die Tarifrunde für die Druckarbeiter mit einer Niederlage geendet.

Auf der anderen Seite darf nicht übersehen werden, daß die Druckarbeiter seit dem zweitägigen Zeitungsstreik vom 27./28. Mai 1952 zum erstenmal wieder einen Streik gegen die Kapitalisten geführt haben. Das kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, was das wichtige Sammeln von Kampferfahrungen und die konkrete Erfahrung der Arbeiterklasse angeht. Zudem brachten die Streiks der Drucker auch Anlässe für die Entwicklung von politischem Klassenbewußtsein hervor.

Diese Kämpfe haben den Druckarbeitern reichhaltiges Material geliefert, anhand dessen die politische Rolle der Gewerkschaftsführung, die Funktion der bürgerlichen Presse sowie die Aufgaben des Staatsapparates (besonders der Polizei) im Dienste der Kapitalistenklasse klarer erkannt werden können. Nicht zuletzt hat sich in diesem Streik gezeigt, wie gut bzw. wie schlecht es um die Bedingungen in den Betrieben und in der IG Druck und Papier bestellt ist, um größere Kämpfe gegen die Kapitalisten durchsetzen zu können.

Das Ergebnis

Es wäre uninnig, den Kollegen hier vorrechnen zu wollen, daß der Abschluß von 10,8 % noch nicht einmal die bisherige Lebenshaltung sichert.

Es ist also nach dem Ergebnis des letzten Jahres (7,5 % auf 14 Monate) das zweite Jahr, das einen Abbau der Reallohn und damit eine absolute Verschlechterung der Lebenslage bringt.

Darüber können auch nicht die Flocken der Gewerkschaftsführung hinwegtäuschen, das Ergebnis von 10,8 % sei „vertretbar“, oder wie „Report 73“ vom 11. April dreist meint, es sei für die Druckarbeiter mit dem „Abschluß von München ein Ergebnis erreicht, um das sie von vielen beneidet werden.“



Notausgabe des Berliner „Tagesspiegel“

Die unzureichenden Abschlüsse

Die unzureichenden Abschlüsse führen zu immer größerer Empörung und zum Widerstand gegen die von den Gewerkschaftsführern praktizierte Tarifpolitik. Besonders ansehlich für die neuen Züge, welche die Ablehnung der Tarifpolitik der Gewerkschaftsführer bei den Mitgliedern annimmt, ist das Frankfurter Beispiel, sofort nach Bekanntwerden des 10,8 % Abschlusses stimmte die Mitgliederversammlung des

Ortsvereins Frankfurt der IG Druck und Papier geschlossen einen Antrag zu, in dem gefordert wird, den Vorsitzenden, Mahlein, aus der Gewerkschaft auszuschließen.

In fast allen größeren Städten zogen die Drucker nach Bekanntwerden des Ergebnisses vor die Gewerkschaftshäuser und forderten Rechenschaft von den Gewerkschaftsführern.

In Hamburg wurden auf einer Demonstration von mehr als 500 Druckern Plakate mitgeführt, auf denen zu lesen war: „Verrat“, „Auer, Bauer, Springer – fordern 13 Dinger“. Die Drucker hielten den ÖVV-Vorsitzenden, Wolf, mit dem Ruf: „Wolf komm runter, sonst kommen wir rauf!“ gewissermaßen aus dem Belt und machten ihrer Empörung auf einer spontanen Versammlung Luft.

Hier zeigt sich, daß die Gewerkschaftsführer gerade unter denen, auf die es ihnen besonders ankommen müßte, keine Mehrheit mehr für ihre Politik (insbesondere ihre Tarifpolitik) finden. Zunehmend kommt hier eine Politik in Verfall, die sich nicht an den wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter, sondern an den „gesamtwirtschaftlichen“, „übergeordneten“ Interessen der Kapitalisten orientiert.

Es kündigen sich in der zunehmenden

Zudem hatten die Gewerkschaftsführer die Streikzeiten mit den Kapitalisten so abgestimmt, daß sie in Perioden des Arbeitsabfalls fallen sollten, in denen die Maschinen ohnehin standen. So bei Springer Hamburg, wo die Streikzeiten in die „Patzpausen“ fallen mußten.

Dennoch führte der Druck der Kollegen dazu, daß in der Nacht vom Montag auf Dienstag (9./10. April) teilweise voll gestreikt wurde. Unter dem Beifall der anwesenden Kollegen marschierten am Montag Abend in Hamburg die Delegierten von Springer Auenburg, Grunow & Jahr in der Delegiertenversammlung ein und erklärten, obwohl sie für den Streik gar nicht vorgesehen waren, sie hätten die Maschinen abgestellt. Sie forderten, daß die Gewerkschaftsführung ihren Streik sofort legalisieren müßte, was diese angesichts der Stimmung auf der Versammlung nicht abzulehnen wagte.

In vielen Betrieben gelang es den Kollegen auch, aus ihrer Mitte „erweiterte Streikleitungen“ zu wählen, die sich dann vielfach bei der Organisation und beim Aufbau eines zwischenbetrieblichen Informationsnetzes als die eigentlichen Streikleitungen erwiesen.

Die Kollegen schufen sich Verbindungen zwischen den einzelnen Abteilungen, erzwangen gegen den Willen der zum Teil rechten Betriebsräte und der Geschäftsleitungen kurzfristige angesetzte außerordentliche Betriebsversammlungen und dehnten die Streiks hier und da über die ihnen von den Gewerkschaftsführern „zugebilligten“ Streikzeiten aus.



Demonstration von 500 streikenden Druckern durch die Hamburger City

Abgelehnte Aktionen der Gewerkschaftsführer

Von besonderer Bedeutung sind die politischen Aktionen der Druckarbeiter in diesen Streiks gewesen, weil sich hier positive Ansätze von politischem Klassenbewußtsein gezeigt haben, auf deren Entwicklung es besonders in der Zukunft ankommen wird. So wurde mehrfach das Erscheinen von Artikeln verhindert, in denen die bürgerlichen Journalisten die Drucker mit der übelsten Diffamierung bedachten.

Der Chefredakteur der sozialdemokratischen „Neue Rhein-Ruhr-Zeitung“ hatte in einem „Leit“-Artikel den Vorwurf erhoben, „wenige Setzer“ würden „eine Art Vorzensur“ ausüben, wenn sie streikten. Es habe sich um „schwerwiegende Einschränkungen“ der Presse- und Meinungsfreiheit gehandelt. Die Drucker fristeten diesen Artikel einfach aus den Druckzyklen, so daß er in einem Teil der Auflage fehlte.

Hier versuchten bürgerliche Journalisten zum einen das Streikrecht generell in Frage zu stellen, was sie meist bei größeren Streiks tun. Zum anderen zielen solche Artikel auf eine Verhetzung der „öffentlichen Meinung“ – hier vornehmlich der Kleinbürger – gegen die gerade streikenden Arbeiter, in diesem Fall die Druckarbeiter.

Ähnlich gingen die Drucker der Westfälischer Mercator-Druckerei bei einem als „Verlagsmitteilung“ getarnten Hotzartikel gegen ihren Streik vor. Auch hier erschien die Zeitung mit „weißen Flecken“.

In Hamburg hatten Springer Zeitungen die Drucker als „Faulenzer und Kneipenhocker“ beschimpft und ihnen Verantwortunglosigkeit gegenüber Lesern und ihren Arbeitsplätzen vorgeworfen. Daraufhin erzwangen die Drucker der Hamburger „Morgenpost“ von den Redakteuren einen Gegentitel: „Wir sind keine Kneipenhocker“.

Problemlösungen der Kapitalisten

Die Kapitalisten ließen es sich nicht nehmen, auf ihre Art in die Streiks der

Druckarbeiter einzugreifen. Sie verteilten Flugblätter in den Betrieben, in denen es „Gefahren für die Arbeitsplätze“ heraufbeschworen und ließen ihre Redakteure mit ähnlichen „Argumenten“ unter die Drucker auszuwachen. Sie sperrten aus, organisierten Streikbrecher und ließen die Betriebe durch die Polizei von den Druckern „räumen“. In einem bisher bekannt gewordenen Fall in Ludwigshafen verübte ein Verlagsleiter einen Mordanschlag auf Kollegen, die eine Streikpostenkette gebildet hatten.

Polizei gegen streikende Arbeiter

Auch der kapitalistische Staatsapparat wurde getreu seiner eigentlichen Funktion gegen die streikenden Drucker eingesetzt. An vielen Orten sogen die Polizisten zur Einschüchterung der Arbeiter vor den Toren auf, Vielfach blieb es nicht dabei. In Bremen „räumte“ die Polizei eine Druckerei, die von streikenden Arbeitern besetzt worden war.

Polizisten als Handlanger?

Zwei Mitglieder der IG Druck, die in Karlsruhe vor einem Zeitungsbetrieb „Report 73“ verteilten, wurden vom Betriebsgelande verwiesen und sahen sich unmittelbar darauf zwei Polizisten konfrontiert, die sie nach Waffen (!) durchsuchten und sie vorläufig festnahmen. Sind Polizisten Handlanger der Unternehmer im Arbeitskampf?

aus „Report 73 vom 11. April

Bei dem Mordanschlag des Verlagsleiters Schaub in Ludwigshafen, wo ein Arbeiter schwer verletzt wurde, war die Polizei auch zugegen (mit Hundstunten!). Sie „beobachtete“ den „Zwischenfall“, griff aber nicht ein. Die Polizei weiß sehr gut, wann und gegen wen sie einzugreifen hat.

Realitäten des Gewerkschaftslebens

Zwar ist es den Gewerkschaftsführern noch ohne große Probleme gelungen, diese Tarifrunde im Griff zu behalten. Die Opposition ist heute noch nicht in der Lage, die Ergebnisse der Politik der Gewerkschaftsführer nennenswert zu beeinflussen.

Längerfristig deutet sich aber in der wachsenden Opposition, im Schwinden der Vertrauensbasis unter den betrieblichen Funktionsträgern der Gewerkschaft ein Prozeß an, der die Gewerkschaftsführung zu ausgefallenen Taktiken zwingen wird, will sie nicht Gefahr laufen, die Kontrolle über die Basis zu verlieren.

HBV-Tarifrunde

Die diesjährige Tarifrunde ist im HBV-Bereich gelaufen. In den 3 Branchen Handel, Banken und Versicherungen kamen unterschiedliche Tarifverträge zustande. So wurden die Kollegen im Einzelhandel mit einer Erhöhung von DM 100,- abgeholt, was weiterhin die Kollegen stark hinterherläuft. Teilweise sind im Bereich des Handels auch noch keine Abschlüsse erzielt worden. Dies ist begründet einerseits durch die Situation im Handel (es gibt allein in Hamburg 28 verschiedene Tarifverträge) und andererseits durch die spätere Führung der Tarifrunde durch die Gewerkschaftsführung. So werden die Tarife für die Angestellten teilweise erst im Juni ausgehandelt, während für gewerbliche Kollegen schon DM 100,- im Einzelhandel abgeschlossen worden sind.

Kampfkraft und -stärke der Belegschaften kommt somit nur schwer zustande. Obwohl natürlich nicht in erster Linie einheitliche Verhandlungen die Kollegen stärken, sondern im wesentlichen politische Klarheit das Bewußtsein der Kollegen und damit auch ihre Schicksale in Tarifrunden erhöht.

Insgesamt werden die Kollegen im HBV-Bereich daran gehindert, sich zu einer einheitlichen Front zusammenzuschließen. Für jede der drei Branchen findet die Tarifrunde zu unterschiedlichem Zeitpunkt statt. Das bedeutet nicht nur eine Spaltung der Kollegen, sondern deutlich wird auch das ungleiche Gewicht von „Voluntärsrechten Gehalt“. Die Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen der Angestellten in der Verwaltung, besonders unter den Bank- und Versicherungsangestellten sind völlig gleich. Der

Auf der einen Seite wird die innergewerkschaftliche Demokratie immer stärker abgebaut, wie es in den politisch motivierten Ausschüssen zum Ausdruck kommt. Die vor kurzem gefällten Beschlüsse zeigen das klar. (siehe hierzu „Neue Welle von Gewerkschaftsausschlüssen“ in diesem ARBEITERKAMPF)

So stehen auch im Zusammenhang mit der gerade zu Ende gegangenen Tarifrunde in der IG Druck und Papier zahlreiche Ausschluß-Verfahren bevor. Auf seiner am 27. April stattfindenden Sitzung will der Hauptvorstand der Dupa über Massenausschlüsse u.a. gegen den Frankfurter Ortsverein beraten, der auf seiner jüngsten Mitgliederversammlung den Ausschluß Mahleins wegen dessen Verhalten in der Tarifrunde gefordert hatte. Auch für andere Städte stehen zahlreiche Ausschluß-Verfahren bevor.

Andererseits werden sich die Gewerkschaftsführer in der Zukunft auch mehr des Mittels der Scheinverständnisse gegenüber der Basis bedienen müssen. Denn es steht außer Frage, daß mit der Verschärfung der Klassenkämpfe, die sich schon heute unbesehrbar ankündigt, die Basis in den Gewerkschaften nicht anders unter Kontrolle gehalten werden kann.

Deshalb wäre es falsch, nur die jetzt einsetzenden härteren Schläge der Gewerkschaftsführer gegen linke Kritiker und den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie zu sehen.

Die andere Seite der Medaille, die notwendigen Zugeständnisse der Basis gegenüber, ist ebenso wichtig und schafft Voraussetzungen, die bei ernsthafter Arbeit der Kommunisten erfolgreich genutzt werden können.

In der IG Druck und Papier stehen am 24. Mai Vertrauensleute-Wahlen an. Einmal sollen in allen Betrieben Vertrauensleute gewählt werden. Die noch frischen Erfahrungen der Tarifrunde können und müssen hier ihren Niederschlag finden. Es muß gesehen werden, daß ein dichtes Netz von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten in den Betrieben ungleich bessere Bedingungen für die politische Arbeit in den Gewerkschaften schafft, als das bisher der Fall war.

Es konnten in diesem kurzen Artikel nicht alle Aspekte der jüngsten Druck-Tarifrunde behandelt werden.

Das soll in einem ausführlichen Artikel im nächsten ARBEITERKAMPF geschehen. Insbesondere können wir nicht auf die wichtige Frage eingehen, welche Rolle die verschiedenen kommunistischen Gruppen in dieser Tarifrunde gespielt haben.

Was den Kommunistischen Bund angeht, so kann aber schon so viel gesagt werden, daß sich bei den Genossen des Druckbereichs in Hamburg verschiedene politische und organisatorische Mängel gezeigt haben. So hat sich – zumindest zu Beginn der Tarifrunde – eine recht distanzierte Haltung zu den Kämpfen der Arbeiter gezeigt, was besonders in einem Flugblatt „Urabstimmung – und was dann?“ niederschlug.

Das Ergebnis im Versicherungsbereich kam am 18.4. zustande. Der Abschluß der Drucker von 10,8 % setzte für die Versicherungsbranche ein neues Zeichen. Nicht zu vergessen ist allerdings auch der stärkere Druck der Kollegen im Versicherungsbereich gegenüber den Bankangestellten. So wurde das erste Angebot von 8,9 % der Kapitalisten sofort abgelehnt. Die Kollegen im Bankbereich mußten sich noch nach dem Tarifabschluß von Metall richten.

Eines wird aus der Tarifrunde deutlich: In den Betrieben sollte die Diskussion geführt werden, daß die Forderung nach einheitlichen Tarifrunden das gesamte HBV-Bereich in die Gewerkschaft hineintragen wird. Dadurch wird sich der Druck gegenüber den Kapitalisten verstärken und durch solidarisches Auftreten aller Kollegen ein offensiver Kampf gegen den Lohnabbau geführt werden können. Vor allen Dingen wird über die Tarifrunde hinaus sich die Möglichkeit entwickeln, gemeinsam gegen die Angriffe der Kapitalisten auf der Währungsseite zu kämpfen, denn verschärkte Arbeitsbedingungen größerer Arbeitsheute durch Einsparungen von Arbeitskräften treffen alle Kollegen im Versicherungsbereich gleichmäßig.

HBV-Komitee, KB-Gruppe Hamburg